



BITTE AUFBEWAHREN
wird nicht noch einmal übersandt

Anlage 1 zu Drucksache Nr. 1583 / 2010; Teil I + II
Anlage 3 zu Drucksache Nr. 1583 / 2010; Teil III

Haushaltsplan der Landeshauptstadt Hannover für das Haushaltsjahr 2011

Verwaltungsentwurf

Einwohnerzahl am 17.05.1939	470 950
01.04.1945	217 000
am 01.12.1962	575 227
	(höchster Stand)
am 25.05.1987	494 864
	(Volkszählung)
am 31.12.2009	520.966
Größe des Stadtgebietes am 01.01.2008	20 414 ha

INHALTSÜBERSICHT

Haushaltssatzung 2011

Teil I	- Allgemeines -	Seite
	Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)	I - 3
	Begriffe des doppischen Haushalts im NKR	I - 9
	Allgemeine Anweisungen des Rates	I - 17
	Produktübersicht	I - 19
	Produktbeschreibung	I - 23
	Budgetierung	I - 25
	Interne Leistungsverrechnungen	I - 37
	Vorbericht	I - 39
	1. Bericht zur finanziellen Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover	I - 43
	2. Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen	I - 49
	3. Entwicklung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen	I - 66
	4. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung	I - 72
	5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden	I - 74
	6. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	I - 75
	Zuwendungsverzeichnis	I - 77
	Schaubilder zum Haushalt	I - 95
	Aufteilung des Stellenplans nach Produkten	wird nachgereicht
	<u>- Wirtschaftspläne -</u>	
	Gebäudemanagement	I - 114
	Städtische Alten- und Pflegezentren	I - 120
	Stadtentwässerung Hannover	I - 142
	Häfen	I - 149
	HCC, Hannover Congress Centrum	I - 155
	Versorgungsanstalt der Stadt Hannover	I - 166
	Union Boden GmbH	wird nachgereicht
	Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH)	wird nachgereicht
	Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH	wird nachgereicht
	Hannover Holding	wird nachgereicht
	Hafen Hannover GmbH	I - 180

Teil II	Ergebnishaushalt 2011	
	Übersicht Ergebnishaushalt nach Teilhaushalten	II - 18
	Teilhaushalte	
	TH 14 Rechnungsprüfungsamt	II - 25
	TH 15 Büro Oberbürgermeister	II - 31
	TH 18 Steuerung, personal und zentrale Dienste	II - 37
	TH 20 Finanzen	II - 63
	TH 23 Wirtschaft	II - 75
	TH 32 Recht und Ordnung	II - 99
	TH 37 Feuerwehr	II - 115
	TH 41 Museen und Kulturbüro	II - 139
	TH 42 Bibliothek und Schule	II - 167
	TH 43 Bildung und Qualifizierung	II - 207
	TH 46 Herrenhäuser Gärten	II - 231
	TH 50 Soziales	II - 245
	TH 51 Jugend und Familie	II - 269
	TH 52 Sport und Eventmanagement	II - 291
	TH 57 Senioren	II - 309
	TH 59 Soziales	II - 323
	TH 60 Baureferat	II - 335
	TH 61 Planen und Stadtentwicklung	II - 341
	TH 66 Tiefbau	II - 379
	TH 67 Umwelt und Stadtgrün	II - 441
	TH 99 Finanzen /Allgemeine Finanzwirtschaft	II - 477
	Finanzhaushalt 2011	
	Übersicht Finanzhaushalt nach Teilhaushalten	II - 22
	Teilhaushalte	
	TH 14 Rechnungsprüfungsamt	II - 29
	TH 15 Büro Oberbürgermeister	II - 36
	TH 18 Steuerung, personal und zentrale Dienste	II - 48
	TH 20 Finanzen	II - 69
	TH 23 Wirtschaft	II - 88
	TH 32 Recht und Ordnung	II - 108
	TH 37 Feuerwehr	II - 128
	TH 41 Museen und Kulturbüro	II - 156
	TH 42 Bibliothek und Schule	II - 182
	TH 43 Bildung und Qualifizierung	II - 216
	TH 46 Herrenhäuser Gärten	II - 240
	TH 50 Soziales	II - 262
	TH 51 Jugend und Familie	II - 284
	TH 52 Sport und Eventmanagement	II - 297
	TH 57 Senioren	II - 318
	TH 59 Soziales	II - 334
	TH 60 Baureferat	II - 339
	TH 61 Planen und Stadtentwicklung	II - 352
	TH 66 Tiefbau	II - 388
	TH 67 Umwelt und Stadtgrün	II - 454
	TH 99 Finanzen /Allgemeine Finanzwirtschaft	II - 490
Teil III	Investitionsprogramm	III -
	Schlagwortverzeichnis	

I. Allgemeiner Teil

Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

1 Rechtsvorschriften

Der Niedersächsische Landtag hat am 9. November 2005 das „Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindegewirtschaftlicher Vorschriften“ beschlossen. Das Gesetz trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Es ist eine Übergangsregelung von sechs Jahren vorgesehen, sodass das neue Recht von allen Kommunen spätestens ab 1. Januar 2012 anzuwenden ist.

Die rechtlichen Grundlagen für Haushaltsplanung und die Haushaltsbewirtschaftung ergeben sich aus den Paragraphen der „Gemeindehaushalts- und kassenverordnung“ (GemHKVO) und dem sechsten Teil der „Niedersächsischen Gemeindeordnung“ (NGO).

Die Umstellung ist eine große Herausforderung für Politik und Verwaltung. Neben der technischen Umstellung werden allen Beteiligten zukünftig andere (z. B. über den Werteverzehr in Form von Abschreibungen) und anders strukturierte (in Form von Teilhaushalten und Produkten) Informationen zur Verfügung stehen.

Die Finanzlage der Stadt wird sich durch die Neuordnung des Haushalts- und Rechnungswesens nicht verbessern. Vielmehr ergibt sich aufgrund der nun vorzunehmenden Darstellung des tatsächlichen Ressourcenverbrauchs, (Abschreibungen, Rückstellungen), im Ergebnis sogar eine Verschlechterung gegenüber dem kameralen Haushalt, der nur die kassenwirksamen Zahlungsströme dargestellt hat.

Auch vor diesem Hintergrund wird sich der rechtlich vorgeschriebene Ausgleich des Haushalts in Zukunft eher schwieriger gestalten.

2 Grundzüge des NKR

Das bestehende System der Kameralistik wird abgelöst. Die Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben weicht dem transparenteren Modell der Doppik, mit dem die Kommune nicht nur Aussagen über die Finanzlage sondern auch über ihre Vermögens- und Ertragslage erhält. Das neue Haushaltsrecht ist die Grundlage für umfassende Finanzinformationen auf doppischer Basis und sieht eine produktorientierte Steuerung mit Instrumenten, wie z. B. Berichtswesen, Zielen und Kennzahlen vor. Nachfolgend wird dargestellt, wie die Grundzüge des neuen Haushaltsrechts aussehen werden.

Die Kameralistik orientiert sich immer an den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Die grundlegende Frage ist: "Sind genügend Finanzmittel vorhanden, um alle Ausgaben tätigen zu können?". Im NKR wird zwar auch die Frage nach den Finanzmitteln gestellt, im Vordergrund steht aber: "Welcher Aufwand (oder Ertrag) ist erzeugt worden?". Der Aufwandsbegriff wird dabei weiter gefasst als die Finanzmittel. So ist der Werteverlust eines Fahrzeugs nach der Anschaffung Aufwand (für Abschreibungen), der zukünftig im doppischen Haushalt mit ausgewiesen wird. Zu den Begriffen Ertrag und Aufwand verweisen wir auf die „Begriffe des doppischen Haushalts im NKR“ im Teil I Seite 8 ff.

In Zukunft soll das Hauptaugenmerk nicht mehr auf den Geldfluss (Veränderungen der Finanzmittel) gerichtet sein, sondern auf Ziele und Ergebnisse (Output) sowie den Ressourcenverbrauch. Aus diesem Grund wird der Haushalt mit Einführung des NKR produktorientiert strukturiert. Durch die Schaffung von Produkten und die Definition von

Zielen und Kennzahlen für diese Produkte kann die Politik die Ergebnisse zukünftig besser steuern.

3 Das Drei-Komponenten-Modell

Das NKR basiert auf dem Drei-Komponentenmodell. Dieses setzt sich aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie der Bilanz zusammen. Ergebnisrechnung und Finanzrechnung werden geplant = Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt.

Die Darstellung der tatsächlichen Erträge und Aufwendungen erfolgt im **Ergebnishaushalt**. Die Aufwendungen geben Auskunft über den Werteverzehr (unabhängig vom Zeitpunkt des Zahlungsmittelflusses und damit anders als in der Kameralistik), der zur Erstellung kommunaler Leistungen nötig ist. Die Erträge zeigen den Wertezuwachs (unabhängig von dem Zahlungsmittelfluss), der durch Leistungen erzielt wird.

Zur Liquiditätssicherung werden im NKR auch die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen im **Finanzhaushalt** dargestellt. Dieser enthält nicht nur die Zahlungsmittelflüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, sondern auch die Zahlungen für Investitionen und Finanzierung.

Die Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt unterliegen dem Kassenwirksamkeitsprinzip, d. h. sie sind in dem Haushaltsjahr auszuweisen, in dem die Finanzmittel eingehen oder ausgezahlt werden. Die Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt werden hingegen periodengerecht zugeordnet. Das bedeutet, dass die Erträge und Aufwendungen zum Zeitpunkt ihrer wirtschaftlichen Zurechenbarkeit erfasst werden. Dieser muss nicht mit dem Zeitpunkt übereinstimmen, zu dem die entsprechende Ein- oder Auszahlung tatsächlich kassenwirksam wird. Beispiel: Die Jahresmiete aus der Vermietung von städtischen Gebäuden für das Jahr 2011 wird vertragsgemäß schon Ende 2010 fällig. Die Einzahlung wird also bereits im Jahr 2010 kassenwirksam, der Mietertrag ist aber wirtschaftlich dem Jahr 2011 zuzurechnen. Entscheidend für den Haushaltsausgleich ist zukünftig die Zuordnung zur richtigen Periode, also zum Haushaltsjahr 2011 im vorgenannten Beispiel.

Eine Gegenüberstellung des gesamten Vermögens auf der einen Seite und der Schulden auf der anderen Seite wird stichtagsbezogen in der **Bilanz** hergestellt. Darin sind zum Ende des Haushaltsjahres auch das Jahresergebnis aus der Ergebnisrechnung und das Saldo aus der Finanzrechnung integriert. Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag des Vermögens und der Schulden wird Nettoposition (Eigenkapital) genannt und soll positiv sein. Sie setzt sich aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen, dem Jahresergebnis und den Sonderposten zusammen.

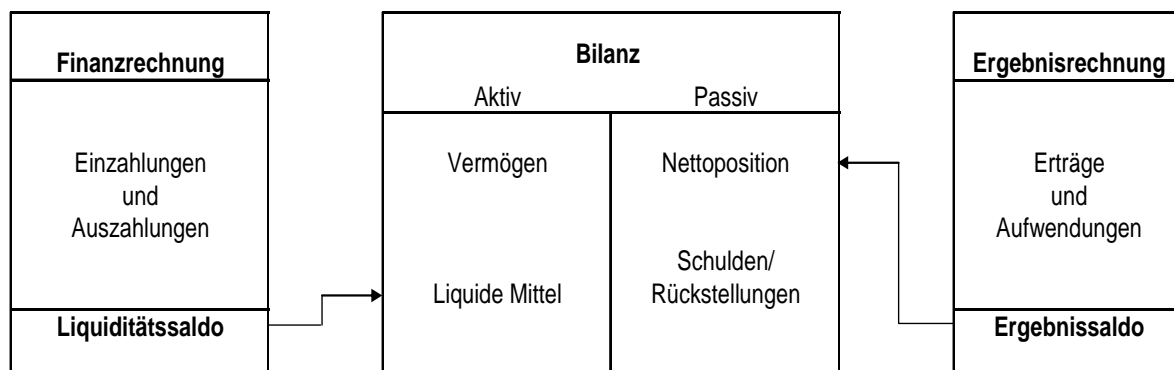


Abb. 1: Das Drei-Komponentenmodell

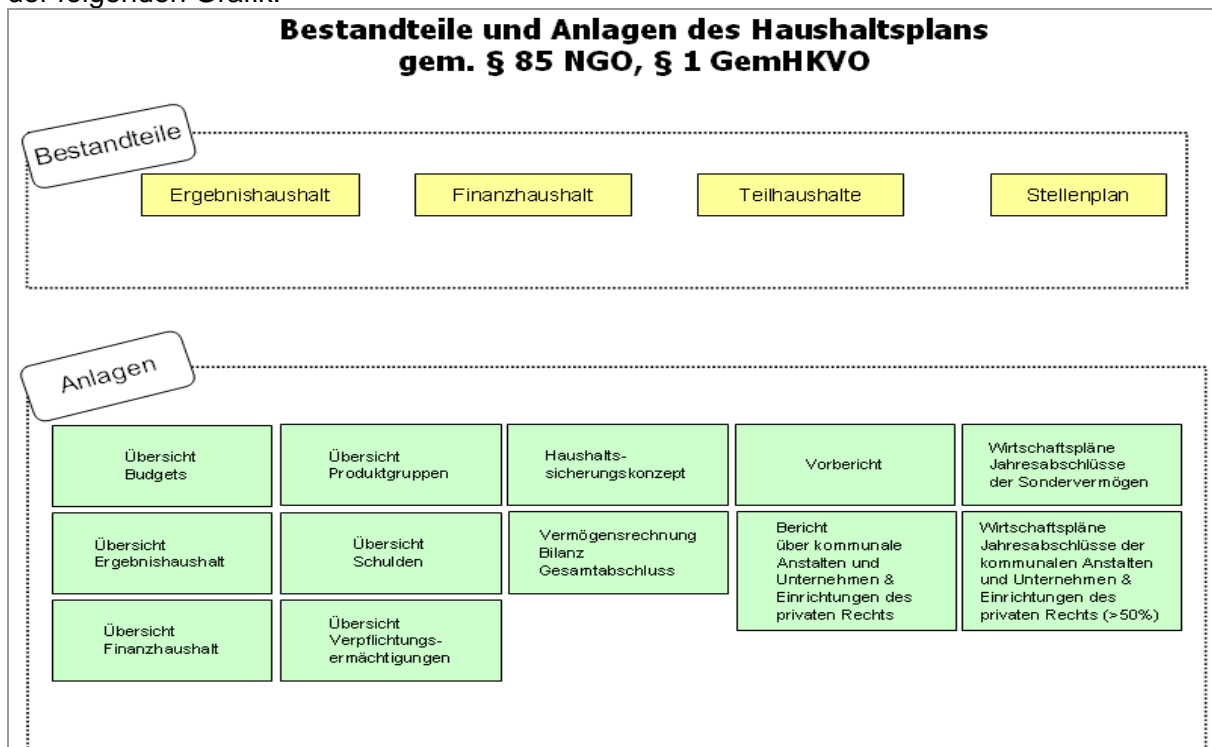
4 Allgemeiner Aufbau

Der Haushaltsplan ist die Grundlage der Haushaltswirtschaft der Landeshauptstadt Hannover. Er enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen, entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Laut Haushaltsrecht, insb. die Niedersächsische Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung, GemHKVO, wird der Haushaltsplan in Bestandteile und Anlagen unterteilt. Zu den Bestandteilen zählen der Ergebnishaushalt, der Finanzhaushalt sowie die Teilhaushalte und der Stellenplan. Sie sind unverzichtbar und werden in den Ansätzen durch die Haushaltssatzung festgesetzt.

Zu den Anlagen gehören insbesondere verschiedene Übersichten, die Wirtschaftspläne der kommunalen Sondervermögen und Beteiligungen, an denen die Kommune mit mehr als 50 % beteiligt ist und soweit schon vorhanden die Bilanz des Vorjahres. Sie haben einen erläuternden Charakter und ergänzen den Haushalt mit weiteren Informationen. Die Landeshauptstadt Hannover erstellt darüber hinaus ein Zuwendungsverzeichnis (im Allgemeinen Teil I. des Haushaltsplanes) und ein vollständiges Investitionsprogramm als separate Anlagen.

Im Überblick ergibt sich daraus eine Zusammensetzung des Haushaltsplans entsprechend der folgenden Grafik:



4.1 Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt ist ein Bestandteil des doppischen Haushaltsplans und ist das entsprechende Planungsinstrument zur Ergebnisrechnung. Er umfasst die erwarteten Erträge und Aufwendungen im Haushaltsjahr. Des Weiteren wird künftig das Rechnungsergebnis des Vorjahres sowie der Ansatz des Vorjahres ausgewiesen. Daneben wird auch die mittelfristige Finanzplanung, d. h. die Ansätze für die drei dem laufenden Haushaltsjahr folgenden Jahre mit abgebildet.

Im Ergebnishaushalt erfolgt die Komprimierung der einzelnen Teilergebnishaushalte. Die Darstellung des Ergebnishaushaltes basiert auf einem verbindlichen Muster.

Nach § 82 Abs. 4 NGO soll der Ergebnishaushalt sowohl bei den ordentlichen wie auch außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen sein. Die Rechtsgrundlage für den Inhalt des Ergebnishaushaltes bildet § 2 GemHKVO.

4.2 Finanzhaushalt

Die Rechtsgrundlage für die Inhalte des Finanzhaushalts ist § 3 GemHKVO.

Der Finanzhaushalt ist ein Bestandteil des doppischen Haushaltsplans und ist das entsprechende Planungsinstrument zur Finanzrechnung.

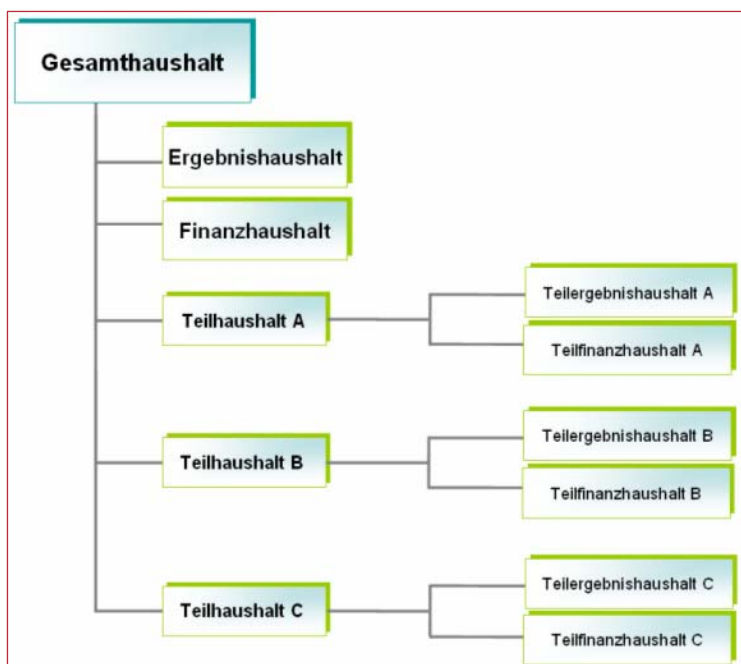
Der Finanzhaushalt umfasst alle ordentlichen Ein- und Auszahlungen, die kassenwirksam sind und sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergeben oder vermögenswirksamen Charakter haben. Des Weiteren wird künftig das Rechnungsergebnis des Vorjahres sowie der Ansatz des Vorjahres und auch die mittelfristige Finanzplanung, d. h. die Ansätze für die drei dem laufenden Haushaltsjahr folgenden Jahre.

Der Finanzhaushalt dient primär der Investitions- und Liquiditätsplanung.

Im Gesamtfinanzhaushalt erfolgt die Komprimierung der einzelnen Teilfinanzhaushalte.

4.3 Teilhaushalte

Die Einführung von Teilhaushalten ist aufgrund der Rechtsgrundlage des § 4 Abs. 1 GemHKVO möglich. Bei der Landeshauptstadt Hannover bildet grundsätzlich jeder Fachbereich bzw. jedes Amt einen Teilhaushalt. Hinzu kommen ein Teilhaushalt für die allgemeine Finanzwirtschaft und ein Teilhaushalt für soziale Hilfen der Fachbereiche Soziales (OE 50) und Senioren (OE 57). Jeder Teilhaushalt wird nach der Organisationsziffer benannt, also z. B. Teilhaushalt 20 für den Fachbereich Finanzen. Der Teilhaushalt der allgemeinen Finanzwirtschaft heißt Teilhaushalt 99, während der gemeinsame Teilhaushalt von OE 50 und 57 die Bezeichnung Teilhaushalt 59 erhält. Das Baureferat wird mit Teilhaushalt 60 bezeichnet. Insgesamt wird der Haushalt der Landeshauptstadt Hannover 22 Teilhaushalte beinhalten. Für das Haushaltsjahr 2011 ergibt sich die Besonderheit, dass der Nettoregiebetrieb Gebäudemanagement erst zum 01.01.2012 in den Kernhaushalt zurückgeführt wird. In 2011 umfasst der Haushalt folglich nur 21 Teilhaushalte.



Der Teilhaushalt setzt sich aus den folgenden fünf Teilen zusammen:

- Teil 1: Teilergebnishaushalt
- Teil 2: Liste aller Produkte
- Teil 3: Einzeldarstellung der wesentlichen Produkten
- Teil 4: Teilfinanzhaushalt
- Teil 5: Einzeldarstellung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Kernelement des künftigen Haushalts ist das Produkt. Der Haushalt im NKR wird produktorientiert strukturiert sein. Ein Produkt stellt eine kommunale Dienstleistung dar, die die Kommune gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern erbringt und die Ressourcenverbrauch verursacht, wie z. B. das Produkt „Einwohnerwesen“ des Fachbereichs Recht und Ordnung. Für die wesentlichen Produkte werden Ziele und Kennzahlen definiert, die im Teilhaushalt abgebildet werden. Bei der Landeshauptstadt Hannover erfolgt diese Beschreibung zusätzlich in tabellarischer Form mit den für das Produkt relevanten Erträgen und Aufwendungen.

Neben der Ansatzspalte für das zu beplanende Haushaltsjahr werden künftig auch das Rechnungsergebnis des Vorjahres, der Ansatz des Vorjahres sowie die folgenden drei Planjahre abgebildet. Dadurch kann die Entwicklung der Veranschlagungen direkt aus dem Haushalt entnommen werden. Aufgrund des Systemwechsels vom kamerale Haushalt hin zum Haushalt nach NKR werden für die Jahre 2009 und 2010 keine Vergleichszahlen ausgewiesen.

Im Rahmen des NKR werden intern erbrachte Leistungen zwischen den einzelnen Fachbereichen in den entsprechenden Teilhaushalten ausgewiesen. Die erfolgt jedoch nur im Teilergebnishaushalt, da die Leistungserbringung keinen Zahlungsmittelfluss mit sich bringt. Daher wird in der untersten Zeile des Teilergebnishaushaltes das Ergebnis unter Berücksichtigung dieser internen Leistungsbeziehungen aufgeführt.

4.4 Stellenplan

Der Stellenplan ist ein personalwirtschaftliches Instrument und weist die Stellen der Beamten und Beamtinnen (Planstellen) und die Stellen der nicht nur vorübergehend Beschäftigten nach Art und Wertigkeit aus. Die Rechtsgrundlagen für den Stellenplan sind: § 80 Abs. 3 S.1 NGO i.V.m. § 85 Abs. 2 S.2 NGO, § 1 Abs. 1 Nr. 4 GemHKVO und § 5 GemHKVO. Ein verbindliches Muster bildet die Rechtsgrundlage für die Darstellung des Stellenplanes.

5 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung / Investitionsprogramm

Wie bereits unter Ziffer 3.1 dargestellt, ist abweichend von der bisherigen Rechtslage die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bereits in den Haushaltsplan mit einzubeziehen. Nach § 9 Abs. 2 GemHKVO schließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung das Investitionsprogramm ein. Danach besteht das Investitionsprogramm aus den Ansätzen der Auszahlungen für Investitionstätigkeiten in den Teilfinanzhaushalten mit den im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach dem jeweiligen Jahresbedarf. Daneben werden die Einzahlungen für Investitionstätigkeiten sowie die Auszahlungen für die Beschaffung von Vermögensgegenständen mit einem Wert

von 150 € bis 1.000 € und der Aufwand für größere Instandhaltungsmaßnahmen im Investitionsprogramm dargestellt. Damit ist gewährleistet, dass die gesamte städtische Investitionstätigkeit wie auch größere Instandhaltungen - zusätzlich zur Darstellung in den Teilhaushalten - in einer Übersicht zusammengefasst wird.

Begriffe des doppischen Haushalts im NKR

Abschreibungen

Bilden die buchmäßige Wertminderung von längerfristig dienenden, abnutzbaren Vermögensgegenständen im Haushaltsjahr ab.

Aktiva

Die Aktiva bezeichnet die Aktivseite der Bilanz (= linke Seite), auf der die Verwendung der Finanzmittel aufgezeigt wird. Der Wert aller ausgewiesenen Aktiva entspricht immer dem Wert aller ausgewiesenen Passiva (Bilanzgleichung).

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von der Kommune dauerhaft genutzt zu werden. Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Gebäude) sowie Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).

Aufwand

In Geld bewerteter Werteverzehr durch Verbrauch oder Abnutzung von Gütern und Dienstleistungen in einem Haushaltsjahr.

Auszahlung

Auszahlungen der Periode sind alle geleisteten Geldzahlungen (Bar- und Buchgeld). Eine Auszahlung vermindert den Zahlungsmittelbestand.

Basisreinvermögen

Das Basisreinvermögen ist ein Teil der Nettoposition auf der Passivseite der Bilanz und ergibt sich bei der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz aus der Differenz zwischen Vermögen und Schulden, vermindert um bestehende Rücklagen und Sonderposten für Investitionszuweisungen und -beiträge.

Bilanz

Ist ein Bestandteil des Drei-Komponentenmodells. In der Bilanz werden das Vermögen, die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig ausgewiesen. Die Bilanz unterteilt sich in Aktiva und Passiva und wird in Kontenform dargestellt.

Budget

Ein Budget ist ein festgelegter Finanzrahmen, der einer Organisationseinheit für eine bestimmte Periode (z.B. Haushaltsjahr) die ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur Erbringung der geforderten Leistungen bzw. zur Erreichung der vereinbarten Ziele vorgibt.

Budgetierung

Der Begriff Budgetierung bezeichnet den Prozess der bedarfsgerechten Planung, Zuteilung und Überwachung des Budgets einer Organisationseinheit. Ein Budget hat für die Organisationseinheit verbindlichen Charakter. Die Budgetierung folgt hierbei dem Leitgedanken der Dezentralisierung der Fach- und Ressourcenverantwortung, die detaillierte Mittelverwendung liegt in der Verantwortung der Organisationseinheit.

Controlling

Das Controlling ist ein Mittel zur Steuerung für Führungskräfte. Im Zentrum steht die Beschaffung, Aufbereitung und Analyse von Daten (z.B. Plan-Ist-Vergleich) zur Vorbereitung von möglichst effizienten und effektiven Entscheidungen.

Dezentrale Ressourcenverantwortung

Der Begriff der dezentralen Ressourcenverantwortung beschreibt die Delegation der Verantwortung für Personal-, Finanz- und Sachmittel von zentralen Stellen auf die dezentralen Stellen.

Doppik

Die Abkürzung steht für **doppelte Buchführung in Konten**. Sie bezeichnet die kaufmännische (doppelte) Buchführung, denn sie hält jeden Geschäftsvorfall auf mindestens zwei Konten fest. Die Beträge der durch einen Buchungssatz angesprochenen Soll- und Haben-Buchungen müssen wertmäßig gleich sein, so dass die Bestände aller Aktivkonten mit den Beständen aller Passivkonten immer übereinstimmen müssen.

Drei-Komponentenmodell

Das Rechnungswesen der Doppik setzt sich aus drei Komponenten zusammen: aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten). Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Nach der NGO gliedert sich die Passivseite der Bilanz in Schulden sowie Rückstellungen und Nettoposition. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis entsprechen dem Eigenkapital nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches.

Einzahlung

Einzahlungen sind alle Geldeingänge (Bar- und Buchgeld) in einer Periode. Eine Einzahlung erhöht den Zahlungsmittelbestand.

Ergebnishaushalt

Umfasst die ordentlichen und die außerordentlichen Erträge sowie die ordentlichen und die außerordentlichen Aufwendungen.

Der Ergebnishaushalt ist ein Bestandteil des doppischen Haushaltsplans und ist das entsprechende Planungsinstrument zur Ergebnisrechnung. Er umfasst die erwarteten Erträge und Aufwendungen im Haushaltsjahr.

Ergebnisplanung

Ist ein Planwerk für die erwarteten ordentlichen und außerordentlichen Erträge sowie den ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen, also das gesamte Ressourcenaufkommen bzw. der gesamte Ressourcenverbrauch im Haushaltsjahr.

Ergebnisrechnung

Ist ein Bestandteil des Drei-Komponentenmodells. Sie dient dazu, das Betriebsergebnis am Jahresende zu ermitteln. Das Ergebnis ergibt sich aus der Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen.

Eröffnungsbilanz

Unter der Eröffnungsbilanz versteht man zum einen die zum allerersten Mal aufgestellte Bilanz. Eine solche Eröffnungsbilanz ist von einer öffentlichen Gebietskörperschaft zu erstellen, wenn sie ihr Haushalts- und Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umstellt. Zum anderen wird die Bilanz, die zu Beginn einer jeden neuen Rechnungsperiode zu erstellen ist, ebenfalls als Eröffnungsbilanz bezeichnet. Gemäß dem Grundsatz der Bilanzidentität ist die Schlussbilanz des Vorjahres identisch mit der Eröffnungsbilanz.

Ertrag

Sind alle Beträge, die der Kommune für die Leistungsabgabe oder in Zusammenhang mit der Leistungsabgabe zufließen. Der Ertrag steht dem Aufwand gegenüber und geht in die Ergebnisrechnung ein.

Fehlbetrag

Ein Fehlbetrag liegt vor, wenn die Erträge die Aufwendungen nicht decken oder übersteigen.

Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt ist ein Bestandteil des doppischen Haushaltsplans und ist das entsprechende Planungsinstrument zur Finanzrechnung. Er umfasst alle ordentlichen Ein- und Auszahlungen, die entweder ergebniswirksam sind und sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergeben oder vermögenswirksamen Charakter haben. Der Finanzhaushalt dient primär der Investitions- und Liquiditätsplanung.

Finanzplanung

Ist ein Planwerk für die erwarteten Ein- und Auszahlungen im Haushaltsjahr. Es wird differenziert zwischen laufenden, investiven und finanzierenden Ein- bzw. Auszahlungen.

Finanzrechnung

Ist ein Bestandteil des Drei-Komponentenmodells. Sie dient der Darstellung von Ein- und Auszahlungen sowie von Änderungen des Zahlungsmittelbestands in unterschiedlichen Bereichen und wird am Jahresende erstellt. Die Unterteilung erfolgt in die Bereiche laufend, investiv und finanzierend.

Haushaltsausgleich

Der Haushalt soll in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. In Niedersachsen gilt dies sowohl für das ordentliche und außerordentliche Jahresergebnis. D. h. der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge entspricht dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge entspricht dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen. Daneben sind Liquidität und Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicher zu stellen und ggf. Jahresfehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen.

Innenauftrag

Im Rahmen der Haushaltsplanung dienen die Innenaufträge zur Planung von Erlösen.

Interne Leistungsbeziehung

Leistungen, die zwischen den einzelnen Fachbereichen erbracht werden. Interne Leistungen werden auf Ebene der Teilergebnishaushalte ausgewiesen. Sie werden nicht in den Gesamtergebnishaushalt aufgenommen, um ein Aufblähen des Haushaltsvolumens zu vermeiden. Eine Veranschlagung im Finanzhaushalt entfällt, da interne Leistungsbeziehungen keinen Zahlungsmittelfluss auslösen.

Inventar

Beim Inventar handelt es sich um ein zum Abschlussstichtag aufzustellendes, ausführliches Bestandsverzeichnis, in dem alle Vermögensgegenstände und Schulden einer öffentlichen Gebietskörperschaft art-, mengen- und wertmäßig erfasst werden.

Inventur

Erstellung des Bestandsverzeichnisses Inventar mittels Erfassung aller vorhandenen Bestände bzw. in wirtschaftlichem Eigentum stehender Vermögensgegenstände, der Schulden und der Rückstellungen zu einem Stichtag.

Jahresergebnis

Umfasst das ordentliche Ergebnis über die ordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie das außerordentliche Ergebnis über die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen. Das Jahresergebnis ist ein Fehlbetrag, wenn die Summe der Aufwendungen die Summe der Erträge übersteigt. Es handelt sich um einen Überschuss, wenn die Summe der Erträge die Summe der Aufwendungen übersteigt.

Kassenwirksamkeitsprinzip

Einzahlungen und Auszahlungen werden in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Beträge zu dem Zeitpunkt veranschlagt, in dem sie zu- oder abfließen.

Kennzahlen

Kennzahlen dienen der verdichteten Darstellung komplizierter Sachverhalte. Kennzahlen sind Steuerungsinstrumente, die insbesondere zur Festlegung von Zielen und zur Überprüfung des Zielerreichungsgrades dienen. Steuerungsrelevant sind Kennzahlen dann, wenn sie veränderbare und beeinflussbare Sachverhalte beschreiben.

Kontenrahmen

Organisationspläne für die Buchführung der Betriebe/Organisationseinheiten einer bestimmten Branche. Sie sollen Ordnung und Übersicht in die Vielzahl der Konten bringen. Ihr Zweck besteht in der einheitlichen Ausrichtung der Buchführungsorganisation. Durch sie wird die gleichmäßige Buchung der Geschäftsvorfälle in den verschiedenen Betrieben/Organisationseinheiten gewährleistet. Gemäß § 4 Abs. 2 GemHKVO ist der Kontenrahmen vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikation Niedersachsen (LSKN) für die öffentliche Verwaltung in Niedersachsen verbindlich festgelegt worden.

Kostenarten

Kostenarten geben Auskunft darüber, welche Kosten entstehen und werden nach Primär- und Sekundärkostenarten unterschieden. Primärkostenarten entsprechen in Ihrer Numerik und Bezeichnung den Sachkonten (Abbildung des Kontenrahmens). Sekundärkostenarten sind Kostenarten, welche ausschließlich in der KLR für innerbetriebliche Leistungsverrechnungen verwendet werden.

Kostenartengruppe

Gleichartige Kostenarten können zu Kostenartengruppen zusammengefasst werden. Im Haushaltsplan werden Kostenarten nicht einzeln aufgeführt, sondern auf Teilhaushaltsebene zu Gruppen zusammengefasst.

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Verfahren als Teil des internen Rechnungswesens, in dem Kosten und Leistungen erfasst und nach Kostenarten verursachungsgerecht zum Zweck spezieller Auswertungen auf die Kostenstellen verteilt und Kostenträgern zugeordnet werden. Die KLR dient unter anderem der Informationsbereitstellung für die Planung von Kosten und Erlösen sowie deren Kontrolle anhand von Plan-, Soll- und Ist-Werten.

Kostenstellen

Kostenstellen geben Auskunft darüber, wo Kosten entstehen. Die Kostenstellenstruktur bei der Landeshauptstadt Hannover folgt im Wesentlichen dem organisatorischen Aufbau der Verwaltung.

Leistungen

Zu bewertende Arbeitsergebnisse einer Verwaltungsarbeit, die zur Aufgabenerfüllung erzeugt werden.

Liquidität

Unter dem Begriff der Liquidität (auch: Zahlungsfähigkeit) versteht man die Fähigkeit eines Unternehmens bzw. einer öffentlichen Verwaltung, fällige Verbindlichkeiten fristgerecht und in voller Höhe begleichen zu können.

Nettoposition

Differenz zwischen Vermögen und Schulden, die auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen wird und vergleichbar mit dem Eigenkapital in der Privatwirtschaft ist. Jahresüberschüsse erhöhen die Nettoposition, Jahresfehlbeträge verringern sie.

Output

Der Output ist das bewertete Ergebnis der Leistungserstellung. Die Bewertung einer öffentlichen Leistung unter währungsspezifischen Gesichtspunkten ist zum Teil jedoch nicht oder nur schwer möglich. Dies liegt darin begründet, dass für öffentliche Leistungen keine Preisbildung auf Handelsplätzen erfolgt. Daher wird eine Alternativbewertung, u.a. anhand von Mengen- bzw. Qualitätsmerkmalen, notwendig.

Outputorientierung

Ausrichtung von Planung, Steuerung und Kontrolle an den Verwaltungsleistungen, gebündelt zu Produkten, und an den Zielen des Verwaltungshandelns.

Passiva

Die Passiva bezeichnet die Passivseite der Bilanz (= rechte Seite), auf der die Herkunft der Finanzmittel ausgewiesen wird. Der Wert aller ausgewiesenen Passiva entspricht immer dem Wert aller ausgewiesenen Aktiva (Bilanzgleichung).

Periodengerechtigkeitsprinzip

Erträge und Aufwendungen werden in ihrer voraussichtlichen Höhe in dem Haushaltsjahr veranschlagt, dem sie wirtschaftlich zu zurechnen sind, wobei der Zeitpunkt des Zahlungsmittelflusses unerheblich ist.

Produkt

Zusammenfassung von Leistungen nach sachlichen Gesichtspunkten, die von einer Verwaltungseinheit für andere Stellen erbracht werden und Ressourcenverbrauch verursachen.

Produktbereich

Als Produktbereich bezeichnet man die oberste Gliederungsebene in der Produkthierarchie des Produkthaushalts. Ein Produktbereich fasst mehrere inhaltlich zusammen gehörende Produktgruppen zusammen.

Produktgruppe

Als Produktgruppen bezeichnet man die mittlere Gliederungsebene der Produkthierarchie des Produkthaushalts. Oberhalb der Produktgruppen sind hierarchisch betrachtet die Produktbereiche angesiedelt. Die Produktgruppen selbst sind den einzelnen Produkten hierarchisch übergeordnet.

Produktrahmen

Der Produktrahmen ist in der Doppik ein vorgegebener Gliederungsplan zur Produktstruktur im Haushalt. Analog zum Kontenrahmen wird der Produktrahmen gemäß § 4 Abs. 2 GemHKVO vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikation Niedersachsen (LSKN) für die öffentliche Verwaltung in Niedersachsen verbindlich festgelegt.

PSP-Elemente

Im Modul PS des SAP-Systems gibt es zur Abbildung von Projekten Strukturpläne. Ein Element in der Hierarchie dieser Pläne wird Projektstrukturplanelement (PSP-Element) genannt.

PSP-Elemente dienen bei der Landeshauptstadt Hannover für die Planung und Kontierung von Investitionsmaßnahmen, für die Planung von Krediten und Ausleihungen sowie für die Abbildung von Textinformationen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes.

Rechenschaftsbericht

Darstellung der derzeitigen und zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune sowie Abbildung des Verlaufs der Haushaltswirtschaft. Der Rechenschaftsbericht ist zusätzlich zum Jahresabschluss zu erstellen.

Ressourcen

Mittel, um eine Handlung zu tätigen oder einen Vorgang ablaufen zu lassen, z. B. Kapital, Mitarbeiter, Zeit.

Rücklagen

Die Rücklagen sind in der Doppik ein Teil des Eigenkapitals und werden entsprechend auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Der Rücklage werden die Überschüsse aus der Ergebnisrechnung zugeführt. Gleichzeitig dient die Rücklage im Falle eines Fehlbetrags zum Ausgleich.

Rückstellung

Rückstellungen sind für in Höhe und Fälligkeit noch ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Zweck der Rückstellungsbildung ist die Erfassung von Verpflichtungen, die entweder bereits feststehen oder dem Grunde nach zu erwarten sind.

SAP

Abkürzung für **S**ysteme, **A**nwendungen, **P**rodukte in der Datenverarbeitung. Diese modular aufgebaute Software bietet die Möglichkeit zur Abwicklung von Geschäftsprozessen wie z. B. Buchhaltung, Controlling, Ein- und Verkauf, Lagerhaltung oder Personalwesen. Bei der Landeshauptstadt Hannover werden verschiedene Module des SAP für das Rechnungswesen genutzt.

Schulden

Als Schulden bezeichnet man zum einen allgemein sämtliche Kreditmarktschulden (z.B. Darlehen, Anleihen) und aufgenommenen Kassenkredite, zum anderen im Kontext der Doppik die in der Bilanz auszuweisenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Sie werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Der Begriff der Schulden kann weitestgehend mit dem Begriff des Fremdkapitals gleichgesetzt werden.

Sonderposten

Hauptsächlich von Dritten gezahlte Zuwendungen, deren Verwendungszweck feststeht. Sonderposten werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Allgemeine Anweisungen des Rates zum Haushaltsplan

1. Auftragserteilung im Ergebnishaushalt zu Lasten des kommenden Haushaltsjahres

Vor Erteilung von Aufträgen zu Lasten von Sachkonten des Ergebnishaushaltes des folgenden Haushaltsjahres ist im Rahmen der Ansätze des laufenden Haushaltsjahres eine Entscheidung durch den Stadtkämmerer erforderlich.

Bei darüber hinaus gehenden Anträgen entscheidet der Verwaltungsausschuss.

2. Voraussetzungen für den Beginn und die Fortführung von Bauvorhaben

2.1 Ein Vorhaben darf erst begonnen werden, wenn

- die Notwendigkeit des Vorhabens nach Prüfung durch den Fachbereich Finanzen, bei Vorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von mehr als 305.000 € durch die Projektprüfungsgruppe (PPG), anerkannt ist (eine entsprechende Änderung der PPG-ADA 20/15 ist in Vorbereitung),
- nach den vorliegenden Plänen, Kostenberechnungen und Erläuterungen (dazu gehört auch die Berechnung der jährlichen Folgekosten) feststeht, dass die veranschlagten Auszahlungen ausreichen (§ 12 Abs. 2 GemHKVO),
- bei Vorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von mehr als 305.000 € der Verwaltungsausschuss die Mittel freigegeben hat. (Soweit eine Entscheidungszuständigkeit der Stadtbezirksräte gegeben ist, gilt die im Anhang zur Hauptsatzung genannte Wertgrenze).
- Vorhaben mit Gesamtinvestitionskosten von bis zu 305.000 € bedürfen der Freigabe durch den Fachbereich Finanzen.

Liegen diese Voraussetzungen vor und ist der Baubeginn nach den verwaltungsinternen Richtlinien im Haushaltsrundsreiben freigegeben, dürfen Aufträge auch über den Haushaltsansatz 2011 hinaus im Rahmen der Verpflichtungsermächtigung erteilt werden. Bei der Vergabe solcher Aufträge muss sichergestellt werden, dass Auszahlungen zu Lasten des Haushaltsansatzes 2012 kassenmäßig nicht vor dem 01.01.2012 fällig werden.

2.2 Gesamtkostenerhöhungen

Stellt sich noch vor Beginn des Vorhabens (z. B. bei Aufträgen an Generalunternehmer) oder während der Bauzeit heraus, dass die im Haushaltsplan aufgeführte Gesamtsumme überschritten wird, gelten folgende Bestimmungen:

- Bei Überschreitung der Gesamtkosten bis zu 305.000 € ist die Zustimmung des Fachbereiches Finanzen einzuholen.
- Bei Überschreitung der Gesamtkosten um mehr als 305.000 € sind Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung sowie des Verwaltungsausschusses erforderlich, dass trotzdem mit dem Vorhaben begonnen bzw. es fortgeführt werden soll. Soweit eine Entscheidungszuständigkeit der Stadtbezirksräte gegeben ist, gilt die im Anhang zur Hauptsatzung genannte Wertgrenze.

Bei PPG-pflichtigen Vorhaben bedarf es bei jeder Kostenerhöhung einer erneuten Prüfung durch die PPG und ggf. einer anschließenden Beratung im Fachausschuss.

Wenn **hinsichtlich der Mehrkosten** im selben Haushaltsjahr Verpflichtungen eingegangen werden müssen, ist die haushaltsmäßige Zustimmung wie folgt herbeizuführen:

- a) Bei Verpflichtungen mit kassenmäßiger Auswirkung im selben Haushaltsjahr ist eine Zustimmung zur üpl. Auszahlung nach § 89 NGO erforderlich.
- b) Bei Verpflichtungen mit kassenmäßiger Auswirkung in späteren Haushaltsjahren ist nach § 91 Abs. 5 i. V. mit § 89 Abs. 1 NGO eine Zustimmung zur über- oder außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

3. Eigenbetriebe

Für Vorhaben nach den Finanzplänen der Eigenbetriebe gelten die Regelungen der Ziffer 2. sinngemäß. In der Zuständigkeit tritt an die Stelle des Stadtkämmerers der Fachdezernent. Der Verwaltungsausschuss ist einzuschalten, wenn die Überschreitung (Ziffer 2.2) zu einer Belastung des Haushalts von mehr als 305.000 € führt.

Produktübersicht

Teilhaushalt		Produkt- nummer	Produktbezeichnung (Wesentliche Produkte sind farbig und durch Fettdruck gekennzeichnet)
14	Rechnungsprüfungsamt	11101	Rechnungsprüfung
15	Büro Oberbürgermeister	11102	Repräsentation
		11103	Grundsatzangelegenheiten
		11104	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
18	Steuerung, Personal und Zentrale Dienste	11105	Personal- und Organisationsmanagement, Controlling
		11106	Personalrecht und -rechnungswesen
		11107	Gesundheitsmanagement und Soziales
		11108	Gemeinschaftsverpflegung
		11109	Informations- und Kommunikationssysteme
		11110	Angelegenheiten des Rates
		11111	Angelegenheiten der Stadtbezirke
		11112	Gebäudereinigung
		11113	Gleichstellungsangelegenheiten
		11114	Zentrale Dienstleistungen
		11115	Zentrale Beschaffung
		11116	Personalvertretung
		12101	Statistik und Wahlen
		57103	Gartensaal
19	Gebäudemanagement (erst ab 2012 im Haushalt)	11117	Grundstücke u. Gebäude im Eigenbestand
		11118	Grundstücke u. Gebäude anderer Fachbereiche und Betriebe
		11119	Anmietungen
20	Finanzen	11121	Haushalt
		11122	Beteiligungsmanagement
		11123	Steuern und Gebühren
		11124	Vollstreckung
		11125	Buchhaltung und Zahlungsverkehr
		11126	Kompetenzcenter Rechnungswesen
		53501	Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH
		53801	Stadtentwässerung Stadtanteil
		54501	Straßenreinigung Stadtanteil
		55201	Gewinnabführung Häfen
		57104	Verlustausgleich HCC
		57302	Sonstige Unternehmen

23	Wirtschaft	11127	Immobilienverwaltung
		11128	Immobilienverkehr
		57101	Wirtschaftsförderung Dritte, Zuwendungen
		57102	Wirtschaftsförderung
		57303	Marktwesen
		57304	Sondernutzung
32	Recht und Ordnung	11129	Allg. Rechtsschutzangelegenheiten
		12201	Einwohnerwesen
		12202	Gewerbe- und Veterinärangelegenheiten
		12203	Standesamt
		12204	Staatsangehörigkeit
		12205	Ordnungsrechtsaufgaben
		12206	Rechtsschutzaufgaben
37	Feuerwehr	12601	Gefahrenvorbeugung
		12602	Gefahrenabwehr
		12701	Rettungsdienst
		12801	Katastrophenschutz
41	Museen und Kulturbüro	25201	Bildende Kunst und Medienkunst
		25202	Museum August Kestner
		25203	Historisches Museum
		25204	Sprengel Museum Hannover
		26101	Darstellende Kunst
		26201	Musikpflege
		28101	Kommunales Kino und Künstlerhaus
		28102	Sonstige Kulturpflege
42	Bibliothek und Schulen	11130	Stiftungen
		21101	Grundschulen
		21601	Haupt- und Realschulen
		21701	Gymnasien
		21801	IGS + Schulen mit besonderem pädagogischen Profil
		22101	Förderschulen
		24301	Schulformübergreifende Maßnahmen
		24302	Schulformübergreifende Programme und Projekte
		25101	Stadtarchiv Hannover
		27201	Stadtbibliothek Hannover
		54601	Gewinnausschüttung union-boden
43	Bildung und Qualifikation	26301	Musikschule
		27101	Volkshochschule
		27301	Stadtteilkulturarbeit
		28103	Erinnerungsarbeit

46	Herrenhäuser Gärten	26102	Herrenhäuser Gärten, Veranstaltungen/Vermietungen
		52301	Herrenhäuser Gärten
		11131	Behindertenangelegenheiten
		11132	Städt. Beschäftigungsmaßnahmen
		31102	Schuldnerberatung
		31103	Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
		31104	Eingliederungshilfe
		31191	Verwaltung der Sozialhilfe, FB 50
50	Soziales	31291	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
		31501	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose
		34401	Hilfen f. Heimkehrer und politische Häftlinge
		34501	Landesblindengeld
		34601	Wohngeld
		35101	Sonstige soziale Angelegenheiten
		35102	Bürgerschaftliches Engagement / soziale Stadtteilentwicklung
		41401	Drogenhilfe / Heroinprojekt
		34101	Unterhaltsvorschuss
		36101	Tagespflege
		36201	Kinder- und Jugendarbeit
		36301	Verwaltung der Jugendhilfe
51	Jugend und Familie	36302	Hilfen zur Erziehung (HzE)
		36303	Jugendschutz
		36501	Kindertagesbetreuung
		36601	Einrichtungen der Jugendarbeit
		36602	Jugend Ferien-Service
		36701	Jugend- und Familienberatung
		36702	Heimverbund
		11133	Schützenstiftung
		12207	Veranstaltungskoordination
		26103	Kleines Fest
		42101	Sportförderung
52	Sport und Eventmanagement	42401	Sportstätten
		42402	Sportleistungszentrum
		42403	Bäder
		54801	Gewinnausschüttung Flughafen
		57501	Veranstaltungsmanagement
		31192	Verwaltung der Sozialhilfe 57
57	Senioren	31502	Luise-Blume-Stiftung
		31503	Seniorenarbeit
		31504	Betrieb städt. Alten- und Pflegezentren
		35103	Lastenausgleich

59	Soziale Hilfen	31106	Grundsicherung im Alter/Erwerbsmind. gem. SGB XII
		31107	Hilfen in anderen Lebenslagen
		31108	Hilfe zum Lebensunterhalt
		31109	Hilfen zur Gesundheit
		31110	Zahlungen Quotales System
		31111	Hilfe zur Pflege
		31301	Grund- und Sonderleistungen für Asylbewerber
60	Baureferat	11134	Service und Steuerung "Bauen"
61	Planen und Stadtentwicklung	31505	Unterbringung von Personen
		51101	Städtebauliche Planung
		51102	Bodenordnung
		51103	Sonstige Aufgaben Geoinformation
		51104	Kartografie
		51105	Vermessung
		51106	Maßnahmen der Stadterneuerung
		51107	Stadtentwicklung
		52101	Bauaufsicht
		52102	Prüfung von bautechnischen Nachweisen
		52201	Sicherung der Wohnraumversorgung
		52302	Denkmalschutz und -pflege
66	Tiefbau	12208	Verkehrsrechtliche Maßnahmen
		54101	Gemeindestraßen
		54201	Kreisstraßen
		54301	Landesstraßen
		54401	Bundesstraßen
		54502	Straßenbeleuchtung
		54602	Parkeinrichtungen
		54701	ÖPNV
		55202	Wasserbau
67	Umwelt und Stadtgrün	55101	Öffentliches Grün: Spielplätze/ Spielparks
		55102	Straßenbegleitgrün und übriges öffentliches Grün
		55103	Öffentliches Grün: Parkanlagen, Grünzüge
		55104	Naherholung, Landschaftsräume
		55301	Bestattung und Grabpflege
		55501	Land- und Forstwirtschaft
		56101	Umweltschutzmaßnahmen
99	Allgemeine Finanzwirtschaft	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen
		61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nach der Auflistung aller Produkte eines Teilhaushalts werden die wesentlichen Produkte dieses Teilhaushalts gesondert dargestellt.

Diese Darstellung setzt sich zusammen aus

- einer inhaltlichen Beschreibung jedes wesentlichen Produkts mit Zielen und Kennzahlen

Wesentliches Produkt des Teilhaushalts														
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> Produktnummer (5-stellig, Produktbezeichnung im Fettdruck) Produktgruppe (3-stellig mit Bezeichnung) Verantwortungsbereich (OE) Produktverantwortlicher (Frau bzw. Herr „Name“ , Telefon mit Vorwahl) </div>														
Produktbeschreibung , ggf. mit Darstellung einzelner Aufgaben unter den Ziffern 1 bis 3ff														
_____ _____ _____ _____														
<u>dazugehörige Aufgaben</u> (Aufführung, wenn gewünscht)														
1. _____														
2. _____														
3. _____														
Grundlage(n)														
<input type="checkbox"/> Pflichtaufgabe Rechtsgrundlage: _____														
<input type="checkbox"/> Freiwillige Aufgabe Auftragsgrundlage: _____														
1. Produktziel														

<u>Maßnahmen zur Zielerreichung</u>														

Produktkennzahl(en) z. B. Fallzahl, Zeitfaktor, Prozente, in €														
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Stand 2009</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2010</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2011</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2012</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>						Stand 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012					
	Stand 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012										

ggf. 2. Produktziel														

<u>Maßnahmen zur Zielerreichung</u>														

Produktkennzahl														
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Stand 2009</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2010</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2011</td> <td style="width: 12.5%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Plan 2012</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>						Stand 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012					
	Stand 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012										

- sowie der finanziellen Darstellung jedes wesentlichen Produkts analog des Teilergebnishaushalts und gemäß des offiziellen Musters (Muster 8, Teil A zur Einzeldarstellung der wesentlichen Produkte). Dieser Übersicht werden zwei zusätzliche Zeilen für die Ausweisung der fachbereichsinternen Dienstleistungen und der sich daraus ergebenden Gesamtsumme für das wesentliche Produkt angehängt.

Anteil der fachbereichsinternen Dienstleistungen / Dezerate						
Ergebnis unter Berücksichtigung der fachbereichsinternen Dienstleistungen / Dezerate						

Deckungsfähigkeiten im Haushalt der Landeshauptstadt Hannover

1. Budgetierung im Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt, Teil Verwaltungstätigkeit

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) gelten für den Haushalt der Landeshauptstadt Hannover auch neue Regelungen zur Budgetierung. Das Stufenprogramm zur Erweiterung der Budgetierung vom 17.11.1997 wurde hierfür entsprechend überarbeitet.

Die Budgetierungsregelungen stellen einen Handlungsrahmen für die Fachbereiche dar. Innerhalb des finanziellen Rahmens eines Budgets arbeiten die Fachbereiche eigenverantwortlich an der Zielerreichung ihrer Aufgaben. Dabei ist ein geplanter Zuschussbedarf bzw. ein geplanter Überschuss einzuhalten. Dies bedeutet u. a. auch, dass der Fachbereich grundsätzlich seine Aufwendungen anpassen muss, wenn die Erträge hinter der Kalkulation zurückbleiben.

Davon unberührt bleiben die Eingriffsmöglichkeiten durch den Kämmerer bzw. den Oberbürgermeister / Rat.

Die Neuregelungen der Budgetierung gelten für die gemäß § 4 GemHKVO ab 2011 gebildeten Teilergebnishaushalte und Produkte sowie die damit im Zusammenhang stehenden Auszahlungen und Einzahlungen der Teilfinanzhaushalte, Teil Verwaltungstätigkeit.

Die Budgetstruktur folgt dem Organisationsaufbau der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover:

- Jeder Teilhaushalt bildet ein Budget (= Fachbereichsbudget).
- Unterhalb der Teilhaushalte werden Produktbudgets eingerichtet.
- Es besteht für die Fachbereiche die Möglichkeit, mehrere Produkte in einem Produktbudget zusammenzufassen.

Die Produktbudgets beinhalten alle ordentlichen Aufwands- und Ertragsarten, die damit prinzipiell nach § 19 GemHKVO gegenseitig bzw. nach § 18 GemHKVO unecht deckungsfähig sind.

Es gelten jedoch folgende Ausnahmen:

Disponible (beeinflussbare) Personalaufwendungen sind innerhalb eines Teilhaushalts mit den Sachaufwendungen nur unter bestimmten Voraussetzungen gegenseitig deckungsfähig, die in den Budgetierungsregelungen näher ausgeführt sind. Sie sind für die gesamte Verwaltung teilhaushaltsübergreifend gegenseitig deckungsfähig. Nur mit den inhaltlich zusammenhängenden Erträgen besteht eine unechte Deckungsfähigkeit. Die Bewirtschaftung erfolgt zentral durch den Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste, auch wenn sie in den jeweiligen Produkten ausgewiesen sind.

Nicht disponible Personalaufwendungen (z. B. Versorgungsbezüge, Beihilfen, Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) sind ebenfalls für die gesamte Verwaltung teilhaushaltsübergreifend gegenseitig deckungsfähig und nur mit den inhaltlich zusammenhängenden Erträgen unecht deckungsfähig. Die Darstellung der nicht disponiblen Personalaufwendungen erfolgt zur Vollständigkeit beim jeweiligen Produkt, die Bewirtschaftung obliegt dem Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste.

Mittel für die bauliche Unterhaltung werden teilhaushaltsübergreifend für die Gesamtverwaltung als gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Zweckbestimmte Aufwendungen (z. B. Aufwendungen und Erträge aus internen Leistungsbeziehungen, Abschreibungen) werden für die gesamte Verwaltung teilhaushaltsübergreifend als gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Zweckgebundene Mehrerträge dürfen für Mehraufwendungen nur verwendet werden, wenn entsprechende Einzahlungen vorhanden sind und sie grundsätzlich den Ansatz der Gesamterträge im einzelnen Budget überschreiten.

Über ein Teilhaushaltsbudget hinaus ist eine über- oder außerplanmäßige Erhöhung der Planwerte für Aufwendungen und Auszahlungen nur unter den Voraussetzungen des § 89 NGO erlaubt. Hier gilt weiterhin das festgelegte Verfahren nach den Wertgrenzen aus dem Anhang zur Hauptsatzung.

Bei drohender Überschreitung des finanziellen Budgetrahmens ist ein mehrstufiges Verfahren zur Gegensteuerung vorgesehen.

1. Stufe

Reichen die Deckungsfähigkeit und die Gegensteuerungsmaßnahmen innerhalb eines Produktbudgets nicht aus, ist eine Deckung innerhalb des Fachbereichsbudgets ohne das Verfahren nach § 89 NGO sicherzustellen.

2. Stufe

Ist eine Deckung im Fachbereichsbudget nicht möglich, ist die Deckung in den anderen Fachbereichsbudgets des jeweiligen Dezernats zu realisieren. Bei dieser Stufe ist das Verfahren nach § 89 NGO einzuhalten.

3. Stufe

Kann innerhalb des Dezernates keine ausreichende Deckung geboten werden, muss unter Beachtung des Verfahrens nach § 89 NGO durch den Gesamthaushalt eine Deckung ermöglicht werden.

Die Deckungsnotwendigkeiten werden in den Quartalsberichten für die politischen Gremien entsprechend erläutert.

Auf Basis des 4. Quartalsberichtes wird nach Abschluss des Haushaltsjahres die Budgetabrechnung im Rahmen des Jahresabschlusses nach § 100 NGO vorgenommen. Neben anerkannten zweckgebundenen Mehrerträgen können auch eingesparte Aufwendungen in den Produktbudgets gemäß § 20 GemHKVO (Übertragbarkeit) als Haushaltsreste ins Folgejahr übertragen werden. Dies setzt ein aktives Handeln oder Engagement des Fachbereiches voraus, das zu managementbedingten Einsparungen führte. Nicht beeinflussbare Minderaufwendungen werden wegen des fehlenden aktiven Handelns grundsätzlich nicht als managementbedingt anerkannt und somit nicht übertragen.

Bei managementbedingten Mindererträgen oder Mehraufwendungen ist ein Verlustvortrag (Sperrung von Folgeansätzen bei den Aufwendungen) möglich. Vorab wird vom Fachbereich Finanzen geprüft, ob bei anderen Produktbudgets des Fachbereichs eine Deckung durch Kürzung möglicher Haushaltsreste besteht.

Auflistung der Budgets 2011

Budget	Bezeichnung	dazugehörige Produkte
TH 14	Rechnungsprüfungsamt	
B11101	Rechnungsprüfung	11101 Rechnungsprüfung
TH15	Büro Oberbürgermeister	
B11102	Repräsentation	11102 Repräsentation
B11103	Grundsatzangelegenheiten	11103 Grundsatzangelegenheiten
B11104	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	11104 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
TH18	Steuerung, Personal und Zentrale Dienste	
B11105	Pers.- und Org.management, Controlling	11105 Personal- und Org.management, Controlling
B11106	Personalrecht und -rechnungswesen	11106 Personalrecht und -rechnungswesen
B11107	Gesundheitsmanagement und Soziales	11107 Gesundheitsmanagement und Soziales
B11108	Gemeinschaftsverpflegung	11108 Gemeinschaftsverpflegung
B11109	Informations- u. Kommunikationssysteme	11109 Informations- und Kommunikationssysteme
B11110	Angelegenheiten des Rates	11110 Angelegenheiten des Rates
B11111	Angelegenheiten der Stadtbezirke	11111 Angelegenheiten der Stadtbezirke
B11112	Gebäudereinigung	11112 Gebäudereinigung
B11113	Gleichstellungsangelegenheiten	11113 Gleichstellungsangelegenheiten
B11114	Zentrale Dienstleistungen	11114 Zentrale Dienstleistungen
B11115	Zentrale Beschaffung	11115 Zentrale Beschaffung
B11116	Personalvertretung	11116 Personalvertretung
B12101	Statistik und Wahlen	12101 Statistik und Wahlen
B57103	Gartensaal	57103 Gartensaal
TH20	Finanzen	
B02001	Fachbereich Finanzen	11121 Haushalt 11122 Beteiligungsmanagement 11123 Steuern und Gebühren 11124 Vollstreckung 11125 Buchhaltung und Zahlungsverkehr 11126 Kompetenzcenter Rechnungswesen
B53501	Versorgungs- u. Verkehrsges. mbH	53501 Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH
B53801	Stadtentwässerung Stadtanteil	53801 Stadtentwässerung Stadtanteil
B54501	Straßenreinigung	54501 Straßenreinigung
B55201	Gewinnabführung Häfen	55201 Gewinnabführung Häfen
B57104	Verlustausgleich HCC	57104 Verlustausgleich HCC
B57302	Sonstige Unternehmen	57302 Sonstige Unternehmen
TH23	Wirtschaft	
B02301	Immobilien / Wirtschaftsförderung	11127 Immobilienverwaltung 11128 Immobilienverkehr 57102 Wirtschaftsförderung
B57101	Wirtschaftsförderung Dritte, Zuwendungen	57101 Wirtschaftsförderung Dritte, Zuwendungen
B02302	Marktwesen	57303 Marktwesen 57304 Sondernutzung
TH32	Recht und Ordnung	
B03201	Fachbereich Recht und Ordnung	11129 Allg. Rechtsangelegenheiten 12201 Einwohnerwesen 12202 Gewerbe- und Veterinärangelegenheiten

B03201	Fachbereich Recht und Ordnung	12203	Standesamt
		12204	Staatsangehörigkeit
		12205	Ordnungsrechtsaufgaben
		12206	Rechtsschutzaufgaben
TH37	Feuerwehr		
B12601	Gefahrenvorbeugung	12601	Gefahrenvorbeugung
B12602	Gefahrenabwehr	12602	Gefahrenabwehr
B12701	Rettungsdienst	12701	Rettungsdienst
B12801	Katastrophenschutz	12801	Katastrophenschutz
TH41	Museen und Kulturbüro		
B04101	Kulturförderung	25201	Bildende Kunst und Medienkunst
B25202	Museum August Kestner	25202	Museum August Kestner
B25203	Historisches Museum	25203	Historisches Museum
B25204	Sprengel Museum Hannover	25204	Sprengel Museum Hannover
B04101	Kulturbüro	26101	Darstellende Kunst
		26201	Musikpflege
		28102	Sonstige Kulturpflege
B28101	Kommunales Kino und Künstlerhaus	28101	Kommunales Kino und Künstlerhaus
TH42	Bibliothek und Schule		
B11130	Stiftungen	11130	Stiftungen
B04201	Mobiler und immobilier Betrieb	21101	Grundschulen
		21601	Haupt- und Realschulen
		21701	Gymnasien
		21801	IGS + Schulen m. bes. pädagog. Profil
		22101	Förderschulen
B24301	Schulformübergreifende Maßnahmen	24301	Schulformübergreifende Maßnahmen
B24302	Schulformüberggr. Programme u. Projekte	24302	Schulformüberggr. Programme u. Projekte
B25101	Stadtarchiv Hannover	25101	Stadtarchiv Hannover
B27201	Stadtbibliothek Hannover	27201	Stadtbibliothek Hannover
B54601	Gewinnausschüttung union-boden	54601	Gewinnausschüttung union-boden
TH43	Bildung und Qualifizierung		
B26301	Musikschule	26301	Musikschule
B27101	Volkshochschule	27101	Volkshochschule
B04301	Stadtteilkultur- und Erinnerungsarbeit	27301	Stadtteilkulturarbeit
		28103	Erinnerungsarbeit
TH46	Herrenhäuser Gärten		
B26102	Herrenh. Veranstaltungen/Vermietungen	26102	Herrenh. Veranstaltungen/Vermietungen
B52301	Herrenhäuser Gärten	52301	Herrenhäuser Gärten
TH50	Soziales		
B05901	Soziale Hilfen	31103	Hilfe zur Überwind. bes.soz. Schwierigkeiten
		31104	Eingliederungshilfe
		31106	Grundsicherung nach §§ 41 bis 46 SGB XII
		31107	Hilfen in anderen Lebenslagen
		31108	Hilfe zum Lebensunterhalt
		31109	Hilfen zur Gesundheit
		31110	Zahlungen Quotales System

B05901	Soziale Hilfen	31111	Hilfe zur Pflege
B11131	Behindertenangelegenheiten	11131	Behindertenangelegenheiten
B11132	Städtische Beschäftigungsmaßnahmen	11132	Städtische Beschäftigungsmaßnahmen
B31102	Schuldnerberatung	31102	Schuldnerberatung
B31191	Verwaltung der Sozialhilfe FB 50	31191	Verwaltung der Sozialhilfe FB 50
B31291	Verw. Grundsicherung f. Arbeitssuchende	31291	Verw. Grundsicherung für Arbeitssuchende
B31501	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose	31501	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose
B34401	Hilfen f. Heimkehrer u. polit. Häftlinge	34401	Hilfen für Heimkehrer u. politische Häftlinge
B34501	Landesblindengeld	34501	Landesblindengeld
B34601	Wohngeld	34601	Wohngeld
B35101	Sonstige soziale Angelegenheiten	35101	Sonstige soziale Angelegenheiten
B35102	Bürgersch. Engagem. soz. Stadtteilentw.	35102	Bürgersch. Engagem. soz. Stadtteilentwickl.
B41401	Drogenhilfe/Heroinprojekt	41401	Drogenhilfe/Heroinprojekt
TH51 Jugend und Familie			
B34101	Unterhaltsvorschuss	34101	Unterhaltsvorschuss
B36101	Tagespflege	36101	Tagespflege
B05101	Jugendarbeit	36201	Kinder- und Jugendarbeit
		36303	Jugendschutz
		36601	Einrichtungen der Jugendarbeit
B36301	Verwaltung der Jugendhilfe	36301	Verwaltung der Jugendhilfe
B36302	Hilfen zur Erziehung (HzE)	36302	Hilfen zur Erziehung (HzE)
B36501	Kindertagesbetreuung	36501	Kindertagesbetreuung
B36602	Jugend Ferien-Service	36602	Jugend Ferien-Service
B36701	Jugend- und Familienberatung	36701	Jugend- und Familienberatung
B36702	Heimverbund	36702	Heimverbund
TH52 Sport und Eventmanagement			
B05201	Sporteinrichtungen und Bäder	11133	Schützenstiftung
		42401	Sportstätten
		42402	Sportleistungszentrum
		42403	Bäder
B12207	Veranstaltungskoordination	12207	Veranstaltungskoordination
B26103	Kleines Fest	26103	Kleines Fest
B42101	Sportförderung	42101	Sportförderung
B54801	Gewinnausschüttung Flughafen	54801	Gewinnausschüttung Flughafen
B57501	Veranstaltungsmanagement	57501	Veranstaltungsmanagement
TH57 Senioren			
B31192	Verwaltung der Sozialhilfe FB 57	31192	Verwaltung der Sozialhilfe FB 57
B31502	Luise-Blume-Stiftung	31502	Luise-Blume-Stiftung
B31503	Seniorenarbeit	31503	Seniorenarbeit
B31504	Betrieb städt. Alten- und Pflegezentren	31504	Betrieb städt. Alten- und Pflegezentren
B35103	Lastenausgleich	35103	Lastenausgleich
TH59 Soziale Hilfen			
B31301	Grund- u. Sonderleistungen Asylbewerber	31301	Grund- u. Sonderleistungen Asylbewerber
TH60 Baureferat			
B11134	Service und Steuerung "Bauen"	11134	Service und Steuerung "Bauen"
TH61 Planen und Stadtentwicklung			
B31505	Unterbringung von Personen	31505	Unterbringung von Personen

B51101	Städtebauliche Planung	51101	Städtebauliche Planung
B51102	Bodenordnung	51102	Bodenordnung
B61001	61.2 Geoinformation	51103	Sonstige Aufgaben Geoinformation
		51104	Kartografie
		51105	Vermessung
B51106	Maßnahmen der Stadterneuerung	51106	Maßnahmen der Stadterneuerung
B51107	Stadtentwicklung	51107	Stadtentwicklung
B61002	61.3 Bauordnung	52101	Bauaufsicht
		52102	Prüfung von bautechnischen Nachweisen
		52302	Denkmalschutz und -pflege
B52201	Sicherung der Wohnraumversorgung	52201	Sicherung der Wohnraumversorgung
TH66	Tiefbau		
B06601	Fachbereich Tiefbau	12208	Verkehrsbehördliche Maßnahmen
		54101	Gemeindestraßen
		54201	Kreisstraßen
		54301	Landesstraßen
		54401	Bundesstraßen
		54502	Straßenbeleuchtung
		54602	Parkeinrichtungen
		54701	ÖPNV
		55202	Wasserbau
TH67	Umwelt und Stadtgrün		
B06701	Öffentliches Grün	55101	Öffentl. Grün: Spielplätze/ Spielparks
		55102	Str.begleitgrün und übr. öffentl. Grün
		55103	Öffentl. Grün: Parkanlagen, Grünzüge
B06702	Naherholung und Forsten	55104	Naherholung, Landschaftsräume
		55501	Land- und Forstwirtschaft
B55301	Bestattung und Grabpflege	55301	Bestattung und Grabpflege
B56101	Umweltschutzmaßnahmen	56101	Umweltschutzmaßnahmen
TH99	Allgemeine Finanzwirtschaft		
		61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlage
		61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
B00ZP01	nicht disponible Personalaufwendungen		
B000P01	disponible Personalaufwendungen		Teilhaushaltsübergreifend

2. Deckungsfähigkeit im Finanzhaushalt für investive Maßnahmen

Die investiven Maßnahmen, die im Finanzhaushalt, Teil Investitionstätigkeit, ausgewiesen sind, werden weiterhin nicht in die Budgetierung einbezogen.

Nur im Einzelfall werden gemäß § 19 Abs. 4 GemHKVO Ansätze für zahlungswirksame Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit eines Budgets zugunsten von unerheblichen Auszahlungen für Investitionen als einseitig deckungsfähig erklärt. Dies erfolgt durch einen Haushaltsvermerk im entsprechenden Teilergebnishaushalt, mit dem in ein Budget auch Positionen des Teilfinanzhaushalts für Investitionstätigkeit einbezogen werden.

Um die Bewirtschaftung der Investitionen zu erleichtern, sind innerhalb jeder Investitionsmaßnahme alle Auszahlungsermächtigungen (einschließlich der Haushaltsreste) gegenseitig deckungsfähig. Dasselbe gilt für die Ansätze der Verpflichtungsermächtigungen.

Darüber hinaus können die Auszahlungen für unterschiedliche Investitionsmaßnahmen einschließlich der Haushaltsreste gemäß § 19 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 GemHKVO für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn sie in einem sachlichen Zusammenhang stehen.

Dies erfolgt dann durch einen Haushaltsvermerk im Teilfinanzhaushalt, Teil für Investitionstätigkeit. In die gegenseitige Deckungsfähigkeit sind in diesen Fällen auch die Ansätze für die Verpflichtungsermächtigungen mit einbezogen.

Alle Einzahlungen als Zuweisung für Investitionstätigkeit sind generell zweckgebunden. Die Zweckbindung liegt auch dann vor, wenn die Einzahlung im Haushalt bisher noch nicht veranschlagt war.

Daneben wird für die Einzahlungen die unechte Deckungsfähigkeit mit allen Auszahlungen innerhalb jeder Investitionsmaßnahme bzw. jedes Deckungsringes erklärt.

Für die Beschaffung der Fahrzeuge (Investitionsmaßnahmen XXXXX.940) sind alle Ansätze (einschließlich der Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen) teilhaushaltsübergreifend gegenseitig und unecht deckungsfähig.

Auflistung der investiven Deckungsringe 2011

<i>Deckungsring</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>zugehörige Investitionsmaßnahmen</i>
TH18	Steuerung, Personal und Zentrale Dienste	
DR01800001	Sonstige Maßnahmen FB 18	11105.901 Zentrale Aufgaben, Sonst.Maßn. 11105.902 Personal- und Organisation, Sonst. Maßn. 11106.901 Personalrecht, Sonst. Maßn. 11107.901 Gesundheitsmanagem., Sonst.Maßn. 11114.901 Zentr. Dienstleistungen, Sonstige Maßn. 11115.901 Beschaffung, Sonstige Maßn.
DR01800002	GV u. Gartensaal, Sonst. Maßn.	11108.901 Gemeinschaftsverpfl., Sonst.Maßn. 57103.901 Gartensaal, Sonstige Maßn.
DR01800003	Rat u. Stadtbezirke, sonst. Maßn.	11110.901 Rat, Sonstige Maßn. 11111.901 Stadtbezirke, Sonstige Maßn.
DR01800004	IuK und Fernmelde-Systeme	11109.002 IuK-Systeme, EDV-Bibliotheken

		11109.003	luK-Systeme, EDV-Eingl. FB 19 luK-Systeme, EDV-
		11109.004	Dokumentenman.System
		11109.970	Sonstige Maßnahmen, luK
		11109.971	Sonstige Fernmeldeanlagen, luK
		11109.972	FM-Kabelnetz, luK
		11109.973	Hochgeschw.-Datenübertragung, luK
		11109.974	Erneuerg.zentr.Fernsprechanl.,luK
TH20	Finanzen		
DR02000901	FB 20 / Dez. II So. Maßnahmen	20000.901	FB 20, Sonstige Maßn.
		20000.902	Dezernat II, Sonstige Maßn.
DR02000005	Weiterleitung Tilgung an Erwerber	11125.001	Wohnungsbaudarlehen
		11125.700	Ausleihungen
TH23	Wirtschaft		
DR02300001	Immobilien	11127.001	Objektbezogener Grunderwerb
		11127.002	Immobilienverw. Allgemeiner Grunderwerb
		11127.003	Parkeinrichtungen
		11127.004	Bodensanierung Lister Damm
		11127.901	Immobilienverwaltung, Sonstige Maßn.
		11127.902	Immobilienverwaltung, Bauliche Maßn. Immobilienverkehr, Allgemeiner Grunder- werb
		11128.001	Grunderwerb, Straßenbau
		11128.003	Grunderwerb, Umlegung
		11128.901	Immobilienverkehr, Sonstige Maßn.
DR02300002	Markwesen	57303.001	Marktwesen, Schützenplatz
		57303.901	Marktwesen, Sonstige Maßn.
		57304.901	Sondernutzung, Sonstige Maßn.
TH32	Recht und Ordnung		
DR 03200001	FB32, Sonstige Maßnahmen	11129.901	Rechtsangelegenheiten, Sonstige Maßn.
		12201.001	Bürgerämter
		12201.901	Einwohnerwesen, Sonstige Maßn.
		12202.901	Gewerbe u.Veterinär, Sonstige Maßn.
		12203.901	Standesamt, Sonstige Maßn.
		12204.901	Staatsangehörigkeit.,Sonstige Maßn.
		12205.901	Ordnungsrecht, Sonstige Maßn.
		12206.901	Rechtsschutz, Sonstige Maßn.
TH37	Feuerwehr		
DR03700940	Fahrzeuge Feuerwehr	12601.940	Gefahrenvorbeugung, Fahrzeuge
		12602.940	Gefahrenabwehr, Fahrzeuge
		12701.940	Rettungsdienst, Fahrzeuge
		12801.940	Katastrophenschutz, Fahrzeuge
TH41	Museen und Kulturbüro		
DR04100001	Kulturbüro, So.Maßnahmen.	25201.901	Bildende Kunst, So.M.
		28101.901	KoKi, Künstlerhaus., So.M.

28102.901 Sonstige Kulturpflege, So.M.

TH42

Bibliothek und Schule

DR04200001

Sonst. Maßn., alle Schulformen

21101.901 Grundschulen, Sonstige Maßn.
21601.901 Haupt-/Realschulen, Sonstige Maßn.
21701.901 Gymnasien, Sonstige Maßn.
IGS+Schulen m.bes.päd. Profil, Sonst.
21801.901 Maßn.
22101.901 Förderschulen, Sonstige Maßn.
24301.901 Schulformübergreifende Sonstige Maßn.

TH43

Bildung und Qualifizierung

DR04300001

Stadtteilkulturarbeit, So.Maßn.

27301.900 Stadtteilkulturarbeit, Medien
27301.901 Freizeith. Linden, Sonst. Maßn.
27301.902 Freizeith. Vahrenwald, Sonst. Maßn.
27301.903 Freizeith. Ricklingen, Sonst. Maßn.
27301.904 Freizeit. Lister Turm, Sonst. Maßn.
27301.905 Weiße Ros. Mühlenbg., Sonst. Maßn.
27301.906 Freizeith. Döhren, Sonst. Maßn.
27301.907 Freizeit. Stöcken, Sonst. Maßn.
27301.908 Bildg./lebensl. Lernen, Sonst. Maßn.
27301.909 Freiz.förd./Stadtt. arb, Sonst. Maßn.
27301.910 Stadtteilarb. Kronsbl., Sonst. Maßn.
27301.911 Stadtteilarb. Sahlk., Sonst. Maßn.
27301.912 Bürgerhäuser, Sonst. Maßn.

TH50

Soziales

DR05000001

Beschäftigungsmaßn., so. Maß.

11132.901 Beschäftigungsmaßn., Sonstige Maßn.
11132.902 Projekte, Sonstige Maßn.

TH52

Sport und Eventmanagement

DR05200001

Sportförderung

42101.001 Sportanlage VfV Hainholz
42101.002 Elsa-Brandström-Schule
42101.901 Sportförderung, Sonstige Maßn.
42401.002 Sportstätten, Heiz. Wettbergen
42401.901 Sportstätten, Sonstige Maßn.

DR05200003

Städtische Bäder

42403.901 Stadionbad, Sonstige Maßn.
42403.902 Vahrenwalder Bad, Sonstige Maßn.
42403.903 Nord-Ost-Bad, Sonstige Maßn.
42403.904 Stöckener Bad, Sonstige Maßn.
42403.905 Lister Bad, Sonstige Maßn.

TH61

Planen und Stadtentwicklung

DR06100901

FB 61 Allgemein

31505.901 Unterbringung v. Pers, Sonstige Maßn.
51101.901 Städtebaul. Planung, Sonstige Maßn.
51102.901 Bodenordnung, Sonstige Maßn.
51103.901 Geo-Information, Sonstige Maßn.
51104.901 Kartografie, Sonstige Maßn.
51105.901 Vermessung, Sonstige Maßn.
51106.901 Stadterneuerung, Sonstige Maßn.
51107.901 Stadtentwicklung., Sonstige Maßn.

		52101.901	Bauaufsicht, Sonstige Maßn.
		52102.901	Bautechn.Nachw, Sonstige Maßn.
		52201.901	Wohnraumversorgung, Sonstige Maßn.
		52302.901	Denkmalschutz, Sonstige Maßn.
DR06100006	Stadterneuerung	51106.001	Stadtsanierung Limmer-Nord
		51106.002	Stadtumbau West, Ihme-Zentrum
		51106.004	Stadtumbau West, Limmer
		51106.005	Stadtumbau West, Vinnhorst
		51106.006	Stadtteilzentrum Vahrenw.
		51106.007	Stadtumbau, West, Güterbhf.
		51106.008	Denkmalschutz, Hanomag-Gelände
		51106.009	Stadtumbau West., Wasserstadt
		51106.010	Stadtsanierung, Vahrenh.Ost
		51106.011	Entwicklungsmaßn. Schwarze Heide
		51106.012	Stadterneuerung. Mittelfeld
		51106.013	Stadterneuerung. Hainholz
		51106.014	Stadterneuerung. Linden-Süd
		51106.015	Stadterneuerung. Stöcken
		51106.016	Stadterneuerung. Mühlenb.
		51106.017	Stadterneuerung. Sahlkamp
		51106.018	Stadterneuerung Klagesmarkt
TH66	Tiefbau		
DR06600001	Sammelvorbaben OE 66	54101.901	Gemeindestr, beitragsfähige Straßen
		54101.902	nicht beitragsfähige Straßen
		54101.903	Straßen gem. Beitragssatzung
		54101.904	Verkehrssicherungsanlagen
		54101.906	Einfamilienhausprogramm
DR06600002	Innenstadtprojekte	54101.019	Gemeindestr., Karmarschstraße
		54101.020	Gemeindestr, Kröpcke-Center
DR06600003	Hochwasserschutz	55202.001	Hochwasserschutz, B-Ohnesorg-Br.
		55202.002	Wasserbau, Vorlandabgrabungen
		55202.003	Wasserbau, Deichbau
TH67	Umwelt und Stadtgrün		
DR06700001	Planung/Bau öffentliches Grün	55101.902	Einfamilienhausprogramm
		55101.903	Öffentl. Grün, Spielplätze. Sonstige Maßn.
		55101.904	Öffentl. Grün, Kispi., Sonstige Maßn.
		55101.905	Öffentl. Grün, Sopro Sonstige Maßn.
		55101.950	Spielplätze/-parks, Hochbau
		55102.903	Straßenbegleitgrün, übrige Grünmaßn.
		55103.901	Parkanlagen,Grünzüge, Sonstige Maßn.
DR06700002	Forsten und Naherholung	55104.901	Naherholung, Sonstige Maßn.
		55104.902	Nah. Handlungsprogramm
		55501.901	Land- u. Forstwirtschaft, Sonstige Maßn.
DR06700003	Friedhöfe	55301.901	Friedhof Stöcken, Sonstige Maßn.
		55301.902	Friedhof Engesohde, Sonstige Maßn.
		55301.903	Friedhof Seelhorst, Sonstige Maßn.
		55301.904	Friedhof Ricklingen, Sonstige Maßn.
		55301.905	Friedhof Lahe, Sonstige Maßn.

teilhaushaltsübergreifend

DR00000940 Fahrzeuge

11115.940 Beschaffung, Fahrzeuge
11121.940 Haushalt, Fahrzeuge
26102.940 Herrenhäuser Gärten, VuV, Fahrzeuge
52301.940 Herrenhäuser Gärten, Fahrzeuge
11132.940 Beschäftigungsmaßnahmen, Fahrzeuge
42401.940 Sportstätten, Sportpark Misburg, Fahrzeuge
66000.940 FB 66, Fahrzeuge
55102.940 Öffentliches Grün, Fahrzeuge
55301.940 Begleitgrün, Fahrzeuge
55501.940 Land- u. Forstwirtschaft, Fahrzeuge
56101.940 Umwelt, Fahrzeuge

Interne Leistungsverrechnungen

Nach § 15 Abs. 3 GemHKVO sollen interne Leistungen, die ein Fachbereich für einen anderen Fachbereich erbringt, zwischen den Teilhaushalten angemessen veranschlagt und verrechnet werden (Innere Verrechnungen). Die sich aus diesen internen Leistungsbeziehungen ergebenden Erträge und Aufwendungen gleichen sich insgesamt aus.

Die Ansätze aus internen Leistungsbeziehungen werden in den Gesamtergebnishaushalt und in § 1 der Haushaltssatzung nicht aufgenommen. Sie werden auch nicht im Finanzhaushalt und nicht im Teilfinanzhaushalt dargestellt, da mit diesen internen Verrechnungsvorgängen keine Zahlungsströme verbunden sind.

Bei der Landeshauptstadt Hannover wird auf eine vollständige Leistungsverrechnung verzichtet. Es erfolgt eine interne Leistungsverrechnung bei Leistungsbeziehungen in erheblichem Umfang oder aus gebühren- bzw. steuerrechtlichen Gründen.

Hierunter fallen z. B.:

- Aufwand der Kommunalen Gebäudereinigung
- Aufwand für Informations- und Kommunikationssysteme
- Verwaltungskostenerstattungen für Gebührenrechner und Betriebe gewerblicher Art
- Auftragsvergabe an die Druckerei,
- Inanspruchnahme der Anrichte,
- Nutzung von Sporthallen und Bädern,
- Nutzung von Räumen (z.B. Schulräume, Freizeitheimräume),
- Durchführung von Maßnahmen durch den Stützpunkt Hölderlinstraße,
- Bestellungen bei der Stadtgärtnerei,
- Grünflächenpflege durch OE 67

Fachbereichsinterne Leistungen

Bei diesen Leistungen handelt es sich um die zentralen Verwaltungsleistungen eines Fachbereichs (z. B. zentrale Beschaffung von Büromaterial), die Aufwendungen für die Fachbereichsleitung und des Dezernatsbüros, sofern es sich um einen Fachbereich handelt, der ein Dezernatsbüro verwaltet.

Die fachbereichsinternen Leistungen werden in den jeweiligen Teilergebnishaushalten als ordentliche Erträge und Aufwendungen (z.B. Aufwand für Büromaterial, Personalaufwand) dargestellt und auf die jeweiligen Produkte dieses Teilergebnishaushaltes verrechnet.

Vorbericht

Einleitung

Die Stadt Hannover legt Haushaltsjahr 2011 erstmalig einen Haushalt auf der Grundlage des in Niedersachsen mit Wirkung vom 01. Januar 2006 eingeführten neuen kaufmännisch orientierten kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens vor.

Wegen näherer Einzelheiten zum Neuen Kommunalen Rechnungswesen (NKR) wird auf die Erläuterungen unter Ziffer I - Allgemeines - zum Haushaltsplan 2011 verwiesen.

Nach § 1 Abs. 2 Ziffer 3 Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung (GemHKVO) gehört der Vorbericht als Anlage zum Haushaltsplan. Nach § 6 GemHKVO hat der Vorbericht einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der Haushaltswirtschaft zu geben.

Der Vorbericht ist wie folgt gegliedert:

1. Bericht zur finanziellen Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover

2. Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen

2.1 Erträge

- 2.1.1 Grundsteuer B
- 2.1.2 Gewerbesteuer
- 2.1.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- 2.1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
- 2.1.5 Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich
- 2.1.6 Erträge aus Beteiligungen
- 2.1.7 Erträge im TH Jugend und Familie
- 2.1.8 Erträge für soziale Hilfen in den Teilhaushalten 50 und 59

2.2 Aufwendungen

- 2.2.1 Personalaufwand
- 2.2.2 Zuführung zur Rückstellung im Bereich Personalaufwandes
- 2.2.3 Abschreibungen
- 2.2.4 Aufwendungen für soziale Hilfen in den Teilhaushalten Soziales und Soziale Hilfen
- 2.2.5 Aufwendungen im TH Jugend und Familie
- 2.2.6 Zinsaufwendungen
- 2.2.7 Zinsaufwendungen für Kassenkredite
- 2.2.8 Gewerbesteuerumlage
- 2.2.9 Umlage an die Region Hannover

3. Entwicklung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen

3.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

- 3.1.1 Zuwendungen für Investitionstätigkeit
- 3.1.2 Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit
- 3.1.3 Veräußerung von Sachvermögen
- 3.1.4 Veräußerung von Finanzvermögensanlagen
- 3.1.5 Sonstige Investitionstätigkeit

3.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

- 3.2.1 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
- 3.2.2 Baumaßnahmen
- 3.2.3 Erwerb von beweglichem Sachvermögen
- 3.2.4 Erwerb von Finanzvermögensanlagen
- 3.2.5 Aktivierbare Zuwendungen
- 3.2.6 Verpflichtungsermächtigungen
 - 3.2.6.1 Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

3.2.6.2 Einzeldarstellung der Verpflichtungsermächtigungen

3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

4. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden

6. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

7. Schaubilder zum Haushalt

1. Bericht zur finanziellen Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover

Ergebnishaushalt

Die Haushaltsjahre 2005 bis 2008 verzeichneten eine positive Entwicklung; in der Rechnung konnten Überschüsse von bis zu 71 Mio. € ausgewiesen und damit Altdefizite erheblich abgebaut werden.

Der Rückschlag für die Bemühungen der Haushaltskonsolidierung kam im Jahr 2009 mit der weltweiten Finanzkrise. Die Jahresrechnung 2009 weist einen Sollfehlbetrag von 318 Mio. €, inkl. des Altdefizits aus Vorjahren, aus. Dieser Betrag wird in der Bilanz sowohl bei der Bildung der Nettosition wie auch bei der Höhe der Liquiditätskredite berücksichtigt.

Der erste doppisch aufgestellte Ergebnishaushalt 2011 weist ein jahresbezogenes Defizit von rd. 94,8 Mio. € aus.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sind die Gebote der kaufmännischen Vorsicht, der Genauigkeit und Sorgfalt berücksichtigt worden. Der Eintritt des Planergebnisses hängt davon ab, in welchem Maße sich bestehende Chancen und Risiken verwirklichen. Dies setzt zunächst voraus, dass im Rahmen der Planung Chancen und Risiken identifiziert und bewertet werden.

Haushaltsrisiken / Szenarienbetrachtung

Als größte Haushaltsrisiken lassen sich für das kommende Jahr Rückgänge in der Gewebesteuer und eine Erhöhungen des Zinsaufwandes identifizieren. Beide Positionen sind nicht von der Kommune beeinflussbar. Als weitere Position wurde der Personalaufwand, wegen des Volumens, in die Risikobetrachtung einbezogen.

Diese drei großen Positionen des Haushaltes wurden einer Szenarienbetrachtung: worst-case, real-case, best-case unterzogen.

Im vorgelegten Haushaltsplan wurde eine mittlere Risikovariante (real-case) bei den Erträgen und Aufwendungen der Planung zu Grunde gelegt.

Im worst-case ergäbe sich, wie nachfolgend dargestellt, eine Verschlechterung des Haushaltes um 70,4 Mio. €; im best-case könnte sich der Haushalt um 53,5 Mio. € verbessern.

1. Gewerbesteuer

Als größtes Haushaltsrisiko ist die Entwicklung der Gewerbesteuer, als größte Einzelertragsposition, zu nennen.

Die Berechnung der Gewerbesteuer hängt im Wesentlichen vom wirtschaftlichen Erfolg der örtlichen Unternehmen ab. Zudem aber auch von der Anzahl der Gewerbesteuerzahler und der Verteilung der Steuerpflichtigen auf die einzelnen Branchen. Jede Konzentration auf bestimmte Branchen oder die Ertragsrückgänge der wichtigsten Steuerpflichtigen wirken sich besonders auf das Gewerbesteueraufkommen aus.

Dies kann negative Effekte haben, wie beispielsweise im Jahr 2009, oder auch zu erfreulichen Resultaten führen, wie für 2010 erwartet. In beiden Jahren war Hannover entgegen dem bundesweiten Trend stärker von der zurückgehenden Ertragsituation bzw. dem beginnenden Aufschwung betroffen.

Aus den Vorjahren ist zu erkennen, dass bei einer Auswertung nach der Höhe der Gewerbesteuerzahlung die ersten fünfzig Steuerpflichtigen ca. 62 % des Steueraufkommens aufbringen. Die nach dieser Auswertung für die Landeshauptstadt finanziell bedeutsamen

Branchen sind die Versicherungsunternehmen, Banken, Energieversorger, Netzbetreiber und Dienstleistungsunternehmen.

Wenn durch eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung eine (bestimmte) Branche einbricht, kann dies gravierende Auswirkungen auf die Gewerbesteuer haben.

Veränderungen hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens würden sich allerdings nicht nur auf die Position Gewerbesteuer auswirken, sondern bei den Aufwendungen auch auf die Umlage zur Gewerbesteuer, den Solidarbeitrag der Gewerbesteuerumlage und die Regionsumlage, bei den Erträgen würde dies zu einer Veränderung bei den Zuweisungen aus dem Finanzausgleich führen.

Im Haushaltsjahr 2011 wird eine Gewerbesteuereinnahme in Höhe von 480 Mio.€ zugrunde gelegt.

Am Beispiel zweier Szenarien, Erhöhung der Gewerbesteuer um 50 Mio. € und Reduzierung um 70 Mio. €, werden deren Auswirkung auf das Ergebnis dargestellt.

Planungsvarianten Gewerbesteuer

Gewerbesteuer	Verwaltungsentwurf 2011	Best-case + 50 Mio. €	Worst-case - 70 Mio. €
<u>Ertrag</u>			
Gewerbesteuer	480,0 Mio. €	530,0 Mio. €	410,0 Mio. €
<u>Aufwand</u>			
Gewerbesteuerumlage	36,52 Mio. €	40,44 Mio. €	31,20 Mio. €
Solidarbeitrag Gewerbesteuerumlage	37,57 Mio. €	41,48 Mio. €	32,09 Mio. €
Saldo:		+ 42,17 Mio. €	- 59,2 Mio.€
<u>Jahresergebnis</u>	<u>-94,79 Mio. €</u>	<u>-52,62 Mio. €</u>	<u>-153,9 Mio. €</u>

Zu beachten ist, dass bei einer höheren Gewerbesteuer eine Verbesserung der Steuerkraft der Landeshauptstadt Hannover vorliegt, die tendenziell dazu führt, dass der Aufwand für die Regionsumlage steigt, der Ertrag aus den Zuweisungen des Landes aber sinkt. Bei einem niedrigeren Ertrag ist eine tendenzielle Umkehr zu erwarten, die eine Reduzierung der Verschlechterung zur Folge haben dürfte.

2. Personalaufwendungen inkl. Versorgungsaufwendungen

Ein weiteres Haushaltsrisiko ist die Entwicklung der Personalaufwendungen als wesentliche Aufwandsposition.

Im Haushaltsjahr 2011 erhöhen sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 9,7 %. Diese gravierende Steigerung beruht allerdings auf zwei Sondereffekten, die im Jahr 2011 eintreten: Die Wiedereingliederung von Nettoregiebetrieben (ohne GM) und die neue, – nicht kassenwirksame – Verpflichtung, Rückstellungen für Pensionsanswartschaften, Beihilfen sowie Altersteilzeit zu bilden (siehe auch die Erläuterungen zum Personalaufwand 2011).

Bereinigt um diese Sondereffekte steigt der Personalaufwand im Jahr 2011 im Vergleich zum Jahr 2010 um ca. 6 Mio., dies entspricht einer Steigerungsrate von 1,5 %. Diese Steigerungsrate wurde auch in der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegt.

Um deutlich zu machen, welche Veränderungen sich allein bei den Personalaufwendungen ergeben, wenn die jährlich gleichbleibende Steigerungsrate nicht 1,5 % ist, sondern stattdessen 0 % (Basisjahr = 2010) bzw. 3% beträgt, zeigt das nachfolgende Szenario:

Planungsvarianten Personalaufwand

	Verwaltungsentwurf 2011	Best-case	Worst-case
Steigerungsrate	1,50 %	0%	3,0 %
Personalaufwand	401,7 Mio. €	395,2 Mio. €	407,0 Mio. €
Saldo:		- 6,5 Mio. €	+ 6,3 Mio. €
Jahresergebnis:	-94,79 Mio. €	- 88,26 Mio. €	- 101,09 Mio. €

3. Zinsaufwand

Als drittes maßgebliches Risiko ist die Entwicklung des Zinsaufwandes, der Kassen- oder Liquiditätskreditzinsen, zu nennen.

Die Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (alt: Kassenkredite) wurden auf der Basis eines durchschnittlichen täglichen Liquiditätsbedarfs von 317,7 Mio. € und einem Zinssatz von 2,5 % errechnet. Das derzeitige Zinsniveau liegt deutlich niedriger, bei einem weiteren Anziehen der Konjunktur oder einer Änderung der Geldmengenpolitik der Bundesbank ist aber mit einem Ansteigen der Kurzfristzinsen zu rechnen. Eine Änderung des Zinssatzes um 1 % hat dabei eine Änderung der Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite von ca. 3,2 Mio. € zur Folge.

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite wurden anhand der abgeschlossenen Kreditverträge und der bestehenden Zinsbindungen berechnet. Die geplanten Neuaufnahmen und Umschuldungen für 2011 wurden mit einem Zinssatz von 5 % angesetzt. Auch hier ist das Zinsniveau zurzeit niedriger, es muss aber auch hier mit einer Steigerung gerechnet werden. Bei den Investitionskrediten bewirkt eine Änderung des Zinssatzes um 1 % eine Veränderung der Zinsaufwendungen um ca. 2,3 Mio. €, da dies nur auf die Neuaufnahmen und Umschuldungen durchschlägt.

Planungsvarianten Zinsaufwand

	Verwaltungsentwurf 2011	Best-case	Worst-case
Zinssatz	2,50%	1,0 %	4,0%
Zinsaufwand	8,0 Mio. €	3,2 Mio. €	12,9 Mio. €
Saldo:		- 4,8 Mio. €	+ 4,9 Mio. €
Jahresergebnis:	-94,79 Mio.€	- 89,99 Mio. €	- 99,69 Mio. €

nachrichtlich: durchschnittlicher Zinssatz 2000 - 2010: 2,79% p.a.

Bewertung und Ausblick

Legt man für die Gewerbesteuer (42,2 Mio. €), die Personalaufwendungen (6,5 Mio. €) und den durchschnittlichen Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (4,8 Mio. €) den best-case zugrunde, könnte das Planungsergebnis um 53,5 Mio. € verbessert werden. Bei der Berücksichtigung des „worst-case“, also der Annahme der negativen Haushaltsrisiken, ein weitere Verschlechterung des Haushaltsplanes in Höhe von 70,4 Mio. € gegenüber der Planung in 2011. Das ausgewiesene Defizit in 2011 könnte danach auf 41,3 Mio. € sinken bzw. auf 164,2 Mio. € steigen.

Die wichtigsten Ertrag- und Aufwandsarten werden im Detail unter Ziffer 2 des Vorberichts erläutert.

Beachtenswert ist, dass in noch nicht bekannter Höhe eine Zweitveranschlagung vorgenommen wird, die die sonst übliche Bildung von Haushaltsresten ersetzt. Der Weg der Zweitveranschlagung wurde insbesondere wegen des erheblich geringeren Verwaltungsaufwandes nach dem Wechsel vom kameralen zum doppelten Buchungsverfahren gewählt. Bevor der Haushaltsplan abschließend im Rat am 24. Februar 2011 beschlossen wird, legt die Verwaltung mit dem letzten Veränderungsdienst die Auswirkungen durch dieses Verfahren dar und zeigt die einzelnen Ansatzveränderungen.

Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt gliedert sich in

- Ein- und Auszahlungen aus **laufender Verwaltungstätigkeit**
- Ein- und Auszahlungen für bzw. aus **Investitionstätigkeit** und
- Ein- und Auszahlungen aus **Finanzierungstätigkeit**.

Im Finanzhaushalt 2011 ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus **laufender Verwaltungstätigkeit** ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 37 Mio. €. Die Abweichungen zum Ergebnishaushalt ergeben sich aus der Nichtberücksichtigung einzelner Erträge (Auflösung Sonderposten) und Aufwendungen (Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen) aus dem Ergebnishaushalt im Finanzhaushalt, da diese Erträge / Aufwendungen keinen Zahlungsfluss beinhaltet, nicht zahlungswirksam sind.

Die Auszahlungen 2011 für Investitionstätigkeit belaufen sich auf rd. 79,1 Mio. €. Dagegen wurden Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von rd. 59,5 Mio. € geplant. Daraus ergibt sich ein Finanzierungssaldo aus der **Investitionstätigkeit** in Höhe von rd. 19,2 Mio. €.

Damit ergibt sich vor der Betrachtung der Ein- und Auszahlungen aus **Finanzierungstätigkeit folgendes Ergebnis:**

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-	37,3 Mio. €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-	19,2 Mio. €

Finanzmittelfehlbetrag - **56,5 Mio. €**

Da zur Einbringung des Haushaltes die oben genannten Veränderungen in der abschließenden Höhe noch nicht bekannt sind, sind die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit nur auf die originär dem Jahr 2011 zuzuordnenden Finanzierungstätigkeiten veranschlagt worden.

Unter der Finanzierungstätigkeit sind die Einzahlungen aus der Aufnahme der Kredite für Investitionen und die Auszahlungen für die Tilgung von bereits aufgenommenen Krediten für Investitionen zu betrachten.

Als Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten wurde ein Betrag in Höhe von rd. 40 Mio. geplant.

Die Auszahlungen für die ordentliche Tilgung im Kernhaushalt ist mit rd.40 Mio.€ veranschlagt. Damit sind die Vorgaben der Netto-Neu-Null-Verschuldung eingehalten. Darüber hinaus sind Tilgungsleistungen für Betriebe der Stadt Hannover mit einer Summe in Höhe von rd.21, 3 Mio.€, die entsprechenden Erstattungen unter der Position Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in gleicher Höhe veranschlagt worden.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich somit ein negatives Saldo von rd. 21,3 Mio.€.

Die darüber hinaus geplanten Ein- und Auszahlungen für Umschuldungen sind mit jeweils der Summe in Höhe von 400 Mio.€ sind ausgeglichen.

Damit ergibt sich für den Finanzhaushalt 2011 **folgendes Ergebnis:**

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 37,3 Mio. €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 19,2 Mio. €
Finanzmittelfehlbetrag	- 56,5 Mio. €
<hr/>	
+ Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-21,3 Mio. €
Ergebnis Finanzhaushalt 2011	- 77,8 Mio. €

Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen negativen Bestandes an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahrs 2011 in Höhe von rd. -235 Mio. € ergibt sich für der ersten doppischen Haushalt ein **Finanzmittelfehlbetrag** zum Ende des Haushaltsjahres 2011 in Höhe von **312 Mio. €**

Haushaltssicherung

Wegen der angespannten finanziellen Situation der Stadt Hannover sind bereits sieben Haushaltssicherungsprogramme / - konzepte abgeschlossen worden bzw. in der Umsetzung. Zurzeit wird das Haushaltssicherungskonzept VII, welches den Zeitraum von 2010 bis 2012 umfasst, mit einem Volumen von rd. 56 Mio. € abgearbeitet.

Da der Ergebnishaushalt 2011 ein Jahresergebnis von - 94,8 Mio. € ausweist und eine Abdeckung der Altdefizite erforderlich ist, wird es mittelfristig weiterhin notwendig sein, Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen. Die Vorbereitungen für ein Haushaltssicherungskonzept VIII sollen parallel zur Aufstellung des Haushaltplanes 2012 erfolgen.

Zur besseren Übersicht werden mit der nachstehenden Tabelle noch mal der jeweilige Zeitraum und das Volumen mit dem Ergebnis der einzelnen Haushaltsicherungsprogramme dargestellt.

Programm	Zeitraum	Planungsvolumen in Euro	Ergebnis in Euro
-----------------	-----------------	--------------------------------	-------------------------

HK I	1994 - 1996	115.040.673	137.026.224
HK II	1997 - 1999	63.911.485	63.911.485
HK III	2000 - 2001	51.129.188	53.190.703
HK IV	2002 - 2004	127.712.889	129.961.764
HK V	2005 - 2007	93.006.500	92.845.168
HSK VI	2008 - 2009	30.000.000	40.806.000
HSK VII	2010 - 2012	56.825.250	

	Beträge gesamt	537.625.985	517.741.344
--	-----------------------	--------------------	--------------------

2 Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen

2.1 Erträge

2.1.1 Grundsteuer B

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Steuerhebesatz	%	530,00	530,00	530,00	530,00	530,00	530,00
Steueraufkommen	Mio. €	124,99	124,00	126,00	126,32	126,63	126,95
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	-0,99	2,00	0,31	0,31	0,32
gegenüber Vorjahr in	%	-	-0,79%	1,61%	0,25%	0,25%	0,25%

Die Grundsteuer wird nach dem Grundsteuergesetz durch Anwendung eines Hundertsatzes (Hebesatz) auf den Steuermessbetrag erhoben. Dieser wird vom Finanzamt durch Multiplikation des Einheitswertes mit der Steuermesszahl festgesetzt. Der Hebesatz in der Landeshauptstadt Hannover beträgt seit 1992 unverändert 530 v. H.

Die Grundsteuer B ist für das Jahr 2010 mit 124 Mio. € veranschlagt worden. Das derzeitige Anordnungssoll lässt allerdings ein wesentlich besseres Rechnungsergebnis erwarten. Dieses positive Ergebnis ist auf die Nachbewertung verschiedener Großprojekte zurückzuführen, was zu Nachzahlungen für die vergangenen Jahre geführt hat.

Für das Jahr 2011 wird ein Aufkommen von 126 Mio. € erwartet. In den Folgejahren 2012 bis 2014 kann mit einer jährlichen Erhöhung um ca. 0,25 v. H. pro Jahr gerechnet werden. Dieser Steigerungswert ergibt sich aus der Betrachtung zurückliegender Jahre, in denen sich die Grundsteuer B durch Neubebauung und wohnwirtschaftliche Investitionen kontinuierlich in dieser Größenordnung fortentwickelt hat.

2.1.2 Gewerbesteuer

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Steuerhebesatz	%	460,00	460,00	460,00	460,00	460,00	460,00
Steueraufkommen	Mio. €	342,69	350,00	480,00	487,20	495,50	500,50
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	7,31	130,00	7,20	8,30	5,00
gegenüber Vorjahr in	%	-	2,13%	37,14%	1,50%	1,70%	1,01%

Die Gewerbesteuer wird nach dem Gewerbesteuergesetz durch Anwendung eines Hundertsatzes (Hebesatz) auf den Steuermessbetrag erhoben. Dieser wird vom Finanzamt festgesetzt. Der Hebesatz in der Landeshauptstadt Hannover beträgt seit 1992 unverändert 460 v. H.

Nach einem stark reduzierten Ergebnis im Jahr 2009 wird sich das Jahresergebnis 2010 voraussichtlich wesentlich verbessert darstellen.

Entgegen den bundesweiten Ergebnissen ist das Gewerbesteueraufkommen im Jahr 2009 wesentlich schlechter ausgefallen als im Bundesdurchschnitt. Gleichwohl verläuft die derzeitige Entwicklung des Ergebnisses 2010 wiederum konträr zum Bundesdurchschnitt wesentlich verbessert. Dies indiziert, dass weder der Bundesdurchschnitt noch die Schätzungen auf Bundes- bzw. Landesebene maßgeblich sein können. Die örtlichen Verhältnisse müssen Maßstab für die Ermittlung des Haushaltsansatzes sein.

Der Ansatz 2011 orientiert sich daher am zu erwartenden Rechnungsergebnis 2010.

Diese Entwicklung kann aber nicht auf die Folgejahre übertragen werden. Die Steigerung im Planungszeitraum 2012 bis 2014 erfolgt daher unter der Prämisse, dass die Erholung der örtlichen Wirtschaft schon im Jahr 2010 eingetreten ist und weitere Steigerungen nur moderat zu erwarten sind.

2.1.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Steueraufkommen	Mio. €	160,69	138,50	148,50	150,73	153,74	156,82
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	-22,19	10,00	2,23	3,01	3,08
gegenüber Vorjahr in	%	-	-13,81%	7,22%	1,50%	2,00%	2,00%

Nach Art. 106 Abs. 3 Satz 1 GG iVm Art. 106 Abs. 5 Satz 1 GG erhalten die Gemeinden einen Anteil an dem Aufkommender Einkommensteuer. § 1 Gemeindefinanzreformgesetz bestimmt, dass die Gemeinden 15 vom Hundert des Aufkommens an Lohnsteuer und an veranschlagter Einkommensteuer sowie 12 vom Hundert des Aufkommens aus dem Zinsabschlag erhalten. Der den Gemeinden zustehende Anteil wird nach einem Schlüssel berechnet (vgl. § 3 Gemeindefinanzreformgesetz).

Maßgeblich für die Ermittlung des Einkommensteueranteils einer Gemeinde ist zunächst das Gesamtaufkommen der Lohn- und Einkommensteuer des jeweiligen Bundeslandes. Die Zerlegung erfolgt nach dem Wohnsitzprinzip. Von diesem Aufkommen erhalten die Gemeinden ihren Anteil.

Maßgeblich ist – wiederum nach dem Wohnsitzprinzip – die Steuerleistung der Gemeindeeinwohner. Hierbei wird lediglich das auf Einkommen bzw. Einkommensteile bis zu 30.000 bzw. 60.000 € bei Zusammenveranlagung entfallende Steueraufkommen berücksichtigt (Kappungsgrenze).

Das Anordnungssoll wird im Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich höher ausfallen als veranschlagt. Auf das erwartete verbesserte Rechnungsergebnis wurde der Mittelwert zwischen der im Rahmen der Steuerschätzung vom November 2010 prognostizierten Steigerung von 0,0 v.H. und der Steuerschätzung des Landes Niedersachsen im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung 2010 – 2014 von 4,7 v.H angewendet.

Für das Planungsjahr 2012 wurde eine Steigerungsrate von 1,5 v.H. für die Planungsjahre 2013 und 2014 wurden die Steigerungsrate mit jeweils 2,0 v.H. fortgeschrieben.

2.1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Steueraufkommen	Mio. €	44,75	39,95	44,00	45,41	46,27	46,96
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	-4,80	4,05	1,41	0,86	0,69
gegenüber Vorjahr in	%	-	-10,72%	10,14%	3,20%	1,89%	1,49%

Entsprechend Art. 106 Abs. 5 a GG erhalten die Gemeinden seit dem 1. Januar 1998 einen Anteil an dem Aufkommen der Umsatzsteuer. Er wird von den Ländern auf der Grundlage eines orts- und wirtschaftsbezogenen Schlüssels an ihre Gemeinden weitergeleitet. Das Nähere wird durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt.

Die Gemeinden werden mit 2,2 % am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt. Im Jahr 2009 entsprach dies bundesweit 3.533 Mio. €.

Das Anordnungssoll wird im Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich höher ausfallen als veranschlagt. Auf das erwartete verbesserte Rechnungsergebnis wurde der Mittelwert zwischen der im Rahmen der Steuerschätzung vom November 2010 prognostizierten Steigerung von 10 v.H. und der Steuerschätzung des Landes Niedersachsen im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung 2010 – 2014 von -0,23 v.H. angewendet.

Berücksichtigt wurde zudem die ab dem Jahr 2009 beginnende stufenweise Implementierung des neuen Umsatzsteuerverteilungsschlüssels.

Für das Planungsjahr 2012 wurde wiederum der Mittelwert der o.g. Steuerschätzungen errechnet und als Basis des Planansatzes herangezogen. Hinsichtlich der Planungsjahre 2013 und 2014 wurden die Steigerungsraten mit knapp 1,9 v.H. und 1,5 v.H. fortgeschrieben.

2.1.5 Allgemeine Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Schlüsselzuweisungen	Mio. €	33,83	60,21	39,50	39,03	36,99	35,07
Zuweisungen vom Land (übertragener Wirkungskreis)	Mio. €	23,00	23,31	23,11	23,16	23,18	23,50
Summe Ergebnishaushalt	Mio. €	56,83	83,52	62,61	62,19	60,17	58,57
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	26,69	-20,91	-0,42	-2,02	-1,60
gegenüber Vorjahr in	%	-	0,47	-0,25	-0,01	-0,03	-0,03

Nach der Systematik des Finanzausgleichs besteht die an die Gemeinden und Landkreise zu verteilende Masse ganz wesentlich aus einem prozentualen Anteil der Steuereinnahmen und Zuweisungen des Landes. Dementsprechend ist die zur Verfügung stehende Masse abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zudem sind für die Verteilung der Masse die jeweilige Steuerkraft und die zu erbringenden Sozialleistungen der einzelnen Kommune im zugrunde liegenden Zeitraum entscheidend.

Zur Einschätzung der Finanzausgleichsleistungen 2011 sind die Daten des Landesbetriebes für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen sowie die Entwicklung der Steuerkraft der Landeshauptstadt Hannover herangezogen worden.

Nach den Orientierungsdaten war bei den Schlüsselzuweisungen für 2011 von einem Rückgang um etwa 33% gegenüber 2010 auszugehen, da die Landeshauptstadt in dem zugrunde liegenden Berechnungszeitraum wieder eine steigende Steuerkraft hatte. Daraus ergab sich gegenüber dem Ergebnis 2010 ein eklatanter Rückgang, sodass bei einer Annahme von 39,5 Mio. Schlüsselzuweisung und Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises in Höhe von 23,1 Mio. € Zuweisungen von insgesamt 62,6 Mio. € erwartet werden.

Für die Planungsjahre 2012 bis 2014 wird - aufgrund aktueller Steuerschätzungen und unter Einbeziehung beschlossener Steuererleichterungen im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2011 - von einer leicht sinkenden Zuweisungsmasse des Landes und folglich auch geringeren Schlüsselzuweisungen ausgegangen.

Im Gegensatz zu den Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben, welche aufgrund ihrer variablen Parameter Jahr für Jahr stark variieren können, erfolgen die Zuweisungen vom Land für den übertragenen Wirkungskreis aufgrund der gesetzlichen Vorgaben (§ 2 NFVG) in nahezu konstanter Größe.

2.1.6 Erträge aus Beteiligungen

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	Mio. €	60,85	56,37	58,84	58,80	58,82	58,90
Konzessionsabgaben	Mio. €	37,52	40,00	38,70	38,31	37,92	37,53
Wesentliche Erträge aus Beteiligungen	Mio. €	98,38	96,37	97,54	97,11	96,74	96,43
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	-2,00	1,16	-0,42	-0,37	-0,31
gegenüber Vorjahr in	%	-	-0,02	0,01	0,00	0,00	0,00

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen umfassen die Erträge aus dem Mehrgewinnausgleich zwischen der LHH und der Region Hannover (betreffend VVG GmbH bzw. SWH AG) sowie die Gewinnabführung der Sparkasse Hannover; beide konstant mit insgesamt 58,0 Mio. €/Jahr. Darüber hinaus sind hier die Erträge der Städtischen Häfen Hannover veranschlagt.

Die erwartete Verminderung des Konzessionsabgabevolumens resultiert im Wesentlichen aus den Gas-Konzessionsabgaben. Diese werden nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) sowohl mengen- als auch vertragsabhängig ermittelt. Die Tendenz zur Reduzierung wurde durch die abnehmenden Ansätze berücksichtigt.

2.1.7 Erträge im TH Jugend und Familie

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Erziehungshilfe	Mio. €	57,9	65,2	64,60	65,3	65,9	66,6
Kindertagesstätten incl. Tagespflege	Mio. €	19,50	20,80	26,80	27,00	27,30	27,60
Unterhaltsvorschuß	Mio. €	6,30	7,80	7,30	7,40	7,50	7,50
Summe	Mio. €	83,70	93,80	98,70	99,70	100,70	101,70
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	10,10	4,90	1,00	1,00	1,00
gegenüber Vorjahr in	%	-	12,07%	5,22%	1,01%	1,00%	0,99%

Bei den Erträgen, die bei diesen drei Produkten erzielt werden, handelt es sich im Wesentlichen um

- Transfererträge des Landes für die Förderung der Personalkosten in Kindertagesstätten. Sie steigen bedingt durch den Zuwachs an Krippenplätzen gegenüber 2009/2010 überdurchschnittlich stark,
- die Landesförderung für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr,
- Einnahmen aus Elternbeiträgen in Kitas,
- den Kostenersatz durch die Region im Rahmen des Jugendhilfekostenausgleichs,
- Erstattungen vom Land bei den Unterhaltsvorschußleistungen.

Bei der Erziehungshilfe und den Kindertagesstätten handelt es sich um die beiden wesentlichen Produkte des FB.

Allein der hierfür zu veranschlagende Aufwand umfasst 67,3 % des Gesamtbetrags der ordentlichen Aufwendungen des FB, die veranschlagten Erträge umfassen sogar 84 % der Gesamterträge des FB.

Daran wird der Stellenwert beider Produkte deutlich.

2.1.8 Erträge für soziale Hilfen in den Teilhaushalten Soziales und Soziale Hilfen

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
TH Soziales	Mio. €			84,30	85,1	86	86,9
TH Soziale Hilfen	Mio. €			228,60	230,90	233,30	235,60
Summe	Mio. €	300,1	310,7	312,90	316,00	319,30	322,50
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	10,60	2,20	3,10	3,30	3,20
gegenüber Vorjahr in	%	-	3,53%	0,71%	0,99%	1,04%	1,00%

Im Rahmen der Umstellung auf das NKR wurde die beiden Teilhaushalte (TH) 50 (Soziales) und 59 (Soziale Hilfen) gebildet. Hier werden die bisher im Einzelplan 4 veranschlagten Planansätze abgebildet. Insofern stehen für die Jahre 2009 und 2010 nur Gesamtsummen zur Verfügung.

Dabei enthält der TH 50 Produkte, die nur vom FB Soziales bewirtschaftet werden, im TH 59 Produkte, die sowohl vom FB Soziales als auch vom FB Senioren bewirtschaftet werden.

Grundsätzlich handelt es sich bei diesen Produkten um Leistungen im Rahmen der Grundsicherung, der Hilfe in anderen Lebenslagen, der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Hilfe zur Gesundheit, der Hilfe zur Pflege und der Grund- und Sonderleistungen für Asylbewerber. Im TH 50 kommen u. a. die Produkte Wohngeld und Landesbindengeld hinzu.

Bei den in diesen Teilhaushalten geplanten Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um

- Erstattungen der Personalausgaben der Jobcenter durch die Region und die Agentur für Arbeit,
- die Erstattung der Leistungen des örtlichen Sozialhilfeträgers durch die Region.,
- sowie der Kostenerstattung der für den überörtlichen Sozialhilfeträger erbrachten Leistungen im Rahmen des Quotalen Systems.

2.2 Aufwendungen

2.2.1 Personalaufwand

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Personalaufwand	Mio. €	360,77	366,18	375,58	381,24	386,98	392,73
Personalaufwand ABM	Mio. €	4,69	2,69	3,44	3,49	3,50	3,60
Personalarückstellungen	Mio. €	0,00	0,00	22,74	23,07	23,42	23,78
Summe	Mio. €	365,46	368,87	401,76	407,80	413,90	420,11
Veränderungen gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	3,41	32,89	6,04	6,1	6,21
gegenüber Vorjahr in	%	-	0,93%	8,92%	1,50%	1,50%	1,50%

Dem Anstieg der Personalaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr 2010 liegen folgende Faktoren zugrunde:

1. Die Erhöhung der Entgelte der Tarifbeschäftigten wurde nach dem im März 2010 mit Wirkung zum 1.1.2010 festgelegten Tarifvertrag um 0,5% zum 01.01.2011 und um 0,6% zum 01.08.2011 sowie die vereinbarten Einmalzahlungen an die Tarifbeschäftigten berücksichtigt.
2. Durch die Eingliederung der Nettoregiebetriebe Gartensaal, Herrenhäuser Gärten und Jugend-Ferien-Service werden die Personalkosten von insgesamt 6,4 Mio. Euro statt in den Wirtschaftsplänen jetzt erstmals im Kernhaushalt ausgewiesen.
3. Zuführung für die Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen für 2011 mit insgesamt 22,74 Mio. Euro.

Zu Punkt 3 – Zuführung zu Rückstellungen in Höhe von 22,74 Mio.Euro wird auf Ziffer x.x – Rückstellungen - im Vorbericht verwiesen.

Die Personalaufwendungen für die städtischen Mitarbeiter, die im Job Center Aufgaben nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wahrnehmen, werden von der Arge (Arbeitsgemeinschaft der Region und der Bundesagentur für Arbeit) erstattet. Die Aufwendungen und Erträge sind im Produkt 31291 (Verwaltung Grundsicherung für Arbeitssuchende) veranschlagt.

2.2.2 Zuführung zu Rückstellungen im Bereich des Personalaufwandes

Nach § 95 Abs.2 Niedersächsische Gemeindeordnung und § 43 GemHKVO sind Rückstellungen für rechtliche Verpflichtungen zu bilden, die dem Grunde und / oder der Höhe nach wahrscheinlich, jedoch nicht sicher bestimmbar sind.

Danach sind Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen einschließlich Beihilfeverpflichtungen aus bestehenden Pensionen und sämtlichen Pensionsanwartschaften sowie für Altersteilzeitarbeit zu bilden. Um die Rückstellung sukzessive an die erworbenen Ansprüche anzupassen, ist eine jährliche Zuführung als Aufwand zu veranschlagen.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Zuführungsbeträge dargestellt. Die Auflösungsbeträge in Höhe von 11.208 T EURO werden separat im Teilhaus 18 im Produkt 11105 ausgewiesen.

Zuführung zu Rückstellung (nicht zahlungswirksam)	Ansatz 2011 - EURO-
Zuführung Pensionsrückstellung Beamte	16.445.875
Zuführung Beihilferückstellung Beschäftigte	1.974.705
Zuführung Rückstellung für Alterszeit u.a. Maßnahmen	4.310.369
Summe Rückstellungen	22.730.949

2.2.3 Abschreibungen

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Abschreibungen*	Mio. €	11,48	11,48	66,05	71,09	75,77	79,41
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	0,00	54,57	5,04	4,68	3,64
gegenüber Vorjahr in	%	-	0,02%	475,45%	7,63%	6,58%	4,80%

* Abschreibungen wurden im kameralem Haushalt lediglich für Kostenrechnende Einrichtungen veranschlagt, siehe § 12 GemHVO. Für die Jahre vor 2011 stehen insoweit keine vergleichbaren Werte zur Verfügung. In 2011 sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aufwandsmindernd zu berücksichtigen.

Mit Abschreibungen werden planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen erfasst, um dadurch stets den aktuellen Wert des Betriebsvermögens zu ermitteln.

Ihre Höhe resultiert im Wesentlichen aus Wert und Alter des Vermögensgegenstandes.

Bei den hier gebildeten Ansätzen handelt es sich um das Ergebnis planmäßiger Abschreibungen auf der Basis der landesweiten Abschreibungssätze in der Kommunalverwaltung.

Ein Vergleich mit den Jahren vor 2011 ist nicht möglich, da Abschreibungen im kameralem Haushalt nur bezogen auf die sogenannten Kostenrechner veranschlagt wurden und damit nicht vollständig waren.

2.2.4 Aufwendungen für soziale Hilfen in den Teilhaushalten Soziales und Soziale Hilfen

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
TH Soziales	Mio. €			134,50	136,1	137,7	139,3
TH Soziale Hilfen	Mio. €			140,00	141,50	143,10	144,70
Summe	Mio. €	248,9	267,5	274,50	277,60	280,80	284,00
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	18,60	7,00	3,10	3,20	3,20
gegenüber Vorjahr in	%	-	7,47%	2,62%	1,13%	1,15%	1,14%

Im Rahmen der Umstellung auf das NKR wurde die beiden Teilhaushalte (TH) 50 (Soziales) und 59 (Soziale Hilfen) gebildet. Hier werden die bisher im Einzelplan 4 veranschlagten Planansätze des FB 50 abgebildet. Insofern stehen für die Jahre 2009 und 2010 nur Gesamtsummen zur Verfügung.

Dabei enthält der TH 50 Produkte, die nur vom FB Soziales bewirtschaftet werden, der TH 59 Produkte, die sowohl vom FB Soziales als auch vom FB Senioren bewirtschaftet werden.

Grundsätzlich handelt es sich bei diesen Produkten um Leistungen im Rahmen der Grundsicherung, der Hilfe in anderen Lebenslagen, der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Hilfe zur Gesundheit, der Hilfe zur Pflege und der Grund- und Sonderleistungen für Asylbewerber. Im TH 50 kommen u. a. die Produkte Wohngeld und Landesblindengeld hinzu.

2.2.5 Aufwendungen im TH Jugend und Familie

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Erziehungshilfe	Mio. €	61,2	62,5	62,90	63,6	64,4	65,1
Kindertagesstätten incl. Tagespflege	Mio. €	73,2	80,2	84,10	84,9	85,6	86,3
Unterhaltsvorschuß	Mio. €	22,4	21,9	24,2	24,5	24,9	25,2
Summe	Mio. €	156,80	164,60	171,20	173,00	174,90	176,60
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	7,80	6,60	1,80	1,90	1,70
gegenüber Vorjahr in	%	-	4,97%	4,01%	1,05%	1,10%	0,97%

Bei der Erziehungshilfe und den Kindertagesstätten handelt es sich um die beiden wesentlichen Produkte des FB. Sie stellen gleichzeitig auch die größten Aufwandsblöcke im TH 51 dar.

Allein der hierfür zu veranschlagende Aufwand umfasst 67,3 % des Gesamtbetrags der ordentlichen Aufwendungen des FB. Daran wird der Stellenwert beider Produkte deutlich.

Bei der Aufwandsentwicklung des Produktes Kindertagesstätten wurde der heute erwartete Platzzuwachs durch weitere Kitaplätze berücksichtigt. Anpassungen bleiben der konkreten Haushaltsplanung der Folgejahre vorbehalten.

2.2.6 Zinsaufwendungen

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Kreditzinsen*	Mio. €	25,47	36,55	51,84	55,89	55,14	57,10
davon für Betriebe				26,78	29,72	30,79	31,73
Kreditzinsen Kernhaushalt		25,47	36,55	25,06	26,17	24,35	25,37
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	11,08	-11,49	1,11	-1,82	1,02
gegenüber Vorjahr in	%	-	43,50%	-31,44%	4,43%	-6,95%	4,19%

* Ab 2011 sind die Kreditzinsen für Betrieb der Stadt Hannover mit ausgewiesen.
In gleicher Höhe stehen Erträge zur Verfügung.

Die Zinsaufwendungen beschreiben den Zinsaufwand für die aufgenommenen bzw. in Zukunft aufzunehmenden (Ansatz/Planung) Investitionskredite der Landeshauptstadt Hannover.

Durch die veränderte Darstellung der Zinsen nach dem Bruttoprinzip ergibt sich ab 2011 ein erhöhter Ansatz (Bruttoprinzip = Zinsaufwand für Kernhaushalt und Betriebe). Dem gegenüber stehen veranschlagte Zinserträge aus Erstattungen der Betriebe. Nach dem Nettoprinzip (exkl. Betriebe) wäre somit eine Veranschlagung in Höhe von ca. 27,9 Mio. erfolgt.

Die Ansätze für Zinsaufwendungen haben sich reduziert, Ursache hierfür waren unter anderem die gefallen Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie das aktive Management des Kreditportfolios der Landeshauptstadt Hannover.

Die durchschnittliche Verzinsung der Investitionskredite lag im Jahr 2010 bei ca. 3,72% und wird in 2011 voraussichtlich stagnieren

2.2.7 Zinsaufwendungen für Kassenkredite

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Zinsaufwendungen für Kassenkredite	Mio. €	1,57	12,26	8,00	10,00	10,00	10,00
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	10,69	-4,26	2,00	0,00	0,00
gegenüber Vorjahr in	%	-	679,90%	-34,75%	25,00%	0,00%	0,00%

2010:

Aufgrund der negativen Einnahmeentwicklung im Jahr 2009 wurde zum Planungszeitpunkt der Ansatz 2010 aus einem täglich durchschnittlichen Kassenkreditbedarf von 396,7 Mio. € ermittelt.

Um das Zinssteigerungsrisiko zu berücksichtigen, wurde vom damaligen aktuellen Zinsniveau (1,0 % p.a.) ausgehend, mit einem Planungszinssatz von 3,0 % p.a. gerechnet. Diese Voraussetzungen führten zur Bildung eines Ansatzes von 12,26 Mio. €.

Die positive Einnahmeentwicklung im Jahr 2010, vor allem im Bereich der Gewerbesteuern, hat zu einem durchschnittlichen Kassenkreditbedarf von 213,0 Mio. € (täglich) geführt, der in Verbindung mit dem durchgehend niedrigen Zinsniveau (0,37 – 0,81 % p.a.) einen tatsächlich niedrigeren Verbrauch bedingt.

2011:

Aufgrund des zu erwartenden Defizits im Finanzhaushalt wird für das Jahr 2011 ein täglich durchschnittlicher Bedarf von ca. 320,0 Mio. € erwartet.

Unter Berücksichtigung des Zinssteigerungsrisikos wurde für die Berechnung des Ansatzes 2011 ein Zinssatz von 2,5% p.a. angenommen, sodass sich ein Planungsansatz von 8,0 Mio. € Zinsaufwand für Liquiditätskredite ergibt.

2.2.8 Gewerbesteuerumlage

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Gewerbesteuerumlage	Mio. €	21,59	26,63	36,52	37,07	37,70	38,08
Solidarbeitrag Gewerbesteuerumlage	Mio. €	22,97	27,39	37,56	37,07	37,70	36,99
Summe	Mio. €	44,56	54,02	74,08	74,14	75,40	75,07
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	9,46	20,06	0,06	1,26	-0,33
gegenüber Vorjahr in	%	-	21,23%	37,13%	0,08%	1,70%	-0,44%

Die Gewerbesteuerumlage errechnet sich nach dem Gemeindefinanzreformgesetz auf der Grundlage des Gewerbesteueraufkommens. Das Istaufkommen wird durch den für das Jahr geltenden Gewerbesteuerhebesatz der Gemeinde, in Hannover derzeit 460 v.H., dividiert und das Ergebnis mit dem für das Jahr gültigen Vervielfältiger multipliziert.

Der Vervielfältiger der **Gewerbesteuerumlage** ist für die Jahre 2011 bis 2014 mit 35v.H. festgeschrieben.

Der Vervielfältiger zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“, der sog. **Solidarbeitrag** ist für das Jahr 2011 mit 36v.H., für die Jahre 2012 und 2013 mit 35 v.H. und für das Jahr 2014 mit 34 v.H. festgestellt worden.

2.2.9 Umlage an die Region Hannover

		Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Umlage an Region	Mio. €	354,70	309,22	326,67	333,86	342,20	350,07
Veränderungen							
gegenüber Vorjahr in	Mio. €	-	-45,48	17,45	7,19	8,34	7,87
gegenüber Vorjahr in	%	-	-12,82%	5,64%	2,20%	2,50%	2,30%

Grundlagen für die Ermittlung sind die Steuerkraft für Umlagen der Landeshauptstadt Hannover und 90% der Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben). Auf diese Größen werden entsprechende Umlagesätze laut Haushaltsatzung der Region angewendet.

Insbesondere durch die in 2009 stark gesunkene Steuerkraft Hannovers und der daraus resultierenden geringeren Steuerkraftmesszahl ist die Höhe der Regionsumlage 2010 zurückgegangen. Nach dem zugrunde liegenden Berechnungszeitraum hatte die Landeshauptstadt jedoch wieder einen Anstieg der Steuerkraft zu verzeichnen. Daraus ergab sich gegenüber dem Ergebnis 2010 ein Anstieg von 5,64% für den Ansatz in 2011.

Auch für die Planungsjahre 2012 bis 2014 wird aufgrund der Abhängigkeit zu den prognostizierten Steuereinnahmen der Landeshauptstadt von einer steigenden Umlage an die Region ausgegangen.

3.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

3.1.1 Zuwendungen für Investitionstätigkeit

Im Finanzhaushalt sind Investitionszuweisungen und -zuschüsse in Höhe von **6.549.000 €** eingeplant, und zwar

- vom Bund	0 €
- vom Land	4.832.000 €
- von Gemeinden und Gemeindeverbänden	89.000 €
- von Zweckverbänden	0 €
- vom sonstigen öffentlichen Bereich	0 €
- von verbundenen Unternehmen u. sonst. öffentl. Sonderrechnungen	0 €
- von privaten Unternehmen	308.000 €
- von übrigen Bereichen	1.320.000 €

Die eingeplanten Zuwendungen des Landes von 4.832.000 € gliedern sich wie folgt auf:

- Sprengelmuseum (Produkt 25204)	570.000 €
- Maßnahmen der Stadterneuerung (Produkt 51106)	3.214.000 €
- Gemeindestraßen (Produkt 54101)	200.000 €
- Bundesstraßen (Produkt 54401)	520.000 €
- Öffentliches Grün; Parkanlagen; Grünzüge (Produkt 55103)	78.000 €
- Wasserbau/Hochwasserschutz (Produkt 55202)	250.000 €

3.1.2 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

Die hier veranschlagten Einzahlungen werden erhoben für die Erstellung von Erschließungsanlagen und für sonstige Investitionen, die den Anliegern oder Benutzern einen wirtschaftlichen Vorteil bringen.

Es sind insgesamt **5.670.000 €** eingeplant, die sich wie folgt verteilen.

- Ablösebeiträge nach der NBauO	300.000 €
- Erschließungsbeiträge	2.360.000 €
- Straßenausbaubeiträge	3.010.000 €

3.1.3 Veräußerung von Sachvermögen

Es sind Einzahlungen in einer Gesamthöhe von **15.801.000 €** geplant.

Davon entfallen

- auf den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen des allgemeinen Immobilienverkehrs (Produkt 11128)	15.551.000 €
- auf den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden im Rahmen von Maßnahmen der Stadterneuerung (Produkt 51106)	250.000 €

3.1.4 Veräußerung von Finanzvermögensanlagen

Es sind Einzahlungen aus dem Verkauf von Geldmarktpapieren in einer Gesamthöhe von **8.784.000 €** geplant.

3.1.5 Sonstige Investitionstätigkeit

Für Einzahlungen aus sonstiger Investitionstätigkeit sind **23.101.000 €** geplant.

Davon entfallen

- auf Rückflüsse aus Ausleihen an verbundene Unternehmen 21.328.000 €
- auf Rückflüsse im Rahmen der Wohnungsbauförderung 1.600.000 €

3.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Im Gesamt-Finanzhaushalt 2011 sind Auszahlungen für Investitionen der Stadt in Höhe von insgesamt **79.126.000 €** veranschlagt.

3.2.1 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Für Grunderwerb sind in 2011 insgesamt **9.374.000 €** vorgesehen.

3.2.2 Baumaßnahmen

Für Baumaßnahmen sind in 2011 insgesamt **31.804.000 €** eingeplant. Diese gliedern sich auf folgende Bereiche auf:

- Hochbaumaßnahmen 13.345.000 €
- Tiefbaumaßnahmen 18.208.000 €
- sonstige Baumaßnahmen 251.000 €

3.2.3 Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen wurden in 2011 **25.974.000 €** veranschlagt. Die Aufteilung ergibt sich folgendermaßen:

- GVG₁ >150 € und ≤1.000 € netto 4.652.000 €
- Vermögensgegenstände über 1.000 € netto 21.322.000 €

3.2.4 Erwerb von Finanzvermögensanlagen

Hierfür sind in 2011 Auszahlungen in Höhe von **4.180.000 €** geplant.

Davon entfallen

- auf Beteiligungsanteile 2.069.000 €
- auf Anlagen aus Stiftungsmitteln 2.111.000 €

3.2.5 Aktivierbare Zuwendungen

Der Gesamtansatz in 2011 von **7.794.000 €** setzt sich aus folgenden Zuschussgruppen zusammen:

- Investitionszuschuß für das HCC	894.000 €
- Investitionszuschüsse für nicht beitragsfähige Straßen und Straßenbeleuchtung	1.800.000 €
- Investitionszuschüsse der Stadtbezirksräte	393.000 €
- Wohnungsbaudarlehen	1.600.000 €
- Investitionszuschüsse für freie Kitaträger	75.000 €
- Investitionszuschüsse zur Sportförderung	660.000 €
- Stadtsanierung	2.367.000 €
- für bildende Kunst	5.000 €

3.2.6.1

ÜBERSICHTüber die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan des Jahres	2011	2012	2013	2014	insgesamt
2009	8.500	0	0	0	8.500
2010	47.381	17.434	1.750	0	66.565
2011	0	42.143	300	0	42.443
Summe	55.881	59.577	2.050	0	117.508
Nachrichtlich:					
im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen *)	40.549	40.171	41.409	44.090	122.129
*) Darüber hinaus Umschuldung:	400.000	400.000	400.000	400.000	1.600.000

**3.2.6.2 Einzeldarstellung der im Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen
-Stand Verwaltungsentwurf-**

Teil- haushalt	Produkt	Investitions- maßnahme	Kurztext	Gesambetrag	2012	2013
23	57303	1.57303.901	Marktwesen, Sonst. Maßn.	114.000	114.000	
37	12602	1.12602.001	Gefahrenabwehr, FUG digital	240.000	240.000	
37	12602	1.12602.940	Gefahrenabwehr, Fahrzeuge	750.000	750.000	
37	12701	1.12701.001	Rettungsdienst, FUG digital	810.000	810.000	
41	25204	1.25204.002	Sprengel Museum, Erweiterungsbau	6.000.000	6.000.000	
46	52301	1.52301.002	Herrenhäuser Gärten, Techn. Infra	550.000	300.000	250.000
61	51106	1.51106.001	Stadtsanierung Limmer-Nord	589.000	589.000	
61	51106	1.51106.004	Stadtumbau West, Limmer-Ost	150.000	150.000	
61	51106	1.51106.005	Stadtumbau West, Vinnhorst	300.000	250.000	50.000
61	51106	1.51106.013	Stadterneuerung Hainholz	715.000	715.000	
61	51106	1.51106.015	Stadterneuerung Stöcken	965.000	965.000	
61	51106	1.51106.016	Stadterneuerung Mühlenberg	50.000	50.000	
61	51106	1.51106.017	Stadterneuerung Sahlkamp	380.000	380.000	
61	51106	1.51106.018	Stadterneuerung Klagesmarkt	3.000.000	3.000.000	
66	54101	1.54101.003	Gemeindestr.,Im Heidkampe, 4. BA	550.000	550.000	
66	54101	1.54101.005	Gemeindestr., Klopstockstraße	1.100.000	1.100.000	
66	54101	1.54101.008	Gemeindestr., Stadtfelddamm	1.300.000	1.300.000	
66	54101	1.54101.009	Gemeindestr., Wiehbergstraße	400.000	400.000	
66	54101	1.54101.014	Gemeindestr., Br. Nieschlagstr.	550.000	550.000	
66	54101	1.54101.019	Gemeindestr.,Karmarschstr.	1.200.000	1.200.000	
66	54101	1.54101.020	Gemeindestr., Kröpcke-Center	500.000	500.000	
66	54101	1.54101.021	Gemeindestr., Sallstraße	1.000.000	1.000.000	
66	54101	1.54101.022	Gemeindestr., Br. Am Mittelfelde	2.000.000	2.000.000	
66	54101	1.54101.901	Gemeindestr., beitragsfähige Str.	900.000	900.000	
66	54101	1.54101.902	Gemeindestr.,nicht beitragsf.Str.	1.270.000	1.270.000	
66	54101	1.54101.903	Gemeindestr.,Str. gem. Beitragss.	2.500.000	2.500.000	
66	54101	1.54101.904	Gemeindestr.,Verkehrssicher.anl.	480.000	480.000	
66	54101	1.54101.905	Gemeindestr.,Stadtplatzprogramm	500.000	500.000	
66	54201	1.54201.004	Kreisstr., Lohweg - B65	3.400.000	3.400.000	
66	54701	1.54701.001	ÖPNV, ZOB Neubau	2.000.000	2.000.000	
66	55202	1.55202.001	Hochw.schutz, B.-Ohnesorg-Brücke	500.000	500.000	
66	55202	1.55202.002	Wasserbau, Vorlandabgrabungen	6.100.000	6.100.000	
66	55202	1.55202.003	Wasserbau, Deichbau	1.500.000	1.500.000	
66	66000	1.66000.901	Fachbereich 66, Sonst. Maßn.	70.000	70.000	
66	66000	1.66000.950	Fachbereich 66, Hochbau GM	10.000	10.000	
Gesamtsumme				42.443.000	42.143.000	300.000

3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten

	2011	2012	2013	2014
Umschuldungen	400.000.000	400.000.000	400.000.000	400.000.000
Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	40.549.000	40.171.000	41.409.000	44.090.000
Gesamtbetrag	440.549.000	440.171.000	441.409.000	444.090.000

Auszahlungen für die Tilgung von Krediten

	2011	2012	2013	2014
Umschuldungen	400.000.000	400.000.000	400.000.000	400.000.000
Ordentliche Tilgung von Investitionskrediten*	61.549.000	63.453.000	66.903.000	71.329.000
außerordentliche Tilgung von Investitionskrediten	0	0	0	0
Gesamtbetrag	461.549.000	463.453.000	466.903.000	471.329.000

*Hinweis: Summe aus Tilgungsleistung des Kernhaushaltes und der Betriebe

4. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2010 – 2014

1. Nach § 90 NGO und § 9 GemHKVO wird die mittelfristige Haushaltsplanung zukünftig als mittelfristige Ergebnis und Finanzplanung in den Haushaltsplan mit einbezogen und auf allen Planungsebenen des Ergebnis- und Finanzhaushalts sowohl im Gesamthaushalt wie auch in den Teilhaushalten integriert abgebildet. Der Planungszeitraum bleibt unverändert, beginnend mit den Ansätzen für das Vorjahr, dem Planjahr und einer Vorausplanung für drei weitere Jahre.
Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung schließt das Investitionsprogramm ein.
2. Bei der Einschätzung der wesentlichen Erträge des Ergebnishaushaltes und der wesentlichen Einzahlungen des Finanzhaushaltes für den Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2014 sind grundsätzlich die Daten des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom November 2010 bzw. die aufgrund der Daten Mai 2010 entwickelten Orientierungsdaten des Nds. Ministeriums für Inneres, Sport und Integration vom September 2010 zugrunde gelegt worden.

Beim Personalaufwand ist aufgrund trotz der schwierigen Haushaltssituation mit Ausnahme der Personalarückstellungen für 2012 bis 2014 eine Steigerung in Höhe von 1,5% pro Jahr eingeplant.

Die Aufwandspositionen für Sach- und Dienstleistungen wurde um eine Steigerungsrate von 1% für 2012 und 1.5% für die Jahre 2013 und 2014 berechnet. Auch bei den anderen Aufwandsarten und Auszahlungen sind grundsätzlich nur noch Steigerungsraten von maximal 1 v. H. für die einzelnen Finanzplanungsjahre berücksichtigt worden.

Der Bereich der Sozialhilfe wurde dagegen mit einer Steigerungsrate von 1,9 % für den Finanzplanungszeitraum berechnet. Gleiches gilt für die Aufwandskonten im Bereich der Kinderbetreuung.

Die positive Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 kann bei der Gewerbesteuer nicht auf die Folgejahre übertragen werden. Die Steigerung im Planungszeitraum 2012 bis 2014 erfolgt daher unter der Prämisse, dass die Erholung der örtlichen Wirtschaft schon im Jahr 2010 eingetreten ist und weitere Steigerungen nur moderat zu erwarten sind.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde der Mittelwert zwischen der im Rahmen der Steuerschätzung vom November 2010 prognostizierten Steigerung von 0,0 v.H. und der Steuerschätzung des Landes Niedersachsen im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung 2010 – 2014 von 4,7 v.H für die Planung 2011 angewendet.

Für das Planungsjahr 2012 wurde eine Steigerungsrate von 1,5 v.H. für die Planungsjahre 2013 und 2014 wurden die Steigerungsraten mit jeweils 2,0 v.H. fortgeschrieben.

Die Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden für die Planungsjahre 2012 bis 2014 - aufgrund aktueller Steuerschätzungen und unter Einbeziehung beschlossener Steuererleichterungen im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2011 - mit einer leicht sinkenden Zuweisungsmasse des Landes und folglich auch geringeren Schlüsselzuweisungen kalkuliert.

Beim Aufwand für Abschreibungen ist für die Vermögensgegenstände, die in der Vergangenheit angeschafft wurden, davon ausgegangen worden, dass die Abschreibungsbeträge im weiteren Finanzplanungszeitraum konstant bleiben.

Für die Vermögensgegenstände, die ab 2012 bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes neu beschafft werden, wurden die Abschreibungen unter Beachtung der landesrechtlichen

Bestimmungen im Rahmen einer Abschreibungsvorschau ermittelt.
Auf dieser Grundlage steigen die Abschreibungen in den Jahren 2012 bis 2014
entsprechend dem Investitionsvolumen der Stadt Hannover. Hinsichtlich der Ermittlung
der Abschreibungsbeträge wird auf die Erläuterungen unter Ziffer xxxxx des Vorberichtes
verwiesen.

3. Die Planung für die Finanzplanungsjahre 2012-2014 führt zu folgenden Ergebnissen:

2012	rd. 103,4 Mio. € Fehlbetrag
2013	rd. 114,8 Mio. € Fehlbetrag
2014	rd. 128,5 Mio. € Fehlbetrag

Damit zeichnet sich ab, dass mittelfristig nicht von einem ausgeglichenen Haushalt
ausgegangen werden kann.

5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden des Kernhaushaltes

Übersicht gem. § 1 Abs. 2 Nr. 6 GemHKVO

Art der Schulden	Stand zu Beginn	Voraussichtlicher Stand zu Beginn
	2010 - 1000 Euro-	2011 - 1000 Euro-
1. Geldschulden aus		
1.1 Anleihen	105.182	105.181
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit	749.008	749.008
1.3 Liquiditätskrediten (20.52)	212.100	234.800
1.4 sonstige Geldschulden	0	0
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	3.305	56.389
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		*
4. Transferverbindlichkeiten		*
5. Sonstige Verbindlichkeiten	11.335	*
Schulden insgesamt	1.080.930	1.145.378
Nachrichtlich:		
Schulden der Betriebe	575.755	555.944

* Hinweis: Ein Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 kann zur Zeit nicht ermittelt werden, da die Eröffnungsbilanz derzeit noch nicht vorliegt.

6. Belastungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Jahr	Maßnahmen in €		Betriebskostenzuschuss Pachtvertrag Ricklinger Bad	Schloss Herrenhausen	ZVK - Leasing	Jahressumme in €
	Erbaurecht Altes Rathaus	Betriebskostenzuschuss Pachtvertrag Misburger Bad				
2011		584.600	79.461	500.000	1.725.000	2.889.061
2012		593.300	79.461	488.816	1.725.000	2.886.577
2013		602.200	79.461	138.816	2.500.000	3.320.477
2014		611.300	79.461	138.816	2.500.000	3.329.577
2015		620.400	79.461	138.816	2.500.000	3.338.677
2016		629.700	79.461	138.816	2.500.000	3.347.977
2017		528.200	79.461	138.816	2.500.000	3.246.477
2018		536.100	79.461	138.816	2.500.000	3.254.377
2019	6.135.503	544.200	79.461	138.816	1.700.000	8.597.980
2020		552.300	79.461	138.816	1.700.000	2.470.577
2021		560.600	79.461	138.816	1.700.000	2.478.877
2022		569.000	79.461	138.816	1.700.000	2.487.277
2023		577.600	79.461	138.816	1.700.000	2.495.877
2024		586.200	79.461	138.816	1.700.000	2.504.477
2025		595.000	79.461	138.816	1.700.000	2.513.277
2026		603.900	79.461	138.816	1.700.000	2.522.177
2027		613.000	79.461	138.816	1.700.000	2.531.277
2028		622.200	79.461	138.816	1.700.000	2.540.477
2029		631.500	79.461	138.816	1.700.000	2.549.777
2030		641.000	79.461	138.816	1.700.000	2.559.277
2031		650.600	79.461	138.816	1.700.000	2.568.877
2032		660.400	79.461	138.816	1.700.000	2.578.677
2033		670.300		138.816	1.700.000	2.509.116
2034		680.300		138.816	1.700.000	2.519.116
2035		690.500		138.816	1.700.000	2.529.316
2036		700.900		138.816	1.700.000	2.539.716
2037		711.400		138.816	1.700.000	2.550.216
2038				138.816	1.700.000	1.838.816
2039				138.816	1.700.000	1.838.816
2040				138.816	1.700.000	1.838.816
2041				138.816	1.700.000	1.838.816
Summe	6.135.503	16.566.700	1.748.142	5.014.480	57.550.000	87.014.825

Zur Infomation: Darüber hinaus informieren wir, dass eine Umschuldung in Höhe von 51,0 Mio. EUR aus dem Verkauf der Wohnungsbaudarlehen mit der LBBW Anfang August 2011 erfolgen wird.

Zuwendungsverzeichnis

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Vorbemerkung

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens werden die Zuwendungen und Zuschüsse den neuen Strukturen, also Teilhaushalten und Produkten, zugeordnet. Die Beträge für 2010 wurden in ihrer Höhe unverändert übernommen.

Investitionszuweisungen und -zuschüsse sind zusammengefasst gesondert auf Seite 17 dargestellt. Die Beträge für 2010 wurden in ihrer Höhe unverändert übernommen.

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011	2010	eingestellter Betrag 2011	2010	bisher
15 Büro Oberbürgermeister 11102	Repräsentation	Zuschüsse an übrige Bereiche			14.600	14.600	0030
		1. Für ehemalige jüdische Mitbürger	7.500	7.500			
		2. Zuwendungen bei Jubiläen	7.100	7.100			
11103	Grundsatzangelegenheiten	Zuschüsse an übrige Bereiche			586.800	586.800	
		1. Interkult. Arbeit i.d.Nordstadt/Spokusa	53.500	53.500			0205
		2. AWO Zuwandererberatung Sahlkamp	24.600	24.600			0205
		3. Projektförderung Migrantinnenarbeit	53.200	53.200			0205
		4. Interventionsfonds	53.600	53.600			0205
		5. Lokaler Integrationsplan	147.100	147.100			0205
		6. Einrichtung "Gesellschaftsfonds Zusammenleben"	150.000	150.000			0205
		7. Förderungsbeiträge	104.800	104.800			
		davon an:					
		7.1 Amnesty International	2.400	2.400			0240
		7.2 Friedensbüro	2.400	2.400			0240
		7.3 Stiftungsprofessur "Gottfried Wilhelm Leibniz"	100.000	100.000			0240
18 Steuerung, Personal und Zentrale Dienste 11111	Angelegenheiten der Stadtbezirksräte	Zuschüsse an übrige Bereiche			557.300	561.900	
		1. Zuwendungen der Stadtbezirksräte	407.300	429.900			0011
		2. Zuwendungen zur Förderung der Arbeit der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken	150.000	132.000			0011
11113	Gleichstellungsangelegenheiten	Zuschüsse an übrige Bereiche			980.040	977.700	
		1. Frauennachttaxi	22.700	22.700			0260
		2. Stadt Hannover Preis "Frauen machen Standort"	10.000	10.000			0260
		3. Frauenförderung	385.600	385.600			0260
		davon an:					
		3.1 Frauenberatung für Betroffene von Gewalt	39.200	39.200			0260
		3.2 IAF	49.200	49.200			0260
		3.3 Mütterzentrum	17.500	17.500			0260
		3.4 Notruf	108.200	108.200			0260

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011	2010	eingestellter Betrag 2011	2010	bisher
11114	Zentrale Dienstleistungen	3.5 Frauen Treffpunkt	136.900	136.900	88.200	88.200	
		3.6 Amanda e.V.	34.600	34.600			0260
		4. Zuwendungen für Männerbüro/HAIP davon an:	327.400	327.400			0260
		4.1 Bestärkungsstelle (HAIP) Bödekerstr.	108.000	108.000			0260
		4.2 Männerbüro (HAIP)	121.300	121.300			0260
20 Finanzen	Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH	4.3 Männerbüro (allg)	15.400	15.400			0260
		4.4 kargah e.V. / SUANA (HAIP) Frauenhaus Hannover Frauen helfen Frauen	82.700	82.700			0260
53501	Zuschüsse an übrige Bereiche	5. helfen Frauen	234.340	232.000			4370
		Zuschüsse an übrige Bereiche			88.200	88.200	
23 Wirtschaft	Immobilienverkehr	Förderung schwules/bisexueller Arbeit					
		1. Nevermind	52.100	52.100			0203
57101	Wirtschaftsförderung Dritte, Zuwendungen	2. Beratungsstelle Osterstraße	36.100	36.100			0203
		Zuschüsse an übrige Bereiche			1.000.000	1.000.000	8170
41 Museen und Kulturbüro	Bildende Kunst und Medienkunst	1. Klimafonds					
		Zuschüsse an übrige Bereiche			800.000		8890
25201	Bildende Kunst und Medienkunst	* wurde früher im Vermögenshaushalt abgebildet					
		Zuschüsse an übrige Bereiche			211.000	211.000	7910
41 Museen und Kulturbüro	Bildende Kunst und Medienkunst	1. Verbraucherzentrale	75.300	75.300			
		2. Alt hilft Jung	6.600	6.600			
		3. Statreisen e.V.	30.000	30.000			
		4. Gründerinnen Consult	6.700	6.700			
41 Museen und Kulturbüro	Bildende Kunst und Medienkunst	5. Förderung Unternehmerrinnenzentrum	86.400	86.400			
		6. Intex e.V.	6.000	6.000			
		Zuschüsse an übrige Bereiche			1.004.160	1.200.860	3490
		1. Kunstverein	405.400	405.400			
41 Museen und Kulturbüro	Bildende Kunst und Medienkunst	2. Stipendium Villa Minimo	12.000	0			
		3. Wilhelm-Busch-Gesellschaft	491.730	491.730			
		4. EISFABRIK	47.800	47.800			

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
		5. Förderung von Film- und Videoprojekten davon an:	20.610	20.610	
		5.1 Projekte	15.870	15.870	
		5.2 Schülerfilmfestival	4.740	4.740	
		6. Gedok	7.110	7.110	
		7. Gesellschaft für christl. Jüd. Zusammenarbeit	1.340	1.340	
		8. Verschiedenes	18.170	20.320	
		9. Förderung freier Künstlergruppen	0	13.090	
		10. Materialkostenzuschüsse	0	1.760	
		11. Atelierhaus e.V.	0	191.700	
		Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche		26.000	3490
		1. Schuldendiensthilfe Wilhelm-Busch-Museum	3.000	3.000	
		2. Eisfabrik	23.000	23.000	
		Zuschüsse an übrige Bereiche		877.200	3312
26101	Darstellende Kunst	1. Vergabe nach Empfehlung des unabhängigen Theaterbeirates	461.300	461.300	
		2. Theater am Küchengarten	27.920	27.920	
		3. Werkstattgalerie Calenberg	3.400	3.400	
		4. Scharniertheater	14.500	14.500	
		5. Jugendtheater im Staatstheater	50.000	50.000	
		6. Theatrio-Kombiticket	8.100	8.100	
		7. Theaterformen*	300.000	0	
		8. Verschiedenes	11.980	11.980	
		* ab 2011 Etatisierung im Jahr der Veranstaltung (2-Jahres-Rhythmus)			
		Zuschüsse an übrige Bereiche		214.800	3321
26201	Musikpflege	1. Förderung des Chorgesanges	96.680	96.680	
		davon an:			
		1.1 Chorbezirk Hannover e.V.	30.300	30.300	
		1.2 Kreischorverband Hannover e.V.	10.420	10.420	
		1.3 Knabenchor Hannover	25.860	25.860	
		1.4 Mädchenchor Hannover	28.040	28.040	
		1.5 Hann. Oratorienschor	2.060	2.060	
		2. Förderung von Neuer Musik und Jazz	39.480	39.480	
		davon an:			
		2.1 Musik 21	20.000	20.000	

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher	
			2011	2010		
28102	Sonsige Kulturpflege	2.2 Jazzförderung	15.870	15.870	446.840	
		davon an:				
		2.2.1 Jazz Club Hannover e.V., für ftd. Arbeit	9.690	9.690		
		2.2.2 Jazz-Musiker-Initiative	6.180	6.180		
		2.3 Hohe Ufer-Konzerte	3.610	3.610		
		3. Förderung der Jugendmusik	26.280	26.280		
		davon an:				
		3.1 Junges Sinfonie Orchester	8.660	8.660		
		3.2 Jugendblasorchester	7.520	7.520		
		3.3 Jugend Bigband	7.110	7.110		
		3.4 Jugend musiziert	2.990	2.990		
		4. Musikprojektförderung	52.360	47.960		
		Zuschüsse an übrige Bereiche		456.840		446.840
		1. Förderung der Literatur	57.640	47.640		3490
davon an:						
1.1 Förderkreis Literarischer Salon	14.630	14.630				
1.2 Literaturbüro	25.900	25.900				
1.3 Die HOREN	10.000	0				
1.4 Verschiedenes	7.110	7.110				
2. Bürgerinitiative Raschplatz e.V.	399.200	399.200	3491			
davon :						
2.1 Bürgerinitiative Raschplatz, Beihilfe	280.700	280.700				
2.2 Für Übernahme städtischer Aufgaben	111.500	111.500				
2.3 Miete BI Raschplatz	7.000	7.000				
Zuschüsse an übrige Bereiche		343.000	2100			
1. Betreuungsmaßnahmen in Schulen		343.000	2100			
Zuschüsse an übrige Bereiche		24.200	2170			
1. Werk-statt-Schule e.V.		24.200	2170			
42 Bibliothek und Schule						
21101	Grundschulen					
21601	Haupt- und Realschulen					

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
43 Bildung und Qualifizierung 27301 Stadtteilkulturarbeit	Zuschüsse an übrige Bereiche	Zuschüsse an übrige Bereiche	1.554.800	1.518.200	
		1. Freie Bildungsträger	320.700	308.200	3558
		davon an:			
		1.1 Arbeit und Leben-BV	50.700	50.700	3558
		1.2 Bildungsverein	257.500	257.500	3558
		1.3 Mentor e. V.	12.500	0	3558
		2. Friedrich-Bödeker-Kreis, Jugendbuchwoche	5.800	5.800	3558
		3. Volkssternwarte	4.800	4.800	3558
		4. Musikzentrum	220.500	220.500	3558
		5. Schuldienst Deutsche Rockmusikstiftung	9.300	9.300	3558
		6. Bürgergemeinschaft Roderbruch e.V.	112.000	105.700	3559
		7. Hainhöfer Kulturgemeinschaft	112.000	107.000	3559
		8. Kulturgemeinschaft Hannover-West	110.100	105.200	3559
		9. Stadtteilinitiative Vahrenheide	105.000	103.200	3559
		10. Förderverein Kulturtreff Bothfeld	120.000	113.900	3559
		11. SPOKUSA	23.700	23.700	3559
		12. AG Stadtleben	2.400	2.400	3559
		13. AG Misburger und Anderter Kulturvereine	1.700	1.700	3559
14. Workshop	84.400	84.400	3559		
15. Stadtteilzentrum Nordstadt	108.400	108.400	3559		
16. FAUST e.V.	158.000	158.000	3559		
17. Kunstwerk e.V.	42.000	42.000	3559		
18. Verschiedenes	14.000	14.000	3558, 3559		
28103	Erinnerungsarbeit	Zuschüsse an übrige Bereiche	4.500	4.500	3660
50 Soziales 11132	Städt. Beschäftigungsmaßnahmen	1. Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nds.	1.200	1.200	
		2. Verschiedenes	3.300	3.300	
		Zuschüsse an übrige Bereiche	2.166.700	2.140.700	0215
		1. Zuwendungen für Beschäftigung und Qualifizierung	1.507.300	1.496.300	
		davon an:			
		1.1 Arbeits- und Sozialberatungsgesellschaft e.V.	56.900	56.900	
1.2 Arbeitslosenzentrum Hannover	7.700	7.700			
1.3 AWO "Lift"	36.900	36.900			
1.4 AWO "Nadelöhr"	12.300	12.300			
1.5 CJS "Jugendwerkstatt Ritterstr."	80.000	80.000			
1.6 CJS "Jugendwerkstatt Sidra"	60.000	60.000			

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
			2011	2010	
		1.7 Diakonie Jugendwerkstatt Sina "Büroservice"	60.000	60.000	
		1.8 Pro Beruf GmbH "Werkstatt Treff Vahrenheide"	17.000	17.000	
		1.9 Pro Beruf GmbH "Jugendwerkstatt Vahrenheide"	91.000	91.000	
		1.10 Stadtkirchenverband "Jugendwerkstatt Linden Ricklingen"	61.000	61.000	
		1.11 Stadtkirchenverband "Werkstatt Süd"	51.000	51.000	
		1.12 Werkstatt Treff Mecklenheide e.V.	17.000	17.000	
		1.13 Werk-statt Schule e. V. Hannover	156.000	156.000	
		1.14 Werk-statt-Schule e. V. Schulpflichterfüllung	24.000	24.000	
		1.15 Pro Beruf GmbH "Jugendwerkstatt Hannover"	400.000	400.000	
		1.16 New Bit "Rebus"	145.000	145.000	
		1.17 Diakonie Jugendwerkstatt Sina Projekt TAF	38.000	38.000	
		1.18 Werk-statt-Schule e. V. Hannover	21.000	21.000	
		1.19 Mobilitätsmanagement		21.000	
		1.19 AWO "abef - aktivieren, beraten, fördern"		61.500	
		1.20 Karl-Lemmermann-Haus "Beschäftigungs- u. Qualifizierungsmaßnahme"		60.000	
		1.21 Freiwilligenzentrum "Ausbildungspaten"		40.000	
		1.22 Projekte im Rahmen der Jugendberufshilfe		11.000	
		2. Programm Ausbildungsinitiative	165.000	200.000	aus VmH
		davon an:			
		2.1 Hannoverimpuls Ausbildung	50.000	50.000	
		2.2 Pro Regio	50.000	50.000	
		2.3 RegionalNetzwerk	0	35.000	
		2.4 Werk-statt-Schule, Juucoop	65.000	65.000	
		3. Diagnostikstation "Die Brücke"	18.500	18.500	
		4. Berufliche Ausbildung im Non-Profit-Bereich und Innovative	275.900	275.900	
		5. arbeitsmarktpolitische Instrumente	25.000	25.000	
		6. Passage - Brücke in die Arbeitswelt	175.000	125.000	
		6. Sonstige Zuwendungen			
		Zuschüsse an übrige Bereiche			
31501	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose		311.000	311.000	4351
		1. Diak. Werk, AG Resohelp	18.077	18.077	
		2. Diak. Werk, Kontaktladen Mecki	42.000	42.000	
		3. Diak. Werk, Tageswohnung Mitte	72.500	72.500	
		4. Diak. Werk, Zentrale Beratungsstelle	31.467	31.467	
		5. Sewo, Tageswohnung für Frauen	27.500	27.500	
		6. Sewo, Tagesaufenthalt Podbielskistraße	28.000	28.000	
		7. Sewo, Tagestreff Benzweg	40.300	40.300	
		8. Treffpunkt Kötterholzweg	22.300	22.300	
		9. Soziale Wohnraumhilfe	26.214	26.214	
		10. Verschiedenes	2.642	2.642	
		Anteil aus VmH			

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt 35101	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011	2010	eingestellter Betrag 2011	2010	bisher
	Sonstige Soziale Angelegenheiten	Zuschüsse an übrige Bereiche			100.000	100.000	4980
	Stärken vor Ort (Profitcenter: 3510101)	1. Verschiedene Mikroprojekte					
	Zuwendungen freie Wohlfahrtspflege (Profitcenter: 3510102)	Zuschüsse an übrige Bereiche			991.500	1.000.078	
		1. Projekte Nordstadt	6.798	6.798			4980
		2. Berneroder Familientreff	7.931	7.931			4980
		3. Selbsthilfe Sahikamp /Nachbarschafts- DienstLaden	35.844	35.844			4980
		4. ASG Linden-Nord e.V. / Bez. 10	50.000	50.000			4980
		5. Caritasverband	61.491	61.491			4980
		6. Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband	17.510	17.510			4980
		7. DRK	43.466	43.466			4980
		8. Diakonisches Werk	101.043	101.043			4980
		9. Ev. Bahnhofsmission*	0	33.100			4980
		10. Kath. Bahnhofsmission*	0	17.716			4980
		11. Päd. Dienst ATW	56.547	56.547			4980
		12. KISS/KIBIS	63.860	63.860			4980
		13. Selbsthilfegruppen	3.200	3.200			4980
		14. Verschiedenes	8.060	8.022			4980
		15. AG-Jugend- und Eheberatung	52.015	52.015			4980
		16. Beratungsstelle Bödekerstraße	13.493	13.493			4980
		17. Gesellschaft für pädagogisch-psychologische Beratung	48.925	48.925			4980
		18. Praxis Marrenstraße	13.493	13.493			4980
		19. Beratungsstelle für Hörgeschädigte	23.072	23.072			4980
		20. Ber.Stelle f. Aussiedler/ Spargelacker	3.090	3.090			4980
		21. Ber.Stelle Selbstbestimmt Leben	14.832	14.832			4980
		22. Sozialcenter Linden	56.238	56.238			4980
		23. Arbeitslosenzentrum	14.214	14.214			4980
		24. Schmitt e.V.	74.500	74.500			4980
		25. Freiwilligenzentrum	87.100	87.100			4980
		26. Ökumenische Bahnhofsmission**	42.200	0			4980
		19. Hospiz Luise	42.127	42.127			5000
		20. Sozialzentrum Misburg	42.951	42.951			5000
		21. Sozialzentrum Misburg / Schuldendienst * aufgegangen in Pos.26 Ökum. Bahnhofsmission ** Nachfolger für Pos. 10 und 11	7.500	7.500			5000

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011	2010	eingestellter Betrag 2011	2010	bisher
35102	Bürgerschaftl. Engagement / soz. Stadtteilentwicklung						
	Soz. Stadtentwicklung (Profitcenter:3510200)	Zuschüsse an übrige Bereiche			276.000	276.000	4980
		1. Soziale Stadt	186.000	186.000			
		2. Aufbau nachbarschaftlicher Systeme	90.000	90.000			
	Bürgerschaftliches Engagement (Profitcenter:3510201)	Zuschüsse an übrige Bereiche					
		1. Förderfond			65.000	65.000	4980-6010
41401	Maßnahmen zur Gesundheitspflege						
	Heroinprojekt (Profitcenter:4140100)	Zuschüsse an übrige Bereiche					
		1. Heroinabgabe an MHH und Step			231.880	224.500	5000
	Drogenhilfe (Profitcenter: 4140101)	Zuschüsse an übrige Bereiche			1.747.800	1.747.722	5000
		1. Diakonisches Werk / Suchthilfe	13.699	13.699			
		2. S. I. D.	3.193	3.193			
		3. Elternkreise Hannover	8.034	8.034			
		4. Selbsthilfegruppe Drogengefährdeter e.V.	119.171	119.171			
		5. Neues Land	82.400	82.400			
		6. Drogenberatung Prisma	110.313	110.313			
		7. Phoenix e. V./ Streetwork	25.544	25.544			
		8. Phoenix e. V./ Miete u. Kfz-Kosten	30.179	30.179			
		9. Phoenix e. V./ Beratung Herschelstr.	45.417	45.417			
		10. VMPB	3.914	3.914			
		11. Ethno-Medizinisches Zentrum e.V.	38.419	38.419			
		12. Für Drogenbekämpfung allgemein	3.150	3.150			
		13. STEP gGmbH / Drobs incl. Psychosoziale Begleitung	402.421	402.421			
		14. STEP gGmbH / Drop-In Fixpunkt	343.917	343.917			
		15. STEP gGmbH / Drobs-Infomobil	41.303	41.303			
		16. STEP gGmbH / Ausländ. Drogenberater	78.383	78.383			
		17. STEP gGmbH / Stadteilprävention	75.087	75.087			
		18. Verschiedenes	3.124	3.046			
		19. Arbeitsprojekte	320.132	320.132			
		STEP gGmbH / Arbeitsprojekte (Fahrradstation, Sprungbrett, Betreuungspool)	215.068	215.068			
		19.2 ATW / Projekt "Clean City"	55.058	55.058			
		19.3 ATW / Malerprojekt	50.006	50.006			

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher	
			2011	2010		
51 Jugend und Familie 36101 Tagespflege		Zuschüsse an übrige Bereiche		427.845	427.800	4545
		1. IG Tagesmütter	130.695			
		2. Kindertagesstätten - Stadtelternrat	9.580			
		3. Kinderladeninitiative Hannover e.V.	244.000			
		4. Kinderhaus Hannover e. V.	43.570			
		Zuschüsse an übrige Bereiche	5.101.900	5.101.900	4510	
36201 Kinder- und Jugendarbeit		1. Stadtteiljugendeinrichtungen	646.549			
		davon an:				
		1.1 Jugendwerk der AWO, El Dorado	62.380			
		1.2 Jugendwerk der AWO, Atlantis	47.380			
		1.3 Jugendkreuz Hainholz	47.380			
		1.4 SJD "Die Falken" Anderten	47.380			
		1.5 DGB-Jugend Bothfeld	47.380			
		1.6 Ev. Stadtjugenddienst Ricklingen	47.380			
		1.7 Janun, Südstadt	47.380			
		1.8 Jugendverband d. Ev. Freikirchen, JZ Bernerode	57.989			
		1.9 Naturfreundejugend, Bornum	47.380			
		1.10 DLRG, Wülfe	47.380			
		1.11 DJfE, Burg	47.380			
		1.12 Hann. Sportjugend, Kleiner JT	47.380			
		1.13 Schreberjugend List, Hinrichsring	47.380			
		1.14 sonstige	5.000			
		2. Jugendzentren freier Träger	852.569			
		davon an:				
		2.1 JZ Kleefeld	91.052			
		2.2 UJZ Glocksee	125.183			
		2.3 JZ Lister Turm	99.189			
		2.4 JT Eisenstraße	56.856			
2.5 JZ Vahrenwald	109.592					
2.6 JT Allerweg	56.238					
2.7 JZ Wettbergen	88.786					
2.8 JZ Salem; Ahlem	115.566					
2.9 AWO - Spielhaus Walter-Ballhaus-Straße	64.478					
2.10 UJZ Kornstraße	31.930					
2.11 sonstiges	13.699					

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
3.	Lückekinderprojekte		822.591	2010	822.591
	davon an:				
3.1	Jugendwerk der AWO - Die Insel		54.899	54.899	
3.2	Evangelischer Stadtjugenddienst, Spierenweg		40.376	40.376	
3.3	UJZ Glocksee - Lückekinderzentrum Oberstroiche		41.303	41.303	
3.4	Ev. Stadtjugenddienst; Karloffo		41.303	41.303	
3.5	Jugendwerk der AWO - Die Wellenbrecher		64.590	64.590	
3.6	"Die Falken" Lückekinderprojekt Wettbergen		32.342	32.342	
3.7	Lückekinderprojekt Spunk, Das Tollhaus		61.800	61.800	
3.8	Spats e. V.; NaDu Kinderhaus		88.300	88.300	
3.9	Musikzentrum Hannover; Jugendmusiktheater		23.690	23.690	
3.10	VSE-Lückekinderprojekt Wülferoder Weg		6.386	6.386	
3.11	CVJM Kronbergsschule; Schülercafe		45.835	45.835	
3.12	Jugendverband der Ev. Freikirchen in Hannover		41.406	41.406	
	Schülerbistro am Döhrener Turm				
3.13	VCP, Maja-Projekt		27.913	27.913	
3.14	Jugendwerk der AWO - Camelot		35.947	35.947	
3.15	Jugendwerk der AWO - Hogwads; Südstadt		27.604	27.604	
3.16	Dt. Kinderschutzbund - Bärenhöhle		77.250	77.250	
3.17	Jugendverband der Ev. Freikirchen - Kids-Club Vahrenheide		21.836	21.836	
3.18	Jugendverband der Ev. Freikirchen - Butze 22		38.625	38.625	
3.19	Schülertreff Milsburg		44.800	44.800	
3.20	sonstige		6.386	6.386	
4.	Multikulturelle Kinder- und Jugendarbeit		210.635	210.635	
	davon an:				
4.1	BDKJ-Migration-In und Oase-Tage		25.441	25.441	
4.2	Caritas - Kinderzentrum Allenweg - Spielhaus		57.783	57.783	
4.3	Ev.-luth. Bethlehems-Gemeinde - Domino -		53.560	53.560	
4.4	SJD "Die Falken" - OV Roderbruch		57.783	57.783	
4.5	Sonstige		8.137	8.137	
5.	Sonstige Zuwendungen, allgemeine Jugendarbeit		7.931	7.931	
	davon an:				
5.1	Jugendwerk der AWO - Spielmobil		625.539	625.539	
5.2	VCP-JUKIMOB		0	0	
5.3	Rockmobil		93.524	93.524	
			87.447	87.447	

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011	2010	eingestellter Betrag 2011	2010	bisher
5.4	Jugendwerk der AWO	- Mädchen und Migration	21.012	21.012	21.012	21.012	
5.5	BDKJ-Frederick	Jugendwerk AWO/Vahrenheider Kids	11.433	11.433	11.433	11.433	
5.6	DJH Hannover	Spats e. V.; Stadteilbauernhof	22.051	22.051	22.051	22.051	
5.7	YouBe - Jugendinternportal	VeJ.; Erlebnispädagogik u. Jugendsozialarbeit e. V.	4.635	4.635	4.635	4.635	
5.8	GFA	- Lückekinderprojekt u. multikulturelle Kinder- u. Jugendarbeit	51.809	51.809	51.809	51.809	
5.9		Jugendwerk AWO	8.034	8.034	8.034	8.034	
5.10		- Kleiner JT und Lückekinderprojekt Desperados	14.935	14.935	14.935	14.935	
5.11		neu: DJIE - Schwarze Heide	163.564	163.564	163.564	163.564	
6.		Gewalt vorbeugen (siehe Position 10)	0	0	0	0	
7.		Zuwendungen an Verbände	109.695	109.695	109.695	109.695	
7.1		davon an:					
7.1		Arbeiterwohlfahrt - Beförderung der Jugendhilfe	47.689	47.689	47.689	47.689	
7.2		Diakonisches Werk	62.006	62.006	62.006	62.006	
7.2		- Evangelisches Beratungszentrum					
7.2		- Pro Migration und Arbeit auf dem Spargelacker					
7.2		- Ausländerarbeit in Kitas					
8.		Zuwendung für Jugendheime und Jugendtreffs freier Träger	290.254	290.254	290.254	290.254	
8.1		davon an:					
8.1		VCP Kiefernfeld	101.661	101.661	101.661	101.661	
8.2		Bethlehemgemeinde Kellertreff	57.783	57.783	57.783	57.783	
8.3		Nicolaigemeinde JT CCC Limmer	57.577	57.577	57.577	57.577	
8.4		AWO Jugendtreff Vahrenheide	69.010	69.010	69.010	69.010	
8.5		DGB-Jugendtreff "Otto-Brenner-Str."	4.223	4.223	4.223	4.223	
9.		Sonstige Zuwendungen	1.404.068	1.404.068	1.404.068	1.404.068	
9.1		davon an:					
9.1		Innovative Modellprojekte	25.750	25.750	25.750	25.750	
9.1.1		Rasensportverein Hannover	0	0	0	0	
9.1.2		neu: Schwarze Heide	40.600	40.600	40.600	40.600	
9.1.3		Soziales Netzwerk Stöcken e. V.- Leckerhaus	10.728	10.728	10.728	10.728	
9.1.4		sonstige					
9.2		Zuwendungen zur allgemeinen Jugendförderung an Stadtjugendring und Verbände					
9.2		davon an:					
9.2.1		Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiter/innen; Zentrale Führung und Jugendarbeit im Stadtgebiet	928.236	928.236	928.236	928.236	

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher		
			2011	2010			
36303	Jugendschutz	9.2.3 Lager und Fahrten 50.000 € zweckgebunden für wohnortnahe Ganztagsferienbetreuungsmaßnahmen	197.039	197.039	4520		
		9.2.4 Jugendgruppenleiterlehrgänge und politische Bildung	79.310	79.310			
		9.2.5 Internationale Begegnungen	15.759	15.759			
		9.3 Beteiligungsprojekte davon an:	86.046	86.046			
		9.3.1 KJW AWO Rollende Baustelle	43.023	43.023			
		9.3.2 Janun Linie 21	43.023	43.023			
		9.4 Zuwendungen für Baumaßnahmen in Jugendeinrichtungen	20.600	20.600			
		10. Initiative zur kulturellen Bildung (siehe Position 6) Beschluß zu HSK VII. Der Betrag verteilt sich auf die Positionen 6 und 10. Sie sind gegenseitig deckungsfähig.	140.000	140.000			
		Zuschüsse an übrige Bereiche				1.014.900	1.014.900
		1.1	BAF			168.817	168.817
1.2	BAF; Konfrontativtraining		37.100	37.100			
2.	Schülerbezogene Jugendsozialarbeit davon an:		285.537	285.537			
2.1	Pro Beruf		77.765	77.765			
2.2	AWO Schülerbezogene Sozialarbeit		60.152	60.152			
2.3	AWO - Glashütte		88.166	88.166			
2.4	GFA		59.454	59.454			
3.	Sprachliche Integrationsprogramme davon an:		91.039	91.039			
3.1	AWO Jugendgemeinschaftswerk		15.347	15.347			
3.2	AWO Jugendsozialarbeit und Schule		16.892	16.892			
3.3	Soziale Gruppeninitiative - Pro Beruf		22.000	22.000			
3.4	Diakonisches Werk - Pro Migration		12.200	12.200			
3.5	BDKJ		11.300	11.300			
3.6	Pro Beruf GmbH		10.300	10.300			
3.7	Diakonisches Werk - Sprachferien		3.000	3.000			
4.	Luther-Kirchentreff e. V. "Treffpunkt Kopernikusstraße"		13.184	13.184			
5.1	VEJ		26.059	26.059			
5.2	VEJ; Anti-Gewalt-Training f. Mädchen und junge weibl. Erwachsene		27.600	27.600			
6.	Begleitetes Jugendwohnen		349.964	349.964			
7.	Vertiefte Berufsorientierung Schule und Berufsorientierung in benachbarten Stadtteilen		5.000	5.000			
8.	AWO		10.600	10.600			

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
36501	Kindertagesbetreuung	Zuschüsse an übrige Bereiche ohne ausfallende Elternbeiträge	20.986.000	20.941.000	4645
		1. Laufende Zuwendungen Kitas	6.420.000	7.230.000	
		2. Elterninitiativen, Kinderläden	11.056.000	9.635.200	
		3. Vertretungskräfte Elterninitiativen	0	460.000	
		4. Kleine Kindertagesstätten	3.390.000	3.477.800	
		5. Spielkreise	25.000	23.000	
		6. Innovative Modellprojekte	95.000	69.000	
		7. Umbauarbeiten für neue Gruppen	0	46.000	
		Zuschüsse an priv. Unternehmen für lfd. Zwecke			
		1. Vertretungskräfte Elterninitiativen	460.000	0	
36701	Jugend- und Familienberatung	Zuschüsse an übrige Bereiche	1.276.000	1.276.000	4620
		1. Zuwendungen an Familienbildungsstätten (KST 51536710)	250.000	250.000	
		davon an:			
		1.1 Familienbildungsstätte des DRK	16.894	16.894	
		1.2 Familienbildungsstätte AWO	16.791	16.791	
		1.3 Verband alleinstehender Väter und Mütter	54.489	54.489	
		1.4 Kooperationsprojekte mit Kindertagesstätten	39.558	39.558	
		davon an:			
		1.4.1 Kath. Familienbildungsstätte	13.186	13.186	
		1.4.2 Ev. Familienbildungsstätte	13.186	13.186	
		1.4.3 AWO-Familienbildung	13.186	13.186	
		1.5 Kath. Familienbildungsstätte	12.671	12.671	
		1.6 Evangelische Familienbildungsstätte	10.920	10.920	
		1.7 Vahrenheide	41.202	41.202	
		1.8 Nachbarschaftsinitiative Vahrenheide	57.475	57.475	
		2. Zuwendungen an Beratungsstellen (KST 51536701)	1.026.000	1.026.000	4650
		davon an:			
		2.1 Zuwendungen f. Maßnahmen des Jugendschutzes	150.489	150.489	
		davon an:			
		2.1.1 Verein Jugendhilfe/Jugendberatung Hinterhaus	126.177	126.177	
		Suizidprophylaxe - Beratungsstelle Ev. Jugendhilfe, Oskar-			
		Winterstraße	12.053	12.053	
		2.1.2 Suizidprophylaxe - Hannoverische Arbeitsgem.für Jugend- und			
		Eheberatung, Osterstraße	12.259	12.259	
		2.1.3 Zuwendungen an sonstige Beratungsstellen	875.511	875.511	
		davon an:			
		2.2.1 Familien- und Sozialberatungsstelle der AWO	99.192	99.192	
		2.2.2 DKSB - Deutscher Kinderschutzbund	10.920	10.920	
		2.2.3 Verein gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen - Violetta	230.000	230.000	

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
		2.2.4 Mädchenhaus Hannover	204.400	204.400	
		2.2.5 Kinderschutzzentrum	129.782	129.782	
		Winnicott - Institut zur Förderung der Psychoanalyse bei Kindern und Jugendlichen	50.265	50.265	
		2.2.6 Männerbüro - Beratung von sexuell mißbrauchten Jungen und männlichen Jugendlichen (Beratungsstelle Anstoft)	48.738	48.738	
		2.2.7 Männerbüro - Arbeit mit sexuell grenzverletzenden Jungen und männlichen Jugendlichen	20.000	20.000	
		2.2.8 Institut Mannigfaltig-Arbeit mit Jungen und Männern im Gewaltinterventionsbereich	34.318	34.318	
		2.2.9 Pro Familia	47.896	47.896	
		Zuschüsse an übrige Bereiche	1.420.900	1.467.700	
52 Sport- und Eventmanagement					
42101	Sportförderung	1. Schwimmhallenmieten	0	80.400	5511
		2. SV Arminia	0	16.400	5511
		3. Stern Misburg	400	400	5511
		4. Zuw. zur Förderung des Sports und Stadtsportbund	482.100	482.100	5511
		Davon für:			
		4.1 Allgemeine Sportförderung	20.000	20.000	
		davon			
		4.1.1 Zuwendung für die Arbeit des Stadtsportbundes 16.000 €*			
		Verw.-Kostenbeitrag an den Stadtsportbund für die Weiterleitung der Übungsleiterbeihilfen 2.700 €*			
		4.1.2 Förderung des Leistungssports	41.200	41.200	
		4.3 Zuwendungen und Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen	28.500	28.500	
		4.4 Mieten und Grundbesitzabgaben für Sportanlagen	29.900	29.900	
		4.5. Übungsleiterzuwendungen	429.500	429.500	
		davon			
		4.5.1 Weiterleitung an die Hannoverschen Sportvereine			
		4.5.2 Jugendzuwendung an den Stadtsportbund zur Weiterleitung an die Hannoverschen Sportvereine 102.000 €*			
		4.5.3 Talentförderung 19.500 €*			
		4.6 Verkehrslenkungsmaßnahmen bei Sportveranstaltungen	7.000	7.000	
		4.7 Stadionsporthalle GmbH & Co KG für die Nutzung der Halle durch Sportvereine	15.000	15.000	
		4.8 Soziale Projekte im Sport	0	0	
		4.9 * abzüglich	-89.000	-89.000	
		Verringerung der Zuwendungen an den Stadtsportbund um 89.000 € aufgrund der Direktzahlung der Region. Der Stadtsportbund entscheidet in eigener Verantwortung, auf welche Förderarten (4.1., 4.1.2, 4.5.1, 4.5.2) der Kürzungsbetrag verteilt wird.			
		5. Funsport	7.400	7.400	5511
		6. DLRG	24.000	24.000	5511
		7. Vereinsbäder, Unterhaltung	143.000	143.000	5520

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
		8. Sonstige Beihilfen	23.300	23.300	5520
		9. Sonstige Zuwendungen für den Vereinsstättenbau	76.700	76.700	5520
		10. Vereinssportanlagen, Unterhaltung	161.600	161.600	5520
		11. Vereinssportanlagen, Unterhaltung, Bez. 1-13 (Sportplatzpflege 0,22 €/m²)	402.400	402.400	5520
		12. Energetische Sanierung von Vereinsstätten	100.000	50.000	5520
		Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche			
		1. Schuldendiensthilfe Rasensportverein v.1926 e.V.	14.000	14.000	5520
42403	Bäder	Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche			
		Schuldendiensthilfe SV Aegir Bad Betriebs gGmbH (Ricklinger Bad)	79.500	90.000	5723
57 Senioren		Zuschüsse an übrige Bereiche	344.300	344.300	
31503	Seniorenarbeit	1. Seniorenbüro Stünkelstraße, Bez. 12	3.708	3.708	4317
		Seniorenbüro Sahlkamp, Bez. 03	3.708	3.708	4317
		Seniorenbüro Bult, Bez. 07	3.708	3.708	4317
		Seniorenbüro Ricklingen/Bez. 09	3.708	3.708	4317
		Seniorenbüro Anderten	3.708	3.708	4317
		Caritasverband "Lindenbaum"	85.593	85.593	4317
		"Alte Migranten", Arbeiterwohlfahrt	42.848	42.848	4317
		"Alte Migranten", Arkadas	42.848	42.848	4317
		Lange Aktiv Bleiben e.V.	13.081	13.081	4317
		Gegen altersbedingte Beeinträchtigungen	20.584	20.584	4317
		11. "Gemeinsam statt Einsam"	824	824	4317
		12. AWO Seniorenarbeit	109.592	109.592	4317
		13. Verschiedenes	1.390	1.390	4317
		14. Seniorenbeitrag	9.000	9.000	4003
		Zuschüsse an übrige Bereiche	150.000	100.000	6210
61 Planen und Stadtentwicklung		Begleitetes Wohnen			
52201	Sicherung der Wohnraumversorgung	1. Ausbau stationärer und mobiler Wohnbegleitung unter der Voraussetzung der Mitfinanzierung durch die Region	50.000	50.000	
		2. Projekt zur Unterstützung der Reintegration ehemals wohnungloser Frauen	20.000	20.000	
		3. Ausbau stationärer Wohnbegleitung	30.000	30.000	
		4. Interventionfonds	50.000	0	
		Schuldendiensthilfen an private Unternehmen (Aufwendungszuschüsse für den Sozialen Wohnungsbau)	5.400.000	6.900.000	

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	eingestellter Betrag		bisher
			2011	2010	
67 Umwelt und Stadtgrün 55102	Straßenbegleitgrün, übriges öffentl. Grün	Zuschüsse an übrige Bereiche			
		1. Zuwendungen an den Gartenbauverein	2.800	2.800	5800
		2. Innenhofverbesserung	0	3.600	
56101	Umweltschutzmaßnahmen	Zuschüsse an übrige Bereiche		442.900	1200
		1. Klimaschutzagentur	100.000	100.000	
		2. Härtefallfonds De-Haën-Sanierung	100.000	0	
		3. Zuwendungen für Umwelt- und Naturschutz	242.900	242.900	
		davon an:			
		3.1 Bürgerinitiative Umweltschutz	44.000	44.000	
		3.2 AG Limnologie und Gewässerschutz	2.000	2.000	
		3.3 BUND, Kreisgruppe Hannover	13.700	13.700	
		3.4 Umwelt- und Naturschutz, sonstige Beihilfen	18.200	18.300	
		3.5 Umweltzentrum Hannover	80.700	80.700	
		3.6 Hannoververscher Vogelschutzbund	2.400	2.400	
		3.7 Igelchutzinitiative	1.000	1.000	
		3.8 Umweltermort, Gut Adolphshof	8.600	8.600	
		3.9 Jugendumweltbüro, JANUN	3.200	3.100	
		3.10 Projekt Kinderwald	34.800	34.800	
		3.11 Bildungswerk Kronsberg/ Hof	3.500	3.500	
		3.12 Forschungszentrum Gartenkunst	30.000	30.000	
		3.13 UmweltSenioren Hannover e.V.	800	800	
Zusammenstellung der Zuschüsse und Zuwendungen					
Teilhaushalt			2011	2010	
		15 Büro Oberbürgermeister	601.400	601.400	
		18 Steuerung, Personal und Zentrale Dienste	1.625.540	1.627.800	
		20 Finanzen	1.000.000	1.000.000	
		23 Wirtschaft	1.011.000	211.000	
		41 Museen und Kulturbüro	2.579.000	2.461.300	
		42 Bibliothek und Schule	367.200	367.200	
		43 Bildung und Qualifizierung	1.559.300	1.522.700	
		50 Soziales	5.889.880	5.640.500	
		51 Jugend und Familie	28.807.155	28.761.600	
		52 Sport- und Eventmanagement	1.434.900	1.467.700	
		57 Senioren	344.300	344.300	
		61 Planen und Stadtentwicklung	5.550.000	7.000.000	
		67 Umwelt und Stadtgrün	445.700	349.300	
Gesamtsumme			51.215.375	51.354.800	

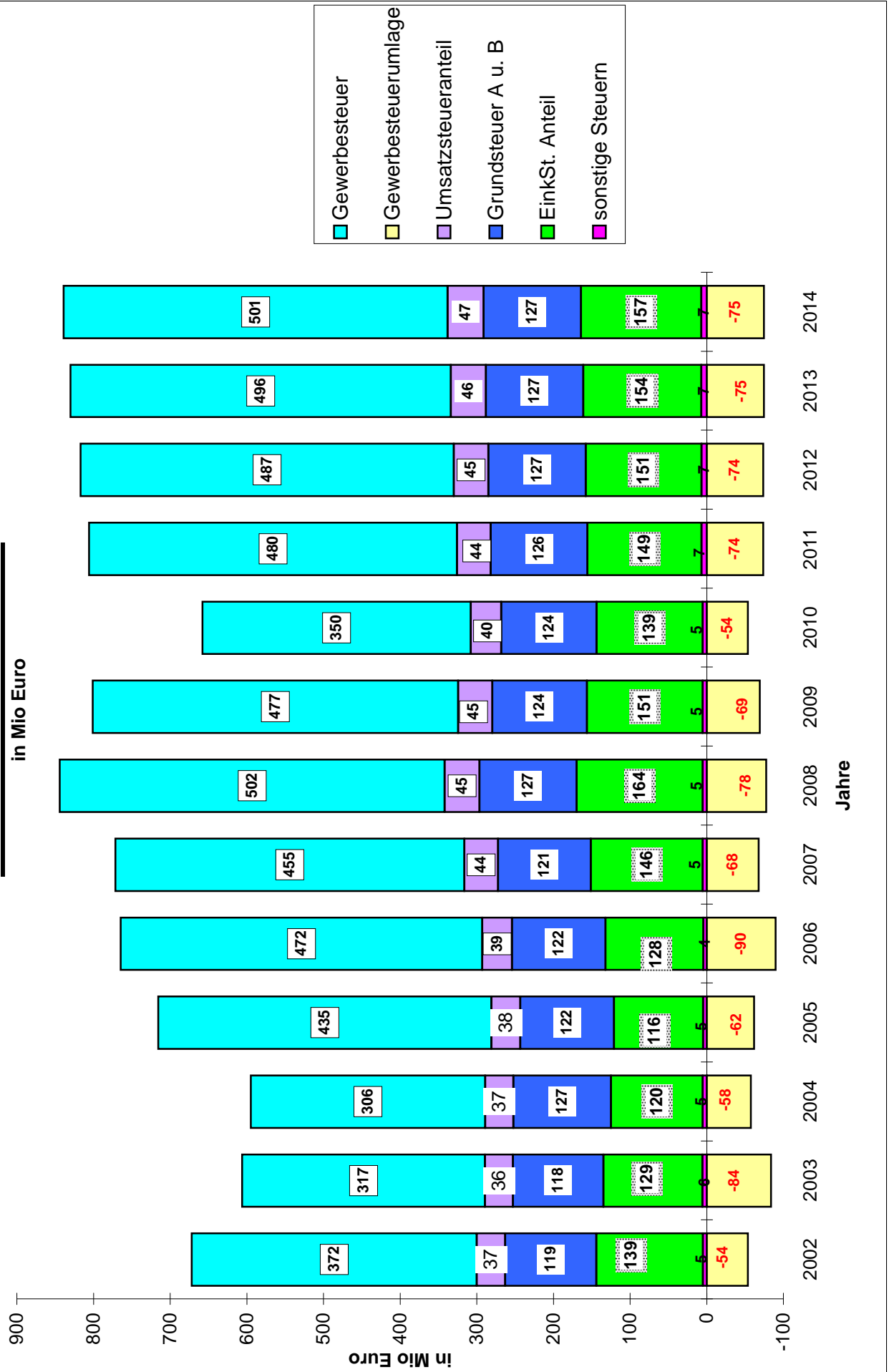
Gesamtübersicht Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Bestimmung/Empfänger	2011		2010		eingestellter Betrag 2011	bisher
18 Steuerung, Personal und Zentrale Dienste 11111	Stadtbezirke, Sonst.Maßnahmen	Zuschüsse für Investitionen an übrige Bereiche			337.000	0011.901	393.000	337.000
20 Finanzen 57104	HCC, Investitionszuschuss	Zuschüsse für Investitionen an verb. Unternehmen			844.000	8410.002	894.000	844.000
41 Museen und Kulturbüro 25201	Bild. Kunst, Investitionszuschuss	Zuschüsse für Investitionen an übrige Bereiche 1. Eisfabrik			0	--	5.000	0
46 Herrenhäuser Gärten 52301	Herrenhäuser Gärten, Investitionszuschuss				1.650.000	5820.002	0	1.650.000
50 Soziales 11132	Projekte, Sonst. Maßnahmen				26.000	0215.901	0	26.000
51 Jugend und Familie 36501	Kindertagesbetr., Förd.der freien Jugendhilfe	Zuschüsse für Investitionen an übrige Bereiche			45.000	4645.001	75.000	45.000
52 Sport- und Eventmanagement 42101	Sportförderung	Zuschüsse für Investitionen an übrige Bereiche 1. An Sportvereine für die Beschaffung von Geräten 2. Zur Beschaffung von Pflegegeräten 3. VfV Hainholz			512.000		665.000	512.000
			5.000	2.000				5511.901
			10.000	10.000				5520.901
			650.000	500.000				5520.025
61 Planen und Stadtentwicklung 31505	Unterbr. v. Personen, Sonst.Maßn.				60.000	4350.901	0	60.000
51106	Stadtumbau West, Ihme-Zentrum				1.000.000	6150.002	0	1.000.000
Summe			2.032.000	4.474.000				

Grafiken zum Haushalt

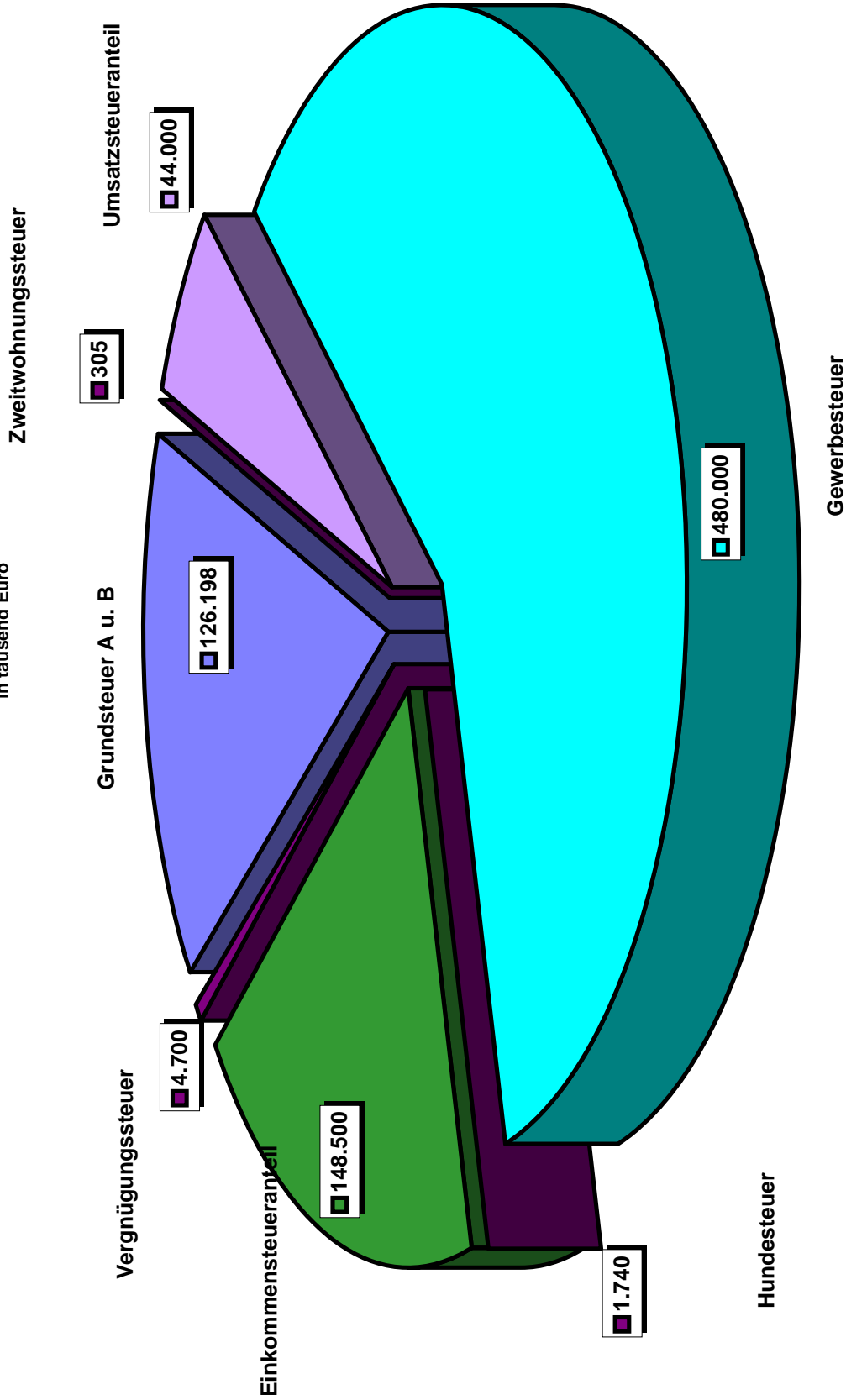
Steueraufkommen

in Mio Euro



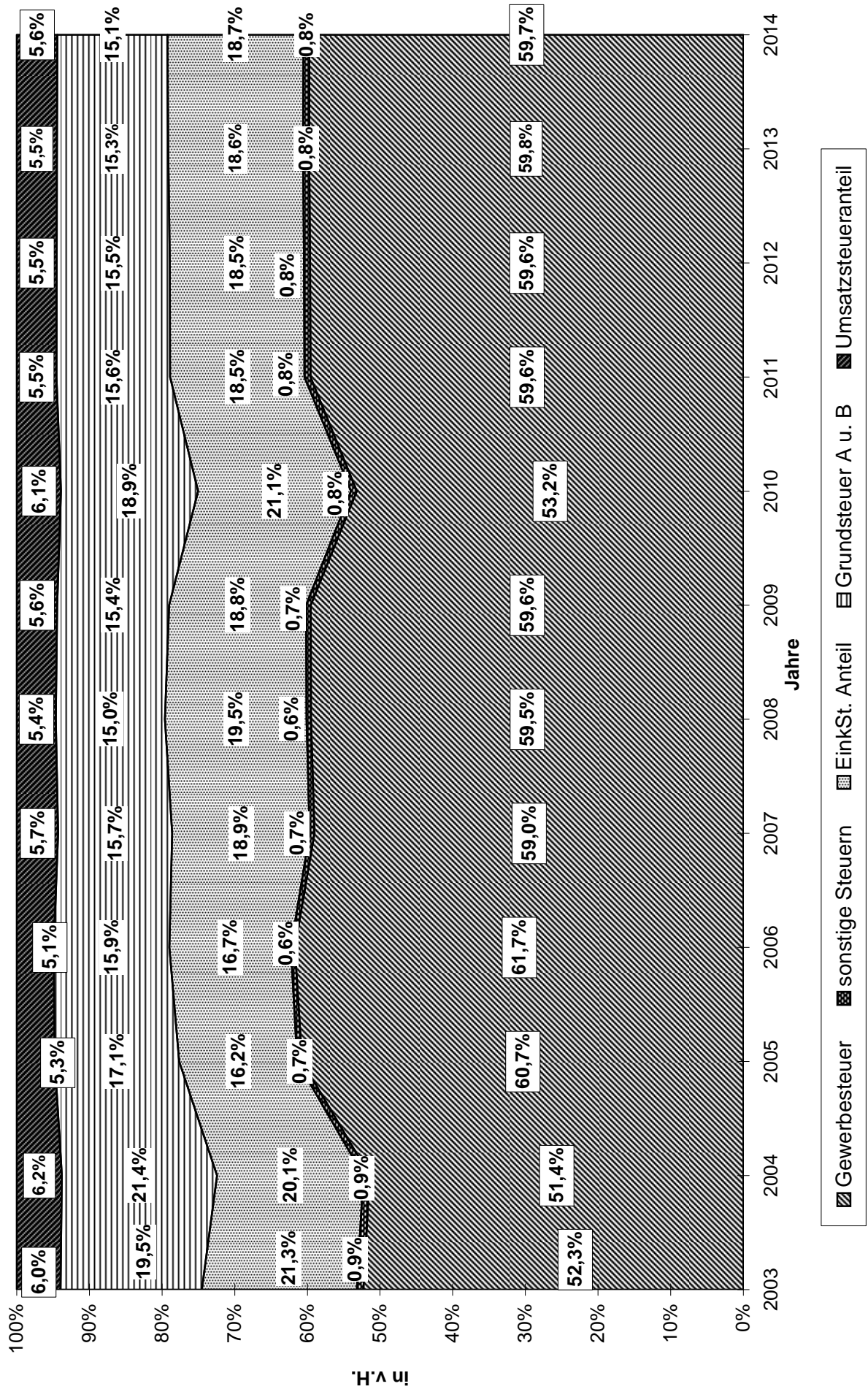
Steuerertrag 2011

in tausend Euro

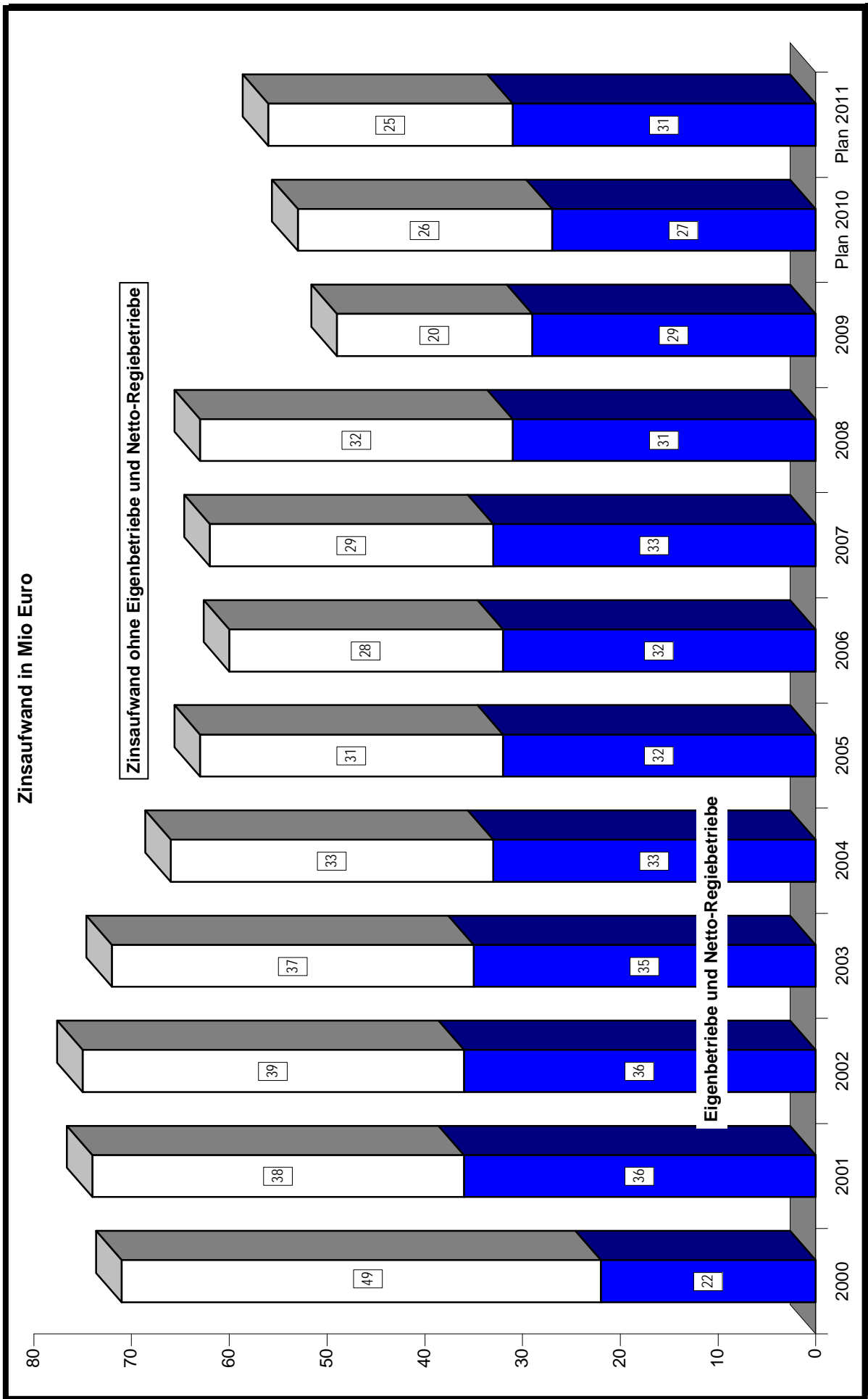


Steueraufkommen

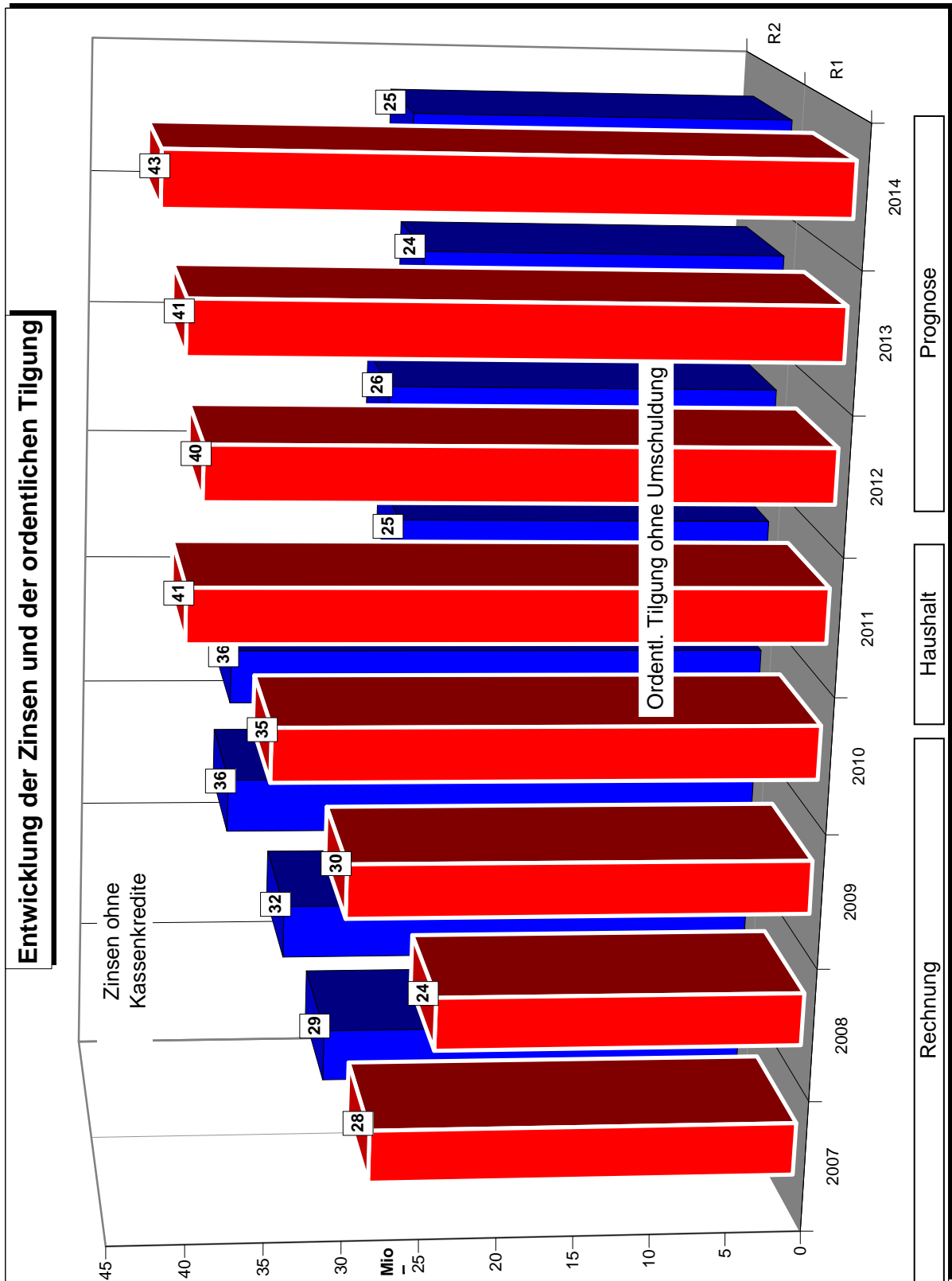
in Prozent



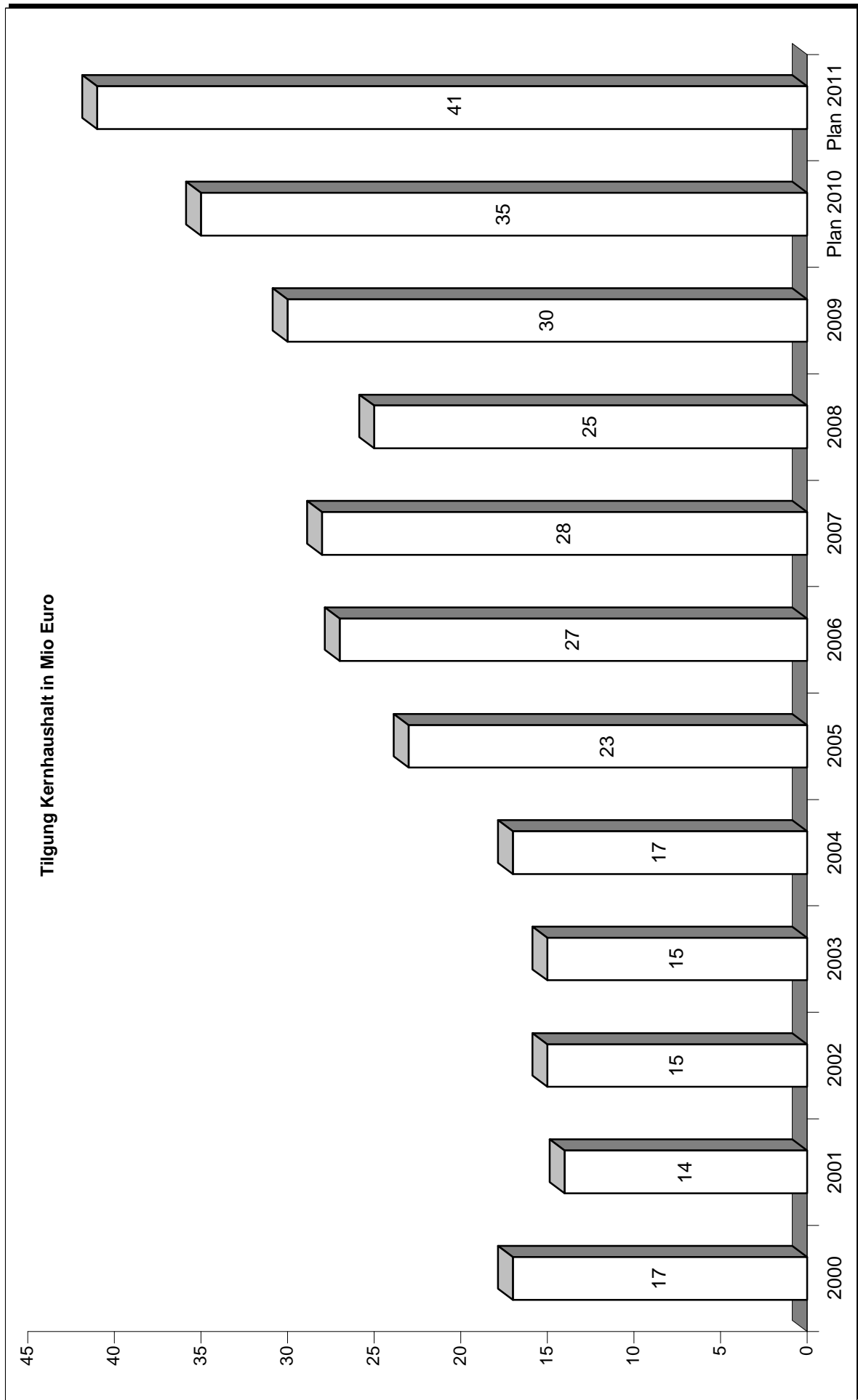
Zinsaufwand der Landeshauptstadt Hannover



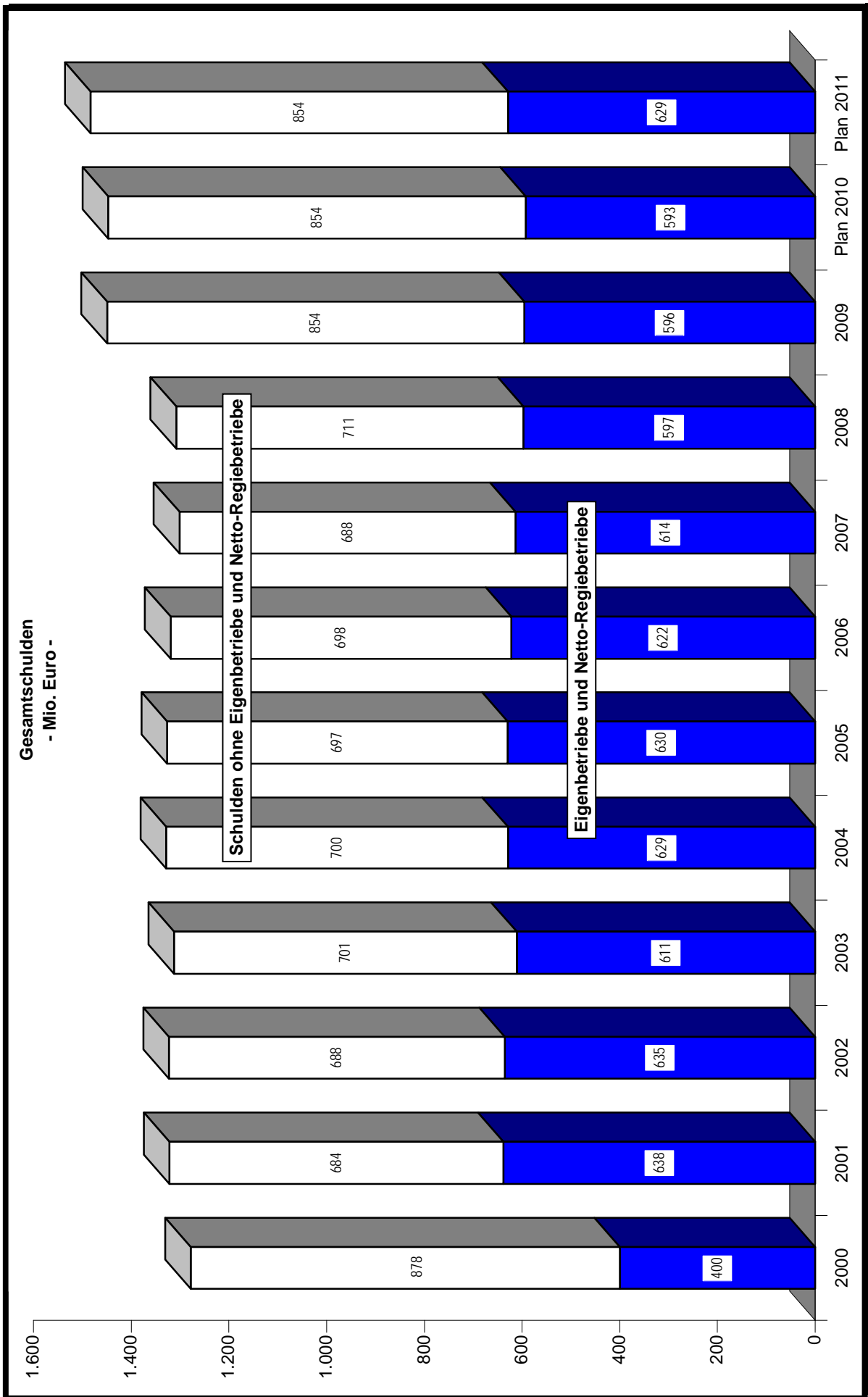
Entwicklung der Zinsen und der ordentlichen Tilgung



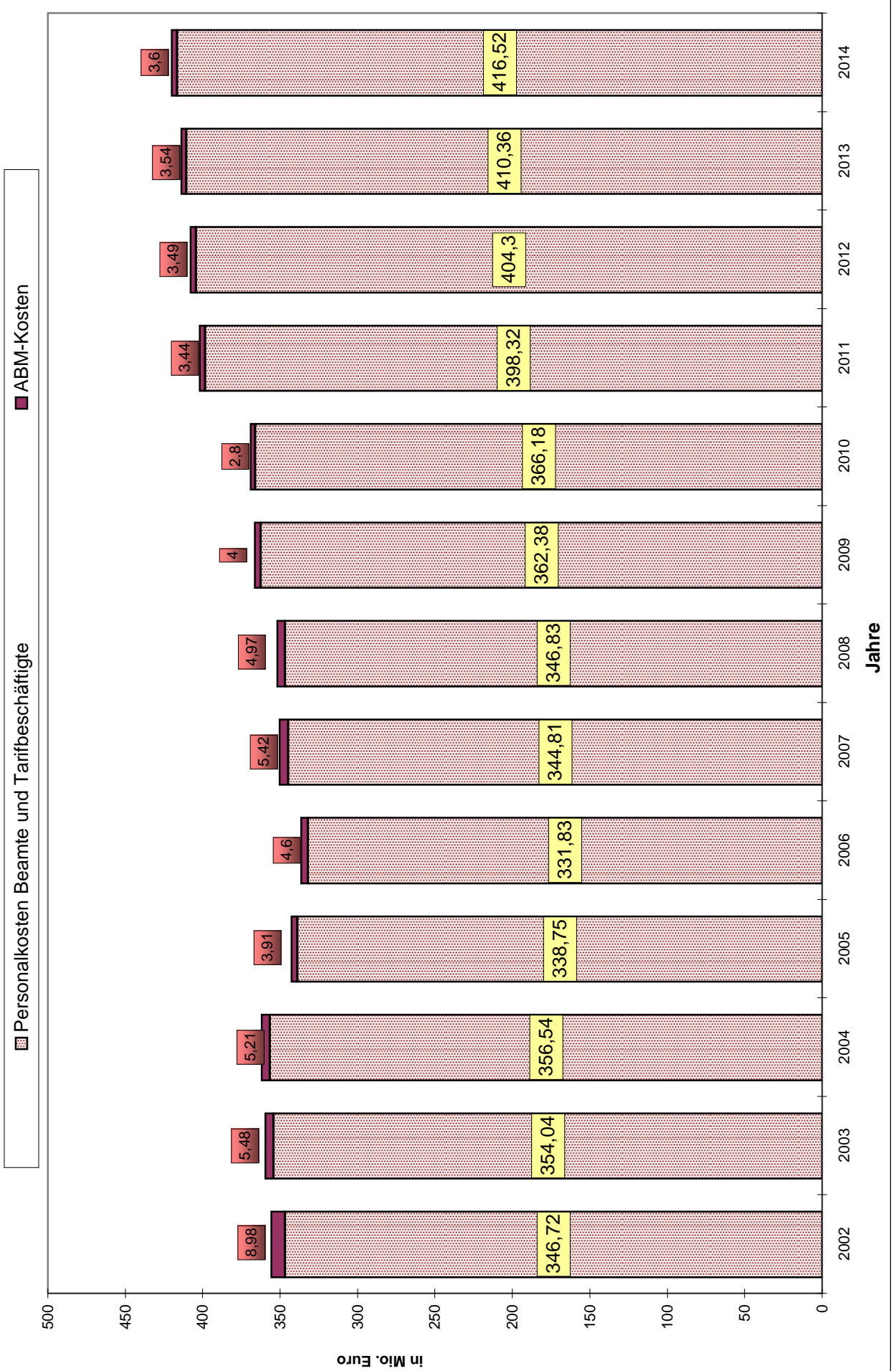
Tilgung der Landeshauptstadt Hannover



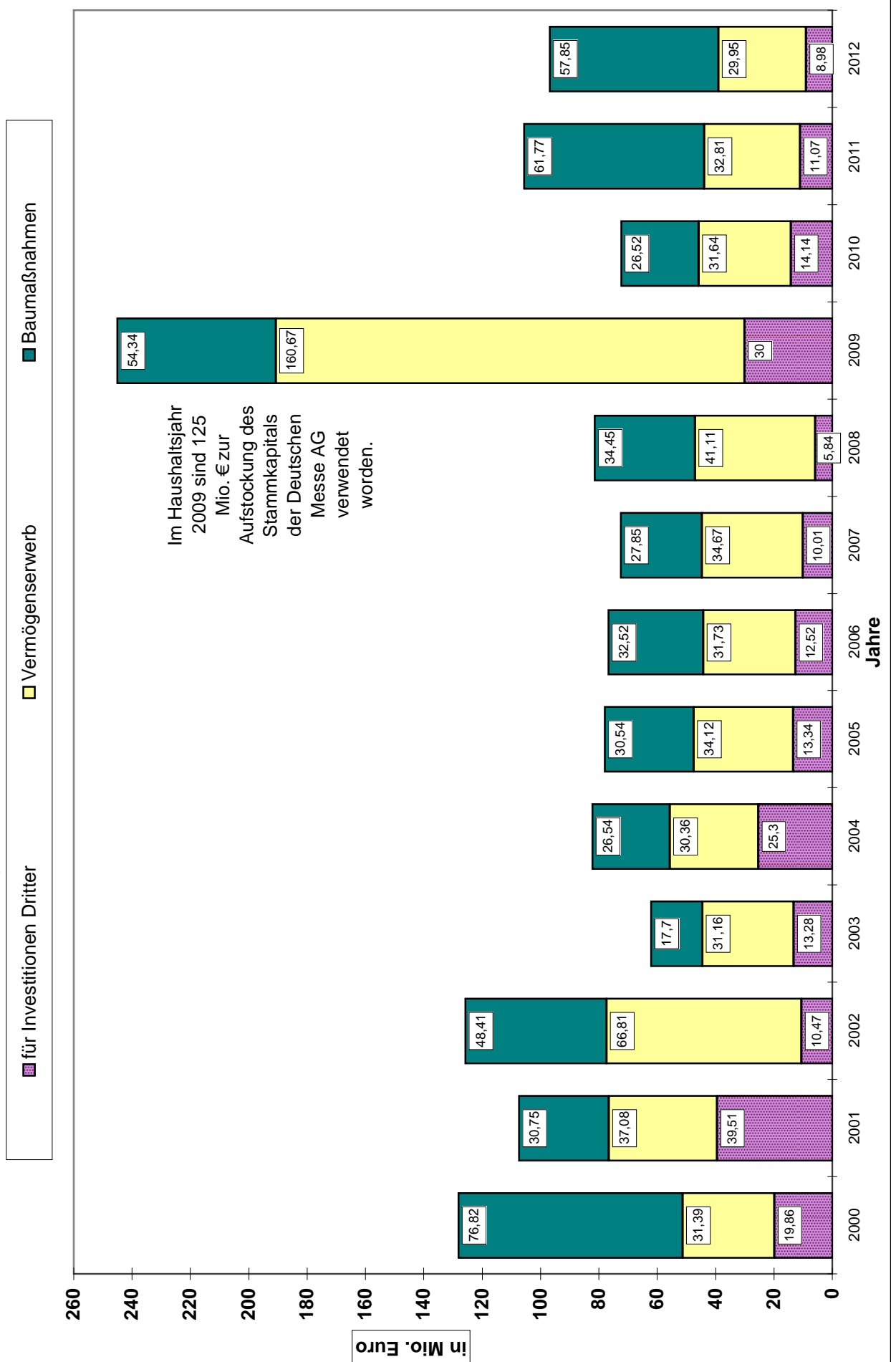
Schulden der Stadt Hannover



Entwicklung der Personalkosten im Kernhaushalt mit ABM-Kosten

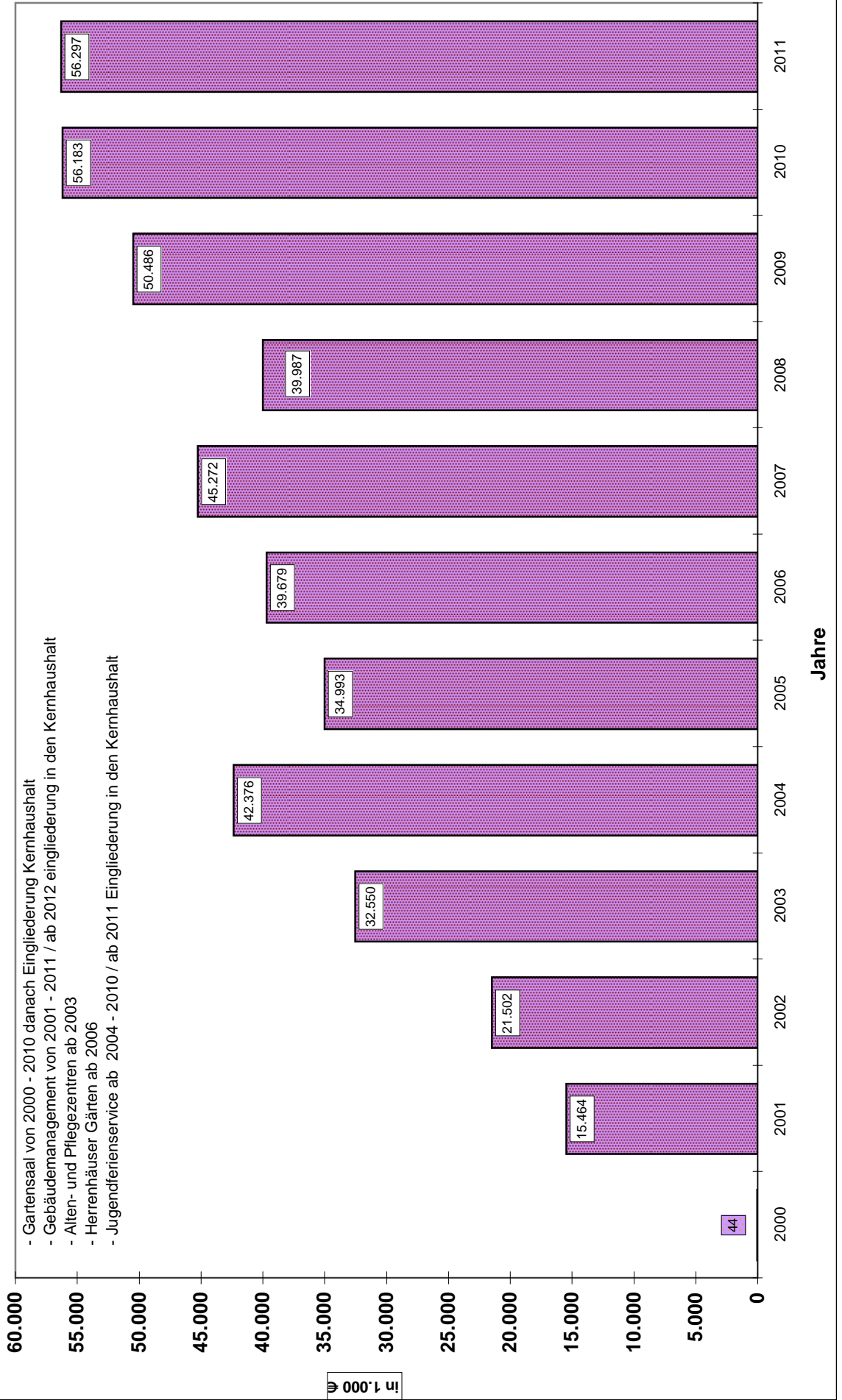


Entwicklung der Investitionskosten 2000 - 2012

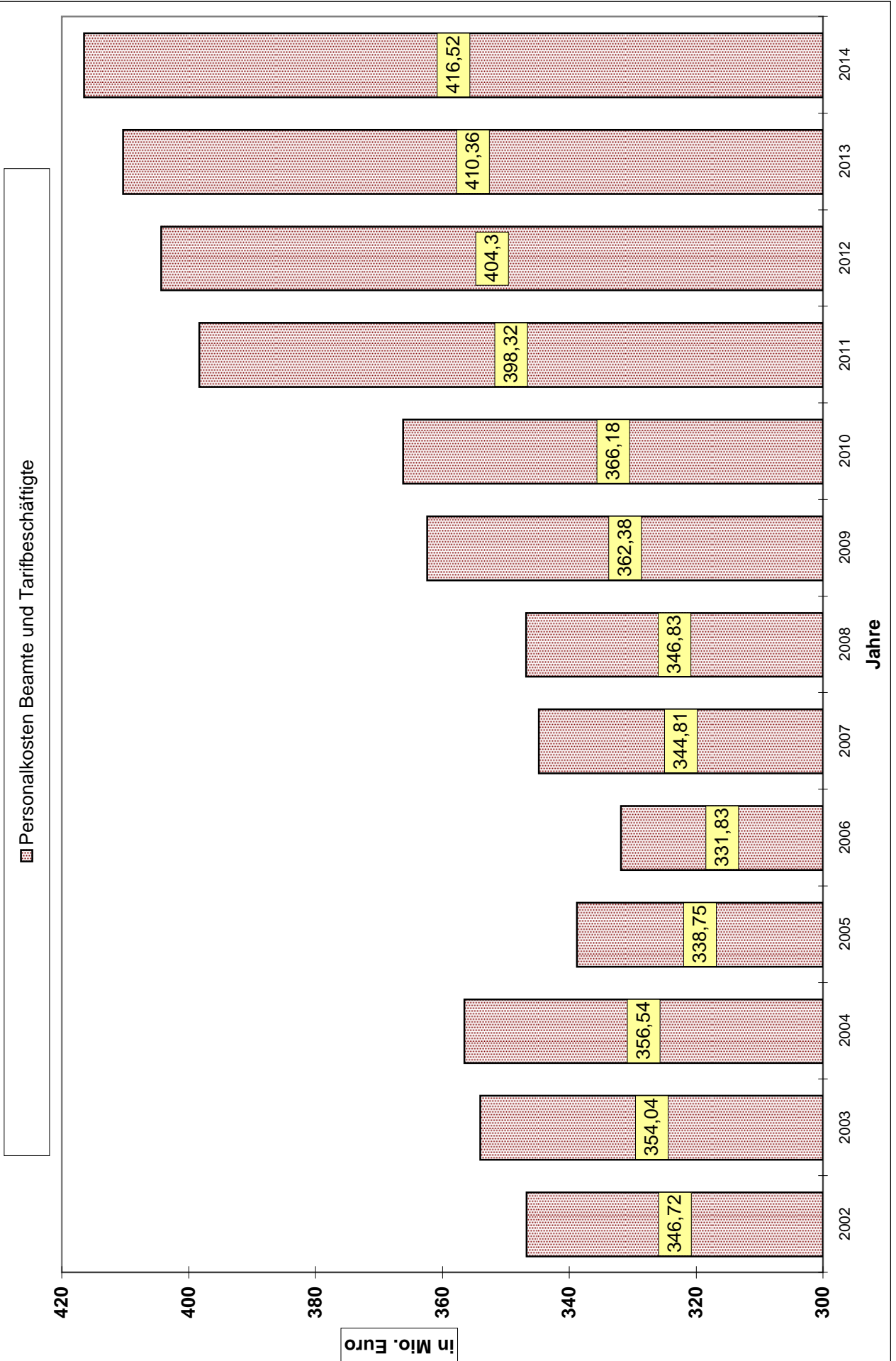


Entwicklung der Investitionskosten 2000 - 2011 Nettoregiebetriebe

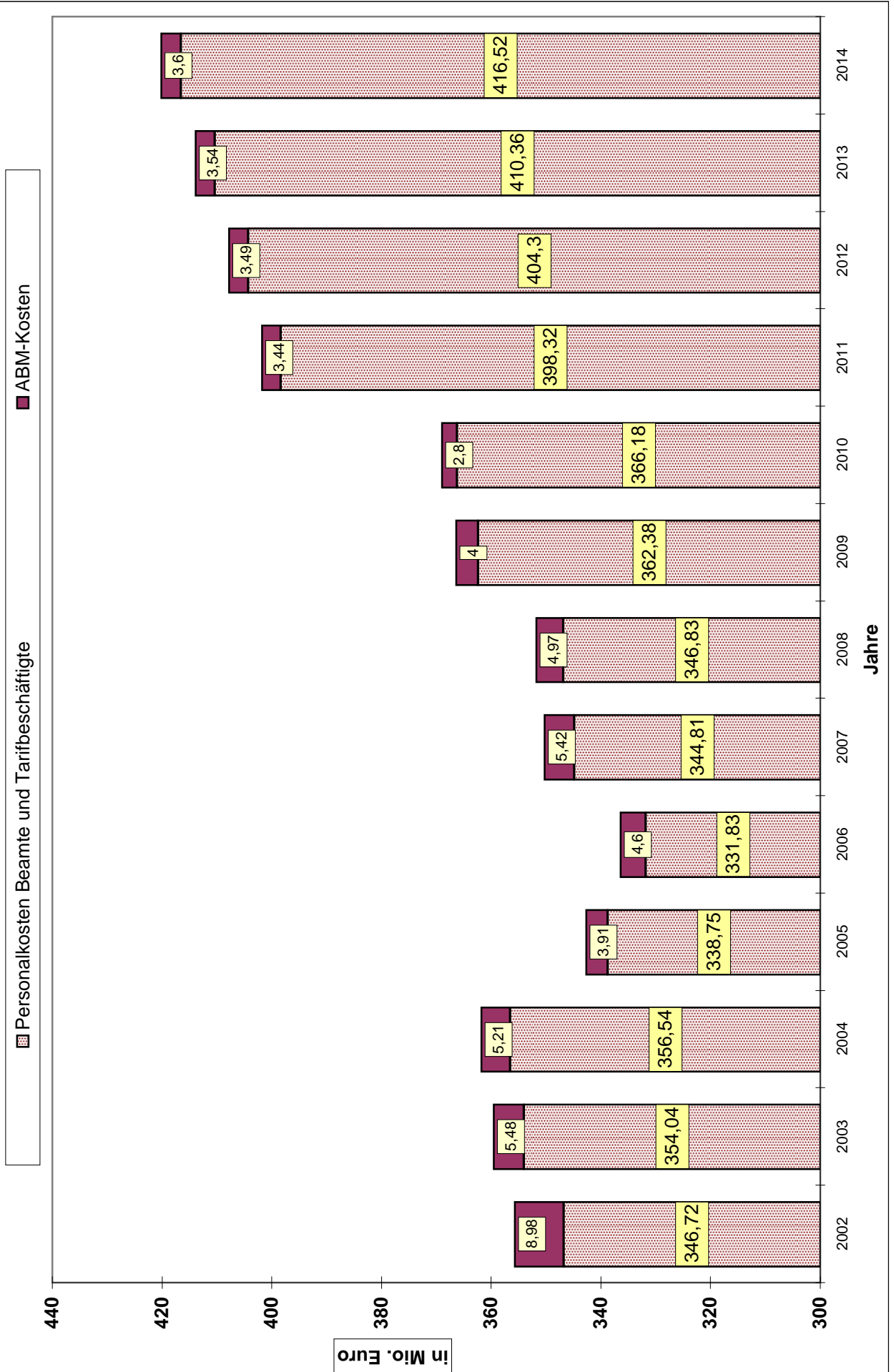
■ Investitionskosten



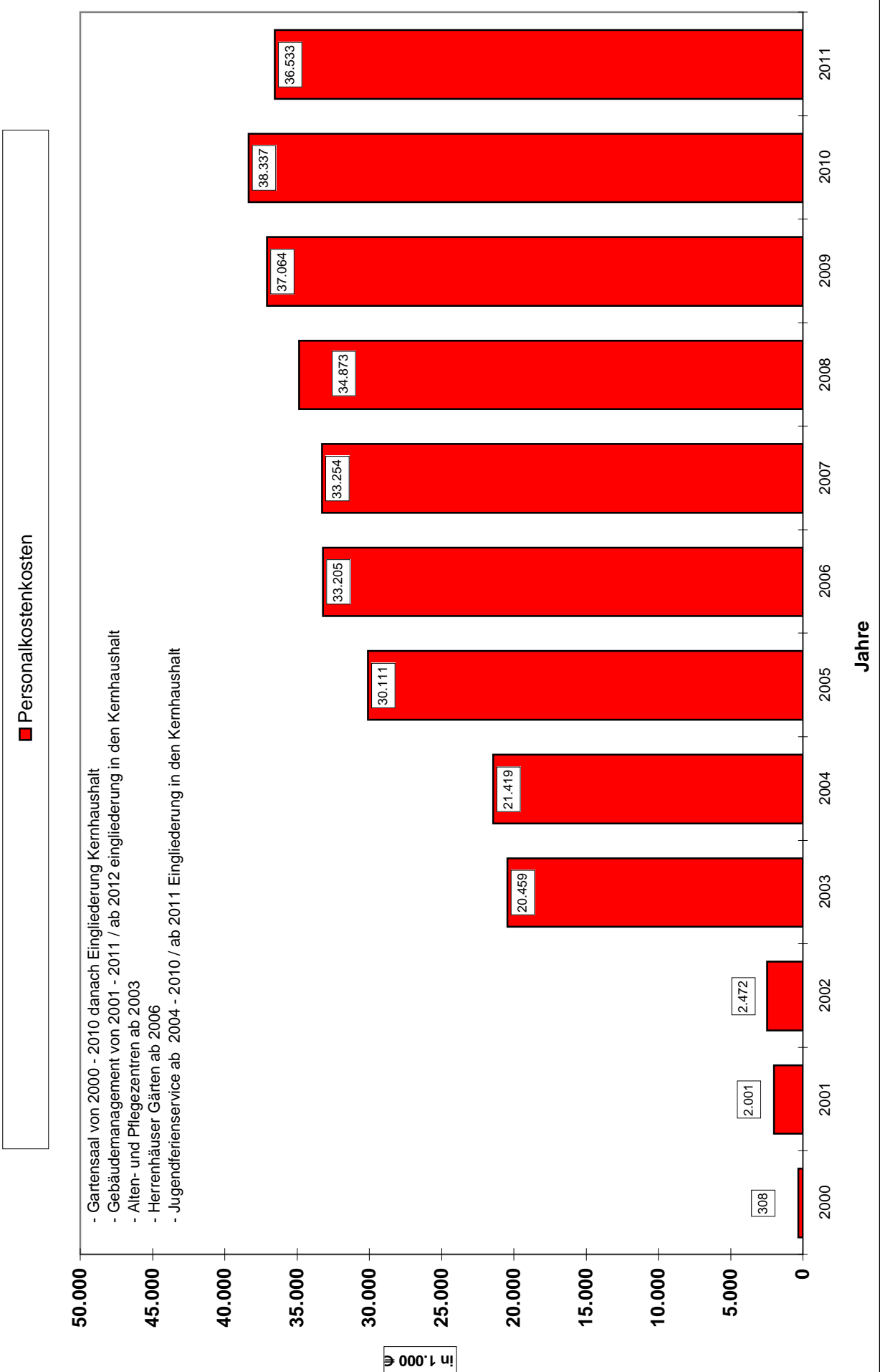
Entwicklung der Personalkosten im Kernhaushalt ohne ABM-Kosten



Entwicklung der Personalkosten im Kernhaushalt mit ABM-Kosten



Entwicklung der Personalkosten 2000 - 2011 Nettoregiebetriebe



Personalaufwand

(Übersichten und Erläuterungen)

Übersicht über die Personalaufwendungen

bis 2010		ab 2011			
Gruppierung	Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ansatz 2011	
410000	40110000	Dienstaufwendungen Beamte	68.131.400	67.237.300	
414000	40120000	Dienstaufwendungen Arbeitnehmer	190.072.100	200.159.400	
416000	40190000	Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftigte	3.079.400	3.423.200	
417000	40181000	Dienstaufwendungen für ABM-Kräfte	2.803.300	3.440.780	
434000	40220000	Beiträge zu Versorgungskassen für Arbeitnehmer	17.160.600	17.853.000	
444000	40320000	Beiträge zur ges. Sozialversicherung, Arbeitnehmer	38.870.700	41.395.600	
451000	40410000	Beihilfen und Unterstützungslleistungen, Beamte/Arbeitnehmer	9.300.000	3.006.000	
	40510000	Zuführung Pensionsrückstellung Beamte/Arbeitnehmer	0	16.455.875	
	40610000	Zuführung Beihilferückstellung, Beamte/Arbeitnehmer	0	1.974.705	
	40700000	Zuführung Rückstellung für Altersteilzeit u.a.Maßnahmen	0	4.310.369	
420000	41110000	Versorgungsaufwendungen für Beamte	34.866.900	35.516.700	
424000	41120000	Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte	385.200	342.200	
411000	41410000	Beihilfen u. Unterstützungslleistungen, Versorgungsempfänger	0	6.649.300	
421000		Zuführung an die Versorgungsrücklage/Beamte	635.900	0	
470000		Zuführung an die Versorgungsrücklage/Versorgungsempf.	730.000	0	
		Deckungsreserve für Personalausgaben	0	0	
Personalaufwendungen mit ABM			366.035.500	401.764.429	
460000	44114000	Personalnebenkosten	1.146.300	1.088.800	
401000	44210000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	1.804.400	1.791.400	
Personalaufwendungen mit Nebenkosten			368.986.200	404.644.629	

Erläuterungen zum Personalaufwand 2011

Der Haushaltsansatz 2011 incl. ABM beträgt 401,76 Mio. €

Zum Vergleich die Ansätze der letzten Haushaltsjahre:

2010	366,03 Mio. €
2009	365,46 Mio. €
2008	344,43 Mio. €

Dem Anstieg der Personalaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr 2010 liegen folgende Faktoren zugrunde:

- Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens im Haushalt 2011 sind nach §95 NGO i. V. m. § 43 GemHKVO Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen einschließlich Beihilfeverpflichtungen aus bestehenden Pensionen und sämtlichen Pensionsanwartschaften sowie für Altersteilzeitarbeit zu bilden. Um die Rückstellung sukzessive an die erworbenen Ansprüche anzupassen, ist eine jährliche Zuführung als Aufwand zu veranschlagen. Die Zuführung zu Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen beträgt für 2011 insgesamt 22,74 Mio. Euro.
- Durch die Eingliederung der Nettoregiebetriebe Gartensaal, Herrenhäuser Gärten und Jugend-Ferien-Service werden die Personalkosten von insgesamt 6,4 Mio. Euro statt in den Wirtschaftsplänen jetzt im Kernhaushalt ausgewiesen.
- Der restliche Mehrbedarf resultiert aus den Tariferhöhungen mit Wirkung zum 1.1.2011 und 1.8.2011 sowie der vereinbarten Einmalzahlung an die Tarifbeschäftigten.

Dem Aufwand aus den Zuführungen zu den Rückstellungen stehen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für künftige Pensionszahlungen in Höhe von insgesamt 11,20 Mio. Euro gegenüber.

Die Personalaufwendungen für die städtischen Mitarbeiter, die im Job Center Aufgaben nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wahrnehmen, werden von der Arge (Arbeitsgemeinschaft der Region und der Bundesagentur für Arbeit) erstattet. Die Aufwendungen und Erträge sind im Produkt 31291 (Verwaltung Grundsicherung für Arbeitssuchende) veranschlagt.

**Aufteilung des
Stellenplans
nach Produkten
wird nachgereicht**

Wirtschaftspläne

Gebäudemanagement

Wirtschaftsplan 2011 – Vorbericht

1. Vorbemerkungen

Der Fachbereich Gebäudemanagement hat seine Tätigkeit als Nettoregiebetrieb zum 01.01.2001 aufgenommen.

Der Betrieb bewirtschaftet ein bilanziertes Gebäudevermögen mit einem Buchwert von ca. 0,8 Mrd. € (ohne Grundstücke) und einer Gebäudefläche von ca. 1,1 Mio. m², davon ca. 137.400 m² angemietet.

Fast 68,4 % der Betriebsfläche entfallen auf Schulen, die restlichen Flächen verteilen sich auf Kindertagesstätten, Feuerwehrgebäude, Freizeitheime, Jugendzentren und Verwaltungsgebäude.

Das Gebäudemanagement tritt außerdem für die anderen Fachbereiche als städtischer Vertragspartner gegenüber Vermietern auf. Er bewirtschaftet zurzeit ca. 140 Mietobjekte. Der Mietaufwand wird für das Planjahr mit rd. 14,9 Mio. € prognostiziert.

Neben allen Bauaufgaben im eigenen Bestand übernimmt der Fachbereich Gebäudemanagement diese Aufgaben auch für die städtischen Gebäude (u.a. Museen, Bäder und Betriebshöfe), die ihm vermögensrechtlich nicht zugeordnet sind. Diese Aufgaben lagen in den Jahren 2008 und 2009 vom Gesamtumsatz der investiven baulichen Maßnahmen bei einem Anteil von ca. 27 %.

2. Erfolgsplan

Der Fachbereich weist wie in den Vorjahren ein negatives Planergebnis aus, weil der Abschreibungsaufwand nicht vollständig über die Nutzungsentgelte finanziert wird.

Zusätzlich wird das Ergebnis durch dem Anlagenabgang der IGS Mühlenberg mit einem Buchwertverlust von 28,26 Mio. € stark beeinflusst.

Das negative Gesamtergebnis wird bilanziell gegen die freie Rücklage gebucht und ausgeglichen.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Jahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 8 Mio. € festgesetzt.

Der Ansatz der Nebenkosten setzt sich aus restriktiven und gleichzeitig maßvollen Budgetansätzen zusammen.

Für die bauliche Unterhaltung wurde ein Gesamtbedarf von über 19 Mio. € ermittelt. Dieser Ansatz soll mittelfristig durch jährliche Steigerungen erreicht werden. Für 2011 ist eine Steigerung von 0,5 Mio. € auf 10,5 Mio. € geplant.

Wird der Jahresverlust von -40.303.900 € um Sondereffekte bereinigt, ergibt sich ein Verlust von -11.956.500 €. Dabei wurden bei der Darstellung des bereinigten Jahresabschlusses 1.030.000 € für die Belastung der Planungskosten ÖPP (Position 9d) und 940.000 € für die Entlastung aus den Transferkosten ÖPP (Position 1e) herausgerechnet. Die Veräußerung der IGS Mühlenberg wurde mit 7,0 Mio. € Erlös und 35,26 Mio. € für den Abgang ebenfalls neutralisiert. Diese Beträge wurden bei der Berechnung der Nutzungsentgelte nicht berücksichtigt.

3. Vermögensplan

Schwerpunkt im Vermögensplan ist der Abschluss der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II und die Umsetzung des zweiten Abschnittes zum Schul- und Kitasanierungsprogramm und des Investitionsprogramms „Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige für den Zeitraum 2008 bis 2013“.

Die Sanierungsmaßnahme des Freizeitzentrums Raschplatz wurde nach dem Ratsbeschluss im März 2010 in eine Einzelmaßnahme (355.10-01) umgegliedert.

Wegen der Vorlaufzeiten für die in 2010 und 2011 vorbereiteten Baumaßnahmen wurden für diese Investitionen Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 32,55 Mio. € eingestellt.

4. Finanzplanung

In der Finanzplanung wird von realistischen Steigerungssätzen für die Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden ausgegangen. Diese beruhen auf den Erfahrungen der Vorjahre und bereits bekannten Preisentwicklungen.

Die Wirtschaftspläne der letzten Jahre wurden ohne Einschränkungen genehmigt. Auf dieser Grundlage führt der Fachbereich Gebäudemanagement seine Investitionen auf dem mittelfristig geplanten Niveau fort.

Neben diesem Investitionsvolumen werden die eingeleiteten ÖPP-Projekte im Planungszeitraum weiter geführt.

5. Stellenübersicht

Die Gesamtzahl der Beschäftigten und Beamten bleibt gegenüber dem Vorjahr mit 190,87 Stellen gleich.

6. Ausblick

Das Sanierungsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten soll im Jahr 2011 fortgesetzt werden.

Parallel zu den ÖPP-Projekten wird der Fachbereich Gebäudemanagement die konventionell finanzierten Investitionen für Gebäudesanierungen auf dem aktuellen Niveau halten und die bauliche Unterhaltung anpassen, um den Substanzerhalt des Vermögens sicher zu stellen.

Der Fachbereich ist im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts VII bestrebt, die Leistungen in Eigenfertigung gegenüber dem Fremdbezug zu erhöhen.

Weiterhin wird durch ein aktives Flächen- und Objektmanagement das Ziel der Flächeneinsparung und damit der Kostensenkung verfolgt.

Erfolgsplan FB Gebäudemanagement 2011

FBGM						
	Rechnung 2009*	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Umsatzerlöse aus Gebäudebewirtschaftung	89.509.463	89.108.690	96.369.000	107.170.793	113.201.780	114.318.851
a) Nutzungsentgelte	65.446.630	65.416.390	72.500.000	83.131.793	86.834.980	89.109.851
b) Nebenkosten	21.094.940	22.163.300	22.000.000	23.110.000	23.687.800	24.280.000
c) Mieten	488.000	429.000	429.000	429.000	429.000	429.000
d) sonstige Einnahmen	700.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
e) Transferkosten ÖPP	1.779.893	600.000	940.000	0	1.750.000	0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen oder unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.343.703	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
4. Sonstige betriebliche Erträge	11.587.280	200.000	7.200.000	200.000	200.000	200.000
davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	300.000	0	0	0	0	0
5. Summe betriebliche Erträge (1 bis 4)	102.440.446	90.508.690	104.769.000	108.570.793	114.601.780	115.718.851
6. Aufwendungen für Gebäudebewirtschaftung	43.509.304	47.435.500	48.906.400	54.449.200	57.398.000	58.981.890
a) Nebenkosten	21.005.000	22.163.300	22.000.000	23.110.000	23.687.800	24.280.000
b) Mieten für angemietete Gebäude	12.711.000	14.027.900	14.884.500	15.824.400	17.337.100	17.472.390
c) bauliche Unterhaltung	8.700.000	10.000.000	10.500.000	12.000.000	13.000.000	14.000.000
d) kreditähnliche Rechtsgeschäfte	620.000	864.300	1.201.900	3.254.800	3.113.100	2.969.500
e) Bewertung Grund- und Gebäudevermögen	75.690	0	0	0	0	0
f) Nichtinvestive Energieeinsparprojekte	397.614	380.000	320.000	260.000	260.000	260.000
g) Energiepässe	0	0	0	0	0	0
7. Personalaufwand	12.543.271	13.022.400	13.116.000	13.246.600	13.378.200	13.511.200
a) Gehälter und Bezüge	9.444.318	9.700.100	9.769.800	9.867.800	9.966.500	10.066.200
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.010.053	3.233.400	3.257.300	3.289.900	3.322.800	3.356.100
davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
c) Leistungsanreizentgelt	88.900	88.900	88.900	88.900	88.900	88.900
8. Abschreibungen	25.600.000	24.514.200	25.646.400	26.600.000	26.900.000	27.200.000
a) auf immaterielle Vermögensgüter (VG) und Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
b) auf VG des Umlaufvermögens, soweit über der üblichen AfA	0	0	0	0	0	0
davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.831.430	3.144.700	3.626.600	2.889.593	2.914.780	2.941.261
a) Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0	0
b) allgemeine betriebliche Aufwendungen	1.491.500	1.680.500	1.920.600	1.939.825	1.959.243	1.978.755
c) Verwaltungskosten anderer Fachbereiche	617.778	664.200	676.000	682.768	689.537	696.506
d) Planungskosten ÖPP	722.152	800.000	1.030.000	267.000	266.000	266.000
10. Betriebsergebnis (5 bis 9)	17.956.441	2.391.890	13.473.600	11.385.400	14.010.800	13.084.500
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzierungsvermögens	0	0	0	0	0	0
davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	163.745	250.000	100.000	150.000	200.000	250.000
davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
14. AfA auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.065.006	16.773.290	18.620.100	20.801.400	21.725.800	22.599.500
davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
16. Finanzergebnis (11 bis 15)	-15.901.261	-16.523.290	-18.520.100	-20.651.400	-21.525.800	-22.349.500
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (10+16)	2.055.180	-14.131.400	-5.046.500	-9.266.000	-7.515.000	-9.265.000
18. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
20. Außerordentliche Erträge	523.880	0	0	0	0	0
21. Außerordentliche Aufwendungen	17.557.129	0	35.257.400	0	0	0
22. Außerordentliches Ergebnis (18 bis 21)	-17.033.249	0	-35.257.400	0	0	0
23. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
24. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
25. Jahresgewinn / Jahresverlust [17+ (22 bis 24)]	-14.978.069	-14.131.400	-40.303.900	-9.266.000	-7.515.000	-9.265.000

* vorläufig

Die Ansätze sind übertragbar gemäß § 19 Gemeindehaushaltsverordnung

Mehreinnahmen in den Hauptgruppen 1 und 13 berechtigen zu Mehrausgaben bei den Hauptgruppen 6,7 und 9. Die Ansätze der Hauptgruppen 6,7,8,9 und 15 sind gegenseitig deckungsfähig

FB Gebäudemanagement Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes	Vermögensplan 2011					Verpflichtungsmächtigungen				
	Gesamtsumme	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
1 Investitionen FBGM										
1.1 Verwaltungsgebäude	218.379.900	40.740.000	49.330.900	42.778.700	43.587.400	41.942.900	28.350.000	4.200.000		32.550.000
010.06-01 VwG Neues Rathaus, Tramplatz 2 - Erneuerung Schrägaufzug	0	0	0	0	0	0				
010.09-01 VwG Neues Rathaus, Tramplatz 2 - Brandschutzmaßnahmen/energetische Sanierung	4.500.000	1.500.000	500.000	500.000	1.000.000	1.000.000	500.000	500.000		1.000.000
1.2 Feuerwehrgebäude										
131.01-01 Feuerwache 3, Jordanstr. 34 a - Sanierungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0				
131.07-01 Feuerwache 2, Auf der Klepperburg 3 - Neubau Rettungskompetenzzentrum	400.000	400.000	0	0	0	0				
131.10-01 Feuerwache 4, Nennsdorfer Chaussee 5 - Sanierung Dach/Fassade	1.400.000	50.000	1.000.000	350.000	0	0	350.000			350.000
131.11-01 Feuerwache 5, Karl-Wiechert-Allee 60a - Neubau Fahrzeughalle	983.000	0	0	200.000	783.000	0				
1.3 Schulen										
2SB 08-01 Schulen-Sanierungsmaßnahmen	113.150.000	21.400.000	26.750.000	22.000.000	22.000.000	21.000.000	20.000.000	3.000.000		23.000.000
2 SB 08-02 Schulen-Baumaßnahmen/Strukturveränderung	12.382.000	2.900.000	2.432.000	1.650.000	1.450.000	3.950.000	500.000	500.000		1.000.000
1.4 sonstige Schulen										
333.06-01 Musikschule-Verlagerung der Musikschule	0	0	0	0	0	0				
292.09-01 Schulbiologiezentrum Burg, Optimierung Heizzentrale	0	0	0	0	0	0				
1.5 Bildungseinrichtungen										
350.08-01 Alice-Salomon-Schule-Umbau/Sanierung für VHS u. Kulturtreff	160.000	160.000	0	0	0	0				
350.10-01 Alice-Salomon-Schule Sporthalle	1.436.000	766.100	334.900	191.400	143.600	0				
350.11-01 ehem. Lindener Rathaus, Sanierung und Umbau zum Neuen Bildungsstandort***	9.500.000	0	1.300.000	4.000.000	4.200.000	0	400.000	400.000		400.000
355.10-01 Freizeitzentrum Raschplatz, Sanierung Raschplatz-Pavillon (aus NSB.08-02)	6.300.000	1.500.000	3.600.000	1.000.000	200.000	0	700.000	200.000		900.000
1.6 Kindertagesstätten										
4 SB.08-01 Krias - Baumaßnahmen/Strukturveränderung	19.700.000	3.300.000	4.400.000	3.900.000	4.000.000	4.100.000	2.900.000			2.900.000
4 SB.08-02 Krias - Baumaßnahmen/Strukturveränderung	10.618.000	2.200.000	2.118.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000				
1.7 Allgemeines										
NSB.08-01 Allgemeines-Teilsanierung/Sicherheit/Schadstoff	21.840.900	5.113.900	4.186.000	4.237.300	4.060.800	4.242.900				
NSB.10-01 Klimaschutzaktionsprogramm/Optimierung Heizzentralen	2.000.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000				
NSB.08-02 Allgemeines-Baumaßnahmen/Strukturveränderung	13.760.000	1.000.000	2.260.000	2.200.000	3.200.000	5.100.000				
NSB.02-04 Baumaßnahmen/Barrierefreiheit	250.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000				
1.8 Investitionen Konjunkturprogramm II	0	0	0	0	0	0				
2 allg. Ausstattung										
2.1 Büro- / Geschäftsausstattung	250.700	49.900	50.200	50.200	50.200	50.200				
2.2 DV-Ausstattung	0	0	0	0	0	0				
2.3 Maschinen und Werkzeuge	200.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000				
Gesamt:	218.830.600	40.829.900	49.421.100	42.868.900	43.677.600	42.033.100				
Zuführung zu Investitionsrücklagen	0	0	0	0	0	0				
Tilgung von Krediten	66.011.400	8.433.800	11.713.600	14.733.300	15.096.600	16.034.100				
davon für kreditähnliche Rechtsgesch.	13.108.800	1.053.400	1.837.200	3.316.100	3.421.700	3.480.400				
Ausgaben insgesamt:	284.842.000	49.263.700	61.134.700	57.602.200	58.774.200	58.067.200				
Einnahmen des Vermögensplanes										
1 Veräußerung von Sachanlagen	7.000.000	0	7.000.000	0	0	0				
2 Abschreibungen	77.975.700	10.582.800	13.689.900	17.601.000	17.901.000	18.201.000				
3 Zuweisungen / Zuschüsse Dritter	3.909.100	1.847.100	552.000	325.000	1.185.000	0				
3a Zuweisungen / Zuschüsse Konjunkturprogramm II	0	0	0	0	0	0				
4 Entnahme aus Investitionsrücklage	0	0	0	0	0	0				
5 Sonstige Finanzierungform	0	0	0	0	0	0				
6 Kreditaufnahme	195.957.200	36.833.800	39.892.800	39.676.200	39.688.200	39.866.200				
6a Kreditaufnahme Eigenanteil Konjunkturprogramm II	0	0	0	0	0	0				
Einnahmen insgesamt:	284.842.000	49.263.700	61.134.700	57.602.200	58.774.200	58.067.200				

* Die einzelnen Vorhaben des Investitionsprogramms werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

** Einschließlich Fördermittel U3 von ca. 0,5 Mio. €

*** Einschließlich Fördermittel Investitionspakt

**** Einschließlich EFRE-Mittel in Höhe von 1 Mio. € in 2013

Überführung von Stellen in den Wirtschaftsplan Gebäudemanagement

Stellenübersicht 2011 - Fachbereich Gebäudemanagement (OE 19)

2011	
Beschäftigte Entgeltgruppe	Stellen
E 15	3,00
E 14	8,00
E 13	18,00
E 12	39,00
E 11	31,50
E 10	6,00
E 09	25,00
E 08	13,00
E 07	6,00
E 06	14,50
E 05	3,00
E 04	2,00
E 03	2,00
Summe Beschäftigte	171,00

2010		
Beschäftigte Entgeltgruppe	Stellen	zur Zeit besetzt Stichtag 30.06.10
E 15	4,00	4,00
E 14	5,00	5,00
E 13	19,00	16,00
E 12	39,00	38,00
E 11	31,50	30,50
E 10	6,00	6,00
E 9	25,00	24,50
E 8	13,00	11,00
E 7	6,00	5,00
E 6	14,50	13,50
E 5	3,00	3,00
E 4	2,00	2,00
E 3	2,00	2,00
Summe Beschäftigte	170,00	160,50

Gesamtzahl der Beamtenstellen 2010 20,78
Gesamtzahl der Beamtenstellen 2011 19,78

Gesamtzahl der Beschäftigten- und Beamtenstellen 2010 190,78
Gesamtzahl der Beschäftigten- und Beamtenstellen 2011 190,78

Befristet beschäftigte Arbeitskräfte werden überwiegend außerplanmäßig geführt und sind nicht Bestandteil des Stellenplans.

Städtische Alten- und Pflegezentren

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011 für den Nettoregiebetrieb Städtische Alten- und Pflegezentren

Das Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus, das Pflegezentrum Heinemanhof, das Seniorenzentrum Willy-Platz-Heim, das Margot-Engelke-Zentrum / Geibelstraße sowie Hausgemeinschaften Devrientstraße, das Altenzentrum Eichenpark und das Klaus-Bahlsen-Haus werden als ein Nettoregiebetrieb der Landeshauptstadt Hannover geführt. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes und der Finanzplanung wird durch die kaufmännische Buchführung abgewickelt.

- Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus

Das Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus ist 1998 als stadtteilbezogenes Heim errichtet worden und liegt in unmittelbarer Nähe zu den Herrenhäuser Gärten.

Die Einrichtung bietet vollstationäre Pflege sowie Kurzzeitpflege für 78 Bewohner/Innen in großzügigen Zimmern, die individuell eingerichtet werden können, sowie umfassende Betreuung und Pflege an. Das gesamte Haus ist behindertengerecht ausgestattet, alle Zimmer verfügen über eine eigene Dusche und Toilette. Für den Gemeinschaftsbereich stehen ein Speise- und Veranstaltungssaal, Gemeinschaftsräume in den Wohnbereichen, Therapie- und Werkräume und ein Friseur zur Verfügung.

- Pflegezentrum Heinemanhof

Das Pflegezentrum Heinemanhof liegt im Stadtteil Kirchrode in einer großzügigen Parkanlage. Der Name geht zurück auf eine historische Stiftung (1928), die „Minna und James Heineman - Stiftung“.

Die Einrichtung verfügt über 150 Plätze. Das Pflegezentrum Heinemanhof hält besondere Fachangebote zur Pflege und Betreuung von geistig und körperlich Behinderten, für geschlossene Unterbringung von gerontopsychiatrisch Erkrankten und für Menschen mit pflegerelevanten Diagnosen vor, die einen erhöhten Bedarf an medizinischer Behandlungspflege erfordern (z. B. Wachkoma). Ein besonderer Schwerpunkt ist die gerontopsychiatrische Fachpflege. Ein Teil des zum Pflegezentrum Heinemanhof gehörigen Parkgeländes ist als „Sinnesgarten“ gestaltet, der den besonderen Bedürfnissen gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen entspricht.

Im Pflegezentrum Heinemanhof können 105 demenzerkrankte BewohnerInnen im geschützten Bereich gepflegt und versorgt werden.

In allen Bereichen wird auch Kurzzeitpflege angeboten. Service- und Betreuungsleistungen sowie das fachtherapeutische Angebot der Beschäftigungs- und Ergotherapie können von allen Bewohner/innen in Anspruch genommen werden.

Im Pflegezentrum Heinemanhof wurde 2008 mit dem „Kompetenzzentrum Demenz“ ein neuartiger Beratungs- und Betreuungstreffpunkt für Demenzerkrankte und deren Angehörige eröffnet. Neben Multifunktionsräumen, die für Selbsthilfegruppen, Beratungs- und Betreuungsangebote genutzt werden können, wird ein Café errichtet, das sowohl für die Bewohner/innen und deren Angehörige als auch für Besucher aus dem Stadtteil offen sein soll.

- Seniorenzentrum Willy-Platz-Heim

Das Seniorenzentrum Willy-Platz-Heim, seit 1969 in Betrieb, liegt im Stadtteil Bothfeld. Das Haus hält 95 Pflegeplätze vor. Vielfältige Angebote an Therapie und Betreuung ergänzen die Pflegeleistungen. Kurzzeitpflegeplätze stehen hier, wie in allen anderen Pflegezentren zur Verfügung.

In den nächsten Jahren werden im Willy-Platz-Heim Modernisierungen fortgesetzt, die in Abwägung zur Nachfragesituation in mehreren Schritten über mindestens 3 Jahre erfolgen.

- Margot-Engelke-Zentrum / Geibelstraße und Hausgemeinschaften Devrientstraße

Das MEZ / Altenzentrum Geibelstraße (Südstadt) kombiniert offene Angebote für alle älteren Bürger/innen mit seniorengerechtem Wohnen und stationärer Pflege.

Von November 2006 bis Oktober 2007 wurde der Standort Geibelstraße umfassend modernisiert und im Januar 2008 wieder eröffnet. Es entstanden 63 Pflegeplätze in vier Hausgemeinschaften. Diese vier Hausgemeinschaften verteilen sich auf zwei Etagen und verfügen über insgesamt 43 Einzelzimmer, 10 großzügige Doppelzimmer. Nach Wiedereröffnung des Standorts Geibelstraße konnte das Pflegeheim Stadionbrücke geschlossen werden.

Die angeschlossene Seniorenwohnanlage bietet 46 seniorengerechte 1-Zimmer-Appartements, die ein selbständiges Leben in Gemeinschaft ermöglichen. Das bestehende Altenwohnen soll zu einem Service-Wohnen mit flexiblen Angeboten

entsprechend der sich verändernden Bedarfe und Wünsche weiter entwickelt werden. Die Gemeinschaftsflächen sollen sukzessiv modernisiert werden und, soweit notwendig, ebenso die Wohnungen bei Wohnungswechsel. Die Modernisierungen werden aus den laufenden jährlichen Abschreibungen finanziert.

Das Forum mit Stadtteilangeboten für alle Seniorinnen und Senioren wurde weiterentwickelt und umgebaut sowie konzeptionell weiterentwickelt. Die Räumlichkeiten bieten verstärkt Möglichkeiten, den Gedanken der Selbsthilfe und Selbstorganisation zu fördern. Im Rahmen der niederschweligen Angebote werden Gruppentherapien angeboten. Es entstand ein zeitgerechter Informations- und Begegnungsort für Senioren, dem auch das bestehende Internet-Café angegliedert wird. Mit dem erweiterten Raumangebot verbessern sich die Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen und für Angebote zur Gesundheitsförderung.

Die Hausgemeinschaften in der Devrientstraße wurden im Oktober 2006 eröffnet. In einem neuerrichteten Wohnhaus in der Devrientstraße werden in den vier Etagen Hausgemeinschaften für insgesamt 45 pflegebedürftige Personen betrieben.

Mit dem neuen Pflegekonzept der Hausgemeinschaften wird die professionelle Pflege eines Pflegeheims verbunden mit dem Gefühl, weiterhin in einer normalen Wohnung zu leben. Es wird eine weitest gehende Alltagsnormalität gestaltet werden, die sich am Leitbild "Familienleben" orientiert. Das Herz jeder Hausgemeinschaft bildet der große gemeinsame Wohnbereich mit angegliederter offener Wohnküche. Die Hausgemeinschaften werden als vollstationäre Einrichtung nach dem Pflegeversicherungsgesetz betrieben. Die Bewohner/innen wohnen in Einzelzimmern oder großzügigen Doppelzimmern mit zugehörigem Sanitärbereich.

- Altenzentrum Eichenpark

Das Altenzentrum Eichenpark befindet sich in der Stadt Langenhagen in unmittelbarer Nähe zum Zentrum, liegt aber in einer parkähnlichen Anlage gleich am Rande eines Naherholungsgebietes.

Im Altenzentrum Eichenpark stehen für stationäre Dauer- und Kurzzeitpflege 190 Pflegeplätze zur Verfügung. Das Altenzentrum hält 160 Einzelzimmer und 15 großzügige Doppelzimmer vor und kann damit die Nachfrage nach Einzelzimmern in besonderem Maße bedienen. Ein geschlossener gerontopsychiatrischer Bereich mit 25 Plätzen steht im Altenzentrum Eichenpark zur Verfügung.

2007 wurde begonnen, die Gemeinschaftsflächen (Eingangsbereich, Therapieräume, Aufenthaltsbereiche) zu modernisieren und das Haus auf die jetzigen und absehbaren Erfordernisse einzustellen. Es erfolgte eine Umgestaltung des Eingang und des Foyers mit Einrichtung eines Empfangs- und Auskunftsbereichs sowie eines Aufenthalts- und Erlebnisbereichs mit zentralen Angeboten für Bewohner/innen und Besucher, die Erweiterung des Hauses um Räume für Therapieangebote, die Anpassung und Verbesserung der Außenanlagen mit Schaffung von Besucherparkplätzen, sowie die Verbesserung des geschlossenen gerontopsychiatrischen Bereichs.

Weitere umfangreiche, erforderliche Baumaßnahmen werden die Marktfähigkeit des Altenzentrum Eichenpark erheblich verbessern.

- Klaus-Bahlsen-Haus

Im Stadtteil Bothfeld eröffnete die Stadt im April 2008 einen Neubau für ein Alten- und Pflegezentrum, bestehend aus vier Hausgemeinschaften mit insgesamt 49 Pflegeplätzen. Für alle Bewohner/innen wurden Einzelzimmer errichtet. Die Finanzierung des Bauprojekts erfolgte zum überwiegenden Teil aus Stiftungsmitteln der Rut- und Klaus-Bahlsen-Stiftung.

In den Hausgemeinschaften wird professionelle Pflege eines Pflegeheims mit einer weitest gehenden Alltagsnormalität verbunden.

Insgesamt verfügen die städtischen Häuser nach der Eröffnung des Klaus-Bahlsen-Hauses über 670 Pflegeplätze.

Rund 650 Beschäftigte in Pflege, Hauswirtschaft, Küche und Verwaltung – auf Vollzeitstellen umgerechnet: ca. 450 Arbeitsplätze – kümmern sich um das Wohl der Bewohner/innen.

1. Erfolgs- und Finanzplan

Umsatzerlöse:

Die geplanten Pflegeentgelte wurden bei einer Auslastung von durchschnittlich 97,0 % kalkuliert.

Die Belegungssituation ist in den letzten 3 Jahren als konstant zu betrachten. Um die Wettbewerbsfähigkeit der städtischen Alten- und Pflegezentren zu sichern, sind die durchgeführten und geplanten Investitionen in die Infrastruktur der städtischen Alten- und Pflegezentren dringend notwendig.

Auch für die Folgejahre ist eine Anpassung der Pflegeentgelte erforderlich, um die zugrunde gelegten Sachkostenerhöhungen und die Tarifsteigerungen zu kompensieren. Die Abschlüsse der Pflegesatzverhandlungen sind jedoch nicht einzuschätzen, für das Wirtschaftsjahr 2011 wird eine Steigerung der Pflegeentgelte sowie Unterkunft und Verpflegung werden mit 1 - 1,2 % angenommen. Für die Jahre 2012-2014 werden 1% Erhöhung kalkuliert. Eine Refinanzierung der tarifgebundenen Gehälter durch den Abschluss neuer Pflegesatzverhandlungen ist weiterhin nicht umsetzbar.

Es werden die zusätzlichen Betreuungsangebote gemäß § 87b SGB XI in den Erträgen aus Zusatzleistungen ab 2011 ausgewiesen.

Desweiteren wurde die veränderte Regelung für die Abrechnung der Inkontinenzpauschalen sowie die Vergütung für Abwesenheiten berücksichtigt.

Personalkosten:

Die Personalkosten wurden auf Basis der Ist-Kosten 2009 zuzüglich der 2010 verabschiedeten Tarifierhöhung kalkuliert. Bei der Berechnung wurden die mit den Pflegekassen vereinbarten Personalschlüssel umgesetzt und bekannte Veränderungen eingearbeitet. Für die Wirtschaftsjahre 2012-2014 wird die Steigerung der Personalkosten jeweils mit 0,5% kalkuliert.

Die tarifgebundenen Zahlungen, ZVK - Beiträge, Zahlungen für die Gemeindeunfallumlage, die tarifliche Anpassung im Rahmen der Entgeltgruppe I, sowie die Zahlungen für Altersteilzeit wurden bei der Planung berücksichtigt.

Um den Kostensteigerungen entgegenwirken zu können, konnten in den letzten Jahren erfolgreich Einsparmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Eine Gegensteuerung zur vollständigen Defizitbeseitigung wäre nur durch eine Flexibilisierung des Tarifvertrages möglich.

Weiterhin wurden die Kosten, welche durch die Einstellung von Betreuungsassistenten zusätzlich entstehen, eingearbeitet.

Sachkosten:

Die Sachkosten wurden unter Berücksichtigung bekannter Veränderungen fortgeschrieben. Berücksichtigt wurden die bereits erzielten Einsparungen durch die Budgetierung innerhalb dieser Aufwendungen, sowie das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2009.

Abschreibungen:

Die Ermittlung der Abschreibungen erfolgte nach Aufnahme des Anlagevermögens. Die Abschreibungen für Anlagenzugänge und Anlagenabgänge in 2009 ff wurden berücksichtigt.

Zinsen:

Die Festlegung der Fremdkapitalzinsen erfolgte durch den Fachbereich Finanzen und wurde nach Vorlage der Schuldendienstpläne in den Wirtschaftsplan eingearbeitet. Neue Kredite für das Willy-Platz-Heim, das Pflegezentrum Heinemanhof, das Margot-Engelke-Zentrum, das Altenzentrum Eichenpark sowie das Klaus-Bahlsen-Haus wurden ebenfalls berücksichtigt.

Kassenkredite:

Der Höchstbetrag, bis zu dem ein Kassenkredit im Haushaltsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird auf 1,6 Mio. € festgesetzt.

2. Vermögensplan

Grundlage der Vermögenspläne 2011 sind die Vermögensrechnungen und die Vermögensplanung der Wirtschaftsjahre 2009 (Lagebericht) unter Berücksichtigung zwingend notwendiger Veränderungen.

Die Kosten für Baumaßnahmen wurden zum größten Teil mit dem Fachbereich Gebäudemanagement erarbeitet.

Die ausgewiesenen Kredite in Höhe von 1.635.000 € für 2011 sind erforderlich um den Fortgang der bereits eingeleiteten, erforderlichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen des Pflegezentrums Heinemanhof, des Willy-Platz-Heimes, des Margot-Engelke-Zentrums (Geibelstraße) und des Altenzentrums Eichenpark sicherzustellen.

Nettoregietrieb Städtische Alten- und Pflegezentren							Erfolgs- und Finanzplan 2011 (in €)			
	Ist	Plan		Plan		Plan		Plan		
		2009	2010	2011	2012	2013	2014			
1. Umsatzerlöse	23.347.629	23.692.200	24.130.100	24.379.500	24.619.300	24.860.800				
a) Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	14.506.934	14.967.600	14.904.800	15.084.700	15.265.000	15.448.200				
b) Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.395.332	4.466.300	4.482.300	4.535.800	4.590.800	4.645.600				
c) Erträge aus Zusatzleistungen	262.443	41.000	430.000	446.000	450.500	454.000				
d) Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	4.182.919	4.217.300	4.313.000	4.313.000	4.313.000	4.313.000				
2. Sonstige betriebliche Erträge	815.618	1.000.000	885.000	885.000	885.000	885.000				
3. Zwischensumme (1 und 2)	24.163.247	24.692.200	25.015.100	25.264.500	25.504.300	25.745.800				
4. Personalaufwand	18.082.466	18.651.400	18.665.900	18.615.200	18.709.000	18.797.700				
a) Löhne, Gehälter	13.470.676	14.163.400	13.978.100	13.905.900	13.975.700	14.042.700				
b) Sozialabgaben, Altersversorgung u. sonstige Aufwendungen	4.611.790	4.488.000	4.687.800	4.709.300	4.733.300	4.755.000				
5. Materialaufwand	3.359.621	3.138.500	3.465.900	3.494.000	3.521.000	3.548.000				
a) Lebensmittel	1.057.286	1.050.000	1.088.000	1.098.000	1.105.000	1.112.000				
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	366.171	263.500	449.900	448.000	453.000	458.000				
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	1.027.807	1.007.000	1.031.000	1.043.000	1.053.000	1.063.000				
d) Wirtschaftsbedarf, Verwaltnungsbedarf	908.358	818.000	897.000	905.000	910.000	915.000				
6. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	118.000	123.000	119.500	120.500	121.500	122.500				
7. Steuern, Abgaben, Versicherungen	189.418	205.000	192.000	194.500	196.500	198.500				
8. Mieten, Pacht, Leasing	63.286	29.000	64.000	66.500	68.500	70.500				
9. Zwischenergebnis (3 bis 8)	2.350.456	2.545.300	2.507.800	2.773.800	2.887.800	3.008.600				
10. Erträge aus öffentlicher und nicht-öff. Förderung von Investitionen	0	0	0	0	0	0				
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	14.463	18.800	12.300	12.300	11.600	8.700				
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	0	0	0	0	0	0				
13. Abschreibungen	2.132.706	2.174.500	2.338.500	2.372.500	2.392.500	2.344.500				
a) Abschreibungen auf immaterielle VG und Sachanlagen	2.099.680	2.159.000	2.325.000	2.359.000	2.379.000	2.331.000				
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige VG	33.026	15.500	13.500	13.500	13.500	13.500				
14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	554.466	485.500	480.000	480.000	480.000	480.000				
15. Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.200	9.500	12.100	12.100	12.100	12.100				
16. Betriebsergebnis (9 bis 15)	-342.453	-105.400	-310.500	-78.500	14.800	180.700				
17. Zinsen und ähnliche Erträge	9.780	18.300	12.500	12.500	12.500	12.500				
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	947.009	1.067.900	1.126.000	1.157.200	1.165.900	1.162.400				
19. Finanzergebnis (17 bis 18)	-937.229	-1.049.600	-1.113.500	-1.144.700	-1.153.400	-1.149.900				
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (16 und 19)	-1.279.682	-1.155.000	-1.424.000	-1.223.200	-1.138.600	-969.200				
21. Außerordentliche Erträge	123.260	0	0	0	0	0				
22. Außerordentliche Aufwendungen	98.475	0	0	0	0	0				
23. Weitere Erträge	29.574	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000				
24. Außerordentliches Ergebnis (21 bis 23)	54.360	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000				
25. Jahresgewinn / Jahresverlust	-1.225.322	-1.131.000	-1.400.000	-1.199.200	-1.114.600	-945.200				

Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes	Ausgabermächtigungen (T €)					Verpflichtungsermächtigungen (T €)				
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
ifd. Vorhaben										
1 Erweiterung Betrieb	1.120,0	330,0	445,0	115,0	115,0	115,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.1 Gebäude / Hochbau	260,0	0,0	260,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erweiterung Speisesaal	260,0	0,0	260,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.2 techn. Anlagen	240,0	50,0	40,0	50,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Ersatzbeschaffungen	240,0	50,0	40,0	50,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.3 Betriebsausstattung	570,0	230,0	145,0	65,0	65,0	65,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegezimmereinrichtung	275,0	100,0	100,0	25,0	25,0	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegevorrichtungen	60,0	15,0	15,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- geringwertige Wirtschaftsgüter	95,0	15,0	20,0	20,0	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- sonstige Ausstattungen	140,0	100,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.4. Fahrzeuge	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	95,0	35,0	30,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	35,0	25,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 DV-Ausstattung Hardware	10,0	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.3. - Software	50,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	1.215,0	365,0	475,0	125,0	125,0	125,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	392,0	297,0	0,0	14,0	14,0	31,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tilgung von Krediten	351,0	38,0	40,0	91,0	91,0	91,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt:	1.958,0	700,0	515,0	230,0	247,0	266,0				

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	1.116,0	200,0	218,0	230,0	233,0	235,0
3 Zuw. / Zusch. Dritter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Entrn. aus Investitionsrücklage	842,0	500,0	297,0	0,0	14,0	31,0
5 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt:	1.958,0	700,0	515,0	230,0	247,0	266,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Pflegezentrum Heinemanhof

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes iId. Vorhaben	Ausgabermächtigungen (in T €)					Verpflichtungsermächtigungen (T €)				
	Gesamt- summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
1. Erweiterung Betrieb Seewald	2.905,0	640,0	455,0	630,0	580,0	600,0	500,0	500,0	500,0	1.500,0
a. energetische Sanierung	40,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
van de Velde	250,0	100,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
a. Küchensanierung	100,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b. Heizung	300,0	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c. energetische Sanierung	1.600,0	0,0	100,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	1.500,0
d. Fassadensanierung (Berücksichtig. Denkmalschutz.Gutachten)	150,0	50,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
e. Terasse										
Sonstiges	280,0	80,0	50,0	50,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
a. Sonst.Maßn.gesamt Pflegezentrum(u.a.SAT-Anlage)	45,0	20,0	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b. Gestaltung Kompetenzzentrum Demenz	140,0	0,0	30,0	30,0	30,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c. Pflegebetten/Pflegezimmer										
2 allg. Ausstattung	235,0	51,0	50,0	50,0	40,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	104,0	20,0	20,0	20,0	20,0	24,0	0,0	0,0	0,0	0,0
a. Geschäftsausstattung/Büroeinrichtung/Pflegebetten	80,0	20,0	20,0	20,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b. Geringwertige Wirtschaftsgüter	51,0	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 Software										
Investitionen gesamt	3.140,0	691,0	505,0	680,0	620,0	644,0	500,0	500,0	500,0	1.500,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				
Tilgung von Krediten	1.890,0	361,0	363,0	376,0	384,0	406,0				
Ausgaben insgesamt:	5.030,0	1.052,0	868,0	1.056,0	1.004,0	1.050,0				

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	Gesamt- summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	3.286,0	652,0	668,0	660,0	651,0	655,0
3 Entnahme aus Investitionsrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Sonstige Finanzierungsform/Nachlass M.Engelke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Kreditaufnahme	1.744,0	400,0	200,0	396,0	353,0	395,0
Einnahmen insgesamt:	5.030,0	1.052,0	868,0	1.056,0	1.004,0	1.050,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig

Seniorenzentrum Willy-Platz-Heim

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes	Ausgabeermächtigungen (in T €)					Verpflichtungsermächtigungen (T €)				
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
lfd. Vorhaben										
1 Erweiterung Betrieb	1.990,0	655,0	475,0	340,0	306,0	214,0	280,0	200,0	0,0	480,0
1.1 Gebäude / Hochbau	1.630,0	570,0	310,0	320,0	280,0	150,0	280,0	200,0	0,0	480,0
- Außengelände	10,0	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Fenster / Sonnenschutz /energ.Sanierung	450,0	250,0	100,0	50,0	50,0	0,0	50,0	50,0	0,0	100,0
- Umbau (Türverbreiterungen,Auflö.Doppelzi.)	540,0	120,0	100,0	120,0	100,0	100,0	100,0	100,0	0,0	200,0
- Sanitär / Modernisierung	630,0	200,0	100,0	150,0	130,0	50,0	130,0	50,0	0,0	180,0
1.2 techn. Anlagen	170,0	35,0	110,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Rufanlage	100,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Turanlage - Eingang	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Ersatzbeschaffungen	60,0	25,0	10,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.3 Betriebsausstattung	190,0	50,0	55,0	20,0	26,0	39,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegezimmerinrichtung	91,0	20,0	40,0	5,0	6,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegevorrichtungen	10,0	5,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- geringwertige Wirtschaftsgüter	44,0	10,0	10,0	5,0	10,0	9,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Sonstiges	45,0	15,0	0,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	50,0	15,0	15,0	5,0	5,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	5,0	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 DV-Ausstattung (Ersatz)	5,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.3 Software	40,0	10,0	10,0	5,0	5,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	2.040,0	670,0	490,0	345,0	311,0	224,0	280,0	200,0	0,0	480,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				
Tilgung von Krediten	528,0	90,0	105,0	110,0	109,0	114,0				
Ausgaben insgesamt:	2.568,0	760,0	595,0	455,0	420,0	338,0				

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	1.389,0	241,0	295,0	305,0	310,0	238,0
3 Entn. aus Investitionsrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5 Kreditaufnahme	1.179,0	519,0	300,0	150,0	110,0	100,0
Einnahmen insgesamt:	2.568,0	760,0	595,0	455,0	420,0	338,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Margot-Engelke-Zentrum / Devrientstraße Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes lfd. Vorhaben	Ausgabermächtigungen (in T €)				Verpflichtungsermächtigungen (T €)			
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
1 Erweiterung Betrieb	481,0	87,0	120,0	115,0	90,0	0,0	0,0	0,0
1.1 Gebäude / Hochbau - Baumaßnahmen	15,0 15,0	15,0 15,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
1.2 techn. Anlagen - Ersatzbeschaffungen	67,0 67,0	7,0 7,0	15,0 15,0	15,0 15,0	20,0 20,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
1.3 Betriebsausstattung - Pflegezimereinrichtung - Pflegevorrichtungen - geringwertige Wirtschaftsgüter - sonstige Ausstattungen	359,0 150,0 65,0 74,0 70,0	65,0 25,0 15,0 15,0 10,0	65,0 25,0 15,0 15,0 10,0	100,0 50,0 15,0 15,0 20,0	70,0 25,0 10,0 15,0 20,0	0,0 0,0 0,0 0,0 0,0	0,0 0,0 0,0 0,0 0,0	0,0 0,0 0,0 0,0 0,0
1.4 Fahrzeuge	40,0	0,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	163,0	35,0	43,0	35,0	20,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	85,0	25,0	25,0	15,0	10,0	0,0	0,0	0,0
2.2 DV-Ausstattung Hardware	38,0	0,0	8,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0
2.3. Software	40,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	644,0	122,0	163,0	150,0	110,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	265,0	0,0	88,0	44,0	53,0	0,0	0,0	0,0
Tilgung von Krediten	98,0	18,0	19,0	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt:	1.007,0	140,0	270,0	214,0	183,0	0,0	0,0	200,0

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	672,0	140,0	120,0	126,0	139,0	147,0
3 Zuw. / Zusch. Dritter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Entn. aus Investitionsrücklage	335,0	0,0	150,0	88,0	44,0	53,0
5 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt:	1.007,0	140,0	270,0	214,0	183,0	200,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Margot-Engelke-Zentrum / Geibelstraße

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes lfd. Vorhaben	Ausgabermächtigungen (in T €)					Verpflichtungsermächtigungen (T €)				
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
1 Erweiterung Betrieb	2.258,0	995,0	590,0	378,0	140,0	155,0	300,0	100,0	100,0	500,0
1.1 Gebäude / Hochbau	1.650,0	700,0	450,0	300,0	100,0	100,0	300,0	100,0	100,0	500,0
- Wohnheim Sanierung(Fenster/Balkone)	900,0	200,0	250,0	250,0	100,0	100,0	250,0	100,0	100,0	450,0
- energetische Sanierung(Fernwärmearschluß, Lüftung,etc.)	750,0	500,0	200,0	50,0	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	50,0
1.2 techn. Anlagen	255,0	190,0	50,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Küchenausstattung	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Erneuerung Notbeleucht./Rufanlage (Wohnheim)	100,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Sonstige	35,0	0,0	20,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Brandschutzmaßnahmen Wohnheim	100,0	70,0	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.3 Betriebsausstattung	353,0	105,0	90,0	63,0	40,0	55,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflege	50,0	10,0	10,0	0,0	20,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Wohnheim / sonstige Ausstattungen	160,0	50,0	50,0	40,0	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- geringwertige Wirtschaftsgüter	50,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Außenanlagen	15,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- sonstige Ausstattungen	78,0	20,0	20,0	13,0	10,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	90,0	20,0	20,0	20,0	15,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Neubeschaffung Fahrzeuge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	50,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.3 Software	40,0	10,0	10,0	10,0	5,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	2.348,0	1.015,0	610,0	398,0	155,0	170,0	300,0	100,0	100,0	500,0
Zurückführung zu Investitionsrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				
Tilgung von Krediten	1.022,0	215,0	205,0	202,0	200,0	200,0				
Ausgaben insgesamt:	3.370,0	1.230,0	815,0	600,0	355,0	370,0				

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014
1. Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Abschreibungen	1.765,0	330,0	350,0	360,0	355,0	370,0
3. Zuw. / Zusch. Dritter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Entrn. aus Investitionsrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Sonstige Finanzierungsform/ Nachlass M.Engelke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6. Kreditaufnahme	1.605,0	900,0	465,0	240,0	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt:	3.370,0	1.230,0	815,0	600,0	355,0	370,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Altenzentrum Eichenpark

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes	Ausgabeermächtigungen (T€)					Verpflichtungsermächtigungen (T€)				
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
Vorhaben										
1 Erweiterung Betrieb	3.199,0	905,0	960,0	650,0	434,0	250,0	600,0	400,0	170,0	1.170,0
1.1 Gebäude / Hochbau	2.895,0	835,0	890,0	600,0	400,0	170,0	600,0	400,0	170,0	1.170,0
- Lichtkonzept etc.	350,0	150,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	150,0
- Wohnbereichssanierung	710,0	140,0	150,0	150,0	150,0	120,0	150,0	150,0	120,0	420,0
- Außenanlagen	250,0	0,0	100,0	100,0	50,0	0,0	100,0	50,0	0,0	150,0
- Brandschutz	445,0	145,0	150,0	150,0	0,0	0,0	150,0	0,0	0,0	150,0
- Balkonsanierung (behindertengerecht)	860,0	270,0	290,0	150,0	150,0	0,0	150,0	150,0	0,0	300,0
- Dachsanierung	230,0	130,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Eigenstromversorgung	50,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.2 Betriebsausstattung	304,0	70,0	70,0	50,0	34,0	80,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegezimmer Einrichtung	114,0	20,0	30,0	20,0	14,0	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Pflegevorrichtungen	65,0	15,0	15,0	10,0	10,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- geringwertige Wirtschaftsgüter	65,0	15,0	15,0	10,0	10,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- sonstige Ausstattungen	60,0	20,0	10,0	10,0	0,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	84,0	20,0	20,0	14,0	10,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	39,0	10,0	10,0	4,0	5,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 Software	45,0	10,0	10,0	10,0	5,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	3.283,0	925,0	980,0	664,0	444,0	270,0	600,0	400,0	170,0	1.170,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tilgung von Krediten	791,0	153,0	145,0	156,0	162,0	175,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt:	4.074,0	1.078,0	1.125,0	820,0	606,0	445,0				

Einnahmen (T€)

Ausgaben des Vermögensplanes	Einnahmen (T€)					
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	2.209,0	408,0	455,0	445,0	456,0	445,0
3 Zuw. / Zusch. Dritter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Entn. aus Investitionsrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Kreditaufnahme	1.865,0	670,0	670,0	375,0	150,0	0,0
Einnahmen insgesamt:	4.074,0	1.078,0	1.125,0	820,0	606,0	445,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

Klaus-Bahlsen-Haus

Vermögensplan 2011

Ausgaben des Vermögensplanes ifd. Vorhaben	Ausgabermächtigungen (in T €)					Verpflichtungsermächtigungen (T €)				
	Gesamt summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012	zu Lasten 2013	zu Lasten 2014	Gesamt
1 Erweiterung Betrieb	570,0	110,0	140,0	105,0	105,0	110,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.1 Gebäude / Hochbau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.2 techn. Anlagen - Ersatzbeschaffungen	40,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.3 Betriebsausstattung - Pflegezimmereinrichtung - Pflegevorrichtungen - geringwertige Wirtschaftsgüter - sonstige Ausstattungen	490,0	110,0	90,0	95,0	95,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.4 Fahrzeuge	40,0	0,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 allg. Ausstattung	135,0	20,0	30,0	35,0	20,0	30,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.1 Büro-/Geschäftsausstattung (Ersatz)	55,0	10,0	10,0	15,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.2 DV-Ausstattung Hardware	40,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.3 Software	40,0	10,0	10,0	10,0	0,0	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen gesamt	705,0	130,0	170,0	140,0	125,0	140,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung zu Investitionsrücklagen	1.746,0	46,0	337,0	407,0	458,0	498,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tilgung von Krediten	167,0	12,0	12,0	23,0	59,0	61,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt:	2.618,0	188,0	519,0	570,0	642,0	699,0				

Einnahmen des Vermögensplanes	Einnahmen (T €)					
	1	2	3	4	5	6
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Abschreibungen	1.116,0	188,0	219,0	233,0	235,0	241,0
3 Zuw. / Zusch. Dritter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4 Entrn. aus Investitionsrücklage	1.502,0	0,0	300,0	337,0	407,0	458,0
5 Sonstige Finanzierungsform	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einnahmen insgesamt:	2.618,0	188,0	519,0	570,0	642,0	699,0

Die Ansätze der einzelnen Investitionsmaßnahmen sind innerhalb der Hauptgruppen gegenseitig deckungsfähig.

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010		Erläuterungen
					insgesamt	besetzt nicht besetzt	
Verwaltung							
5701	005	Sachgebietsleiter/in	E11	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57301	025	EDV-Administrator/in	E09	0,79	0,79	0,65 *	0,14 Verteilung der PK auf diverse HUA
57301	040-050	Sozialarbeiter/in	E09	2,00	2,00	1,00	1,00
57302	052	Sachgebietsleiter/in	E11	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57302	094-095	Sachbearbeiter/in	E08	2,00	2,00	1,78 *	0,22 Verteilung der PK auf diverse HUA
5731	001	Heimleiter/in	E11	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
		zgl. Pflegedienstleiter/in					
57.32	001	Heimleiter/in	E12	1,00	1,00	1,00	0,00
		zgl. Stv. Betriebsleitung					
57321	010	Sachbearbeiter/in	E09	0,00	1,00	0,00 *	1,00
		Stv. Heimleiter/in					
57321	030	Sozialarbeiter/in	E09	1,00	1,00	0,65	0,35
57.33	005	Heimleiter/in	E11	1,00	1,00	1,00	0,00
57331	012	Sachbearbeiter/in	E06	1,00	1,00	0,13	0,87
57331	030	Sachbearbeiter/in	E09	0,50	0,50	0,26	0,24 KU E06
57331	APL	Sachbearbeiter/in	E09	1,00	0,00	1,00 *	-1,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
		Hauswirtschaftsleiter/in					
5734	001	Heimleiter/in	E11	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57341	110	Sozialarbeiter/in	E09	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57341	115	Sachbearbeiter/in	E06	1,00	1,00	0,65 *	0,35 Verteilung der PK auf diverse HUA
57351	005	Sachbearbeiter/in	E06	0,86	0,86	0,74	0,12
57351	019	Sachbearbeiter/in	E07A	1,00	1,00	1,00	0,00 KU E06
57351	023	Sachbearbeiter/in	E09	1,00	1,00	0,00	1,00
57351	024	Sachbearbeiter/in	E09	0,65	0,65	0,66	-0,01 KU E08
5736	001	Heimleiter/in	E10	1,00	1,00	1,00	0,00
		Pflegedienstleitung					
57361	005	Sachbearbeiter/in	E08	0,50	0,50	0,51	-0,01
57361	010	Sozialarbeiter/in	E09	1,00	1,00	0,40	0,60
		Verwaltung Summe		22,30	22,30	17,43	4,87
		Pflegedienst/Therapie					
57303	010-012	Betreuungsassistent/in	E02	3,00	3,00	1,66	1,34
57312	005	Pflegedienstleitung	E09C	1,00	1,00	1,00	0,00
		Stv. Heimleiter/in					
		Qualitätsbeauftragte/r					
		Pflege					
57312	010	Wohnbereichsleitung	E09C	1,00	1,00	1,00	0,00
57312	015	Wohnbereichsleitung	E09B	1,00	1,00	1,00	0,00

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010		Erläuterungen	
					insgesamt	besetzt nicht besetzt		
57312	025-030	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E09B	2,00	2,00	1,79	0,21	
57312	035	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	1,00	1,00	1,00	0,00	
57312	041-175	Pflegekraft	E07A	26,00	26,00	21,16	4,84	
57312	180	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	1,00	1,00	1,00	0,00	
57312	185	Sozialarbeiter/in	E09	0,75	0,75	0,61	0,14	
57312	APL	Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,00	1,00	-1,00	
57322	070	Pflegedienstleitung	E09C	1,00	1,00	1,00	0,00	
57322	075	Stv. Pflegedienstleiter/in Bereichsleiter/in	E09C	1,00	1,00	0,79	0,21	
57322	080	Gerontopsychiatrie						
57322	085-092	Hauptnachtwache	E08A	1,00	1,00	0,79	0,21	
57322	095	Wohnbereichsleitung	E09B	7,00	7,00	5,66	1,34	
57322	096-100	Pflegekraft	E07A	1,00	1,00	1,00	0,00	
57322	103	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	2,00	2,00	1,79	0,21	
57322	105-111	Pflegekraft	E07A	1,00	1,00	0,92	0,08	
57322	112-147	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	5,00	5,00	4,70	0,30	
57322	149	Pflegekraft	E07A	26,00	26,00	19,86	6,14	
57322	150-191	Hauptnachtwache	E08A	1,00	1,00	1,00	0,00	
57322	192	Pflegekraft	E07A	18,00	18,00	15,03	2,97	
57322	193	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	1,00	1,00	1,00	0,00	
57322	194	Pflegekraft	E07A	0,72	0,72	0,66	0,06	
57.32.2	APL	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	0,78	0,78	0,78	0,00	
57332	021	Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,00	5,22	-5,22	
57332	025-027	Pflegedienstleitung	E09C	1,00	1,00	1,00	0,00	
57332	028	Wohnbereichsleitung	E09B	2,00	2,00	3,00	-1,00	davon 1 ATZ/FZP
57332	029-031	Sozialarbeiter/in	E09	1,00	1,00	0,51	0,49	Verteilung der PK auf diverse HUA
57332	032	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	3,00	3,00	2,78	0,22	
57332	035-085	Wohnbereichsleitung	E09B	1,00	1,00	1,00	0,00	
57332	090	Pflegekraft	E07A	31,00	31,00	24,98	6,02	
57332	100	Krankengymnast/in	E08	0,50	0,50	0,51	-0,01	
57332	105	Masseur/in	E05	0,50	0,50	0,00	0,50	
57332	APL	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	0,50	0,50	0,21	0,29	
57332	APL	Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,00	1,18	-1,18	

Wirtschaftsplan Betrieb Städtische Alten- und Pflegezentren 2011

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010		Erläuterungen
					insgesamt	besetzt nicht besetzt	
57342	105	Pflegedienstleitung Stv. Heimleiter/in	E09C	1,00	1,00	0,00	
57342	110	Wohnbereichsleitung Stv. Pflegedienstleiter/in	E09B	1,00	1,00	0,00	
57342	115	Wohnbereichsleitung	E09B	1,00	1,00	0,00	
57342	120-125	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	2,00	1,95	0,05	
57342	130-225	Pflegekraft	E07A	20,00	12,70	7,30	
57342	230	Med. Bademeister/in Masseur/in	E08	0,50	0,50	0,00	
57342	235	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	0,50	0,51	-0,01	
57342	APL	Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,50	-0,50	
57347	001	Hausleitung Pflegedienstleitung	E09C	1,00	1,00	0,00	
57347	205	Wohnbereichsleitung	E09B	1,00	1,00	0,00	
57347	210	Stv. Pflegedienstleiter/in	E08A	1,00	1,00	0,00	
57347	215-265	Wohnbereichsleitung Pflegekraft	E07A	11,00	8,41	2,59	
57347	APL	Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,65	-0,65	
57352	010	Pflegedienstleitung	E09C	1,00	1,00	0,00	
57352	015	Stv. Pflegedienstleiter/in	E09B	1,00	1,00	0,00	
57352	020-060	Wohnbereichsleitung	E09B	8,00	8,00	0,00	
57352	065-100	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	8,00	6,63	1,37	
57352	105-385	Pflegekraft	E07A	56,23	48,11 *	8,12 davon 1 ATZ/FZP	
57352	395	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	1,00	0,87	0,13	
57352	396	Beschäf. und Arb.therapeut/in	E08	1,00	0,15	0,85	
57352	400	Krankengymnast/in	E09	1,00	0,15	0,85	
57352	401	Sozialarbeiter/in Krankengymnast/in	E08	0,50	0,50	0,00	
57352	APL	Bewegungstherapeut/in Betreuungsassistent/in	E02	0,00	0,00	-2,47	
57352	APL	Masseur/in Med. Bademeister/in	E08	0,00	0,75	-0,75	personalwirtschaftlich bedingte Beschäftigung
57362	005	Pflegedienstleitung Wohnbereichsleitung Stv. Heimleiter/in	E09C	1,00	1,00	0,00	

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010		Erläuterungen
					insgesamt	besetzt	
57362	010	Wohnbereichsleitung	E09B	1,00	1,00	0,00	
57362	015-020	Stv. Wohnbereichsleiter/in	E08A	2,00	1,00	1,00	
57362	025-085	Pflegekraft	E07A	13,00	11,57	1,43	
57362	100	Masseur/in	E05	1,00	0,91	0,09	Verteilung der PK auf diverse HUA
		Med. Bademeister/in					
		Pflegedienst/Therapie Summe		279,48	242,92	36,56	
		Hauswirtschaft					
57313	015	Hauswirtschaftler/in	E05 VZ	1,00	1,00	0,00	
57313	025-090	Hausgehilfe/in	E02U	4,00	3,19	0,81	
57323	010	Hauswirtschaftliche/r	E09	1,00	1,00	0,00	
		Betriebsleiter/in					
57323	020-080	Hausgehilfe/in	E02U	10,50	9,33	1,17	
57323	085	Hauswirtschaftsgehilfe/in	E03	1,00	1,00	0,00	
57333	010	Hauswirtschaftler/in	E05	1,00	0,91	0,09	
57333	011	Hauswirtschaftsleiter/in	E08	1,00	1,00	0,00	PK trägt FB 18
		Ausbilder/in					
57333	015	Haus- und Hofarbeiter/in	E04	1,00	2,00	-1,00	davon 1 ATZ/FZP
57333	020-045	Hausgehilfe/in	E02U	6,75	5,07	1,68	
57343	105	Hauswirtschaftsleiter/in	E06	1,00	0,00	1,00	
57343	110	Hauswirtschaftler/in	E05	1,00	0,50	0,50	
57343	115	Schneider/in	E05	0,50	0,50	0,00	
57343	120	Hauswirtschaftsgehilfe/in	E03	1,00	1,00	0,00	
57343	125-155	Präsenzkraft	E03	7,00	6,12	0,88	
		Hauswirtschaftsgehilfe/in					
57343	160-165	Haus- und Küchenhilfe	E02U	1,50	0,57	0,93	
57343	170-185	Hausgehilfe/in	E02U	4,00	3,24	0,76	
57343	190	Haus- und Hofarbeiter/in	E05	1,00	0,00	1,00	
57347	305-340	Präsenzkraft	E03	8,00	6,12	1,88	
		Hauswirtschaftsgehilfe/in					
57347	345-350	Haus- und Küchenhilfe	E02U	1,25	0,62	0,63	
57347	355-360	Hausgehilfe/in	E02U	2,00	1,37	0,63	
57353	001	Hauswirtschaftsleiter/in	E09	1,00	1,00	0,00	
57353	010	Hauswirtschaftler/in	E05	1,00	1,00	0,00	
57353	024-043	Hausgehilfe/in	E02U	16,12	13,78	2,34	
57353	045	Transportarbeiter/in	E04	1,00	1,00	0,00	
57363	005	Hauswirtschaftsleiter/in	E06	1,00	0,00	1,00	
57363	010	Hauswirtschaftler/in	E05	1,00	0,00	1,00	
57363	015-055	Präsenzkraft	E03	9,00	8,24	0,76	
		Hauswirtschaftsgehilfe/in					

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010 besetzt nicht besetzt	Erläuterungen
57363	060-065	Hausgehilfe/in	E02U	2,00	2,00	1,79 0,21	
HW Summe				87,61	87,61	71,35 16,26	
57314	060	Küche Koch/Köchin Küchenleiter/in zzgl. Ltg.	E09	1,00	1,00	1,00 0,00	
57314	065	Lebensmitteleinkauf Beikoch/köchin	E03	1,00	1,00	1,00 0,00	
57314	070	Koch/Köchin	E07	1,00	1,00	1,00 0,00	KU E03
57314	075-086	Küchenhilfe	E02U	4,00	4,00	4,16 -0,16	
57324	155	Küchenleiter/in	E06	1,00	1,00	1,00 0,00	
57324	156	Diatassistent/in	E06	1,00	1,00	0,79 0,21	
57324	160-165	Beikoch/köchin	E03	2,00	2,00	0,89 1,11	
57324	170	Kochhilfe	E03	1,00	1,00	1,00 0,00	
57324	180-205	Küchenhilfe	E02U	6,00	6,00	5,23 0,77	
57334	100	Koch/Köchin	E07	1,00	1,00	0,00 1,00	
57334	105	Stv. Küchenleiter/in	E06	1,00	1,00	2,00 -1,00	
57334	110-111	Kochhilfe	E03	2,00	2,00	1,51 0,49	
57334	120-125	Küchenhilfe	E02U	3,29	3,29	2,51 0,78	
57344	105	Küchenleiter/in	E08	1,00	1,00	1,00 * 0,00	Verteilung der PK auf diverse HUA
57344	110	Diatassistent/in Koch/Köchin	E06	1,00	1,00	1,00 * 0,00	Verteilung der PK auf diverse HUA
57344	115	Diätkoch/köchin Koch/Köchin	E06	1,00	1,00	1,00 * 0,00	Verteilung der PK auf diverse HUA
57344	120	Beikoch/köchin	E03	1,00	1,00	1,00 * 0,00	Verteilung der PK auf diverse HUA
57344	125-140	Küchenhilfe	E02U	3,50	3,50	2,08 * 1,42	Verteilung der PK auf diverse HUA
57344	145	Kraftfahrer/in	E04	1,00	1,00	0,82 0,18	HUA 4321
57344	APL	Koch/Köchin	E06	0,00	0,00	1,00 -1,00	Personalwirtschaftlich bedingte Beschäftigung Verteilung der PK auf diverse HUA
57354	053	Vorarbeiter/in	E04	1,00	1,00	1,00 0,00	KU L04
57354	070-115	Haus- und Küchenhilfe	E02U	5,00	5,00	3,68 1,32	
Küche Summe				39,79	39,79	34,67 5,12	
57315	010	Technischer Dienst Hausmeister/in	E06	1,00	1,00	1,00 0,00	
57325	110	Hausmeister/in	E06 VZ	1,00	1,00	1,00 0,00	
57325	115	Elektriker/in	E06	1,00	1,00	1,00 0,00	

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010 besetzt nicht besetzt	Erläuterungen
	57335 060	Elektroinstallateur/in Hauswart/in	E06	1,00	1,00 0,48	0,52
	57.34.5 005	Elektroinstallateur/in Hauswart/in	E07	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
	57.34.5 010	Elektroinstallateur/in Maschinist/in	E06	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
	57355 021	Handwerker/in	E06	1,00	1,00	0,00
	57355 022	Handwerker/in	E08	1,00	1,00	0,00
	57355 023	Handwerker/in	E06	0,60	0,00	0,60
	57365 005	Hausmeister/in	E06	1,00	0,00	1,00
	Technik Summe			9,60	7,48	2,12
		Offener Bereich				
	57346 005	Med. Bademeister/in Masseur/in	E08	0,50	0,50	0,00
	Offener Bereich Summe			0,50	0,50	0,00
		Wohnheim				
	57348 005	Pflegekraft	E07A	0,50	0,51	-0,01
	Wohnheim Summe			0,50	0,51	-0,01
	Gesamtergebnis			<u>439,77</u>	<u>374,86</u>	<u>64,91</u>

OE	lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen im Hj. 2011 insgesamt	insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2010 besetzt nicht besetzt	Erläuterungen
Beamte (nachrichtlich)							
5701	095	Sachbearbeiter/in	A9M	0,50	0,50	0,50 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57301	026	Sachbearbeiter/in	A9Z	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57302	096	EDV-Administrator/in	A9M	1,00	1,00	0,93 *	0,07 Verteilung der PK auf diverse HUA
57302	097	Sachbearbeiter/in	A8	1,00	1,00	1,00 *	0,00 Verteilung der PK auf diverse HUA
57311	015-020	Sachbearbeiter/in	A8	1,25	1,25	0,83	0,42
57321	015	Sachbearbeiter/in	A8	1,00	1,00	1,00	0,00 KU E08
57321	025	Sachbearbeiter/in	A7	1,00	1,00	0,25 *	0,75 0,25 PK trägt FB 57
57331	025	Sachbearbeiter/in	A8	0,75	0,75	0,75	0,00
57341	105	Sachbearbeiter/in	A8	1,00	1,00	0,81 *	0,19 Verteilung der PK auf diverse HUA
5735	001	Heimleiter/in	A13G	1,00	1,00	1,00	0,00
Summe Beamte				9,50	9,50	8,07	1,43
Summe Beschäftigte				439,77	439,77	374,86	64,91
Summe Insgesamt				449,27	449,27	382,93	66,34

Stadtentwässerung Hannover

Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Hannover (SEH) für das Jahr 2011

I. Erfolgs-/Finanzplan

Erlöse

Pos. 1A Erlöse aus Gebühren

Die Erlöse aus Schmutzwassergebühren in Höhe von 47,816 Mio. € sind für das Jahr 2011 auf Basis einer rechnerischen Abwassermenge von 27,8 Mio. m³ ermittelt worden. Die Schmutzwassergebühr wurde für den Zeitraum 2010 – 2012 kalkuliert und beträgt unverändert gegenüber 2010 1,72 € je Kubikmeter.

In Vorjahren konnte eine Schmutzwassergebühren- Ausgleichsrückstellung gebildet werden. Die zurückgestellten Beträge werden gemäß NKAG innerhalb von drei Jahren erlöswirksam gut gebracht. Für 2011 ist eine Auflösung in Höhe von 8,0 Mio. € vorgesehen.

Den geplanten Erlösen aus Niederschlagswassergebühren liegen für 2011 Regenwassergebühren in Höhe von 0,68 € pro m² gebührenrelevanter Fläche zugrunde. Die erlöswirksame Fläche wird für 2011 mit 29,75 km² angesetzt und für die Folgejahre leicht rückläufig kalkuliert (25.000 m²/Jahr), um der Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwanges in Bezug auf die Entsorgung von Niederschlagswasser Rechnung zu tragen.

Die Stadtentwässerung erzielt Erlöse aus der Abscheiderreinigung, die sie u. a. im Auftrag der Region Hannover vornimmt. Aus kaufmännischer Vorsicht geht die Stadtentwässerung für die Zukunft von leicht rückläufigen Erlösen in diesem Bereich aus.

Pos. 1B Erlöse aus Betriebsleistungen

Die Erlöse aus der Abwasserreinigung für die im Klärwerksverbund angeschlossenen Umlandgemeinden schwanken in Abhängigkeit von der Niederschlagsintensität, da die Nachbarkommunen zum großen Teil über Mischwassernetze verfügen. Wegen des grundsätzlich abnehmenden Schmutzwasseranfalls wird eine leichte Abnahme der Erlöse berücksichtigt.

Die Position „Erlöse aus der Straßenoberflächenentwässerung“ beinhaltet wie auch in den Vorjahren die Entwässerungsgebühren für Straßen, Wege und Plätze sowie die Finanzierung der Straßenabläufe einschließlich deren Reparatur und Reinigung. Aufgrund der steigenden kalkulatorischen Kosten und wegen der Verschiebungen zwischen privaten und öffentlichen Flächenanteilen wird der dem Stadtanteil zuzurechnende Aufwand und damit die Erlöse aus der Straßenoberflächenentwässerung zukünftig voraussichtlich leicht ansteigen.

Pos. 2 Andere Aktivierte Eigenleistungen

Die zu aktivierenden Eigenleistungen werden sich durch die geplanten Investitionsmaßnahmen bei ca. 1,8 Mio. € pro Jahr einpendeln.

Pos. 3 Sonstige betriebliche Erträge

Die Höhe der sonstigen betrieblichen Erträge wird beeinflusst durch Rückstellungsaufösungen und die Herabsetzung von Wertberichtigungen.

Aufwendungen

Pos. 4 Materialaufwand

Die SEH plant für 2011 gegenüber dem Ansatz 2010 jeweils ca. 220 T€ zusätzlich für die Energieversorgung und den Verbrauch von Wasserchemikalien ein. Für Elektromaterial steigt der Planansatz gegenüber dem Vorjahr um 130 T€, so dass für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe insgesamt 8,7 Mio. € veranschlagt werden. Für 2012 ff. wird eine inflationsbedingte Preissteigerung von 1,5 % pro Jahr eingerechnet.

Die geplanten Aufwendungen für die bezogenen Leistungen beinhalten hauptsächlich Aufwand für bauliche Unterhaltung von Kanalnetz und Kläranlagen (insgesamt 8,3 Mio. €) sowie die Klärschlamm Entsorgung (2,6 Mio. €). Ein Teil des Aufwandes für bauliche Unterhaltung wird durch Rückstellungen kompensiert, die für ausstehende Maßnahmen gebildet wurden.

Pos. 5 Personalaufwand

Die Kalkulation des Personalaufwandes berücksichtigt alle für 2011 zu erwartenden Veränderungen in Bezug auf Stellenbesetzungen, Altersteilzeit und Renteneintritte. Ein Stellenabbau ist gegenüber 2010 nicht vorgesehen.

Für das Jahr 2011 sind die in der Tarifvereinbarung aus Februar 2010 vereinbarten Tarifierhöhungen und Einmalzahlungen in die Ermittlung eingeflossen. Für die Folgejahre wurde eine Tarifierhöhung von jeweils 1,5% unterstellt.

Pos. 6 Abschreibungen

Die Umsetzung der Investitionsplanungen (33,4 Mio. € in 2011) führt zu einem Anstieg der Abschreibungen. Hinsichtlich der Höhe der Abschreibungen wird basierend auf den Ist-Werten 2009 eine jährliche Zunahme von ca. 200.000 € kalkuliert.

Pos. 7 Sonstige Betriebliche Aufwendungen

Für die jährliche Abwasserabgabe werden auch für 2011 ff. jeweils 2,1 Mio. € eingeplant.

Der übrige sonstige betriebliche Aufwand wurde kontenbezogen geplant. Er übersteigt mit 6,9 Mio. € den Ist-Wert 2009 um ca. 2,8% pro Jahr. Der geplante Aufwand für bauliche Unterhaltung der Verwaltungs- und Sozialgebäude schlägt sich nur anteilig im Planansatz nieder, da bereits Rückstellungen für einen großen Teil der anstehenden Maßnahmen gebildet wurden.

Pos. 9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand hat mit 10,1 Mio. € ein niedriges Niveau erreicht. Da die Investitionsplanung für die nächsten Jahre weitgehend durch Innenfinanzierungsmittel (Abschreibungen, Beiträge, Kostenersatz) realisiert werden kann, wird der Zinsaufwand in den Jahren 2012 - 2014 voraussichtlich noch weiter zurückgehen.

Jahresgewinn

Der Wirtschaftsplan 2011 prognostiziert einen Jahresgewinn in Höhe von 9,466 Mio. €. Aus diesem Gewinn wird die Eigenkapitalverzinsung an den Allgemeinen Haushalt der Landeshauptstadt Hannover gezahlt.

Der für 2011 geplante Gewinn steht nicht im Widerspruch zur Gebührenkalkulation, die auf Kostendeckung und damit auf auskömmliche Gebühren ausgerichtet ist. Hier wirken sich die unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen aus. Die Gebührenkalkulation erfolgt auf Basis des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG), während der Jahresabschluss des Eigenbetriebes und damit auch die Wirtschaftsplanung unter handelsrechtlichen Gesichtspunkten aufgestellt werden. Wesentliche Unterschiede liegen in der Behandlung von Rückstellungen und in den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und Zinsen). Während die Verzinsung des Eigenkapitals (geplant 3,4 Mio. €) gebührenrechtlich eine Kostenposition darstellt, muss sie handelsrechtlich im Gewinn enthalten sein, um ausgeschüttet werden zu können.

II. Vermögensplan

Die Stadtentwässerung steckt den Investitionsrahmen für 2011 mit insgesamt 33,427 Mio. € ab. Die Höhe des Planansatzes ist im Zusammenhang mit der Substanzerhaltung des Anlagevermögens erforderlich. Um das Anlagevermögen langfristig in gutem Zustand zu erhalten, müssen insbesondere die Re-Investitionen in das Kanalnetz deutlich gesteigert werden. Vgl. dazu Kanalsanierungsprogramm der SEH (DS 0130/2008).

Pos. 1 Abwasserableitung

Der Wirtschaftsplan 2011 ermöglicht einerseits die Erschließung der Bau- und Gewerbegebiete, die bereits heute als Bepflanzungsplanentwurf existieren. Darüber hinaus wird der Schwerpunkt wie bereits in Vorjahren bei Re-Investitionsmaßnahmen am Kanalnetz liegen.

Pos. 2 Abwasserreinigung

Den Erneuerungsbedarf in Bezug auf die Klärwerke hat die SEH in zwei Masterplänen festgehalten. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Schlammbehandlung und Energieerzeugung.

Pos. 3 Betriebsbauten

Der Investitionsbedarf bei den Betriebsbauten sieht Ersatzinvestitionen im Bereich der Betriebs- und Gerätehallen vor. Darüber hinaus sind Mittel für eine zusätzliche öffentliche Toilette (Opernplatz) eingeplant.

Pos. 4 Fahrzeuge/Maschinen/Einrichtungen

In Bezug auf den Fuhrpark sollen neben der turnusmäßigen Ersatzbeschaffung in 2011 die noch verbliebenen Altfahrzeuge ersetzt werden, die nach Einführung der Umweltzone nicht mehr im Innenstadtgebiet eingesetzt werden können.

Die Planansätze für Maschinen und Geräte erlauben die erforderlichen Erweiterungen bzw. den Ersatz auszusondernder Ausrüstungsgegenstände.

Im Rahmen der Optimierung der Arbeitsabläufe sind im EDV-Bereich einige größere Projekte vorgesehen. Dazu gehören die Einführung eines elektronischen Rechnungslaufs, die Erweiterung der vorhandenen Kanaldatenbank und die Einführung einer Instandhaltungssoftware.

Pos. 6 Einnahmen des Vermögensplanes

Die handelsrechtlichen Abschreibungen werden in gleicher Höhe als Einnahmen des Vermögensplans angesetzt.

III. Kreditermächtigung

Der erforderliche Höchstbetrag für Kassenkredite beträgt: 5,0 Mio. €.

Der Höchstbetrag für die Kreditaufnahme beträgt 12,027 Mio. €, um die Maßnahmen zur Kanalsanierung im erforderlichen Umfang fortsetzen zu können.

Stadtentwässerung Hannover
Erfolgs- und Finanzplan 2011 (Aufwendungen und Erträge in Tausend Euro)

	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Umsatzerlöse						
A Erlöse aus Gebühren						
1. Erlöse aus Schmutzwasserbeseitigung						
1.1.1 Erlöse Schmutzwassergebühr	52.360	48.267	47.816	47.300	46.784	46.268
1.1.2 SW-Gebührenaussgleichsrückstellung	-3.500	5.900	8.000	9.400	0	0
1.2. Erlöse aus dezentraler Abwasserbeseitigung	112	80	80	80	80	80
1.3. Erlöse aus sonstigen Gebühren	66	50	50	50	50	50
1.4. Auflösung von empfangenen Zuschüssen	1.481	1.460	1.500	1.510	1.520	1.530
	50.519	55.757	57.446	58.340	48.434	47.928
2. Erlöse aus Regenwasserbeseitigung						
2.1. Erlöse aus Regenwassergebühr	18.404	20.284	20.230	20.213	20.196	20.176
2.2. Erlöse aus sonstigen Einleitungen in die RW-Kanalisation	338	300	300	300	300	300
2.3. Auflösung von empfangenen Zuschüssen	1.347	1.340	1.360	1.370	1.380	1.390
	20.089	21.924	21.890	21.883	21.876	21.866
3. Erlöse aus Abscheiderreinigung	1.082	1.000	1.000	990	980	970
Summe Erlöse aus Gebühren	71.690	78.682	80.336	81.213	71.290	70.764
B Erlöse aus Betriebsleistungen						
1. Erlöse aus Schmutzwasserübernahme Umland	7.755	6.800	7.000	6.900	6.800	6.700
2. Erlöse aus Straßenoberflächenentwässerung	10.174	10.400	10.450	10.500	10.550	10.600
3. Sonstige betriebliche Erlöse	110	90	90	90	90	90
4. Kostenersatz	815	700	700	700	700	700
Summe Erlöse aus Betriebsleistungen	18.854	17.990	18.240	18.190	18.140	18.090
UMSATZERLÖSE	90.544	96.672	98.576	99.403	89.430	88.854
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.755	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.240	800	800	800	800	800
GESAMTLEISTUNG	93.539	99.272	101.176	102.003	92.030	91.454
4. Materialaufwand						
A Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren	6.056	8.100	8.700	8.831	8.963	9.097
B Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.313	11.500	11.800	11.977	12.157	12.339
	19.369	19.600	20.500	20.808	21.120	21.436
ROHERGEBNIS	74.170	79.672	80.676	81.196	70.910	70.017
5. Personalaufwand						
A Löhne, Gehälter und Bezüge	17.373	18.200	18.700	18.981	19.265	19.554
B Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung / Beihilfen	4.385	5.800	6.100	6.192	6.284	6.379
	21.758	24.000	24.800	25.172	25.550	25.933
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27.086	27.500	27.500	27.700	27.900	28.100
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
A Abwasserabgabe	1.910	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
B Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	6.532	6.400	6.900	7.004	7.109	7.215
	8.443	8.500	9.000	9.104	9.209	9.315
BETRIEBSERGEBNIS	16.884	19.672	19.376	19.220	8.252	6.669
8. Zinsen und ähnliche Erträge	465	300	250	200	150	100
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.443	11.500	10.100	9.800	9.600	9.300
FINANZERGEBNIS	-9.978	-11.200	-9.850	-9.600	-9.450	-9.200
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	6.905	8.472	9.526	9.620	-1.198	-2.531
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0	0	0	0	0	0
12. Sonstige Steuern	41	60	60	60	60	60
JAHRESGEWINN / JAHRESVERLUST	6.864	8.412	9.466	9.560	-1.258	-2.591
Gewinnvortrag aus Vorjahr	6.302	4.595	9.607	10.673	14.333	9.675
Eigenkapitalverzinsung an allg. Haushalt	3.572	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
Zuführung in die Rücklage	5.000	0	5.000	2.500	0	0
GESAMTERGEBNIS	4.595	9.607	10.673	14.333	9.675	3.684

Ausgaben des Vermögensplanes						Verpflichtungs- ermächtigungen	Ausgaben der Vorjahre				
Nr. Vorhaben	g. D.	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013		Ansatz 2014	zu Lasten 2012	Ausgaben 2007	Ausgaben 2008	Ausgaben 2009
1 Abwasserableitung											
1.01 Erweiterung der Entwässerungsanlage											
Tiefbau		4.900	3.600	3.400	2.800	2.500	600	3.510	2.417	3.578	
Technische Anlagen		100	320	100	50	50	0	118	5	123	
1.02 Kanalumlegungen											
Tiefbau		1.070	900	900	900	900	0	677	240	203	
Straßenabläufe		250	50	50	50	50	0	0	0	0	
1.03 Erneuerung von Entwässerungsanlagen											
Tiefbau		9.400	10.000	10.000	10.000	10.000	800	4.537	2.290	4.661	
Technische Anlagen		615	570	400	400	400	0	81	173	184	
1.05 Erneuerung Südstadtsammler											
Tiefbau		100	600	100	100	100	50	0	0	0	
1.06 Erneuerung Nordstadtsammler											
Tiefbau		300	800	500	500	500	50	0	0	0	
1.07 Straßenabläufe											
Tiefbau		850	800	800	800	800	100	664	744	315	
1.08 Ausbau von Gewässern											
Grundstücke		110	110	100	100	100	0	566	123	17	
Tiefbau		1.380	3.445	1.500	1.500	1.500	0	110	679	629	
1.10 Erneuerung Fernwirkzentrale											
Technische Anlagen		1.800	300	0	0	0	0	0	0	0	
Gesamt 1:		20.875	21.495	17.850	17.200	16.900	1.600	10.277	6.786	9.709	
2 Abwasserreinigung											
2.03 Ersatzinvestition Blockheizkraftwerke GW und HH											
Technische Anlagen		3.000	1.000	2.000	2.000	2.000	0	0	0	0	
2.04 Erweiterung Abwasserreinigungsanlagen											
Tiefbau		100	160	100	100	100	0	7	35	5	
Technische Anlagen		3.800	5.000	4.000	2.000	1.000	0	55	203	212	
2.05 Erneuerung/Ersatzinvestitionen Abwasserreinigungsanlagen											
Tiefbau		200	300	500	500	500	0	436	50	543	
Technische Anlagen		300	260	1.000	1.000	1.000	0	179	201	319	
Gesamt 2:		7.400	6.720	7.600	5.600	4.600	0	1.196	497	1.107	
3 Betriebsbauten											
3.02 Übriger Hochbau		100	450	100	100	100	0	437	138	3	
3.03 Öffentliche Toilettenanlagen		0	120	0	0	0	0	5	347	70	
Gesamt 3:		100	570	100	100	100	0	442	485	73	
4 Fahrzeuge/Maschinen/Einrichtungen											
4.01 Fahrzeuge		1.050	2.000	1.000	1.000	1.000	0	328	881	1.760	
4.02 Maschinen und Geräte		776	937	600	500	500	0	345	218	607	
4.03 Kanaldatenbank/Kleinrechner		1.216	1.546	200	200	200	0	143	176	160	
4.04 Einrichtungsgegenstände		165	159	100	100	100	0	114	34	87	
Gesamt 4:		3.207	4.642	1.900	1.800	1.800	0	930	1.309	2.614	
Gesamt 1 bis 4:		31.582	33.427	27.450	24.700	23.400	1.600	12.845	9.077	13.503	
5 Sonstiger Finanzierungsbedarf											
5.01 Tilgung von Krediten		9.400	9.100	9.300	9.600	9.400					
Ausgaben insgesamt:		40.982	42.527	36.750	34.300	32.800					
6 Einnahmen des Vermögensplanes											
6.01 Beiträge		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000					
6.02 Kostenersatz für investive Maßnahmen		2.000	2.000	1.800	1.600	1.500					
6.03 Abschreibungen		27.500	27.500	27.700	27.900	28.100					
7 Kreditaufnahme		10.482	12.027	6.250	3.800	2.200					
Einnahmen insgesamt:		40.982	42.527	36.750	34.300	32.800					

Die Ansätze in den Hauptgruppen sind gegenseitig deckungsfähig.

Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Hannover
Stellenübersicht 2011 Stand: 31.08.2010

Beschäftigte				
Entgeltgruppen TVöD	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2009	Ist 2009
E 15	4,0	4,0	4,0	4,0
E 14	3,0	3,0	3,0	2,0
E 13	9,0	9,0	9,0	7,0
E 12	26,0	26,0	28,0	25,0
E 11	24,0	23,0	19,0	19,0
E 10	10,0	12,0	14,0	14,0
E 09	108,0	106,0	104,0	101,0
E 08	58,0	54,0	56,0	53,0
E 07	45,0	43,0	44,0	44,0
E 06	47,5	51,5	52,0	51,0
E 05	20,5	20,0	19,5	18,5
E 04	78,0	79,0	79,0	79,0
E 03	5,0	5,0	0,0	0,0
E 02	0,0	0,0	5,0	4,5
E 01	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	438,0	435,5	436,5	422,0

Beamtinnen / Beamte				
Besoldungs- gruppen	Soll 2011	Soll 2010	Soll 2009	Ist 2009
LBO A 16	1,0	1,0	1,0	0,0
LBO A 15	1,0	1,0	1,0	1,0
LBO A 14	1,0	1,0	1,0	1,0
LBO A 13gD	0,0	0,0	1,0	0,0
LBO A 12	1,0	1,0	0,0	1,0
LBO A 11	4,0	3,0	3,0	3,0
LBO A 10	4,0	5,0	2,0	1,0
LBO A 9gD	0,0	0,0	2,0	2,0
LBO A 9mD	0,0	1,0	1,0	1,0
LBO A 8	0,0	0,0	0,0	0,0
LBO A 7	1,0	1,0	1,0	1,0
LBO A 6	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	13,0	14,0	13,0	11,0

Gesamtsumme	451,0	449,5	449,5	433,0
--------------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Städtische Häfen Hannover

STÄDTISCHE HÄFEN HANNOVER

Vorbericht Wirtschaftsplan 2011

Die Ansätze des Erfolgsplanes wurden auf der Basis der Daten des Wirtschaftsjahres 2009, der sich in 2010 abzeichnenden Geschäftsentwicklung sowie der konjunkturellen und verkehrswirtschaftlichen Prognosen gebildet.

Die zur Mitte des Jahres 2010 durchgesetzten Preis- und Entgelterhöhungen sind in den Planungen enthalten.

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sind auch noch im Jahr 2010 zu spüren. Die Planung für das Jahr 2011 ist deshalb vorsichtig optimistisch vorgenommen worden.

Die voraussichtlichen Umsatzerlöse des **Bahnbetriebes** basieren sowohl auf der Annahme, dass sich die Auftragslage im Bereich des Schienengüterverkehrs entsprechend den Prognosen der Fachleute entwickeln wird, als auch auf den konkreten, von den Städtischen Häfen beeinflussbaren Entwicklungen im Bereich der Bahnlogistik. Auf das Planjahr 2011 bezogen wird eine leichte Steigerung der Standardtransportleistungen erwartet.

Die Situation im klassischen Gleisanschlußverkehr ist zurzeit von einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau geprägt. Für den kurzfristigen Planungshorizont ergeben sich daher für die Häfen, die in der Transportkette überwiegend vom Ziel- und Quellverkehr leben, leicht optimistische Verkehrserwartungen.

Eine zusätzliche Belegung erfährt der Bahnbetrieb durch erhöhte Nachfrage von Rangierleistungen im schienengebunden Kombinierten Verkehr sowohl im Lindener Hafen, wo das Railterminal (RTH) betrieben wird, als auch im Nordhafen, wo das Containerterminal (CTH) dem Markt zur Verfügung steht.

Positive Auswirkungen hat die neue Zugverbindung von Malmö (Schweden) nach Hannover zum Railterminal im Lindener Hafen, deren Durchführung auch für das Jahr 2011 angestrebt wird.

Neue Chancen und Risiken sind mit der Neuordnung des Eisenbahnrechts verbunden. Erste Erfahrungen zeigen, dass sich zusätzliche Möglichkeiten für die Ausweitung der eigenen Bahnlogistikaktivitäten auf dem regionalen Eisenbahnnetz eröffnen. Ein Augenmerk für die eigene Infrastruktur liegt dabei auf der diskriminierungsfreien Öffnung der Bahnanlagen für Drittnutzer. Die voraussichtlichen Ergebnisse sind in die Planungen eingearbeitet.

In 2011 wird die Inbetriebnahme einer neu beschafften Streckenlokomotive erfolgen. Dadurch kann den Kunden in der Funktion eines Eisenbahnverkehrsunternehmens ein erweitertes Produktportfolio angeboten werden. Die Beschaffung spiegelt sich in einer Erhöhung der Umsatzerlöse und in der Erhöhung der Abschreibungen und des Zinsaufwandes wieder.

In der Sparte des **Hafen- und Kranbetriebes** spiegelt sich in den Plandaten eine kontinuierliche Entwicklung der mit Binnenschiffen transportierten und infolgedessen in den Hafenstandorten umgeschlagenen Gütermengen wieder. Im Sektor der Massengüter (u.a. Recyclinggüter, Mineralölprodukte, Stahlprodukte) sind leicht steigende Transportmengen zu beobachten.

Weitere Impulse hinsichtlich der Transportmengen sind in dem neuen Geschäftsfeld des Containertransportes im Rahmen des Seehafenhinterlandverkehrs zu verzeichnen. Die Planungen gehen von einer leichten Steigerung der abzuwickelnden Umschlag- und

STÄDTISCHE HÄFEN HANNOVER

Transportgeschäfte aus. Darüber hinaus stehen Auslastungsverbesserungen durch Sonderkontrakte an, diese wurden in die Planungen entsprechend eingearbeitet. Besondere Aufmerksamkeit ist der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit zum LKW zu widmen.

Die erwarteten Ergebnisse des **Grundstücksbetriebes** bestätigen weiterhin seine wichtige Funktion für den Binnenhafen im Rahmen des Verbundes aller Betriebszweige. Es ist ein konstantes Interesse an Immobilien auch mit Verkehrsanbindung zu erkennen. Dieses führt in beiden Hafenstandorten zu einem hohen Belegungsgrad.

Bei Gesprächen mit dem Ziel einer Unternehmensansiedlung oder einer Veränderung des Betriebsstättenstandortes wird von Immobilienkunden zunehmend die Anbindung an mehrere Verkehrswege nachgefragt. Dabei ist die von den Häfen angebotene Kompetenz im Bereich der Logistik von wesentlicher Bedeutung. Die erwarteten Ergebnisse von Ansiedlungsmaßnahmen wurden in die Planungen einbezogen.

Das Preisniveau der Logistikimmobilien stagniert, Preiserhöhungsspielräume für Mieten und Pachten sind nur begrenzt vorhanden. Für das Jahr 2011 ist der Kauf eines betriebsnotwendigen Grundstücks im Lindener Hafen vorgesehen. Dadurch steigt der Zinsaufwand ab 2011.

Die stringente Steuerung der **Betriebsausgaben** erfolgt durch eine Budgetierung in allen einzelnen Aufwandspositionen.

Im Bereich des Personalaufwandes ist eine besondere Belastung aus der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zu berücksichtigen. Danach wurde planerisch eine Neubewertung der Pensionsrückstellungen mit einem geänderten Abzinsungssatz vorgenommen. Zusätzlich fließt ein Neufall in die Berechnung ein. Hieraus ergeben sich insgesamt zusätzliche Belastungen in Höhe von rd. 100.000 €.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept VII sieht in der Strukturmaßnahme S 2 eine Steigerung der Gewinnabführung aufgrund der neuen strategischen Ausrichtung der Häfen vor. Die Effekte dieser Neuausrichtung können trotz der wirtschaftlich unsicheren Entwicklung erreicht werden, jedoch sind sie durch den Sondereffekt Pensionsrückstellungen wieder aufgezehrt.

Die marktgerechte Anpassung der Logistikaktivitäten in beiden Hafenstandorten erfordert besondere Anstrengungen im Hinblick auf die Erweiterung und die Vorhaltung der Hafeninfra- und Suprastruktur. Diesen Zielen entsprechen die **Ansätze des Vermögensplanes** und des Investitionsprogramms, die sowohl die Neuausrichtung als auch die Aktualisierung des vorhandenen Anlagenbestandes widerspiegeln. Die Schwerpunkte im Planungszeitraum liegen auf Ersatzinvestitionen in der Hafen- und Bahnlogistik sowie einem Immobilienprojekt im Lindener Hafen. Dazu gehört auch das mögliche finanzielle Engagement im Rahmen des geplanten Ausbaus des Stichkanals Linden.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 dürfen zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen Kassenkredite bis zu einer Höhe von 2,2 Mio. Euro aufgenommen werden.

Zusammenfassend lassen die Wirtschaftsjahre des Planungszeitraumes weiterhin eine positive Entwicklung des Eigenbetriebes erkennen.

S T Ä D T I S C H E H Ä F E N H A N N O V E R

Erfolgsplan 2011 und Finanzplanung 2012 - 2014 in €

	Rechnung 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Umsatzerlöse						
a) Bahnbetrieb	3.342.526	3.950.000	4.100.000	4.200.000	4.300.000	4.400.000
b) Hafen- und Kranbetrieb	4.245.986	4.750.000	4.850.000	5.000.000	5.050.000	5.100.000
c) Grundstücksbetrieb	4.190.587	4.250.000	4.480.000	4.500.000	4.540.000	4.590.000
2. Andere aktiv. Eigenleistungen	18.929	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.284.276	625.000	625.000	630.000	640.000	640.000
4. Summe betriebliche Erträge (1 bis 3)	13.082.304	13.575.000	14.055.000	14.330.000	14.530.000	14.730.000
5. Materialaufwand						
a) für bezogene Waren	468.232	540.000	560.000	573.000	590.000	610.000
b) für bezogene Leistungen	2.408.939	2.990.000	2.940.000	2.990.000	3.005.000	3.020.000
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	2.875.905	2.970.000	3.140.000	3.189.100	3.251.700	3.304.100
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.009.611	971.000	1.227.000	1.234.800	1.250.000	1.265.000
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.965.333	1.783.000	1.920.000	1.882.000	1.860.000	1.839.000
8. Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.293.392	2.010.000	2.070.000	2.100.000	2.120.000	2.150.000
9. Summe betriebl. Aufw. (5 bis 8)	11.021.412	11.264.000	11.857.000	11.968.900	12.076.700	12.188.100
10. Betriebsergebnis (4 ./ 9)	2.060.892	2.311.000	2.198.000	2.361.100	2.453.300	2.541.900
11. Erträge aus Beteiligungen	141.171	130.000	120.000	100.000	100.000	100.000
12. Zinsen und ähnliche Erträge	11.284	12.000	23.000	23.500	24.500	25.000
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	633.505	694.000	750.000	851.000	897.000	910.000
14. Finanzergebnis (11 bis 13)	-481.050	-552.000	-607.000	-727.500	-772.500	-785.000
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (10 + 14)	1.579.842	1.759.000	1.591.000	1.633.600	1.680.800	1.756.900
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	358.096	404.700	355.800	374.580	387.240	410.070
17. Sonstige Steuern	264.438	280.000	285.000	285.000	290.000	290.000
18. Jahresgewinn / Jahresverlust	957.308	1.074.300	950.200	974.020	1.003.560	1.056.830

S T Ä D T I S C H E H Ä F E N H A N N O V E R

Vermögensplan 2011 und Investitionsprogramm 2012 - 2014 (in Tausend Euro)

<u>Ausgaben des Vermögensplanes</u>			Gesamt- summe	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	VE zu Lasten 2012
Lfd Nr.	Vorhaben	g.D.							
1. Hafenbereich									
1.1	Erneuerung Krananlagen	1.2	4.400	100	1.800	2.300	100	100	2.300
1.2	Wertverbesserung an Hafenbetriebsmitteln	1.1/ 2.4	600	100	200	100	100	100	100
			5.000	200	2.000	2.400	200	200	
2. Bahnbereich									
2.1	Anpassung Bahnanlagen, Sicherungstechnik	2.2/2.4	2.600	1.500	400	200	200	300	200
2.2	Erneuerung von Gleisanlagen	2.1	1.400	300	500	200	200	200	200
2.3	Beschaffung von Schienenfahrzeugen	2.4	5.700	700	1.000	1.500	2.500	0	1.500
2.4	Wertverbesserung an Bahnbetriebsmitteln	2.3 / 1.2	550	50	350	50	50	50	50
2.5	Anpassung Betriebsgebäude		600	300	300	0	0	0	
			10.850	2.850	2.550	1.950	2.950	550	
3. Verschiedene Bereiche									
3.1	Wertverbesserung an Grundstücken	3.2	3.800	300	500	1.600	800	600	1.600
3.2	Ankauf von Grundstücken	3.1	15.450	4.200	3.750	2.500	2.500	2.500	2.500
3.3	Sonst. Kleininvestitionen		350	50	100	100	50	50	50
			19.600	4.550	4.350	4.200	3.350	3.150	
	Zwischensumme		35.450	7.600	8.900	8.550	6.500	3.900	
4. Sonstiger Finanzbedarf									
4.1	Tilgung von Krediten		5.424	1.192	1.002	1.050	1.100	1.080	
			5.424	1.192	1.002	1.050	1.100	1.080	
Ausgaben insgesamt:			40.874	8.792	9.902	9.600	7.600	4.980	8.500

<u>Einnahmen des Vermögensplanes</u>								
1.	Absetzung für Abnutzung (AfA)	9.284	1.783	1.920	1.882	1.860	1.839	
2.	Kreditaufnahme	30.190	7.009	6.582	7.718	5.740	3.141	
3.	Veräußerung von Sachanlagen	1.400	0	1.400	0	0	0	
Einnahmen insgesamt:		40.874	8.792	9.902	9.600	7.600	4.980	

STÄDTISCHE HÄFEN HANNOVER

Stellenübersicht 2011

Stichtag für die tatsächliche Besetzung ist der 30.06.2010.

Beschäftigte TVöD			
Entgeltgruppen	Stellenplan 2010	Besetzung 30.06.2010	Stellenplan 2011
AT	0	0	0
13	2	2	2
12	2	2	2
11	3	2	3
10	4	4	4
9	6	6	6
8	13	11	13
7	8	5	9
6	36	32	39
5	10	8	9
4	4	1	2
3	2	1	1
Summe	90	74	90

Nachrichtlich:

Im Wirtschaftsjahr 2011 beträgt die Gesamtzahl der Beamtenstellen 3.
Davon sind zur Zeit 2,6 besetzt.

HCC

Hannover Congress Centrum

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011



I. Allgemeines

Das Hannover Congress Centrum (HCC) wird als Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Hannover geführt. Im Rahmen der Betriebssatzung verfolgt das HCC folgende Geschäftsschwerpunkte:

- a) Vermietung von Hallen, Räumen, Sälen und Freiflächen für Kongresse, Messen, Ausstellungen und Veranstaltungen jeder Art
- b) Betrieb und die Verwaltung von gastronomischen Einrichtungen aller Art
- c) Förderung anderer Träger, die Aufgaben des Tourismus wahrnehmen, soweit diese im überwiegenden öffentlichen Interesse, örtlich bezogen auf Hannover und nicht auf wirtschaftliche Gewinne ausgerichtet, tätig werden

Im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit werden die folgenden eigenen Objekte bewirtschaftet:

- Kuppelsaal
- Beethovensaal
- Niedersachsenhalle nebst Konferenzräumen
- Glashalle nebst Tagungsräumen
- Eilenriedehalle
- untere und obere Säle
- Parkrestaurant
- Rosencafé im Stadtpark

Darüber hinaus erfolgt eine nur gastronomische Bewirtschaftung für

- Congress Hotel am Stadtpark
- AWD Arena

Bedarfsweise wird darüber hinaus für interne und externe Kunden ein Catering unterhalten.

II. Wirtschaftliche Entwicklung

Auf Grundlage der aktuellen Geschäftsdaten wird das im Wirtschaftsplan geplante Jahresergebnis 2010 in Höhe von - 3.700 T€ voraussichtlich planmäßig erreicht.

Die Gesamtentwicklung bis einschließlich 2014 stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Gesamtergebnis GuV	-128.518	-3.700	-3.546	-3.511	-3.396	-3.245
Außerordentlicher periodenfremder Sondereinfluss	-125.000	0	0	0	0	0
Betriebsmittel-Zinsen	63	180	102	116	72	25
HMTG	720	720	720	720	720	720
Gebäudefixkosten	2.800	2.800	2.881	2.881	2.881	2.881
Operatives Ergebnis	+65	0	+157	+206	+277	+381

Das HCC geht auch für das Jahr 2011 von einem leicht positiven operativen Ergebnis in Höhe von +157 T€ aus.

Hierbei sind die Unwägbarkeiten nicht nur in den allgemein marktüblichen und konjunkturellen Risiken gegeben, sondern sowohl im Bereich der Großveranstaltungen als auch in besonderem Umfang im Catering für die AWD Arena. Die Umsatzentwicklung in der AWD Are-

na ist nur in Teilen direkt durch das HCC beeinflussbar und lässt aufgrund möglicher Sondereinflüsse (z. B. Großkonzerte), oder entsprechenden Entwicklungen im sportlichen Bereich von Hannover 96, im Positiven wie im Negativen erhebliche Schwankungsspielräume entstehen.

Eine weitere Unwägbarkeit besteht in der noch nicht abschließend zu bewertenden Realisierung der verabredeten Mindestumsetzung des Personalkonzepts und den damit verbundenen Veränderungen im Bereich der Anteile von Aushilfspersonal und Dienstleistern. Bei bestimmten Entwicklungen kann dies durchaus ein operatives Ergebnis in nennenswertem Umfang gefährden.

III. Erläuterungen zu einzelnen Planansätzen / Erfolgsplan

a. betriebliche Erträge

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von 13.590 T€ setzen sich aus den einzelnen Geschäftsbereichen zusammen:

Mieten und Verkaufsabgaben	2.250 T€
Technik	1.400 T€
Gastronomie	9.940 T€

Auf Basis der aktuell bestehenden Festbuchungen und Reservierungen sowie der gezielten Akquisitionsmaßnahmen im Veranstaltungsbereich ist die angestrebte Umsatzgröße auch vor dem Hintergrund der allgemein schwierigen Wirtschaftslage als realistisch zu bezeichnen.

Ergänzend zu den eigenen Vertriebsaktivitäten werden aus den Aktivitäten von Hannover Marketing und Tourismus GmbH zusätzliche positive Auswirkungen für das HCC erwartet.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge werden im Wesentlichen Weiterberechnungen von veranstaltungsbezogenen Aufwendungen an die Veranstalter abgebildet. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde auf Basis der übrigen Umsatzentwicklung in dieser Position 1.500 T€ in Ansatz gebracht, die sich wie folgt zusammensetzen:

Lohnerstattungen/Weiterberechnungen	1.100 T€
div. Kostenerstattungen	320 T€
Sonstiges	80 T€
Summe	1.500 T€

b. betriebliche Aufwendungen

1. Materialaufwand

Der Aufwand für *Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren* wird im Verhältnis zur erwarteten gastronomischen Umsatzentwicklung als pauschale Größe in Ansatz gebracht. Der Wareneinsatz beläuft sich für die einzelnen Geschäftsfelder innerhalb marktüblicher Quoten. Zudem wird angestrebt, in den Gastronomiebereichen im Haus durch weitere Optimierungen im Betriebsablauf die Materialeinsatzquote weiter zusätzlich zu reduzieren.

Der *Aufwand für bezogene Leistungen* dokumentiert die im Rahmen der Durchführung von Veranstaltungen von Dritten in Anspruch genommenen Leistungen sowie Mieten für Gegenstände, die wirtschaftlich nicht im HCC selbst vorgehalten werden können. Hierzu zählt beispielsweise neuartige Video- und Präsentationstechnik, die einem schnellen technologischen Wandel unterliegt. Eine Eigenvorhaltung im HCC ließe sich betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll darstellen.

2. Personalaufwand

Die Steuerung des Personaleinsatzes erfolgt innerhalb eines Gesamtbudgets, das die HCC-eigenen Stammkräfte und Aushilfen sowie die externen Aushilfen gleichermaßen berücksichtigt.

Der Ansatz 2011 umfasst neben den Aufwendungen für das im HCC beschäftigte Stammpersonal auch die Aufwendungen für einzusetzende HCC Pool-Aushilfen. Optimierungen im Einsatz des Aushilfspersonals sind bereits berücksichtigt.

Ausgehend von dem durch die Fa. Mc Kinsey erstellten Konzept zur Stärkung des Kongress- und Messestandortes Hannover durch eine Kooperation von HCC und DMAG beinhaltet der Planansatz nur noch einen Mindestumfang der ursprünglich möglichen Auswirkungen. Der ausgewiesene Planansatz 2011 beinhaltet die im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms VII beschlossenen Personalkonzepts erzielten Abstimmungsergebnisse.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Basis des bestehenden Anlagevermögens sowie der sich hieraus ableitenden Veränderungen beinhalten auch die „Geringwertigen Wirtschaftsgüter“.

Die Veränderungen vor dem Hintergrund der geplanten Investitionen sind entsprechend berücksichtigt.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6.687 T€ setzen sich wie folgt zusammen:

Hilfs- und Betriebsstoffe	260 T€
Energiekosten	870 T€
Gebäude- und sonstige Reparaturen	842 T€
Allgemeiner Betriebsaufwand	3.875 T€
<i>davon Fremdlöhne</i>	<i>250 T€</i>
<i>davon Fremdlöhne gastronomisch</i>	<i>1.238 T€</i>
Werbung	300 T€
Verwaltungsaufwand	540 T€

Die Bewertung der anteiligen Personalkosten steht im Zusammenhang mit der insgesamt als Zielvorgabe entwickelten Personalkostenquote. Das Optimierungspotential ist jedoch evtl. durch den Veranstaltungsmix des Hauses begrenzt. Die in der Planung verstärkt zu akquirierenden Großveranstaltungen können nicht ausschließlich nur mit fest angestelltem Personal und eigenen Aushilfen abgewickelt werden, so dass auch künftig die Inanspruchnahme externen Personals erforderlich sein wird.

5. Zahlungen an HMTG

Der Zuschuss für die Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG) ist auch in 2011 analog zu den Vorjahren als Fixbetrag in Höhe von 720 T€ berücksichtigt worden.

6. Erträge aus Beteiligungen

Beteiligungserträge der Deutschen Messe AG wurden analog zu den Vorjahren nicht berücksichtigt.

7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen wurden auf Basis der bestehenden Kreditaufnahmen aus dem Hannover-Programm 2001 (334 T€) und der Investitionen für die AWD Arena (76 T€) sowie den Fremdkapitalzinsen in Höhe von 69 T€ für Kreditaufnahmen der Jahre 2006/2007 in Ansatz gebracht.

Darüber hinaus wurde für den in Anspruch genommenen Betriebsmittelkredit der LHH eine Verzinsung in Höhe von 102 T€ berücksichtigt. Diese resultiert aus der Vorfinanzierung der Verlustausweisungen durch den allgemeinen Haushalt, die von der LHH mit einem 2 jährigen Versatz geleistet werden. Da eine direkte Beeinflussbarkeit durch das Haus nicht gegeben ist, werden die Zinszahlungen für den Betriebsmittelkredit im operativen Ergebnis bereinigt.

8. Gesamtergebnis

Das Hannover Congress Centrum weist für das Geschäftsjahr 2011 im Planansatz - inkl. des anteiligen Haushaltssicherungskonzept VII Beitrages - ein Gesamtergebnis in Höhe von -3.546 T€ aus.

Das **operative Jahresergebnis**, nach Abzug der durch das HCC nicht direkt zu beeinflussenden Belastungen (Hannover Marketing und Tourismus GmbH 720 T€, Betriebsmittelkreditzinsen 102 T€, den Allgemeinen Infrastrukturkosten 2.881 T€ weist einen **Gewinn in Höhe von 157 T€** aus.

IV. Erläuterungen zum Vermögensplan

Die Landeshauptstadt Hannover hat aufgrund der bestehenden Dringlichkeit der beim HCC vorgesehenen Investitionsmaßnahmen bereits in den Vorjahren entschieden, einen investitionsbezogenen Zuschuss zu leisten. Der Ausweis erfolgt als „Zuschuss für Investitionen“. Die Leistung der Zuschüsse der Jahre 2011 bis 2014 steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung im allgemeinen Haushalt und der Fassung eines entsprechenden Ratsbeschlusses.

Nachdem in den Vorjahren Investitionen zurückgestellt wurden, um zunächst die wirtschaftliche Entwicklung des Hannover Congress Centrums abzuwarten, werden nach den entsprechenden Erfolgen der letzten Jahre die Investitionstätigkeiten aufgrund der erforderlichen Modernisierung sowie der am Markt allgemein höheren Wettbewerbsstandards intensiviert. Durch dieses klare Bekenntnis der Landeshauptstadt Hannover zum HCC wird eine weitere Stärkung des Hauses am Markt erreicht.

Um den Notwendigkeiten und Mindestvorgaben des Sanierungsprogramms des HCC`s und dem im Jahr 2014 anstehenden 100 jährigen Jubiläum der Stadthalle angemessen Rechnung zu tragen, wurde der Vermögensplan in großen Teilen neu geplant.

Es ergeben sich aus heutiger Sicht für den Zeitraum 2011 – 2014 folgende Investitionssummen:

Ansatz 2011	2.000,0 T€
Mittelfristplanung 2012	2.000,0 T€
Mittelfristplanung 2013	2.000,0 T€
Mittelfristplanung 2014	2.000,0 T€

V. Ausblick

Nach den bisherigen Erfolgen im wirtschaftlichen Sanierungsprogramm strebt das HCC durch kontinuierliche Modernisierungsmaßnahmen an, seine Position als eine der führenden Adressen im Kongress- und Veranstaltungssektor weiterhin zu sichern bzw. auszubauen.

Zur Verbesserung der Gebäudesubstanz des historischen Altbaus des HCC sind weitere erforderliche Modernisierungsmaßnahmen („100 Jahre Stadthalle“) einzuplanen, die in der Mittelfristplanung entsprechend enthalten sind.

Der nachhaltige Aufbau einer für Dienstleistungsqualität und Veranstaltungskompetenz stehenden Marke „HCC“ bedarf auch weiterhin einer dynamischen und frischen Präsentation aller HCC- Geschäftsbereiche nach außen.

Mit Blick auf die angestrebten Ziele sind dabei nachfolgende Maßnahmen zur Ergebnissicherung besonders anzusprechen:

- Optimierung der Organisationsstrukturen mit noch verkaufsorientierterer Grundlage.
- Weiterentwicklung von Veranstaltungskonzepten und damit verbundenen Dienstleistungen
- Weitere Optimierung von Kennzahlen und Controllinginstrumenten.

Betriebsleitung und Management des HCC sehen ihre besondere Verpflichtung in der Schaffung der vorgenannten Prämissen.

Risiken der künftigen Unternehmensentwicklung sind im Besonderen die vorstehend beschriebenen Unwägbarkeiten innerhalb der internen Umsetzung der Personal- und Organisationskonzepte sowie die nach wie vor bestehenden Risiken der bestehenden Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den sich daraus ergebenden allgemein schwierigeren konjunkturellen Rahmenbedingungen im Kongress- und Veranstaltungsbereich gesehen.

Hannover, Oktober 2010

Hannover Congress Centrum

Erfolgsplan 2011 und Finanzplan 2012 bis 2014 in Tausend Euro

	Ist 2009	Wirtschafts- plan 2010	Wirtschafts- plan 2011	Wirtschafts- plan 2012	Wirtschafts- plan 2013	Wirtschafts- plan 2014
1. Umsatzerlöse	14.252,3	13.450	13.590	13.590	13.590	13.590
a) hiervon Mieten/Verkaufsabgaben	2.543,9	2.200	2.250	2.250	2.250	2.250
b) hiervon Technik	1.637,9	1.350	1.400	1.400	1.400	1.400
c) hiervon Andere Umsatzerlöse	- 20,9					
d) hiervon Gastronomie	10.091,4	9.900	9.940	9.940	9.940	9.940
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	53,7	-	-	-	-	-
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.783,6	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
4. Summe betriebliche Erträge	16.089,6	14.950	15.090	15.090	15.090	15.090
5. Materialaufwand						
a) für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren	- 2.530,8	- 2.660	- 2.530	- 2.530	- 2.530	- 2.530
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 1.622,0	- 1.050	- 1.129	- 1.127	- 1.146	- 1.165
Materialaufwand gesamt	- 4.152,8	- 3.710	- 3.659	- 3.657	- 3.676	- 3.695
6. Personalaufwand						
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	- 4.125,3	- 4.210	- 3.860	- 3.860	- 3.820	- 3.820
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	- 1.201,4	- 1.220	- 1.160	- 1.160	- 1.150	- 1.150
Personalaufwand gesamt	- 5.326,7	- 5.430	- 5.020	- 5.020	- 4.970	- 4.970
7. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgüter (VG) und Sachanlagen	- 1.689,8	- 1.830	- 1.758	- 1.704	- 1.757	- 1.754
b) GwG's	- 14,1	- 100	- 140	- 140	- 140	- 100
Abschreibungen gesamt	- 1.703,9	- 1.930	- 1.898	- 1.844	- 1.897	- 1.854
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen HCC						
a) Hilfs.- und Betriebsstoffe	- 247,0	- 240	- 260	- 260	- 260	- 260
b) Energiekosten	- 866,8	- 870	- 870	- 880	- 880	- 880
c) Gebäude und sonst. Reparaturen an Anlagegegenst.	- 819,1	- 602	- 842	- 847	- 696	- 675
d) Allgemeiner Betriebsaufwand	- 4.511,3	- 3.612	- 3.875	- 3.888	- 3.967	- 3.929
e) Werbung und Bewirtungskosten	- 183,6	- 360	- 300	- 300	- 300	- 300
f) Sonstiger Verwaltungsaufwand	- 41,9	- 70	- 70	- 70	- 70	- 70
g) Verwaltungsaufwand	- 468,3	- 420	- 470	- 470	- 470	- 470
Sonst.betr. Aufwendungen gesamt	- 7.138,0	- 6.174	- 6.687	- 6.715	- 6.643	- 6.584
9. Hannover Marketing und Tourismus GmbH	- 720,0	- 720	- 720	- 720	- 720	- 720
10. Summe betriebliche Aufwendungen	- 19.041,4	- 17.964	- 17.984	- 17.956	- 17.906	- 17.823
11. Betriebsergebnis	- 2.951,8	- 3.014	- 2.894	- 2.866	- 2.816	- 2.733
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Abschreibungen auf Beteiligungen	- 125.000,0					
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,8					
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
a) Kreditzinsen	- 427,6	- 426	- 479	- 458	- 437	- 416
b) Betriebsmittelkredit	- 63,2	- 180	- 102	- 116	- 72	- 25
16. Finanzergebnis	- 125.490,0	- 606	- 581	- 574	- 509	- 441
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 128.441,8	- 3.620	- 3.475	- 3.440	- 3.325	- 3.174
18. Außerordentliche Erträge						
19. Außerordentliche Aufwendungen	- 0,3					
20. Außerordentliches Ergebnis	- 0,3	-	-	-	-	-
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
22. Sonstige Steuern	- 76,3	- 80	- 71	- 71	- 71	- 71
23. Jahresgewinn / Jahresverlust	- 128.518,4	- 3.700	- 3.546	- 3.511	- 3.396	- 3.245

Hannover Congress Centrum
Planung 2011 nach Geschäftsfeldern in T€

Geschäftsfelder	Ist 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Veranstaltungen	7.306,3	7.200,0	7.320,0	7.320,0	7.320,0	7.320,0
<i>hiervon Mieten</i>	2.438,8	2.150,0	2.130,0	2.120,0	2.120,0	2.120,0
<i>hiervon Technik</i>	1.503,6	1.300,0	1.400,0	1.400,0	1.400,0	1.400,0
<i>hiervon Gastronomie</i>	3.363,9	3.750,0	3.790,0	3.800,0	3.800,0	3.800,0
PCO	96,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Veranstaltungen gesamt	7.403,2	7.300,0	7.420,0	7.420,0	7.420,0	7.420,0
Parkrestaurant / Rosencafé / Kantine	1.066,1	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0
<i>hiervon Rosencafé</i>	<i>[100,9]</i>	<i>[70]</i>	<i>[70]</i>	<i>[70]</i>	<i>[70]</i>	<i>[70]</i>
Stadtspark VA (NP-Feste/Sommerbiwak)	197,9	250,0	300,0	300,0	300,0	300,0
Congress Hotel am Stadtpark	734,4	800,0	850,0	850,0	850,0	850,0
Eingegastronomie gesamt	1.998,4	1.850,0	1.950,0	1.950,0	1.950,0	1.950,0
AWD arena (Mifri 1. Bundesliga)	4.836,4	4.200,0	4.200,0	4.200,0	4.200,0	4.200,0
Übriges Catering	14,3	100,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Catering gesamt	4.850,7	4.300,0	4.220,0	4.220,0	4.220,0	4.220,0
Umsatzerlöse gesamt	14.252,3	13.450,0	13.590,0	13.590,0	13.590,0	13.590,0
Sonstige betr. Erträge/Andere aktivierte Eigenleistungen gesamt	1.837,3	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
Summe betr. Erträge	16.089,6	14.950,0	15.090,0	15.090,0	15.090,0	15.090,0

Ausgaben des Vermögensplanes		Ausgabeermächtigungen (in Tausend Euro)					Verpflichtungsermächtigungen (in Tausend Euro)	
		Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	zu Lasten 2012 zu Lasten 2013	zu Lasten 2014 Gesamt
lfd. # Vorhaben	g. D.	Gesamtsumme						
1 Neubau	2., 3., 4., 5., 6.							0,0
1.1. Gebäude / Hochbau		0,0						
Gesamt:		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Erweiterung Betrieb	1., 3., 4., 5., 6.							0,0
2.1 Gebäude / Hochbau		8.153,9	1.980,0	1.980,0	1.980,0	1.980,0		0,0
2.2 techn. Anlagen		0,0						0,0
2.3 Betriebsausstattung		0,0						0,0
Gesamt:		8.153,9	1.980,0	1.980,0	1.980,0	1.980,0	0,0	0,0
3 allg. Ausstattung	1., 2., 4., 5., 6.							
3.1 Neubeschaffung Fahrzeuge		0,0						
3.2 Büro- / Geschäftsausstattung (Ers.)		60,0	10,0	10,0	10,0	10,0		10,0
3.3 DV-Ausstattung (Ersatz)		60,0	10,0	10,0	10,0	10,0		10,0
Gesamt:		120,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
4 Beteiligungen	1., 2., 3., 5., 6.							0,0
4.1 Beteiligungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5 Zuführung zu Investitionsrücklagen	1., 2., 3., 4., 6.							0,0
5.1 Zuführung zu Investitionsrücklagen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6 Tilgung von Krediten	1., 2., 3., 4., 5.							591,0
6.1 Umbau Hannover Programm 2001		2.919,2	583,0	586,0	589,0	591,0		
6.2 Umbau Stadion / AWD arena		1.079,5	213,0	216,0	219,0	221,0		
6.3 Kreditermächtigung 2006		1.459,7	292,0	292,0	292,0	292,0		
6.4 Kreditermächtigung 2007		145,0	31,0	31,0	31,0	31,0		
		235,0	47,0	47,0	47,0	47,0		47,0
Ausgaben insgesamt:		11.193,1	2.583,0	2.586,0	2.589,0	2.591,0		

Einnahmen des Vermögensplanes		Ausgaben des Vermögensplanes	
1 Veräußerung von Sachanlagen	0,0		
2 Abschreibungen	6.981,8	1.689,8	1.704,0
3 Zuschuß LHH Tilgung Kredite	2.919,2	583,0	591,0
3.1. Zuschuß LHH für Investitionen	1.292,1	310,2	296,0
4 Entnahme aus Investitionsrücklage	0,0		
5 Kapitalerhöhung LHH	0,0		
6 Kreditaufnahme	0,0		
Einnahmen insgesamt:	11.193,1	2.583,0	2.589,0

Hannover Congress Centrum Stellenübersicht 2011

	Beschäftigte		
Entgeltgruppe (lt. NGG*)	<u>Stellen 2011</u>	<u>Stellen 2010</u>	<u>zur Zeit besetzte Stellen</u>
1			
2	20,66	19,70	15,40
3a			3,00
3b			
4	9,46	8,80	9,80
5	18,73	22,60	16,40
6	13,00	15,30	12,60
7	7,00	9,60	8,10
8	10,00	15,00	13,40
Außertariflich**	7,00	5,00	7,00
Zwischensumme	85,85	96,00	85,70
Entgeltgruppe (lt. TVöD)			
AT	1,00	0,00	0,00
Summe***	86,85	96,00	85,70
Beamte (nachrichtlich)	1,0	1,0	1,0
Auszubildende (nachrichtlich)	41,0	51,0	18,0

* NGG: Entgelttarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Niedersachsen

** Außertariflich: Über den Entgelten des NGG liegend.

*** Die Abweichungen der Jahre 2010 zu 2011 begründen sich durch die im Rahmen des Haushaltsicherungskonzeptes VII vorgenommenen Stellenstreichungen

Versorgungsanstalt der Stadt Hannover

Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover

Wirtschaftsplan 2011 und Finanzplanung 2010 bis 2014 Investitionsprogramm 2010 bis 2014

- Vorbericht -

I. Allgemeine Informationen

Die Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) wird als rechtlich unselbstständige Versorgungseinrichtung der Landeshauptstadt Hannover (LHH) geführt. Das Kassenvermögen ist ein Sondervermögen nach § 102 der Niedersächsischen Gemeindeordnung und wird getrennt vom Vermögen der Landeshauptstadt Hannover verwaltet. Es dient ausschließlich der Erfüllung der satzungsgemäßen Leistungen.

Zentrale Aufgabe der ZVK ist es, den Beschäftigten der aktuell 70 Mitglieder und ihren Hinterbliebenen eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Im Rahmen der ergänzenden Altersversorgung besteht für die Versicherten die Möglichkeit zum Abschluss einer freiwilligen Versicherung.

Die Finanzierung der Pflichtversicherung erfolgt im Umlageverfahren. Die Arbeitgeber leisten für Ihre Beschäftigten derzeit eine Umlage von 5,07 % und ein ergänzendes Sanierungsgeld von 3,51% auf die versicherungspflichtigen Entgelte. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes ist in 5-jährigen Zeitabständen durch den Verantwortlichen Aktuar auf Angemessenheit und langfristige Erfüllbarkeit der bestehenden Verpflichtungen überprüft.

Die in Ergänzung angebotene freiwillige Versicherung wird im Gegensatz zur Pflichtversicherung vollständig durch Kapitaldeckung finanziert. Die Erträge aus Beitragseinnahmen dienen hierbei der späteren Finanzierung der Rentenlasten und sind dementsprechend ertragsgerecht anzulegen.

Beide Abrechnungsverbände – Pflicht- und freiwillige Versicherung – werden gemäß § 55 der Satzung kassenintern getrennt voneinander verwaltet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die Darstellung im Wirtschaftsplan gemeinsam.

II. Struktur der Planunterlagen

Grundlage der Finanzwirtschaft der ZVK ist der Wirtschaftsplan 2011. Die Planunterlagen umfassen

- a) den Erfolgsplan 2011, der die im Jahr 2011 voraussichtlich benötigten Erträge und Aufwendungen abbildet,
- b) die Finanzplanung 2010 bis 2014, die unter Berücksichtigung der laufenden Geschäftsentwicklung einen Ausblick in die nähere Zukunft gibt,
- c) den Vermögensplan 2011 nebst Investitionsprogramm 2010 bis 2014, der Veränderungen im bilanziellen Vermögen der ZVK darstellt, sowie
- d) die Stellenübersicht 2011, die einen Überblick über die in der ZVK beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen finden sich nachstehend.

III. Erfolgsplan 2011 und Finanzplanung 2010 bis 2014

a. Ertragssituation

Umlagen (Sanierungsgeld) und Beiträge

▪ Pflichtversicherung

Der Finanzbedarf in der Pflichtversicherung wird durch den Verantwortlichen Aktuar nach versicherungsmathematischen Grundsätzen festgestellt. Die erforderlichen Finanzmittel werden – unter Berücksichtigung weiterer Erträge (etwa aus Kapitalanlagen) als Umlagen und Sanierungsgelder von den Mitgliedern der Kasse erhoben.

Im Planungszeitraum ist die Entwicklung der Erträge durch die am 27.02.2010 beschlossene Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und kommunalen Arbeitgebern geprägt. Aus zuzusicherungsrechtlicher Sicht sind wichtige Bestandteile des Tarifabschlusses der Anstieg der Entgelte sowie die einmalige Sonderzahlung im Januar 2011. Die entsprechenden Mehrerträge wurden berücksichtigt. Ferner wurde - unter Gesichtspunkten kaufmännischer Vorsicht - trotz einer leicht steigenden Zahl der Pflichtversicherten in den letzten zwei Jahren mit einem Rückgang der Pflichtversicherungszahlen um 1% p. a. kalkuliert. Dies trägt insbesondere zunehmenden Bestrebungen der Mitglieder nach Personalabbau Rechnung.

▪ Freiwillige Versicherung

In der freiwilligen Versicherung wird im Planungszeitraum aufgrund des neu eingeführten Tarifs 2009 und den am Markt verfügbaren Alternativprodukten nur eine geringe Zahl an Vertragsneuabschlüssen erwartet. Bei den Beiträgen wurde aufgrund der Kopplung der Riesterverträge an die Entwicklung der Löhne und Gehälter von einer Steigerung von 0,25% ausgegangen.

▪ Überleitungen von anderen Zusatzversorgungskassen

Bei den Überleitungen von Versicherten anderer Zusatzversorgungskassen auf die ZVK Hannover wurden die Erträge auf Basis des Planungswertes 2010 fortgeschrieben. Die Höhe der Überleitungen ist seitens der ZVK nicht beeinflussbar, da die Entscheidungen zum Arbeitgeberwechsel allein den Versicherten obliegen.

Der Ansatz steht in engem Zusammenhang mit den Aufwendungen: Ertragsseitig wird die Übernahme von Versicherten in den Bestand der ZVK Hannover dokumentiert, während aufwandsseitig die Abgabe von Versicherten an andere Kassen Einfluss nimmt. Entsprechend dem Überleitungsstatut der AKA werden beim Wechsel von Versicherten jeweils Barwerte zur Finanzierung der übergehenden Rentenlasten fällig.

▪ Erträge aus der Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Position dient dem Ausgleich erwirtschafteter Verluste. Durch die Anpassung des Sanierungsgeldes und Maßnahmen der Aufwandsseite stellt sich die Gesamtsituation in der Pflichtversicherung mit Überschüssen dar, so dass im Planungszeitraum kein Ansatz zu bilden ist.

In der freiwilligen Versicherung wird für die Wirtschaftsjahre 2011 ff. auf aktuarieller Basis von einer stabilisierten Situation ausgegangen. Damit sind ebenfalls keine Entnahmen aus den Rückstellungen erforderlich.

- Erträge aus Kapitalanlagen

In der Pflichtversicherung dienen die Erträge aus Kapitalanlagen (Liegenschaften und Finanzanlagen) der Finanzierung der durch Umlagen und den Rentenleistungen nicht gedeckten Anteile des Finanzmittelbedarfes. Die Erträge in diesem Bereich wurden zurückhaltend prognostiziert, um der unklaren Entwicklung an den Kapitalmärkten Rechnung zu tragen.

Im Bereich der Liegenschaften wurden bei Prognose der Nettomietserträge moderate Mietanpassungen in einzelnen Wohngebieten (Zielgröße 5,88 €/m²) sowie Anpassungen bei Neuvermietung nach erfolgter Grundsanierungen berücksichtigt. Mietanpassungen erfolgen im Rahmen der Vorgaben der Mietdatenbank MEA bzw. des voraussichtlich ab 2011 in Kraft tretenden Mietspiegels. Insgesamt wird die ZVK auch nach den Anpassungen zu den günstigen Vermietern am hannoverschen Wohnungsmarkt zählen. Bei den Erträgen aus gewerblichen Mieten wurde die Veräußerung eines Bürokomplexes im Jahr 2012 in die Planung einbezogen.

Im Bereich der freiwilligen Versicherung werden ausschließlich Finanzanlagen getätigt, so dass hier die Ausführungen für die Pflichtversicherung analog gelten.

- Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge enthalten im Wesentlichen die Erstattungsverpflichtungen von Rentenlasten durch die Emdor Zusatzversorgungskasse für Sparkassen für die Betriebsrentner der ehemaligen Stadtsparkasse Hannover.

b. Aufwandssituation

Aufwendungen für Versicherungsfälle

- Pflichtversicherung

Die Prognose des Aufwandes für Versicherungsfälle berücksichtigt die durchschnittliche Entwicklung der Rentenempfänger in den letzten Jahren sowie die tarifvertraglich zugesagten Dynamisierung der Rentenleistungen um 1%. Ferner enthält der Ansatz Ausgleichsverpflichtungen für die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) verbliebenen Rentenlasten ehemaliger Beschäftigter der Region Hannover, des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover und der Hautklinik Norderney.

- freiwillige Versicherung

Prognosegrundlage für die Rentenleistungen der freiwilligen Versicherung ist die durchschnittliche Zunahme der Rentenempfänger in den vergangenen Jahren. Aufgrund des relativ jungen Versichertenbestandes wird auch in den kommenden Jahren nur ein geringer Anstieg der Zahl der Rentenempfänger erwartet.

- Aufwendungen für Überleitungen

Der Planansatz steht in Zusammenhang mit dem Erträgen aus Überleitungen. Die Prognose geht davon aus, dass Nachholeffekte der Vorjahre den Planungszeitraum nicht mehr zusätzlich belasten.

- Aufwendungen aus der Erhöhung versicherungstechnischer Rückstellungen

Diese Position dient dem Ergebnisausgleich und weist die in beiden Sparten erwarteten positiven Jahresergebnisse aus.

In der Pflichtversicherung ist das positive Ergebnis im Wesentlichen durch die zweite Stufe der Sanierungsgeldanpassung, den im Planjahr rückläufig erwarteten Leistungen für Versicherungsfälle sowie der verbesserten Rentabilität des Immobilienbereiches geprägt. Im Zeitraum der Finanzplanung gehen die Ergebnisse aufgrund der erwarteten Zunahme der Rentenleistungen und dem leichten Anstieg der sonstigen Aufwendungen aus allgemeinen Kostensteigerungen zurück.

Die Überschüsse in der freiwilligen Versicherung erhöhen sich aufgrund der noch geringen Anzahl der Leistungsempfänger über den gesamten Zeitraum der Finanzplanung. Sie sind als Kapitalstock möglichst ertragreich anzulegen und dienen der späteren Befriedigung der Rentenansprüche.

- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb umfassen Personal- und Sachaufwendungen, die für die Verwaltung der Versicherten und Rentenbezieher entstehen. Bei den Personalaufwendungen wurde der aktuelle Tarifabschluss berücksichtigt. Für die Jahre ab 2011 erfolgt eine Fortschreibung mit einer Anpassung von 2% p. a. Die Sachaufwendungen wurden auf Grundlage der Bedarfe in den Jahren 2007 bis 2009 sowie der Erwartung für das Jahr 2010 restriktiv geplant und ab 2012 mit einer Steigerung von 1% fortgeschrieben.

- Aufwendungen für Kapitalanlagen

Der allgemeine Aufwand (Personal- und Sachaufwand) wurde analog der Prämisen für den Versicherungsbetrieb ermittelt.

Eine Sonderrolle im Immobilienbereich bilden die Aufwendungen der Wohnungswirtschaft. Vorschlägen der ALM-Studie zur Steigerung der Rentabilität Rechnung tragend, werden die bisher aufwands- und ergebniswirksam nachgewiesenen Ausgaben für Einzelmodernisierungen im Bestand künftig im Vermögensplan als aktivierungsfähige investive Maßnahmen nachgewiesen. In der Rückschau war festzustellen, dass bereits heute ein großer Teil der modernisierten Wohnungen eine Standardverbesserung erfährt, die eine bilanzielle Aktivierung rechtfertigt. Auch für die Zukunft ist es Ziel, den Wohnungsbestand nicht nur zu erhalten, sondern auf Grundlage der Neueinführung eines Portfoliomanagements auch im Standard zu heben und aktuellen Bedürfnissen anzupassen. In der kaufmännischen Folge erhöhen sich die wohnungsbezogenen Aufwendungen für Abschreibungen.

Der für bauliche Unterhaltung verbleibende Ansatz von rd. 2,25 Mio. € stellt auch künftig ausreichende Mittel zur Verfügung, um den Instandhaltungszustand der Wohnungen weiter zu halten. Er ist in der Summe vergleichbar dem Rechnungsergebnis 2009 und der Ergebniserwartung 2010.

- Sonstige Aufwendungen

Der Planansatz betrifft Dienstleistungen für die Landeshauptstadt Hannover. Er wurde – ebenso wie die korrespondierende Position innerhalb der sonstigen Erträge – an aktuelle Entwicklungen angepasst. .

IV. Vermögensplan 2011 und Investitionsprogramm 2010 bis 2014

Der Vermögensplan berücksichtigt alle Maßnahmen der ZVK, die zu einer Veränderung des bilanziellen Vermögens führen. Alle Ansätze sind im Sinne einer möglichst flexiblen Bewirtschaftung gegenseitig deckungsfähig, Einsparungen bei einzelnen Ausgabeansätzen können damit zugunsten anderer Ansätze umgeschichtet werden. Im Einzelnen:

- Darlehenstilgung

Es handelt sich um die Tilgung von Darlehen, die die ZVK in Vorjahren als Wohnungsbaudarlehen vom Flughafen Hannover und der Landestreuhandstelle aufgenommen hat. Die Darlehen werden planmäßig bedient.

- Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Anpassung des Ansatzes auf 100 T€ trägt der Beteiligung des Versichertenbereiches als Pilotbereich zur Einführung eines elektronischen Dokumentenmanagements (DMS) Rechnung. Aus der Umsetzung eines DMS wird neben einer Optimierung der Arbeitsprozesse ein Rückgang der für aktuelle und künftige Versicherungsfälle benötigten Archivflächen erwartet.

- Investitionen in Kapitalanlagen / Grundstücke und Bauten

Die Position 3 a) I weist langfristige Investitionen in das Gebäudevermögen aus. Den Ansätzen liegt eine bis in das Jahr 2018 reichende Investitionsplanung für Gebäudesanierungen zugrunde. Der Gebäudebestand der ZVK stammt in wesentlichen Teilen aus den 60er und 70er Jahren, so dass in vielen Fällen weder Gebäudetechnik noch energetischer Zustand heutigen Ansprüchen entsprechen.

Die Planungsprämissen der Vorjahre wurden überarbeitet: Im Sinne der Mieter sollten Komplettanierungen an Gebäuden in einem überschaubaren Zeitraum vollständig abgeschlossen sein. Dieses Ziel wurde bisher – bedingt durch die Orientierung der Investitionssummen an der Summe der erwirtschafteten Abschreibungen – nicht immer erreicht: Durch die Umsetzung vordringlicherer Maßnahmen konnten Gebäude häufig nur in Teilbereichen (z. B. Technik, Fassade), nicht aber vollständig modernisiert werden. Im Zeitraum bis 2018 werden Mittel in einem Maße zur Verfügung gestellt, das es ermöglicht, Sanierungen in einem 5-Jahres-Zeitraum vollständig zum Abschluss zu bringen und Mietern technisch und energetisch attraktiven Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Hierdurch wird die Vermietbarkeit des Wohnraums der ZVK langfristig sichergestellt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des in den Jahren 2011/2012 aufzubauenden Portfoliomanagements sollen die Investitionen durch moderate Mietanpassungen refinanziert werden. Mieterseitig werden diese Anpassungen durch Einsparungen bei den Betriebskosten kompensiert.

Die unter Position 3 a) II ausgewiesenen Einzelmodernisierungen bilden die Sanierung eines Gebäudes „auf Raten“ ab. Jeweils nach Wechsel eines Mieters werden diese Wohnungen technisch komplett modernisiert und der Ausstattungsstandard auf ein mittleres Maß gehoben. Modernisierte Wohnungen werden bei Neuvermietung zu einem höheren, dem neuen Standard angemessenen, Preis abgegeben.

Die Positionen 3 a) III und IV umfassen aktivierungsfähige Anteile an Reparaturen und kleinere Instandhaltungen und Modernisierungen z. B. an Aufzugsanlagen.

- Leasingvereinbarungen

Die Leasingvereinbarungen mit dem EDV-Bereich des Fachbereiches Personal und Organisation zur Beschaffung von Hard- und Software für die LHH werden im Zeitraum

bis 2014 mit einem Volumen von 4,0 Mio. € p. a. geplant. Je nach Ausgang erforderlicher Abstimmungen mit dem Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Hannover und der kommunalen Prüfungsanstalt kann es erforderlich sein, das Geschäftsvolumen nach unten zu korrigieren. Auf diesem Wege frei werdende Mittel werden in langfristige Kapitalanlagen umgeschichtet.

- **Andere Kapitalanlagen**

Es handelt sich um nicht für Auszahlungen benötigte Mittel, die entsprechend ihrer Laufzeit an den Finanzmärkten platziert werden. Die Anlagerichtlinien des Verwaltungsrates bilden dabei die Grundlage des Handelns.

- **Tagesgelder / Liquidität**

Diese Position beinhaltet Reserven bei der Kapitaleinsatzplanung und wird zur Finanzierung des laufenden Geschäftes der ZVK benötigt. Ihr Ausweis erfolgt als rechnerische Größe, um die Korrespondenz von Einnahmen und Ausgaben der Vermögensbereiches herzustellen. Nicht zum Geschäftsbetrieb benötigte Beträge werden im kurzfristigen Bereich verzinslich angelegt, bzw. in längerfristige Kapitalanlagen umgeschichtet.

- **Abschreibungen auf Sachanlagen**

Dieser Posten bildet die durch den laufenden Geschäftsbetrieb refinanzierten Abschreibungen der ZVK ab. Entsprechend der Ausweitung des Investitionsprogramms steigen die Abschreibungsbeträge sukzessive an.

- **Vermögenszuweisungen**

In dieser Position sind die Zuführungen zu den Rückstellungen aus den Jahresergebnissen der Pflicht- und freiwilligen Versicherung dargestellt. Da sie für Ihren Zweck nicht unmittelbar benötigt werden, erfolgt eine Umschichtung in langfristige Anlagen und damit ein bilanzwirksamer Ausweis.

V. Stellenübersicht 2011

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplanes ist beabsichtigt, die Stelle des in Alterteilzeit eintretenden Geschäftsführers nicht wieder zu besetzen. Soweit diese Planungen umgesetzt werden, reduziert sich die Gesamtzahl der in der Stellenübersicht nachgewiesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 32 auf 31 Personen. Über die dauerhafte Eingliederung zweier derzeit außerplanmäßig eingesetzter Kapazitäten wird zum Stellenplan 2012 zu entscheiden sein.

ZVK der Stadt Hannover
06.09.2010

ZUSATZVERSORGUNGSKASSE DER STADT HANNOVER (ZVK)

	Erfolgsplan 2011 und Finanzplanung 2010 bis 2014					
	Rechnung 2009 (€)	Plan 2010 (€)	Plan 2011 (€)	Plan 2012 (€)	Plan 2013 (€)	Plan 2014 (€)
1. Umlagen (Sanierungsgeld) und Beiträge	85.825.471	90.064.000	90.459.000	90.463.000	90.192.000	89.764.000
a) Pflichtversicherung	82.028.851	86.699.000	87.061.000	87.060.000	86.783.000	86.350.000
b) freiwillige Versicherung	2.326.824	2.165.000	2.198.000	2.203.000	2.209.000	2.214.000
c) Überleitungen von anderen ZV-Kassen	1.469.795	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RKL)	0	0	0	0	0	0
3. Erträge aus der Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen	1.039.799	0	0	0	0	0
a) Pflichtversicherung gemäß § 56 Abs.2 Satz 1 ZVK-Satzung	0	0	0	0	0	0
b) Freiwillige Versicherung gemäß § 56 Abs. 3 ZVK-Satzung	1.039.799	0	0	0	0	0
4. Erträge aus Kapitalanlagen	21.721.415	21.434.000	21.469.454	20.406.000	20.299.000	20.261.400
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.347.021	14.454.000	14.003.200	12.780.100	12.827.000	12.877.000
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	7.374.395	6.980.000	7.466.254	7.625.900	7.472.000	7.384.400
5. Sonstige Erträge	4.428.478	3.652.700	3.616.770	3.580.770	3.544.770	3.509.770
Summe Erträge	113.015.163	115.150.700	115.545.224	114.449.770	114.035.770	113.535.170
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle	91.399.213	93.969.900	93.555.936	94.443.678	95.222.458	96.005.085
a) Pflichtversicherung	91.357.279	93.923.100	93.492.936	94.370.178	95.138.458	95.910.585
b) freiwillige Versicherung	41.933	46.800	63.000	73.500	84.000	94.500
7. Aufwendungen für Überleitungen an andere ZV-Kassen und Beitragsrückgewähr	2.216.537	1.220.000	1.220.000	1.220.000	1.220.000	1.220.000
8. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen (Zuführung zur Rücklage für künftige Leistungsverbesserungen)	0					
9. Aufwendungen aus der Erhöhung versicherungstechnischer Rückstellungen	7.384.035	8.924.000	13.093.717	10.878.496	9.489.064	7.952.907
a) Pflichtversicherung gemäß § 56 Abs.2 Satz 1 ZVK-Satzung	3.510.384	6.163.300	10.249.911	7.963.846	6.510.266	4.913.160
b) Freiwillige Versicherung gemäß § 56 Abs. 3 ZVK-Satzung	3.873.651	2.760.700	2.843.806	2.914.650	2.978.798	3.039.747
10. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.285.274	1.207.100	1.172.887	1.214.784	1.237.120	1.259.903
11. Aufwendungen für Kapitalanlagen	10.722.705	9.822.300	6.494.914	6.685.040	6.859.357	7.089.505
a) Aufwendungen für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.508.591	9.598.599	6.168.551	6.353.352	6.522.248	6.746.878
b) Aufwendungen für andere Kapitalanlagen	214.114	223.700	326.363	331.689	337.109	342.626
12. Sonstige Aufwendungen	7.400	7.400	7.770	7.770	7.770	7.770
Summe Aufwendungen	113.015.163	115.150.700	115.545.224	114.449.769	114.035.769	113.535.169
Zwischenergebnis GuV	0	0	0	0	0	0
13. Einstellung in die Verlustrücklage (freiwillige Versicherung)	0	0	0	0	0	0
Gesamtergebnis	0	0	0	0	0	0

ZUSATZVERSORGUNGSKASSE DER STADT HANNOVER (ZVK)

Vermögensplan 2011 und Investitionsprogramm 2010 bis 2014						
Ausgaben des Vermögensplanes	Gesamtsumme	Ansatz 2010 (€)	Ansatz 2011 (€)	Ansatz 2012 (€)	Ansatz 2013 (€)	Ansatz 2014 (€)
1. Darlehnstilgungen	59.100	28.400	24.100	2.200	2.200	2.200
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	300.000	50.000	100.000	50.000	50.000	50.000
3. Investitionen in Kapitalanlagen						
a) Grundstücke und Bauten	30.328.438	2.205.800	8.051.500	7.232.397	5.779.771	7.058.970
I. Gebäudesanierungen	21.845.138	2.057.500	5.596.500	5.272.397	3.819.771	5.098.970
14 In den Sieben Stücken						
Fassade		850.000				
15 Hoffmann-v-Fall. 11/15						
Gebäudetechnik		169.500				
15 Hoffmann-v-Fall. 17/21						
Gebäudetechnik			535.000			
15 Hoffmann-v-Fall. 27/37						
Gebäudetechnik				750.000		
31 Tollenbrink 15						
Fassade						3.000.000
36 Leierhof 3/3e						
Fassade				1.440.000		
36 Herkuleshof 4/10						
Fassade					960.000	
36 Herkuleshof 12/12c						
Fassade						960.000
36 Herkuleshof 1/11						
Gebäudetechnik		273.000				
36 Wegahof 1/11, Falkenhorst 2						
Gebäudetechnik			1.025.000			
36 Wegahof 13/15, Falkenh. 4/8						
Gebäudetechnik				1.060.000		
36 Falkenhorst 12/12f						
Gebäudetechnik					932.000	
46 Haydnstraße 6						
Fassade			2.554.000			
46 Haydnstraße 8						
Fassade			1.482.500			
46 Laher Kirchweg 1 (Hochh.)						
Fassade				2.022.397		
46 Laher Kirchweg 3 (Hochh.)						
Fassade					1.927.771	
46 Haydnstraße 13/15						
Fassade						1.138.970
58 Lankwitzweg 54						
Fassade		765.000				
II. Einzelmodernisierungen	7.200.000	0	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000
III. Aktivierungsanteile Reparaturen	400.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000
IV. Einzelprojekte, u.a. Aufzüge, Heizzentralen	383.300	148.300	55.000	60.000	60.000	60.000
V. Ankauf von Immobilien	500.000	0	500.000	0	0	0
b) Leasingvereinbarungen	22.000.000	6.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
c) andere Kapitalanlagen	230.800.000	44.900.000	43.300.000	58.700.000	40.900.000	43.000.000
I. Kapitalanlage langfristige			20.300.000	35.700.000	17.900.000	20.000.000
II. Kapitalanlagen kurzfristige			23.000.000	23.000.000	23.000.000	23.000.000
5. Vermögensentnahme Rst. PV	0	0	0	0	0	0
6. Vermögensentnahme Rst. FRV	0	0	0	0	0	0
7. Tagesgelder / Liquidität	30.213.052	4.215.600	5.163.579	6.010.686	8.046.356	6.776.831
Ausgaben insgesamt	313.700.590	57.399.800	60.639.179	75.995.283	58.778.327	60.888.001
Einnahmen des Vermögensplanes	Gesamtsumme	Ansatz 2010 (€)	Ansatz 2011 (€)	Ansatz 2012 (€)	Ansatz 2013 (€)	Ansatz 2014 (€)
1. Abschreibung auf Sachanlagen	11.116.334	1.975.800	2.018.373	2.210.433	2.355.627	2.556.101
2. Rückflüsse aus Kapitalanlagen	239.692.000	46.500.000	45.014.000	50.893.000	46.920.000	50.365.000
I. Kapitalanlage langfristige			19.500.000	24.675.000	19.762.000	22.500.000
II. Kapitalanlagen kurzfristige			23.000.000	23.000.000	23.000.000	23.000.000
III. Rückflüsse Leasing			2.353.000	3.218.000	4.158.000	4.865.000
IV. Rückflüsse Darlehen			161.000	0	0	0
3. Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	12.500.000	0	500.000	12.000.000		
4. Vermögenszuweisung Rst. PV	35.854.500	6.163.300	10.263.000	7.977.200	6.523.900	4.927.100
5. Vermögenszuweisung Rst. FRV	14.537.756	2.760.700	2.843.806	2.914.650	2.978.800	3.039.800
Einnahmen insgesamt	313.700.590	57.399.800	60.639.179	75.995.283	58.778.327	60.888.001

Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK)

Stellenübersicht 2011

Wirtschaftsplan 2010 (Anzahl)	Wirtschaftsplan 2011 (Anzahl)	besetzt am 30.06.2010 (Anzahl)
-------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Beschäftigte			
--------------	--	--	--

FV	1	0	1
----	---	---	---

Entgeltgruppe (TVÖD)			
----------------------	--	--	--

E13	0	0	0
E12	1	1	1
E11	2	2	2
E10	1	1	1
E09	5	5	5
E09 KU E08	1	1	1
E08	2	2	2
E06	6	6	6
E03	1	1	1
Summe	19	19	19

Beamte			
--------	--	--	--

Besoldungsgruppe (BBesG)			
--------------------------	--	--	--

A 16	0	0	0
A 15	1	1	1
A 11	2	2	2
A 10 (KU A9)	1	1	1
A9 Z	3	3	3
A 9	5	5	5
Summe	12	12	12

Gesamt ZVK	32	31	32
-------------------	-----------	-----------	-----------

Union Boden GmbH

wird nachgereicht

**Gesellschaft für Bauen und
Wohnen mbH (GBH)**
wird nachgereicht

**Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft
Hannover GmbH**
wird nachgereicht

Hannover Holding

für Wirtschaftsförderung, Marketing und Tourismus GmbH

wird nachgereicht

Hafen Hannover GmbH

Vorbericht Erfolgsplan 2011 / Finanzplanung 2012 - 2014

Die Ansätze des Erfolgsplanes wurden auf der Basis der Daten des Wirtschaftsjahres 2009, der sich in 2010 abzeichnenden Geschäftsentwicklung sowie der konjunkturellen und verkehrswirtschaftlichen Prognosen gebildet. Dabei flossen auch mögliche Preiserhöhungsspielräume für die von der Gesellschaft angebotenen Dienstleistungen in die Plandaten ein.

Aufgrund der nach wie vor starken Konkurrenzsituation in der Logistikwirtschaft sowie der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise am Transportmarkt wird die Chance für die Durchsetzung von Preisanpassungen nach oben sowohl im Bahnbereich als auch im Hafenumschlagbereich nur sehr begrenzt gesehen. Dieses wurde bei den Planungen entsprechend berücksichtigt.

Die Umsatzerlöse im traditionellen Binnenhafengeschäft Bahn, Hafen und Immobilien werden für den Planungszeitraum auf einem leicht erhöhten Niveau gegenüber 2010 gesehen. Die Geschäftsentwicklung wird als stabil gesehen.

Besondere Entwicklungen sind mit den beiden innovativen Geschäftsmodellen für den kombinierten Verkehr Binnenschiff/Straße und der Entwicklung von Logistikprojekten im speditionellen Umfeld verbunden.

Mit dem im Nordhafen errichteten Container-Terminal, welches im Auftrag der Hafen Hannover GmbH von den Städtischen Häfen betrieben wird, sind Abschreibungen und Finanzierungskosten verbunden. Diese erzeugen aufgrund der Verrechnung mit den Städtischen Häfen Sonstige betriebliche Erträge.

Der Personalaufwand verringert sich durch den Weggang eines Mitarbeiters, der zur Misburger Hafengesellschaft mbH gewechselt ist. Die Arbeiten werden durch das Personal der Städtischen Häfen nach Arbeitsanfall erledigt. Der Aufwand hierfür wird im Sonstigen betrieblichen Aufwand gebucht.

Der Vermögensplan weist Gleisbaumaßnahmen für die Teilerneuerung abgängiger Gleisanlagen sowie Ansätze für die Tilgung von Krediten vor.

Insgesamt wird für den Planungszeitraum eine positive Geschäftsentwicklung gesehen.

HAFEN HANNOVER GMBH

Erfolgsplan 2011 und Finanzplanung 2012 - 2014

	Rechnung 2009 €	Plan 2010 €	Prognose 2010 €	Ansatz 2011 €	Ansatz 2012 €	Ansatz 2013 €	Ansatz 2014 €
1. Umsatzerlöse							
a) Bahnbetrieb	256.146	320.000	310.000	320.000	330.000	340.000	340.000
b) Hafen- und Kranbetrieb	157.516	250.000	250.000	260.000	265.000	275.000	280.000
c) Grundstücksbetrieb	392.587	410.000	410.000	420.000	425.000	430.000	440.000
2. Andere aktiv. Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.334.691	1.395.000	1.230.000	1.087.000	1.087.000	1.082.000	1.028.000
Summe 1 - 3	2.140.940	2.375.000	2.200.000	2.087.000	2.107.000	2.127.000	2.088.000
4. Materialaufwand							
a) für bezogene Waren	68.737	80.000	45.000	60.000	70.000	80.000	90.000
b) für bezogene Leistungen	121.403	170.000	160.000	180.000	180.000	190.000	200.000
5. Personalaufwand							
a) Löhne und Gehälter	259.863	290.000	250.000	231.000	235.600	240.300	245.100
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	67.973	75.000	65.000	58.300	59.300	60.300	61.300
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	960.582	1.060.000	990.000	1.000.000	1.010.000	1.006.000	906.000
7. Sonst. betriebl. Aufwendungen	924.188	560.000	560.000	420.000	420.000	430.000	450.000
Summe 4 - 7	2.402.746	2.235.000	2.070.000	1.949.300	1.974.900	2.006.600	1.952.400
8. Zinsen und ähnliche Erträge	52.554	0	0	0	0	0	0
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	6.499	1.000	1.700	1.000	1.000	1.000	1.000
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	15.721	17.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-231.472	124.000	116.700	123.700	118.100	106.400	121.600
11. Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
12. Sonstige Steuern	26.745	30.000	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Jahresgewinn / Jahresverlust	-258.217	94.000	91.700	93.700	88.100	76.400	91.600

Stand: 27.10.2010

HAFEN HANNOVER GMBH

Vermögensplan 2011 und Investitionsprogramm 2012 - 2014 (in Tausend Euro)

Ausgaben des Vermögensplanes		Gesamt- summe	Ausgabeermächtigung (in Tausend Euro)					VE 2012
Lfd Nr. Vorhaben	g.D.		Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	
1.	Gleisbaumaßnahmen	150	50	50	50	0	0	50
2.	Tilgung von Krediten	605	121	121	121	121	121	
Ausgaben insgesamt:		755	171	171	171	121	121	

Einnahmen des Vermögensplanes							Hinweis	
1.	Absetzung für Abnutzung (AfA)	755	171	171	171	121	121	
3.	Kreditaufnahme	0	0	0	0	0	0	
Einnahmen insgesamt:		755	171	171	171	121	121	

Stand: 08.11.2010

Schlagwortverzeichnis

Schlagwortverzeichnis

Bezeichnung	Produkt	Produktname	Teilhaushalt
A			
abgeordnete MitarbeiterInnen	11105	Personal- u. Organisationsmanagement, Controlling	18
ABM-Stützpunkt Höderlinstraße	11132	städtische Beschäftigungsmaßnahmen	50
Agenda Büro	56101	Umweltschutzmaßnahmen	67
Allgemeine Schulverwaltung		kein eigenes Produkt (FiL)	42
Anrichte	11108	Gemeinschaftsverpflegung	18
Archiv (Stadtarchiv)	25101	Stadtarchiv Hannover	42
Asylbewerber	31301	Grund- und Sonderleistungen für Asylbew.	50
Aufwendungszuschüsse für sozialen Wohnungsbau	52201	Sicherg. d. Wohnraumversorgung	61
Ausgleichsangelegenheiten	35103	Lastenausgleich	57
Aussiedler, Unterbringung	31505	Unterbringung von Personen	61
AWD Arena	42401	Sportstätten	52
B			
Bäder	42403	Bäder	52
Bauordnung	52101	Bauaufsicht	61
Bauordnungsmaßnahmen	52102	Prüfung von bautechnischen Nachweisen	61
Baureferat	11134	Service und Steuerung "Bauen"	60
Bedarfsorientierte Grundsicherung	31106	Grundsich. Alter/Erwerbsmind. SGB XII	59
Behindertenangelegenheiten	11131	Behindertenangelegenheiten	50
Bedürfnisanstalten	53801	Stadtentwässerung Stadtanteil	20
Beiträge an Wirtschafts- und Berufsverbände und Vereine	11114	Zentrale Dienstleistungen	18
Beratungsstellen			
Berufsfeuerwehr	12602	Gefahrenabwehr	37
Beschäftigungsförderung	31291	Verw. der Grundsicherung f. Arbeitssuchende	50
Beschäftigungsmaßnahmen	11132	städt. Beschäftigungsmaßnahmen	50
Betriebsärztlicher Dienst, Sozialer Dienst	11107	Gesundheitsmanagement und Soziales	18
Betriebssport	11107	Gesundheitsmanagement und Soziales	18
Bezirksratsangelegenheiten	11111	Angelegenheiten der Stadtbezirksräte	18
Bildende Kunst	25201	Bildende Kunst	41
Blindenhilfe	31107	Blindenhilfe	59
Bibliotheken	27201	Stadtbibliothek Hannover	42
Brunnen	28103	Erinnerungsarbeit	43
Bürgerhäuser	27301	Stadtteilkulturarbeit	43
Bürgerschaftl. Engagement und soziale Netzwerke	35102	Bürgerschaftliches Engagement / soziale Stadtteilentwicklung	50
Büro Oberbürgermeister	11103	Grundsatzangelegenheiten	15
C			
Clearingstelle	36302	Hilfen zur Erziehung (HzE)	51
D			
Darlehen (Kredite)	61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	99
Darstellende Kunst	26101	Darstellende Kunst	41
Datenverarbeitung			
Deckungsreserve	61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	99
Denkmäler	52302	Denkmalschutz und -pflege	61
Druckerei	11114	Zentrale Dienstleistungen	18
E			
Eichenpark		WP Städtische Alten- und Pflegezentren	57
Eilenriede	55501	Land- und Forstwirtschaft	67
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31104	Eingliederungshilfe	50/59
Einrichtungen für Wohnungslose	31505	Unterbringung von Personen	61
Ausländer und Aussiedler	31505	Unterbringung von Personen	61
Einwohnerwesen	12201	Einwohnerwesen	32
Eisstadion	42401	Sportstätten	52
Erinnerungsarbeit	28103	Erinnerungsarbeit	43
Erziehungshilfe	36302	Hilfe zur Erziehung	

Schlagwortverzeichnis

Bezeichnung	Produkt	Produktname	Teilhaushalt
F			
Fachbereich Finanzen	11121	Haushalt	20
	11122	Beteiligungsmanagement	20
	11123	Steuern und Gebühren	20
	11124	Vollstreckung	20
	11125	Kreditmanagement	20
	11126	Kompetenzcenter	20
Fachübergreifende Rechtsangelegenheiten	11129	Allg. Rechtsangelegenheiten	32
Feuerwehr	12601/12602	Gefahrenvorbeugung/Gefahrenabwehr	
Finanzausgleich	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Förderschulen	22101	Förderschulen	
Förderung von Theater	26101	Darstellende Kunst	41
Förderung von Musik	26201	Musikpflege	41
Forsten	55501	Land- und Forstwirtschaft	67
Frauenhäuser	11113	Gleichstellungsangelegenheiten	18
Freiwillige Feuerwehr	12602	Gefahrenabwehr	37
Friedhöfe	55301	Bestattung und Grabpflege	67
G			
Gartensaal	57103	Gartensaal	18
Gebäudereinigung	11112	Gebäudereinigung	18
Gebäudemanagement		WP	
Geoinformation	51104	Kartografie	61
Gesamtpersonalrat	11116	Personalvertretung	18
Gesamtschulen	21801	IGS + Schulen mit bes. päd. Profil	42
Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GHB)		WP	20
Gesundheitsdienst	41401	Maßnahmen zur Gesundheitspflege-Drogenhilfe	50
Gewerbe und Veterinär	12202	Gewerbe- und Veterinärangelegenheiten	32
Gewerbesteuer	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Grünanlagen	55101	Öffentl. Grün: Spielplätze/ Spielparks	
Grundschulen	21101	Grundschulen	42
Grundsicherung wegen Alter oder Erwerbsunfähigkeit	31106	Grundsich. Alter/Erwerbsmind. SGB XII	59
Grundsteuer A und B	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Grundstücksgeschäfte	11128	Immobilienverkehr	23
Gymnasien	21701	Gymnasien	42
H			
Häfen, städtische		WP	20
Hannover Congress Centrum		WP	20
Hannover Holding		WP	23
Hauptschulen	21601	Haupt- und Realschulen	42
Heimverbund	36702	Heimverbund	51
Heinemanhof (Städtische Alten- und Pflegezentren)		WP	57
Herrenhäuser Gärten			
Herta-Meyer-Haus (Städtische Alten- und Pflegezentren)		WP	57
Hilfe in besonderen Lebenslagen	31107	Hilfen in anderen Lebenslagen	59
Hilfe zum Lebensunterhalt	31108	Hilfe zum Lebensunterhalt	59
Hilfe zur Erziehung	36302	Hilfe zur Erziehung	51
Hilfe zur Gesundheit	31109	Hilfen zur Gesundheit	59
Hilfe zur Pflege	31111	Hilfe zur Pflege	59
Hilfen für Heimk. und polit. Häftlinge	34401	Hilfen nach dem Strafrechtsrehabilitationsgesetz	50
Hilfe für junge Volljährige	36302	Hilfen zur Erziehung (HzE)	
Historisches Museum	25203	Historisches Museum	41
Hundesteuer	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
I			
Immobilienverwaltung	11127	Immobilienverwaltung	23
Immobilienverkehr	11128	An- und Verkauf von Grundstücken	23
Informations- und Kommunikationssysteme	11109	Informations- und Kommunikationssysteme	18
Integrierte Gesamtschulen (IGS)	21801	IGS + Schulen mit bes. päd. Profil	42
Interkulturelle Angelegenheiten	11103	Grundsatzangelegenheiten	15

Schlagwortverzeichnis

Bezeichnung	Produkt	Produktname	Teilhaushalt
J			
Job-Ticket	11106	Personalrecht und -rechnungswesen	18
Jugend-Ferien-Service	36602	Jugend-Ferien-Service	51
Jugendschutz	36303	Kinder- und Jugendschutz	51
Jugendzentren u. Spielparks	36601	Einrichtungen der Jugendarbeit	51
Jugend- und Familienberatung	36701	Jugend- und Familienberatung	51
K			
Kantinen und Rathausküche	11108	Gemeinschaftsverpflegung	18
Katastrophenschutz	12801	Katastrophenschutz	37
Kindertagesstätten	36501	Kindertagesbetreuung	51
Kinder- und Jugendarbeit	36201	Kinder- und Jugendarbeit	51
Kinderspielplätze	55101	Öffentl. Grün: spielplätze, Spielparks	67
Kleines Fest im Großen Garten	26103	Kleines Fest	52
Kleingärten	55103	Öffentl. Grün: Parkanlagen, Grünzüge	67
Kommunale Gebäudereinigung	11112	Gebäudereinigung	18
Kommunales Kino	28101	Kommunales Kino und Künstlerhaus	41
Kommunaler Sozialdienst	36302	Hilfe zur Erziehung	51
Krankenversorgung nach LAG	35103	Lastenausgleich	57
Kredite	61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	
Krokus	27301	Stadtteilkulturarbeit	43
Künstlerhaus	28101	Kommunales Kino und Künstlerhaus	41
Kulturbüro	28102	Sonstige Kulturpflege	41
Kulturpflege	28102	Sonstige Kulturpflege	41
L			
Landesblindengeld	34501	Landesblindengeld	50
Landschaftsräume, Naturschutz	55104	Naherholung, Landschaftsräume	67
Luise-Blume-Stiftung	31502	Luise-Blume-Stiftung	57
M			
Margot-Engelke-Zentrum (Städtische Alten- und Pflegezentren)		WP	57
Marktwesen	57303	Marktwesen	23
Mitgliedsbeiträge	11106	Personalrecht und -rechnungswesen	18
Museum August Kestner	25202	Museum August Kestner	41
Musik	26201	Musikpflege	41
Musikschule	26301	Musikschule	43
N			
Nds. Staatstheater Hannover	26101	Darstellende Kunst	41
O			
Oberbürgermeisterbüro	11103	Grundsatzangelegenheiten	15
Öffentlichkeitsarbeit	11104	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	15
Ordnungsrechtsaufgaben	12205	Ordnungsrechtsaufgaben	32
P			
Parkeinrichtungen	54602	Parkeinrichtungen	66
Pavillon am Raschplatz	28102	Sonstige Kulturpflege	41
Personangelegenheiten	11106	Personalrecht und -rechnungswesen	18
Personalrat (Gesamtpersonalrat)	11116	Personalvertretung	18
Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus, Pflegezentrum Heinemanhof (Städtische Alten- und Pflegezentren)		WP	57
Pressearbeit	11104	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	15
Programm Soziale Stadterneuerung	51106	Maßnahmen der Stadterneuerung	61
Q			
Quotales System	31110	Zahlung Quotales System	59

Schlagwortverzeichnis

Bezeichnung	Produkt	Produktname	Teilhaushalt
R			
Rat	11110	Angelegenheiten des Rates	18
Rathausküche und Kantinen	11108	Gemeinschaftsverpflegung	18
Realschulen	21601	Haupt- und Realschulen	42
Rechnungsprüfungsamt	11101	Rechnungsprüfung	14
Recht und Ordnung	12201	Einwohnerwesen	32
Referat für Frauen und Gleichstellung	11113	Gleichstellungsangelegenheiten	18
Regionsumlage	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Reklamewesen	57302	Sonstige Unternehmen	20
Repräsentation	11102	Repräsentation	15
Rettungsdienst	12701	Rettungsdienst	37
Rosebusch Verlassenschaften	25201	Bildende Kunst	41
S			
Schloss Herrenhausen	25203	Historisches Museum	41
Schlüsselzuweisung	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Schützenstiftung	11133	Schützenstiftung	52
Schuldendienst	61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	99
Schuldnerberatung	31102	Schuldnerberatung	50
Schule im Stadtteil, Programm	24302	Schulformübergreifende Programme und Projekte	42
Schulverwaltung allgemein		kein eigenes Produkt, vorläufige Zuordnung zu den fachbereichsinternen Dienstleistungen	42
Schülerbeförderung	24301	Schulformübergreifende Maßnahmen	42
Seniorenarbeit	31503	Seniorenarbeit	57
Senioren, Sozialhilfe	31108	Hilfe zum Lebensunterhalt	59
Sondernutzung	57304	Sondernutzung	23
Soziale Angelegenheiten Verwaltung	31191	Verwaltung der Sozialhilfe 50	50
Soziale Angelegenheiten Verwaltung	31192	Verwaltung der Sozialhilfe 57	57
Soziale Angelegenheiten	35101	sonstige soziale Angelegenheiten der Sozialhilfe	50
Sozialhilfe	31108	Hilfe zum Lebensunterhalt	59
Sozialhilfe	31103	überw. bes. sozialer Schwierigkeiten	50/59
Soziale und kulturelle Sozialer Dienst/Betriebsärztl. Dienst	11107	Gesundheitsmanagement und Soziales	18
Sparkasse Hannover	57302	Sonstige Unternehmen	20
Sportförderung	42101	Sportförderung	52
Sportleistungszentrum	42402	Sportleistungszentrum	52
Sprengel Museum	25204	Sprengel Museum Hannover	41
Staatsangehörigkeit	12204	Staatsangehörigkeit	32
Stadionsporthalle	42401	Sportstätten	52
Stadtarchiv	25101	Stadtarchiv Hannover	42
Stadtbahn	54701	ÖPNV	66
Stadtbeamte		kein eigenes Produkt, fachbereichsinterne Dienstleistung	
Stadtbezirksräte	11111	Angelegenheiten der Stadtbezirksräte	18
Stadtbibliotheken	27201	Stadtbibliothek Hannover	42
Stadtentwässerung	53801	Stadtentwässerung Stadtanteil	20
Stadtentwicklung	51107	Stadtentwicklung	61
Stadtfriedhöfe	55301	Bestattung und Grabpflege	67
Stadtplanung	51101	Städtebauliche Planung	61
Stadtreinigung/Stadtanteil	54501	Straßenreinigung Stadtanteil	20
Stadtsanierung	51106	Maßnahmen der Stadterneuerung	61
Stadtteilkulturarbeit	27301	Stadtteilkulturarbeit	43
Stadtteilorientierte Netzwerke für Bildung und Qualifizierung	24302	Schulformübergreifende Programme und Projekte	42
Stadtteilzentren	27301	Stadtteilkulturarbeit	43
Städtepartnerschaften und -begegnungen	28102	Sonst. Kulturpflege	41
Standesamt	12203	Standesamt	32
Statistik und Wahlen	12101	Statistik und Wahlen	18
Steuern	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Stiftungen	11130	Stiftungen	42
Straßenbau	54101	Gemeindestraßen	66
Straßenbeleuchtung	54502	Straßenbeleuchtung	66

Schlagwortverzeichnis

Bezeichnung	Produkt	Produktname	Teilhaushalt
T			
Tagespflege	36101	Tagespflege	51
Theater	26101	Darstellende Kunst kein eig. Produkt, vorläufige Zuordnung zu den fachbereichsinternen Dienstleistungen	41
Tiefbau			66
U			
Umlagen	51102	Bodenordnung	61
Umweltschutz	56101	Umweltschutzmaßnahmen WP	67
Union Boden GmbH			
Unterbringung von Wohnungslosen	31505	Unterbringung von Personen	61
Unterhaltungsvorschußgesetz	34101	Unterhaltsvorschuss	51
Unterkünfte für Ausländer und Aussiedler	31505	Unterbringung von Personen	61
V			
Vergnügungssteuer	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99
Vermietete Gaststätten	11127	Immobilienverwaltung	23
Vermietung von Schulsporthallen	24301	Schulformübergreifende Maßnahmen	42
Vernetzte Stadtteilarbeit Kronsberg	27301	Stadtteilkulturarbeit WP	41
Versorgungsanstalt (ZVK)			
Versorgungsbetriebe	53501	Versorgungs- u. Verkehrsgesellschaft mbH WP	20
Versorgungs- und Verkehrsgesell- schaft Hannover mbH (VVG)			20
Volkshochschule	27101	Volkshochschule	43
W			
Wahlen (Bereich für Statistik und Wahlen)	12101	Statistik und Wahlen	
Wasserbau	55202	Wasserbau	66
Werkstatt 90	27101	Volkshochschule WP	57
Willy-Platz-Heim (Städtische Alten- und Pflegezentren)			
Wirtschaftsförderung	57102	Wirtschaftsförderung	23
Wohlfahrtspflege (Förderung der freien Wohlfahrtspflege)			
Wohngeld	34601	Wohngeld	50
Wohn- und Geschäftshäuser	11127	Immobilienverwaltung	23
Wohnungslose, Einrichtungen für	31505	Unterbringung von Personen	61
Wohnungslose, Zuwendungen an	31501	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose	50
Wohnraumbestandssicherung	52201	Sicherg. d. Wohnraumversorgung	61
Wohnungsbaudarlehn	11125	Buchhaltung und Zahlungsverkehr	20
Wohnungsbauförderung	52201	Sicherg. d. Wohnraumversorgung	61
Z			
Zentrale Aufgaben Personal	11105	Pers.- und Org.management, Controlling	18
Zentrale Einrichtungen für die Gesamtverwaltung	11115	Zentrale Beschaffung	18
Zentrale Fachbereichs- Angelegenheiten OE 61	11115	Zentrale Beschaffung	18
Zinsen	61201	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	99
Zivil- und Katastrophenschutz	12801	Katastrophenschutz WP	
ZVK (Versorgungsanstalt)			
Zweitwohnungssteuer	61101	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	99